

19. Januar 1931

## CARL SEVERING · ZURÜCK ZUR POLITIK!

**F**ÜR die deutsche Innenpolitik ist das Jahr 1930 eine der schwierigsten Zeitspannen gewesen. Die Sprengung der Großen Koalition, die unmittelbar nach der parlamentarischen Verabschiedung des Neuen Plans erfolgte, eröffnete die unerfreulichsten Perspektiven für die Lösung der Probleme, die die ungünstige Entwicklung der Weltwirtschaft gerade der deutschen Politik zu stellen begann. Die Kämpfe um die ersten Steuergesetze und die sozialpolitischen Neuerungen, der Streit um die Notverordnungen und schließlich die Auflösung des Reichstags haben dann die innenpolitischen Spannungen derart vermehrt, daß der Parteienkampf alles, und daß die Politik nur noch wenig bedeutete. Der 14. September war der vorläufige Abschluß dieser innenpolitischen Auseinandersetzungen, die wegen der vielfach unduldsamen Art ihrer Austragung bei allen wahrhaft guten Deutschen die lebhaftesten Besorgnisse wachrufen mußten. Das Ergebnis dieses schwärzesten Tags des Jahres 1930 war ein bedeutendes Anwachsen der Parteien, die nicht nur dem System der parlamentarischen Demokratie sondern auch den Grundlinien der deutschen Außenpolitik den schärfsten Kampf angesagt hatten.

Es ist nicht die Aufgabe dieser Betrachtung die Gründe für das Wachstum der Nationalsozialistischen und der Kommunistischen Partei im einzelnen anzuführen. Darüber besteht ja kein Zweifel: Ihr wirksamster Bundesgenosse, ihr erfolgreichster Zutreiber war die wirtschaftliche Not der Volksschichten, die durch den Krieg, durch die Inflation und die Wirtschaftskrise auch jeden seelischen Halt verloren hatten. Ob die Wähler, die in ihrer Verzweiflungsstimmung die Wahllisten der Nationalsozialistischen und Kommunistischen Partei unterstützten, dadurch diesen Halt wiedergewonnen haben, ist zu bezweifeln. Sie griffen nach dem Strohalm radikaler Versprechungen, weil sie auf ihrer politischen Meerfahrt keine Fahrtrichtung mehr sahen und den eigenen Kompaß, der auf Land gewiesen hätte, nicht bei sich führten.

So hat das Jahr 1930 uns die nicht gerade erfreuliche Erkenntnis gebracht (oder bestätigt), daß wir noch weit davon entfernt sind uns ein politisch erzogenes oder gar politisch reifes Volk nennen zu dürfen. Es hat gar keinen Sinn für die Einzelvorgänge des vergangenen Jahres nach Schuldigen zu

suchen. Es gibt kaum eine Partei, der nicht Fehler bei einzelnen Entscheidungen von großer Tragweite anzukreiden wären. Darum bräuchte eine Erörterung der Schuldfrage uns nicht einen Schritt weiter. Aber wir würden doch geradezu unentschuld bare Vogel-Strauß-Politik betreiben, wenn wir nicht bei allen Schritten zur Besserung unserer politischen und wirtschaftlichen Zustände von der Erkenntnis ausgingen, daß in der Erziehung der Wähler zur Politik vieles versäumt worden ist. Daß diese Unterlassungen insbesondere die Mittelparteien treffen, wird wohl kaum bestritten werden. Wo ist die Führung der bürgerlichen Mittelparteien, die sich in den letzten Jahren der Mühe unterzogen hätte die schwierige Organisation einer Partei in den Wählerkreisen aufzubauen, die ihren Organisationsapparat nicht nur auf Werbung sondern auch auf politische Schulung eingestellt hätte? Außer dem Zentrum verfügt keine der bürgerlichen Parteien über eine derartige Organisation. Wo ist die bürgerliche Mittelpartei, deren Mitglieder den Opfersinn und die Begeisterung gezeigt hätten, die in den sozialistischen Organisationen, also in den Verbänden der "Materialisten", zu den ausgeprägten Tugenden gehören? Endlich, wer nur in Warenhaussteuern, in der Herabsetzung der Gesteuerungskosten und ähnlichen Dingen den Gipfelpunkt seiner politischen Ideale erblickt, der mag sich für einen tapferen Anwalt der Interessen seiner Berufsgruppe halten (in Wirklichkeit ist er das noch nicht einmal), mit Politik und mit Erziehung zur Politik hat er nichts zu tun.

Denn die betrübendste von allen betrübenden Erscheinungen des verflommenen Jahres war nicht einmal der 14. September, sondern die politische und geistige Verfassung, in die sich die breitesten Schichten des Bürgertums widerstandslos treiben ließen. Der Wahlerfolg der Nationalsozialisten hatte im Ausland aufs neue das Mißtrauen in den Friedenswillen des deutschen Volks wachgerufen. Ein Abfluß fremden und deutschen Kapitals aus der deutschen Wirtschaft wurde unmittelbare Folge dieses Umschwungs. Den "Siegern", die nun auch von sensationslüsternen internationalen Reportern umworben wurden, schwoll der Kamm. Zwar, eine ungeteilte Freude empfanden sie nicht über ihren Sieg. Mit 107 Mandaten im Reichstag warten zu müssen, das lag nicht ganz in der Wunschlinie ihrer Ministrablen, die schon einiges von der Zerreißung des Youngplans und ähnlichen außenpolitischen Exzessen abgeschworen hatten. Aber um so hemmungsloser trieben es die Agitatoren im Land mit ihren nur schlecht versteckten oder gar offenen Bürgerkriegsdrohungen. So kam zu der finanziellen Schwächung der Wirtschaft noch die innere Beunruhigung, die Angst vor blutigen Auseinandersetzungen, die Sorge um Leben und Eigentum. Der Reichskanzler Heinrich Brüning hat nicht übertrieben, als er in einer Rede in Schlesien davon sprach, daß das deutsche Volk in den letzten Monaten am Rand des Abgrunds gewandelt sei.

In dieser Situation hätte ein mutiges und politisch erzogenes Bürgertum die Dinge schnell wenden können. Wie Gustav Stresemann im Herbst des Jahres 1923 bei der Liquidierung des Ruhrkonflikts gegen den nationalistischen Strom schwamm, von der Einsicht durchdrungen, daß sonst dieser Strom alles in Deutschland verschlingen würde, so wäre auch im Herbst des Jahres 1930 eine schnelle Wiederbesinnung, eine schnelle Rückkehr zur politischen Vernunft möglich gewesen. Aber Rücksichten auf die "Volksstimmung", das heißt auf die politische Konjunktur, hemmten die Schritte der für die Führung der Parteien maßgebenden Männer. Und so erlebten wir dann wochenlang das Liebeswerben um die "Mitarbeit" der Nationalsozialisten, die Be-

mühungen "die nationalen Kräfte der jungen Bewegung in den Dienst des Volksganzen zu stellen". Schon in dieser Haltung erwiesen sich die bürgerlichen Liebeswerber als schlechte Psychologen. Es versteht sich von selbst, daß kein Politiker, der diesen Namen verdient, die 6 Millionen Wählerstimmen der Nationalsozialisten ignorieren darf, ebenso sollte es sich von selbst verstehen, daß jede aufbauende Kraft dem Volksganzen nutzbar gemacht wird, unbekümmert darum, welchen Ursprungsstempel diese Kraft trägt. Aber die Voraussetzung für eine derartige Einspannung neuer Kräfte muß doch sein, daß diese Kräfte auf den Aufbau, nicht auf Zerstörung gerichtet sind. Das eben haben jene Parteipolitiker außer acht gelassen, die in Reden und Zeitungsartikeln den Aposteln des Dritten Reichs so artige Dinge sagten, bis ihnen diese in einem Rückfall in die alten Unarten einen ziemlich deutlichen Korb gaben. Die Überheblichkeit der ohnehin nicht gar zu bescheidenen nationalsozialistischen Wortführer ist durch das Liebeswerben der verschiedensten bürgerlichen Prominenten nur weiter gesteigert worden, während eine richtige psychologische Behandlung die großen Worte der Herren auf das bedeutend kleinere Maß ihres Könnens zurückführen müßte.

Diese Bemerkungen sind nicht von der Sorge um eine, meines Erachtens allerdings falsche Koalitionspolitik diktiert. Im Augenblick (und ich fürchte: noch für lange Zeit) ist die Frage der deutschen Politik ungleich wichtiger als die Frage der Koalition. Jetzt kommt es darauf an sich wieder zur Politik, zur Vernunft zu wenden. Es geht nicht weiter an unsere innenpolitischen, unsere wirtschaftlichen Nöte mit außenpolitischem Lärm zu übertönen, wie das Monate hindurch geschehen ist, von denen, die sich zwar als die besten Deutschen anpreisen, in Wirklichkeit aber die nationalen Interessen unseres Volks auf das schwerste schädigen. Es wird höchste Zeit, daß wir uns alle wieder darauf besinnen die Politik aus dem Aufgabengebiet des Kehlkopfs in die Funktionen des Kopfes zu verweisen. Wir sind ja doch alle einig darin, daß die Behauptung von der alleinigen Schuld Deutschlands am Krieg unwahr ist. Auch darin, daß unsere Zahlungsverpflichtungen unsere Leistungsfähigkeit, besonders in diesen Krisenjahren, bei weitem übersteigen. Es gibt kaum eine Meinungsverschiedenheit darüber, daß die Grenzziehung im Osten ein Fehler ist, und daß die Behandlung unseres Landes in Wehrfragen dem Grundsatz der Gleichberechtigung widerspricht. Aber mit nationalsozialistischen Rezepten werden diese Fragen unmöglich gelöst werden können. Wenn wir den Widerstand der Alliierten mit Protestrufen und Protestresolutionen allein hätten brechen können, dann wäre er längst gebrochen. Und den bloßen Drohlärm haben wir bisher nur im Arsenal politischer Stümper gefunden. Also laßt uns wieder zur Politik zurückkehren. Je mehr die Tagesströmungen die Sinne verwirren, desto klarer haben die verantwortungsbewußten Stellen es auszusprechen, daß die am schwersten drückende Sorge unserer Innenpolitik: die Wirtschafts- und Finanznot, nicht behoben werden kann, wenn es uns nicht gelingt die Welt von unserer Friedensliebe zu überzeugen. Im Zusammenarbeiten mit Frankreich geben wir der Welt die sicherste Garantie unserer Friedensliebe, uns aber auch selber die Gewähr des Friedens. Und darüber hinaus kann eine engé Zusammenarbeit mit Frankreich uns unmittelbare Milderungen unserer Wirtschaftsnot bringen; nicht nur durch Gewährung von Anleihen zu günstigen Bedingungen sondern auch durch Aufträge an unsere Industrie. Ich habe in den Sozialistischen Monatsheften seit jeher eine engere kulturelle und wirt-

schaftliche Verbindung zwischen Deutschland und Frankreich empfohlen, auch wenn es, wie heute, nicht ganz einfach war dieser Zusammenarbeit das Wort zu reden. Es gab einmal eine Zeit, da schien der Einwand nicht ganz unberechtigt, daß zur Zusammenarbeit mindestens 2 gehören, und daß der andere die Zusammenarbeit ja doch nicht wolle. Diese Zeit ist vorüber. Gewiß hat auch Frankreich seine Chauvinisten, die in der Annäherung Frankreichs an Deutschland einen Verrat der nationalen Interessen erblicken. Aber wenn neben Edouard Herriot, der zu Beginn dieses Jahres die Bereitschaft der französischen Demokratie erklärte Deutschland zu helfen, Raymond Poincaré jetzt, in der Rede, die er bei der Einweihung des neuen Germanistischen Instituts der Sorbonne halten wollte, und die wegen seiner schweren Erkrankung vorgelesen werden mußte, die Notwendigkeit betonte »die lange unterbrochene Zusammenarbeit wiederaufzunehmen und an Stelle von Einbildung und Vorurteil Verständnis und Erkenntnis zu setzen«, dann kann man zwar noch sagen, daß zwischen Wünschen und ihrer Erfüllung ein weiter und nicht ganz glatter Weg liege, muß aber feststellen: Der Wille ist dort vorhanden, und den weiten und unebenen Weg können wir kürzen und ebnen, wenn auch wir mit dem gleichen Willen entgegenkommen.

Auch die Einzelfragen unserer Außenpolitik (Revision der Reparationsverpflichtungen, Grenzziehung im Osten, Abrüstungsproblem) führen wir leichter zur Lösung an der Seite Frankreichs als gegen Frankreich. Wer darum ernstlich eine Besserung unserer Lage erstrebt, das Selbstvertrauen unseres Volks in seinen endlichen Wiederaufstieg stärken und das Vertrauen des Auslands in Deutschlands friedlichen Willen und in seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wiederherstellen will, der darf jetzt nicht aus Trägheit und Feigheit mit den besessenen Wölfen heulen. Mit hohlem Kraftmeiertum täuschen wir niemand, wohl aber uns selbst. Und weil es uns nicht nur tiefer in die wirtschaftliche Not führen sondern schließlich den enttäuschten Massen jede Hoffnung auf eine Besserung ihrer Lage rauben würde, deshalb immer wieder: Zurück zur Politik!

## MAX COHEN · WIE IST NEUER AUFSTIEG MÖGLICH?



UM erstmalig seit langen Jahren haben wir in Deutschland eine Regierung, die sich nicht durch parteiarithmetische Erwägungen bestimmen läßt. Daß der Reichskanzler es verschmäht sich zurzeit starken politischen Strömungen anzupassen, hat er während seiner Ostreise bewiesen. Man mußte befürchten, daß der mit dem Anschwellen der nationalsozialistischen Stimmen öffentlich und maßlos propagierte Antipolenkurs auch den Charakter dieser Reise bestimmen sollte und würde. Ihr Verlauf hat solche Besorgnis nicht gerechtfertigt. Und die scharfe Absage, die sowohl der Vorsitzende der Zentrumsparlei, Ludwig Kaas, wie Heinrich Brüning selber an die nationalsozialistische Methode gerichtet haben, kam im richtigen Augenblick. Dadurch erhielt die Reise des Reichskanzlers ihren wahren Sinn: Sie sollte lediglich eine Hilfsaktion für den wirtschaftlich bedrängten deutschen Osten einleiten. Die aus ihr sich ergebenden Taten werden vor allem eine tatkräftige Hilfe für die Landwirtschaft sein und davon ausgehen müssen, daß die Agrarproduktion die Grundlage unseres Lebens und eine gemeinnützige Angelegenheit schlechthin ist.



Es sollte für das deutsche Volk, das eine im ganzen sehr unrationelle und kostspielige Staatswirtschaft erträgt, wirklich nicht so schwer sein der Gemeinschaftssache der landwirtschaftlichen Erzeugung das zu geben, was sie braucht. Der Reichskanzler hat es erkannt und ausgesprochen, daß im Osten auf dem Land eine Umschuldung vonnöten sei und nicht verweigert werden könne. Die Linke darf sich nicht dadurch beirren lassen, daß Alfred Hugenberg die Umschuldung zu einer Forderung der Deutschnationalen Volkspartei gemacht hat. Sie wird vielmehr dafür zu sorgen haben, daß diese notwendige Maßnahme eben nicht zu einer parteipolitischen Angelegenheit umgewandelt und nur von der Rechten vertreten wird. Es ist vielleicht nicht unwichtig darauf hinzuweisen, daß bereits vor mehreren Jahren im Reichswirtschaftsrat die Umschuldung der Landwirtschaft, ohne daß dies Widerspruch erregt hätte, als unvermeidbar bezeichnet wurde. Sie befreit den Landwirt von der Last einer unerträglich werdenden Zinshöhe, kann freilich nur dann einen nachhaltigen Erfolg haben, wenn sie von einer Wirtschaftspolitik begleitet ist, die sich die Herstellung der Rentabilität der landwirtschaftlichen Erzeugung zum Ziel gesetzt hat. Solche Politik muß naturgemäß die deutsche Produktion vor der mit geringeren Aufwendungen arbeitenden überseeischen schützen. Damit soll nicht gesagt werden, daß die deutsche Landwirtschaft nicht wandlungsfähig wäre. Es ist hier des öftern betont worden, daß die Umstellung der Landwirtschaft auf die veränderten Nahrungsbedürfnisse des deutschen Volks nach Maßgabe des überhaupt Möglichen auf die Dauer unerläßlich ist. Nur sind dieser Umstellung sowohl gewisse natürliche, in der Beschaffenheit des deutschen Bodens liegende Grenzen wie auch solche gezogen, die mit einem vernünftigen Austausch deutscher Industriewaren in enger Beziehung stehen. Man befürwortet eine Erzeugung der sogenannten veredelten landwirtschaftlichen Produkte auf Kosten des Roggenbaus, entsprechend der Tendenz, die sich in unserer Ernährung zeige. Diese Tendenz ist nicht zu bestreiten. Und doch kann man sie nicht ohne weiteres zur Hauptnorm der landwirtschaftlichen Tätigkeit machen. Dagegen spräche zurzeit schon eine Vergleichung der Ausfuhr deutscher Waren in diejenigen europäischen Länder (Holland, Dänemark, Schweiz), aus denen wir veredelte landwirtschaftliche Erzeugnisse beziehen, mit der Ausfuhr in jene, vor allem die überseeischen Staaten, die uns Brotgetreide senden. Aber davon ganz abgesehen: Zu jener radikalen Umstellung gehören Voraussetzungen, wie sie in Deutschland, solange es noch nicht ein Teil eines Vereinigten Europäischen Kontinents ist, vorerst nicht gegeben sind. Gewiß werden auch diese einmal kommen, und wer für die europäische Konzentration arbeitet, beschleunigt diese Zukunft. Aber jetzt eine noch so richtige Zukunftsforderung propagieren, um die dringenden Gegenwartsforderungen der ostdeutschen Landwirtschaft abzuschlagen, das heißt den Weg versperren, der aus der deutschen Wirtschaftsnot herausführt.

Erkennen wir, daß die Getreidewirtschaft fürs erste die Grundlage der deutschen agrarischen Produktion bildet, dann müssen wir freilich auch dafür sorgen, daß man in Deutschland die Brotfrucht ißt. Alle die Phrasen von der Beschränkung der Konsumentenfreiheit wollen wir doch endlich über Bord werfen, wenn es um die Sicherung der Produktion geht, die den Primat haben muß. Tun wir das, und ergreifen wir die erforderlichen Maßnahmen, so brauchen wir kaum ausländischen (und gar keinen überseeischen) Weizen und können dennoch dem deutschen Verbraucher, der, aus Vorurteil oder

Gewohnheit, sich durchaus nicht zum reinen Roggenbrot bekehren will, ein wohlschmeckendes und durchaus bekömmliches Brot, das zu etwa 25 % aus Weizen und 75 % aus Roggen bestände, zur Verfügung stellen. Für den Teil der Bevölkerung, der aus Gesundheitsgründen das reine Weizenbrot nicht zu entbehren vermag, kann sehr gut, auch wenn man diese Hauptlinie innehält, gesorgt werden. Nur so muß und kann eine auf die Erhaltung der deutschen Landwirtschaft gerichtete Politik betrieben werden, die sich nicht durch populär scheinende ernährungsphysiologische (übrigens dauernd wechselnde und auswechselbare) Schlagworte blenden läßt. Leider hat unsere Ernährungspolitik diesen Weg nicht entschlossen verfolgt. Es war auch ein großer Fehler den im Prinzip als richtig erkannten Roggenbeimischungszwang an eine zur Kontrolle wenig geeignete Stelle, in die Bäckerei, zu verlegen. Diese Konditorenpolitik, mit der man die Gefolgschaft der Wirtschaftspartei zu erhalten hoffte, war politisch ein falscher Schachzug und wirtschaftlich eine Halbheit, die die erstrebte Hebung der Roggenpreise verhindert hat. Die Roggenbeimischung muß man schon in den Mühlen vornehmen. Es tut not schnell zu handeln; denn es darf nicht geschehen, daß, wenn der Roggenpreis in 2 Monaten in die Höhe geht, der Produzent seine Vorräte verkauft hat, und die Preissteigerung nur dem Handel zugute käme.

**E**S kann der Leitung der deutschen Politik nicht entgangen sein, daß dem Prozeß der Heilung unserer Gesamtwirtschaft das Hindernis der verschwenderischen Staatswirtschaft entgegensteht, und daß, um sie zu beseitigen, die Reichs- und Verfassungsreform endlich angepackt werden muß, die eine Ausschcheidung aller parasitären Elemente ermöglichte. Es wird wesentlich vom Verhalten des Reichstags abhängen, in welcher Form das geschieht; in jedem Fall aber sollte die Reichsregierung sich darauf vorbereiten, daß sie diese Sache selbst in die Hand zu nehmen hat. Man wird ohne Übertreibung sagen dürfen, daß die ganze Nachkriegswirtschaft mit ihren schlimmen Folgen nicht möglich gewesen wäre, wenn die in den Sozialistischen Monatsheften aufgestellte und von dem Verfasser dieses Aufsatzes im Verein mit anderen in der Periode der Umwälzung vertretene Forderung nach Schaffung einer gesetzgebenden Zweiten Kammer, der Kammer der Arbeit, verwirklicht worden wäre. Dieses Versäumnis hat sich in den 12 Nachkriegsjahren gerächt. Es muß wiedergutmacht werden; die jetzige, nach grundlegenden Reformen verlangende Zeit ist besonders dazu geeignet.

Allerdings darf eine solche Verfassungsreform keine Rückwärtsrevision und keine Wiederherstellung von Vorkriegsverhältnissen sein. Man darf nicht etwa den jetzigen Reichsrat, wie das bereits von Ländervertretern verlangt worden ist, zu einer Zweiten Kammer umgestalten. Das wäre nichts weniger als eine Verbesserung des gegenwärtigen Zustands. Und die notwendigen Reformen der Staatswirtschaft wären auf diese Weise erst recht nicht durchzusetzen. Man kann nicht den Bock zum Gärtner machen, die Ausgabenwirtschaft der Länder einschränken und die in ihnen und dem Reich auf Schritt und Tritt vorhandene Doppelarbeit beseitigen, wenn die Ländervertretung zu einer Legislative gemacht wird. Der Reichskanzler weiß es gewiß, welche sachlich und objektiv überflüssigen Konzessionen er den Ländern hat machen müssen, als er dem Reichsrat die im Dezember 1930 erlassenen Notverordnungen zur Beschlußfassung vorlegte. Hier kann nur eine Zweite

Kammer helfen, die aus Vertretern der gesamten deutschen Wirtschaft besteht. Unsere gegen früher vollkommen veränderten, viel komplizierteren wirtschaftlichen Verhältnisse fordern, daß nicht eine formalpolitische Zweite Kammer (nichts anderes wäre der Reichsrat) geschaffen wird, sondern eine, die auf anderm Grund ruht, und in der die Dinge unter anderm Gesichtswinkel gesehen und gewertet werden. Die Schaffenskräfte der Nation müssen die Basis der neuen Körperschaft bilden. Eine solche Kammer der Arbeit, gebildet von den Vertretern eines jeden zu einer Einheit zusammengefaßten produktiven Berufs, hätte nach dem November 1918, als alles im Fluß war, leicht erreicht werden können: unvollständig vielleicht, aber lebenskräftig. Denen damals die Leitung Deutschlands zugefallen war, fehlte wohl das Vertrauen in die eigne Kraft, das zum Aufbau eines grundsätzlich Neuen notwendig ist. Man griff den hier aufgestellten Gedanken wohl auf: aber nicht, um ihn durchzuführen, sondern um ihn durch eine formale Konzession fürs erste zu erledigen. So wurde durch die Verfassung die Schaffung eines Reichswirtschaftsrats vorgesehen, der heute, fast 12 Jahre danach, seinen provisorischen Charakter noch nicht abgestreift hat.

Jetzt hat eine Klage darüber, daß man damals die Zeit nicht begriffen hat, keinen Zweck. Jetzt ist es das beste an das Vorhandene anzuknüpfen, mag es noch so rudimentär sein. Es ist darum in letzter Zeit mehrfach in den Sozialistischen Monatsheften ausgeführt worden, in welcher Richtung man eine Erweiterung der Kompetenzen des Reichswirtschaftsrats vornehmen könnte, wenn man dem Ziel einer Kammer der Arbeit zustrebt. Gewiß werden dadurch wieder alle Gegenkräfte des alten formalen Parlamentarismus zum Widerstand aufgereizt. Die *beati possidentes* dieses Regimes wollen sich naturgemäß nicht durch eine Zweite Kammer eingeengt sehen. Aber gerade diese Wirtschaftskrise mit ihren schlimmen politischen Folgen hat gezeigt, daß es gar so weit mit der Glückseligkeit des Besitzes dieses Parlaments auch nicht her ist. Und daher wäre jetzt die psychische Voraussetzung der Umgestaltung auf dem Weg zu einem Zweikammersystem jener Art, die man mit Recht sozialistischen Wesens nennen kann, gegeben.



ES schon ist hier ausgeführt worden, in welchem engem Zusammenhang Innen- und Außenpolitik stehen, besonders im Deutschland dieser Tage, dessen Wirtschaftsfragen, aus hinlänglich bekannten Gründen, zu einem beträchtlichen Teil als reine Geldfragen in die Erscheinung treten. Diesem Geldmangel hat man bisher mit ausländischen Anleihen abzuhelpen versucht, ohne viel danach zu fragen, *welches* Land die Geldmittel zur Verfügung stellte. Oder vielmehr: Man hielt es für selbstverständlich, daß Geld nur von Amerika kommen könne. Der Aberglaube, daß der Schlüssel zu allen Schatzkammern in angelsächsischen Händen liegt, beherrschte die deutschen Gemüter. Die Geneigtheit zu *beliebigen* Anleihen führte uns wirtschaftlich in die Irre; denn dadurch wurde die Geldhergabe zu einem bloßen Leihgeschäft, das dem Geber gute Zinsen und sonst nichts bringen sollte. Eine wirtschaftliche Verbundenheit des Geldgebers Amerika mit Deutschland besteht keineswegs, und eine geistige nur insofern, als wir Importeure der ungegeistigsten Erzeugnisse geworden sind, wenn sie nur aus den Vereinigten Staaten kommen. Wie anders liegen die Dinge, wenn Gläubiger und Schuldner durch gemeinsame wirtschaftliche und kulturelle Interessen und durch die Lebensnotwendig-

keiten eines Erdteils, der beide beherbergt, mit einander verbunden sind. Das "gute Geschäft" (das sich schließlich doch als ein sehr schlechtes entpuppt) tritt dann in den Hintergrund. Europagebundenes Schicksal führt die beiden Nachbarländer Deutschland und Frankreich zusammen, und Leben und Zukunft beider hängen davon ab, ob und wie sie ihre geographisch, politisch und wirtschaftlich bedingte Schicksalsgemeinschaft betätigen.

Die Sozialistischen Monatshefte haben mit ihrer Auffassung des deutsch-französischen Aufeinanderangewiesenseins in den schlimmen Jahren um den Ruhrkrieg nicht allzu viel Gefolgschaft, wohl aber viel Gegnerschaft gehabt. Das ist etwas anders geworden: Die Vokabel der deutsch-französischen Verständigung wird von sehr vielen gebraucht. Die aus diesem Gedanken zu ziehenden Konsequenzen werden aber auch jetzt nur von wenigen erkannt und angewendet. Sonst wäre es nicht möglich, daß man bei uns den Komplex der Fragen, die man unter dem Schlagwort der Revision zusammenfaßt, in so törichter Weise erörterte. In dieser sogenannten Aktion suchte man auf alien Seiten durch Frankophobie seine Zuverlässigkeit als Hüter "nationaler Belange" darzutun. Natürlich wurde dabei, wie üblich, erwartet, Großbritannien werde die deutschen Wünsche unterstützen. Doch in der Deutschen Tageszeitung vom 6. Januar 1931, in der ein in den Londoner Times veröffentlichter, Deutschland und der Youngplan überschriebener Artikel besprochen wurde, konnte man ein Anzeichen beginnender Einsicht bemerken. Das Blatt wandte sich gegen die englische Auffassung, als ob Deutschland trotz allem immer wieder England zur Verfügung stehe, wenn in London wiedereingeschwenkt und mit dem Finger gewinkt werde, und sagte: »In diesem Punkte aber kann man eines Tages sehr schwere Enttäuschungen erleben. Ein Deutschland, das sich immer wieder von England verkauft fühlt, wird zuletzt jeden andern Weg lieber betreten als den eines Zusammengehens mit dieser Macht, weil es dann jedes Vertrauen verloren hat.« Es hat lange bis zu solcher Erkenntnis gedauert, und sie ist natürlich längst noch nicht deutsches Allgemeingut geworden. Dennoch scheint die letzte, gegen deutsche Revisionsforderungen gerichtete Schwenkung Englands besonders lehrreich, da ihr eine ebenso schroffe Abkehr Lord Cecils in Genf vorausging, auf dessen Beistand in der Abrüstungsfrage nicht nur, in mehr als naiver Weise, Graf Bernstorff, sondern eigentlich das ganze Deutschland gehofft hatte, weil die mit der Abrüstung zusammenhängenden politischen Fragen bei uns überhaupt so gut wie gar nicht verstanden werden. In überraschend verständiger Weise hat jetzt Julius Wolf vor den »Illusionen der Abrüstungspolitik« gewarnt. In einem ausgezeichneten Artikel, den der Vorwärts am 7. Januar als »Zuschrift des angesehenen Volkswirtschaftslehrers« veröffentlichte, legte er dar, auf welchen falschen Weg sich Deutschland verirre, wenn es sich immer wieder zum Vorstoß gegen die Rüstungen Frankreichs treiben lasse. Er zeigt, genau wie das hier geschehen ist, daß Deutschlands Zukunft nur in der Zusammenarbeit mit Frankreich liegt, und daß ihm eine tatkräftige Hilfe sofort werden könnte, wenn es das französische Volk von dem deutschen Friedenswillen, an den man jetzt dort nicht glaube, überzeugte: »Nur wenn Deutschland dieses Mißtrauen auf andern Wege zu bannen vermag, kann es hoffen in absehbarer Frist und nicht erst nach einer Reihe von Jahren die Krise zu überwinden, von der es heute geschüttelt wird.« Es ist immerhin gut, daß das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands solche Er-

kenntnis sich von einem außenstehenden Wissenschaftler bringen läßt, wenn es sie schon aus sozialistischer Quelle bis jetzt nicht aufgenommen hat. Auch die treuesten Englandhoffer, im bürgerlichen wie im sozialdemokratischen Lager, sollten die abweisende Haltung Englands dahin begreifen, daß Frankreich den Briten denn doch mehr zu bieten hat als Deutschland. Im entscheidenden Augenblick wird England stets auf die andere Seite fallen.

Die deutsche Politik wird ihrer Pflicht gegen das deutsche Volk nur dann genügen, wenn sie, statt Paris immer wieder London zu nähern, selber den direkten Weg nach Paris findet. Dazu ist es freilich nötig, daß das ganze deutsch-französische Verhältnis namentlich auch psychisch gründlich anders wird. Ich glaube nicht, daß solche Änderung dem deutschen Volk allzu schwer fiele. Freilich, es gibt gewisse Kreise der "Gebildeten", die durchaus nicht wollen. Ihre Ideale liegen in England, dessen Wesen sie aus einem gewissen Minderwertigkeitskomplex heraus zu dem ihrigen machen wollen. Aus dem gleichen Gefühl heraus aber wollen sie Frankreich durchaus überlegen sein. Wenn ein Kunsthallendirektor einen Artikel veröffentlicht, in dem er so nebenbei den Franzosen die Höhe und die Tiefe abspricht und andeutet, daß eigentlich nur die Deutschen im Besitz des Höchsten seien, aber eben nur von den »germanischen Vettern« verstanden werden können, so trägt solche Auffassung wohl eher dazu bei die Enge der Geistigen als die Weite des Geistes zu zeigen. Aber das deutsche Volk ist in seiner Gesamtheit von einer solchen Voreingenommenheit für sich und gegen andere weit entfernt. Gerade die einfachen Menschen haben den größten Willen zum Verständnis, auch zur Anerkennung, ja, sie neigen zur Liebe des andern. Wenn gleichwohl sich weite deutsche Kreise in eine exaltierte Feindschaft gegen Frankreich haben hineinhetzen lassen, so nur, weil man ihnen die Kenntnis der wirklichen Vorgänge vorenthielt, alles, was Frankreich betraf, schwarz malte, um alles von England Kommende desto heller erstrahlen zu lassen. Man brauchte nur dem deutschen Volk zu zeigen, wie sehr seine dauernden Interessen mit denen des französischen Volks gleichlaufen. Und gerade jetzt in den Tagen der höchsten Wirtschaftsnot werden die direkten Wirtschaftsargumente, richtig dargestellt, auch am stärksten durchschlagen. Man braucht nur festzustellen, was unbezweifelbar ist: Das billige französische Geld kann nirgendwo eine bessere Anlage finden als in dem arbeitsbereiten Deutschland. Mit diesem Mittel, niedrigen Rohstoffpreisen und hervorragenden Arbeitskräften läßt sich die deutsche Wirtschaftstätigkeit ganz anders wieder in Gang bringen als etwa mit der Einführung einer Arbeitsdienstpflicht, die, so richtig ihr Grundgedanke sein mag, heute zu große Mittel erforderte, also, statt die aktuelle Not zu beseitigen, sie noch vergrößerte.

Das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich wird von selbst gut, sobald man nur die künstliche Spannung zwischen beiden aufhebt. Das muß man nun wirklich wollen. Auf beiden Seiten, gewiß. Aber in Frankreich ist man bereits so weit. In Deutschland wird man davon durch Ressentiment zurückgehalten. Doch für Deutschland steht, wenn die Annäherung nicht gelingt, viel mehr auf dem Spiel als für Frankreich. Die Frage "Endgültiger und wahrer Friede oder neuer Krieg?" muß endlich klar beantwortet werden. Was die eventuelle kriegerische Lösung bedeutet: nämlich völlige Auslöschung Deutschlands aus der Reihe der Völker, die in Europa etwas bedeuten, kann man jetzt sogar von Erich Ludendorff bestätigt erhalten.

Vielleicht darf man die vom Reichskanzler den Nationalsozialisten erteilte Absage dahin deuten, daß er eine Neuorientierung der Außenpolitik damit ankündigen wollte. Brüning muß und wird wissen, daß die Frage des deutsch-französischen Sichfindens eine Frage des Lebens oder Sterbens ist. Er weiß auch, daß ein deutsch-französisches Zusammengehen keine Gegnerschaft gegen irgendein anderes Volk einzuschließen braucht, sondern daß alle, auch England, schließlich am besten dabei fahren, wenn dem dadurch angebahnten Zusammenschluß aller Länder Kontinentaleuropas keine Hindernisse mehr bereitet werden. Wenn der jetzige Reichskanzler sich als Wegbereiter solcher Verständigung erweist, wird er sehr bald den größten Teil des deutschen Volks bewußt hinter sich haben.

Deutsche Innenpolitik kann heute weniger als je von deutscher Außenpolitik getrennt werden. Nur wer ihre enge Verbundenheit erkennt, bringt dem deutschen Volk die Voraussetzung neuen Aufstiegs.

## WALTHER MAAS · REVISION?

**R**EVISION war bis vor kurzem (und ist auch noch, wenn freilich gedämpft) eins der Hauptthemata der Zeitungen. Welche Revision eigentlich? Die meisten verstehen darunter eine grundlegende Änderung der schlechten Lage, in der sie sich befinden. Für solche Revision ist wohl ein jeder. Andere meinen eine Änderung der Verträge. Aller Verträge. Vor allem der territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrags. Ganz aktuell gar scheint die Revision des Youngplans. Dieser ist noch kein Jahr in Kraft, ist als Endlösung bezeichnet worden, ja als bereits vollzogene deutsche Erfüllung, woraufhin man die Räumung des besetzten Gebiets verlangte (und erhielt). Und gleich am Beginn seiner Ausführung sprach man schon überall von der Notwendigkeit ihn zu revidieren. Der Erdrutsch der Weltpreise, das heißt die Erhöhung der Goldzahlungen, hat die deutsche Fähigkeit ohne Zweifel herabgesetzt. Und die deutschen Rechtsblätter forderten sofort die Regierung auf von dem im Youngplan enthaltenen Moratoriumsrecht Gebrauch zu machen, wenn sie nicht gar wie die Nationalsozialisten eine einfache Einstellung der Zahlungen propagierten. Ein Moratorium hätte aber wohl nur einen Zweck, wenn es als eine drastische Begleitmaßnahme eines deutschen Verlangens auf Revision des Neuen Plans aufträte. Denn ein bloßer Zahlungsaufschub hülfe doch nur, wenn die Weltwirtschaftssituation sich bald entscheidend bessern wollte.

Ein Revisionsverlangen muß die psychischen Voraussetzungen in den anderen Ländern berücksichtigen. Vor allem muß man sich darüber klar sein, an wen ein solches Verlangen zu richten wäre. Man frage irgendjemand, und man erhält die Antwort: Na, doch an Frankreich. Und das ist schon falsch. Dem Leser der Sozialistischen Monatshefte braucht man das nicht mehr auseinanderzusetzen. Aber auch in der andern sozialistischen Presse beginnt es zu dämmern. So las man vor einigen Wochen im sozialdemokratischen Diskussionsorgan Das Freie Wort die durchaus zutreffenden Sätze:

»Aber kann Frankreich von sich aus überhaupt die deutschen Zahlungen ermäßigen? Formell erhält es den größten Teil der deutschen Annuitäten. Aber den bedeutendsten Teil der Zahlungen leitet es nur weiter an Amerika zur Tilgung seiner eigenen Kriegsschulden. Der Schlüssel zur Revisionsfrage liegt nicht bei Frankreich sondern bei den Vereinigten Staaten. Im Youngplan hat Frankreich ohne weiteres zugestanden, daß jede Ermäßigung seiner eignen Zahlungen Deutschland zu  $\frac{1}{2}$ ,

später sogar vollständig zugute kommt. Aber die Vereinigten Staaten denken einstweilen gar nicht daran auf ihre Forderungen zu verzichten. Auch wenn einige Exportindustrielle und der Zeitungskönig Randolph Hearst sich für ein Entgegenkommen an Europa aussprechen, bestehen Regierung und Öffentliche Meinung in Amerika doch darauf, daß die ehemaligen Verbündeten ihre Schuld bis auf den letzten Cent bezahlen.«<sup>1</sup>

Wie die letzten Beschlüsse des Senats wieder einmal zeigten.

Die Deutsche Tageszeitung vom 24. Juli 1930 zitierte aus einer Schrift des Pariser Chirurgen Jean Louis Faure diese Sätze:

»Ganz Europa, die ganze Welt wird aufhorchen, wenn der Telegraphendraht eine Note der französischen Regierung bekanntgeben wird, in der es heißt: Im Interesse des Weltfriedens und überzeugt, daß die Kriegsschulden schließlich zur Katastrophe führen, entschlossen alles zu tun, um diesem drohenden Zustand ein Ende zu machen, verzichtet die französische Regierung ganz einfach auf ihre Schuldforderung an Deutschland.«

Der Professor meint, nur so würde eine deutsch-französische Verständigung möglich sein. Einfach, in der Tat (und eine sehr schöne Bekundung des Gefühls dieses Franzosen). Würde aber ein solcher Verzicht Frankreichs, angenommen, er wäre möglich, in Deutschland gut wirken, zur Annäherung beitragen? Seit den Erfahrungen mit der Rheinlandräumung denkt man in Frankreich sehr skeptisch über den Wert solchen Entgegenkommens. Aber davon abgesehen: Wie könnte Frankreich die deutschen Zahlungen streichen, solange Amerika diese Summen von ihm verlangt? Sollen sie die Lasten der französischen Bevölkerung vergrößern? Dann freilich wäre es schon deswegen mit der Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich vorbei. Also, der Pariser Chirurg hat das Messer wirklich nicht an der richtigen Stelle angesetzt. Die Kriegsschulden müssen annulliert werden, gewiß. Das heißt aber: Die Vereinigten Staaten von Amerika müssen die Forderungen an ihre Alliierten streichen. Solche Schulden für die Bezahlung der Uniformen, in denen die Verbündeten Amerikas für die gemeinsame Sache (im Hauptteil für angelsächsische Interessen) verbluteten, nach Kriegsende eintreiben zu wollen, durch 2 Menschenalter hindurch, ist in jedem Betracht unsittlich. Allmählich scheint das sogar ein Teil der amerikanischen Öffentlichkeit dunkel zu fühlen. Die Zeitschrift *The World To-Morrow* veranstaltete eine Umfrage über die Streichung der Kriegsschulden: 155 waren dafür, 206 dagegen, 58 waren zweifelhaft. Owen Young selbst sagte am 3. Dezember: »Ich würde bei Behandlung solcher Dinge auf einen weiten Blick und sympathisches Verstehen hoffen. Auf größeres Verständnis jedenfalls als das einzelne Individuum mit Recht von seinem Gläubiger verlangen kann. Denn der einzelne Gläubiger ist in der Regel sehr hartherzig. Lassen wir Amerika nicht hartherzig sein.«

Nur besteht in Deutschland, wie der Temps am 24. November richtig schrieb, eine fast krankhafte Furcht davor in Amerika Mißfallen zu erregen. Dabei sind die Amerikaner selbst keineswegs zimperlich. In einer Sitzung der New Yorker Akademie für Politische Wissenschaften erklärte man, Reparationszahlungen könnten durch Gewaltanwendung erzwungen werden<sup>2</sup>. Die Youngrevision ist seit den Haager Beschlüssen keine deutsche Frage sondern eine europäische. Die Vossische Zeitung schrieb am 25. November:

»Bei der Revision der deutschen Zahlungen handelt es sich vor allem darum, ob es gelingt die europäische Solidarität gegenüber der europäischen Zwietracht zu stärken. Nur einem geeinten Europa wird die Lösung der Schuldenfrage auf gütlichem Wege gelingen.«

1) Siehe Radlof Richtige Front in der Revisionsfrage, im Freien Wort vom 7. Dezember 1930.

2) Siehe dazu Quessel Reparationskrieg und Youngrevision, in den Sozialistischen Monatsheften 1930 III Seite 1086.

Ein weiteres Kapitel ist die Revision des Versailler Vertrags. Der Tag veröffentlichte am 31. Oktober einen Artikel des amerikanischen Abgeordneten Fred Britten, betitelt Revision von Versailles oder neuer Krieg? Positiv will dieser Amerikaner an Deutschland Böhmen, Österreich, Südtirol, den polnischen Korridor geben, an Rußland weite Teile Polens und die Randstaaten. Aber der Hauptsinn seiner Ausführungen ist:

»Bis die europäischen Staatsmänner und Diplomaten nicht nach Art der neuen Diplomatie der westlichen Halbkugel denken, kann es keinen gesicherten Weltfrieden geben . . . Die Vereinigten Staaten müssen stets in der Lage sein jeder Nation der Erde Respekt einzufößen. Zur Verbürgung dessen müssen die Vereinigten Staaten eine Flotte haben, die keiner andern nachsteht.«

Der Tag, eine deutschnationale Zeitung, macht sich also zum Schrittmacher der amerikanischen Weltherrschaft.

Zu dem Rededuell zwischen dem (inzwischen gestürzten) französischen Ministerpräsidenten André Tardieu und dem deutschen Außenminister Julius Curtius schrieb die Vossische Zeitung am 27. November:

»Als eines der positiven Ergebnisse der jüngsten Kontroverse zwischen dem französischen Ministerpräsidenten Tardieu und dem deutschen Außenminister Doktor Curtius wird die Tatsache gebucht werden dürfen, daß sie die Frage der Revision der Friedensverträge offiziell zur Diskussion gestellt hat. . . Eine ganze Reihe führender französischer Politiker hat in Wort und Schrift zu der Revisionsfrage Stellung genommen, und wenn auch die Mehrzahl von ihnen über die Opportunität einer deutschen Initiative im gegenwärtigen Augenblick sich sehr skeptisch geäußert hat, so war doch keiner unter ihnen, der nicht im Gegensatz zu Tardieu die Unhaltbarkeit der durch das Friedensdiktat von 1919 geschaffenen politischen Zustände freiwillig und rückhaltlos zugegeben hätte. Das Bedeutsame aber ist, daß es keineswegs nur die seit langem für einen deutsch-französischen Ausgleich . . . kämpfenden Führer der französischen Linken, sondern mehr und mehr auch Politiker aus dem Lager der Tardieuschen Mehrheit sind, die sich zu dem Gedanken einer friedlichen Korrektur . . . bekennen. So erklärt heute der der äußersten Rechten nahestehende Abgeordnete von Bordeaux Abbé Bergéy in einem der République gewährten Interview, daß die Friedensverträge eine ganze Reihe schlimmer Ungerechtigkeiten enthielten, deren einzige Entschuldigung die menschliche Unvollkommenheit sei. . . Auf die ihm vom Interviewer gestellte Frage nach dem polnischen Korridor ist Abbé Bergéy die Antwort schuldig geblieben, mit der Begründung, daß in der gespannten Situation, in der sich Europa augenblicklich befinde, jeder Versuch den Status quo zu modifizieren zu Verwicklungen führen müsse, deren Konsequenzen niemand übersehen könne. Das bedeute allerdings nicht, fügte der Abbé hinzu, daß man die Dinge so lassen müsse wie sie augenblicklich seien. Aufgabe des Völkerbundes müsse es vielmehr sein auf dem Wege der friedlichen Verständigung und mit Zustimmung aller Beteiligten die zur Erhaltung des Friedens notwendigen Rektifikationen in die Wege zu leiten. Als eminent wichtig für die Beruhigung der Geister und die Bereinigung der internationalen Atmosphäre müsse der Völkerbund ferner für die strikte Innehaltung der zum Schutz der nationalen Minderheiten, ihrer Sprache, ihrer Sitten und Traditionen geschlossenen Verträge sorgen. Nur auf diesem Wege, der notwendigerweise über die Europäische Föderation führen müsse, werde man zur endgültigen Konsolidierung des Friedens gelangen können.«

Diesem Abbé kann man weitgehend zustimmen, besonders in seiner Auffassung, daß man stets die psychischen Momente auf der Gegenseite zu beachten habe. In dieser Hinsicht sind seit dem 14. September 1930 so viele Töpfe zerschlagen worden, daß man überhaupt nur die Vorkriegszeit als Vergleichsobjekt nehmen kann, in der Deutschland durch seine zerfahrene Politik, trotz manchem richtigen Ansatz, seine eigene Einkreisung ermöglicht hat. Immerhin hatte das Deutsche Reich damals gewaltige Machtpositionen inne. Heute haben wir positiv nur den Gedanken der europäischen Verständigung, der Vernunft und Gerechtigkeit einzusetzen. Glaubt man ihn durch klirrende Reden ersetzen zu können? Der Völkische Beobachter sah am



4. Dezember den Auswärtigen Ausschuß des Reichstags »unter nationalsozialistischer Führung«. In der Tat haben sich alle übrigen Parteien bemüht den Nationalsozialisten im Scheinnationalismus mindestens gleichzukommen. Erfolg: Der deutsche Außenminister fuhr nach Genf in einer der deutschen Sache nichts weniger als günstigen Situation. Da war der Fall Treviranus, da waren die Verfolgungen der "Separatisten" am Rhein, der Koblenzer Stahlhelmtag, da waren dauernde Drohungen an die Adresse Frankreichs und Polens. Sogar das Zentrum schien mitzumachen. Dessen Politiker haben aber am schnellsten gemerkt, wie vereinsamt Deutschland durch das alles wird. Ludwig Kaas blies in Kassel ab, und Heinrich Brüning erklärte ausdrücklich, seine Ostreise sei keine Demonstration gegen Polen, diene nur der Information über die wirtschaftliche Not des deutschen Ostens.

Was kann Deutschland helfen? Nun, wir sagen es hier seit langem: nichts anderes als Verständigung und Zusammenarbeit mit Frankreich. Frankreich kann uns die Anleihe geben, die wir zur Neubelebung unserer Wirtschaft brauchen, es kann im Mutterland und in den Kolonien viele Menschen aufnehmen, die jetzt in Deutschland arbeitslos sind. Auf angelsächsischen Beistand zu rechnen ist sinnlos. Englands Hilfe hat uns in den 12 Nachkriegsjahren weiter nichts gebracht als die Ruhrkriegsniederlage und voriges Jahr die Erschwerung und spätere Abdrosselung der Sachlieferungen, die, im Gegensatz zu den uns nur belastenden Goldzahlungen, unserer Wirtschaft nützen könnten. Seit vielen Jahren spekulieren in Deutschland gewisse Kreise auf französisch-englische Unstimmigkeiten. Gewiß, solche gibt es, wird es geben; denn Frankreich will die kontinentaleuropäische Konzentration, und England will die Herrschaft der Balance-of-power-Doktrin. Aber Deutschland wirft sich auf die falsche Seite und bewirkt doch nur, daß Frankreich und England immer wieder zusammengeführt werden. So hat man es in letzter Zeit auch fertiggebracht in der Moratoriumsfrage eine Zusammenarbeit zwischen Frankreich und England anzubahnen, wie die Sekundierung des *Matin* durch die *Times* bewies. Dem deutschen Volk haben die deutschen Zeitungen allerlei von der Möglichkeit der Revision (jeglicher Revision) vorgegaukelt: sie komme, und dann werde alles alles gut sein. Und jeder Vorhersage folgte prompt die Enttäuschung. Dann sucht man weiter verzweifelt nach Bundesgenossen. Amerika? Lehnt alle Verhandlungen ab. England? Schließt sich näher mit Frankreich zusammen. Rußland? Eine Niete. Italien? Es wurde hier am 24. November geschrieben, Italien sei nur für Grenzrevisionen, wenn es zu seinem Vorteil geschehe<sup>3</sup>. Italien hat mit dem Gerede von der Revision angefangen, um Ungarn auf seine Seite zu ziehen, zur Umklammerung Jugoslawiens. Die Ungarn empfinden die ungarisch-rumänische Grenze als besonders ungerecht und hoffen auf Revision. Der Staatssekretär Gafenco erklärte am 5. Dezember im rumänischen Parlament, die öffentliche Meinung Rumäniens sei durch die neuerlichen Revisionsmanifestationen in Italien nicht beunruhigt, da man von den maßgebenden römischen Stellen die Versicherung erhalten hätte, der italienische Revisionismus sei keineswegs gegen die Grenzen Rumäniens gerichtet; das selbe gelte natürlich auch für die anderen Staaten der Kleinen Entente, mit denen Rumänien eng verbündet sei. So zu lesen im *Kurjer Poznanski* vom 5. Dezember 1930. Die Kleine Entente aber sind die Nachbarn Ungarns.

3) Siehe *Maas* Italien, Frankreich, Deutschland, in den Sozialistischen Monatsheften 1930 III Seite 1095 und folgende.

Da es gerechte Grenzen in Osteuropa nicht geben kann, heißt eben die Parole: die Grenzen in ihrer Wirkung durch den Zusammenschluß des Europäischen Kontinents aufheben. Das wäre die einzige wirklich reale Revision der Friedensverträge. Und was die Revision der Zahlungsverpflichtungen anlangt, so gilt nur das eine: mit Frankreich zusammenarbeiten, den *ehrlichen* Willen zur Zusammenarbeit zeigen; dann wird auch diese Frage sich regeln lassen. Es gibt für uns heute noch diesen Weg und *nur* diesen Weg, aber man beschreite ihn endlich.

## ERNST REUTER · BERLIN ANFANG 1931

**B**S wird in der Geschichte der kommunalen Selbstverwaltung kaum jemals eine Stadt gegeben haben, die so schweren Erschütterungen ausgesetzt worden wäre wie die Stadt Berlin. Schlimmer als alle materiellen Belastungen hat sich der Sklarek-skandal mit seinen tiefaufwühlenden Folgen auf die ganze Verwaltung Berlins ausgewirkt. Es ist für den Sozialisten nur ein schwacher Trost, daß die wirklich Schuldigen dieses Skandals nicht im eignen Lager zu suchen sind. Der materielle Verlust wäre leicht zu verschmerzen gewesen; ungeheuer schwer lastet aber auch heute noch die Erschütterung des Vertrauens in die öffentliche Verwaltung auf der ganzen Stadt und auf jedem einzelnen. Alle Kräfte des Rückschritts und der Zerstörung werden noch lange die psychischen Auswirkungen dieses Skandals für ihre Agitation ausnutzen können. Trotzdem hat das Jahr 1930 auch hier zweifellos Ansätze zur Wiederherstellung gezeigt. Die Skandalhetze ist wenigstens in ihren größten Formen zu Ende gegangen. Der Ausschuß des Preußischen Landtags hat schließlich nach monatelangen Beratungen selber das richtige Gefühl gehabt, daß er am besten daran tue seine Verhandlungen abzuschließen. Er war auf dem Weg sich selbst der Gefahr auszusetzen, daß seine Arbeit auf die Dauer auch keinen Menschen mehr befriedigen könnte. Über den Bereich der Sklarek-affäre hinaus ist nicht viel übrig geblieben. Daß in der Stadt Berlin in den letzten 10 Jahren eine ungeheure Arbeit geleistet worden ist, und daß diese Arbeit nach Überwindung der augenblicklichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten ihre Früchte tragen wird, wissen auch diejenigen ganz genau, die die Skandalpsychose für ihre politischen Zwecke auszunutzen verstanden.

Als gegen Ende 1929 im Zusammenhang mit den Finanzschwierigkeiten, die damals begannen, die Selbstverwaltung der Stadt Berlin bedroht schien, haben wir Sozialisten mit aller Energie betont, daß wir unter allen Umständen daran festhalten wollen und müssen, daß die Stadt Berlin ihre Schwierigkeiten aus eigener Kraft zu überwinden hat. Damals stand die Stadt vor der Gefahr, daß ihre großen, seit Jahren in Angriff genommenen Bauten nicht zu Ende geführt werden konnten. Monate hindurch lagen große Teile der Untergrundbahnbaustrecken aus Mangel an Geldmitteln still, wir hatten lange Zeit beinahe selber die Hoffnung aufgegeben, daß es möglich sein würde die Bauten bis zur Inbetriebnahme durchzuführen. Dadurch, daß seit Anfang 1929 der Berliner städtische Gesamtverkehr in der neugegründeten Berliner Verkehrsgesellschaft zusammengeschlossen war, ist es möglich gewesen die Beträge aufzunehmen, die zur betriebsfertigen Herstellung gebraucht wurden. Durch 2 Kreditoperationen vom Sommer 1929 und Frühjahr 1930 gelang es, nach außerordentlich schwierigen Verhandlungen, diese Beträge zu beschaffen

und die Zustimmung der städtischen Körperschaften zu dieser Geldaufnahme herbeizuführen. Dadurch konnte dieses große Werk zum Abschluß gebracht werden, und im Dezember 1930 wurden die beiden letzten Strecken des vor Jahren aufgestellten Bauprogramms dem Betrieb übergeben. Die Öffentlichkeit, die jahrelang stürmisch den Ausbau des Untergrundbahnnetzes gefordert und gefördert hat, ist heute geneigt diese Entwicklung abfällig zu kritisieren. Es ist richtig, daß das Zusammentreffen der Inbetriebnahme mit einem durch die allgemeine Wirtschaftskrise verursachten erheblichen Verkehrsrückgang eine Belastung des Berliner Verkehrs zur Folge hat, die im Augenblick vielleicht nicht getragen werden kann. Das Bild wird sich bei sorgfältiger Betriebsführung und bei planmäßiger weiterer Ausnutzung aller durch die Vereinheitlichung gegebenen Ersparnismöglichkeiten in nicht allzu ferner Zeit ändern, und damit wird auch das Urteil der Öffentlichkeit anders werden. Die Entwicklung Berlins wird auch in Zukunft einen weiteren Ausbau des Schnellbahnnetzes verlangen. Der Angelpunkt der kommenden Weiterentwicklung ist die Notwendigkeit einer Verbindung der nördlichen mit den südlichen Reichsbahnvorortstrecken, die seit dem Verkehrszuwachs der Reichsbahn als Folge ihrer Elektrifizierung immer dringender und unaufschiebbarer wird. Erst mit ihrer Durchführung und der dadurch bedingten verkehrlichen Umgestaltung auf dem Potsdamer Platz werden die Grundachsen für die Berliner Verkehrsentwicklung fertiggestellt sein.

Es ist im Jahr 1930 auch möglich gewesen die übrigen städtischen Bauten, die eine Zeitlang stillgelegt waren, im wesentlichen fertigzustellen. Trotz den Schwierigkeiten, die sich aus der Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlung ergaben, schien es zu gelingen einen in Einnahmen und Ausgaben sich gleichenden Haushalt zustande zu bringen; eine Zeitlang zeigte sogar der Schuldenstand der Stadt eine rückläufige Entwicklung. Die Hoffnung, die sich an diese Symptome knüpfte: daß die Stadt Berlin durch radikale Sparmaßnahmen in verhältnismäßig kurzer Zeit ihre Schwierigkeiten überwinden würde, ist durch das katastrophale Anwachsen der Arbeitslosigkeit in einem nicht voraussehbaren Umfang zunichte gemacht worden. Heute ist das Problem, mit dem die Stadt Berlin zu kämpfen hat, das selbe, das alle anderen Großstädte beschäftigt. Es ist die meines Erachtens auf die Dauer nicht mehr zu beantwortende Frage, wie die Gelder für die Wohlfahrtserwerbslosen aufgebracht werden sollen. Man muß sich vor Augen halten, daß diese Überschreitung der Wohlfahrtsausgaben gegenüber dem im Frühjahr 1930 aufgestellten Haushaltsentwurf um etwa 60 Millionen Mark zusammen mit dem unvermeidlichen Einnahmeausfall durch rückläufige Steuerentwicklung auch für Berlin unlösbare Finanzaufgaben mit sich bringt. Die Summen, die hier zu Unterstützungszwecken ausgegeben werden, sind weggegeben, ohne daß an ihre Stelle irgendeine produktive, für die Zukunft sich auswirkende wirtschaftliche Gegenleistung getreten ist. Die Beträge sind von einem so phantastischen Ausmaß, daß ihnen gegenüber alle Summen, die die Stadt früher für große Bauten, auch zum Beispiel für die Untergrundbahnbauten, ausgegeben hat, in den Hintergrund treten. Das Problem der städtischen Finanzwirtschaft ist überhaupt in ganz außerordentlichem Maß durch die Entwicklung der Wohlfahrtslasten bedingt. Der gesamte Wohlfahrtsetat der Stadt Berlin wird im Jahr 1930 wahrscheinlich auf rund 350 Millionen Mark angeschwollen sein, er ist jahraus jahrein um 25 bis 30 Millionen Mark gestiegen und nimmt jetzt unter der Auswirkung der

Gesamtkrise Dimensionen an, denen das größte Finanzgenie nicht mehr gewachsen sein wird. Fast alle Ersparnismaßnahmen, die demgegenüber städtische Verwaltungen durchführen können, haben leider die unangenehme Konsequenz, daß sie sich zum großen Teil auf Sachausgaben erstrecken, weil bei ihnen ein Zugriff eher möglich ist. So erfolgen ein fast vollständiger Stillstand aller Bauten, eine radikale Einschränkung der Reparaturen usw., und indirekt wird dadurch die Erwerbslosigkeit weiter gesteigert.

Diese Dinge brauchten nicht ihre katastrophalen Dimensionen anzunehmen, wenn die Städte nicht seit Jahren vollständig vom Kapitalmarkt abgeschlossen wären, und wenn der Zinsfuß in Deutschland für die Gemeinden nicht doppelt so hoch wäre wie in anderen Ländern. Während in der Schweiz fast alle Städte ihre Anleihen zu höchstens 4% konvertieren, bezahlt Berlin zurzeit wohl kaum unter 8%, und andere Städte in Deutschland zahlen selbstverständlich noch mehr. Auch im Jahr 1930 sind Möglichkeiten langfristiger Kapitalaufnahme wieder an den Schwierigkeiten der Anleiheberatungsstelle und am Einspruch der Reichsbank gescheitert, man hat einen Zinsendienst für zu hoch erklärt, den man jetzt sicher als denkbar günstig bezeichnen würde. (Selbstverständlich darf man keine hemmungslose Anleihewirtschaft treiben. Aber man muß das Notwendige vom Entbehrlichen trennen. Und man muß vor allem darauf sehen, wo man die Anleihe aufnimmt; entscheidend muß sein, ob wir durch die Anleihe zu einer Zusammenarbeit mit dem Gläubigerland kämen (Frankreich) oder in Abhängigkeit von ihm gerieten (Amerika).) Die Wahlen vom 14. September 1930, die Schwankungen der deutschen Außenpolitik haben das Zinsniveau, das in der 1. Hälfte des Jahres 1930 sich zu senken schien, von neuem wieder in die Höhe getrieben. Man muß sich vor Augen halten, daß zum Beispiel die Berliner Verkehrsgesellschaft, wenn sie ihre Anleihen zu den Bedingungen ausländischer Städte aufnehmen könnte, überhaupt keine Sorgen hätte. Sie könnte ihre gesamten Bauten ohne jede Schwierigkeiten verzinsen und amortisieren und möglicherweise noch an die Stadt Überschüsse abwerfen, während die mit ihr konkurrierende Reichsbahn bekanntlich immer noch mit einem erheblichen Defizit arbeitet. Zahllose Bauten könnten dann von Berlin in Angriff genommen werden, weil sie unter anderen Bedingungen des Kapitalmarkts in die Rentabilitätsgrenzen ohne weiteres hineinwachsen würden.

Die Schwierigkeiten, denen eine Stadt wie Berlin zurzeit ausgesetzt ist, sind nicht nur Schwierigkeiten der fiskalischen Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Leistungsträgern der öffentlichen Ausgaben, sie sind auch Schwierigkeiten der deutschen Gesamtpolitik. Diese Schwierigkeiten könnten überwunden werden, wenn die deutsche Politik nicht von aufgeputzten Leidenschaften sondern vom Verstand geleitet würde, wenn wir eine Politik betrieben, die nicht die Möglichkeiten eines neuen Krieges zum Zweck der Revision des Friedensvertrags, ein utopisches Bündnis mit Italien usw. ins Auge faßte. Der französische Nachbar verfügt über Riesenkapitalien, die zu lächerlich geringen Zinssätzen Anleihemöglichkeiten in der Welt suchen. Deutschland hat bisher nicht den Versuch gemacht die Möglichkeiten, die sich hier bieten, für die Belebung und Entwicklung seiner Wirtschaft fruchtbar zu machen. Wir haben uns künstlich gegenüber diesem gewaltigen Kapitalmarkt abgeschlossen und unsere Hoffnungen allein auf die angelsächsischen Reiche, in Finanzdingen speziell auf Amerika, gesetzt, das gar nicht daran denkt uns von unseren Lasten zu befreien. Die Folgen dieser

Haltung spüren wir in den Städten in einer Weise, daß heute niemand von uns weiß, ob wir der daraus sich ergebenden Kalamitäten Herr werden können. Wir können nicht auf die Dauer Hunderttausende von Arbeitswilligen mit Unterstützungen abspeisen (und korrumpieren); sie verlangen mit Recht Arbeit und Beschäftigung. Die Hunderte von Millionen, die bei der heutigen Politik ganz unproduktiv herausgeworfen werden müssen, reden eine zu deutliche Sprache. Die Reichsregierung wird an dem Problem der Arbeitsbeschaffung nicht vorübergehen können.

Es ist gewiß richtig, daß man nicht im Handumdrehen für 4 Millionen Erwerbslose Arbeit beschaffen kann, und mit dieser allgemeinen Bemerkung pflegen sich diejenigen gern zufrieden zu geben, die überhaupt nichts tun wollen. Ebenso richtig ist aber, daß bisher nichts geschehen ist, um wenigstens da Arbeit zu beschaffen, wo solche Möglichkeiten vorhanden wären. Wenn, zum Beispiel, die Reichsbank in Berlin seit Jahren schon daran denkt ihre zersplitterten Bureaus in einem einheitlichen Gebäude zusammenzufassen, so ist nicht recht abzusehen, warum eine solche Stelle, die ihre Bauten ohne weiteres finanzieren kann, diese Arbeiten nicht jetzt im Tiefpunkt der Krise, die durch die Abdrosselungsmaßnahmen auf dem Baumarkt noch außerordentlich verschärft worden ist, in Angriff nimmt. Soll unsere ganze Tätigkeit darin bestehen, daß alle öffentlichen Körperschaften heute jede Möglichkeit von Arbeitsbeschaffung vollkommen versperren, um dann, wenn die Krise nachläßt, den inzwischen aufgetürmten Bedarf in die Zeit einer ansteigenden Konjunktur hineinzuwurfen? Es scheint fast so, als ob das in Deutschland der Lauf der Entwicklung werden soll. Demgegenüber muß von allen Stellen, die das tun können, gefordert werden, daß diejenigen Arbeiten, die jetzt begonnen werden können, zur Erleichterung der Krisenerscheinungen sofort vorbereitet und durchgeführt werden.

Die Stadt Berlin hat bisher lediglich auf dem Gebiet des Tiefbaus eine Vorlage für Straßenbauarbeiten den städtischen Körperschaften vorgelegt. Hier sollen Straßenbauten in Höhe von 13 Millionen Mark zum Teil durch Ersparnisse auf dem Gebiet der Wohlfahrt (Beschäftigung von Wohlfahrtserwerbslosen), zum Teil durch einen mehrjährigen Kredit der interessierten Unternehmer ermöglicht werden. Es schweben Vorberatungen darüber, ob es vielleicht möglich ist auf einem ähnlichen Weg wenigstens einige der zum Stillstand gebrachten Untergrundbahnverlängerungsbauten doch noch durchzuführen, und es scheint nicht ausgeschlossen, daß es gelingt eine dafür ausreichende Finanzierungsgrundlage zu finden. Es müssen aber unbedingt alle diejenigen politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen getroffen werden, die zu einer Belebung des Kapitalmarkts, zu einer Senkung des Zinsfußes und vor allen Dingen zu einer Verständigung mit dem französischen Kapitalmarkt führen. Wer noch einmal die Katastrophe des Ruhrkriegs, in anderer Form, herbeiführen will, der soll es lieber offen sagen. Wir halten es für richtiger Arbeit auf dem Weg der Verständigung zu ermöglichen.

Lastete auf Berlin nicht diese Sorge einer über alle Maßen steigenden Erwerbslosigkeit, so hätte die Stadt ihre Schwierigkeiten schnell überwunden. Ihre Verwaltung ist weder korrupt noch unfähig, sie ist auch nicht in Unordnung, und Berlin hat Kräfte genug in sich, deren Mobilisierung die Überwindung der Schäden der letzten Jahre in kurzer Zeit ermöglichen würde.



## ERNST UNTERMANN · DER NEGER IN DEN VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA

**L**ÄCHERLICH, dieser Quatsch, daß der Nigger das gleiche Recht haben soll wie ein wirklicher Mensch; daraus wird nichts, so lange wir Weißen noch einen Finger rühren können«, schnarrte eine rauhe Whiskystimme neben mir im Rauchzimmer eines Hotels in Tampa /Florida/. Ich sah mich nach dem Sprecher um und erkannte einen Winkelpolitiker der Gegend, der als Richter selbst unter den weißen Arbeitern und Kleinbauern einen üblen Ruf hatte. Bei ihm stand ein aufgedunsenes Exemplar nordischer Rassenzüchtung und amerikanischer Demokratie, der sich als Sheriff ein müheloses Nebeneinkommen dadurch verschaffte, daß er aus nichtigen oder auch aus fabrizierten Gründen Neger verhaftete, um sie für 90 Tage an eine Privatgesellschaft zu verschieben, die Tannensaft zu Terpentin verarbeitete. Er spie einen dicken Strom von Tabaksjauche nach der allgemeinen Richtung des blanken Spucknapfs und meckerte: »Die verdammten Yankees wollten mit ihren Niggerstimmen den ganzen Süden beherrschen, aber wir haben ihnen das Geschäft eklig verdorben. Weißt du noch, wie wir lange nach dem Bürgerkrieg unsere Milizen zu alarmieren pflegten, mit Knütteln bewaffnet, um die Niggers am Wahltag in die Wälder zu treiben?« Der andere nickte schmunzelnd und gab hinzu: »Ja, und nachdem wir unser reguläres demokratisches Ticket glatt erwählt hatten, trieben wir einige Dutzend Niggers ins Wahllokal zurück und ließen sie republikanisch stimmen --- um zu beweisen, daß alles ehrlich zugegangen war.« Sie lachten beide aus vollem Hals und schwankten nach der verbotenen Kneipe hinaus, die trotz aller Prohibition leicht zu finden war und von diesen edlen Gesetzeshütern fleißig besucht wurde. Doch wehe dem Neger, der ihnen in der Nähe dieser Kneipe in die Hände lief, etwa mit einem Paket oder einer Flasche, aus denen sich ein Corpus delicti konstruieren ließ. Er konnte sicher sein für die nächsten 90 Tage mit Ketten an den Füßen auf der Landstraße arbeiten zu müssen, es sei denn, daß die Terpentingesellschaft noch einen billigen Sklaven gebrauchen konnte. Er mochte so unschuldig sein wie der junge Joseph an der Verführung der Potiphar, das schützte ihn nicht vor der Peitsche des Aufsehers, wenn er es wagte widerspenstig zu sein, oder vor den Kugeln der Wächter, wenn er es nicht aushielt und fortlief.

Dieses System der Willkür, ein Erbe der Sklavereizeit, wird von den Spitzen der weißen Gesellschaft gestützt, um mit der Unterdrückung der Neger auch die Klassenherrschaft über die weißen Arbeiter und Bauern aufrechtzuerhalten. Die Masse der weißen Landbevölkerung, Crackers genannt, liefert das Hauptkorps der demokratischen Wähler dazu. Diese Crackers sind Abkömmlinge der ersten armen Landwirte in den alten Kolonien des Südens, die dort ihre Heimstätten gründeten. Sie sind meist ganz ungebildet und weisen den größten Prozentsatz von Illiteraten im ganzen Land auf. Nach den für die Neger geltenden Satzungen müßten die Crackers als zu ungebildet von der Wahl ausgeschlossen sein, aber ohne ihre Stimmen und ihren blinden Rassenhaß würde die Demokratische Partei im Süden rasch verfallen. Für moderne Ideen des Klassenbewußtseins und der sozialen Emanzipation sind die Crackers bisher durchaus unempfänglich geblieben. Sie sind die Garde

der Unwissenheit, mit der die herrschende Klasse der Südstaaten nicht nur den Neger sondern auch den Weißen, der aus den Nordstaaten oder aus Europa einwanderte, an der Kandare hält. Die Furcht vor der Negerherrschaft hemmt jede fortschrittliche Entwicklung in den Südstaaten. Denn noch immer bilden die Neger angeblich in vielen dieser Staaten die Majorität. Diese politisch und wirtschaftlich niederzuhalten ist der Hauptsatz der demokratischen Parteipolitik im Süden.

Das ist der Grundton des ganzen sozialen Lebens in den Südstaaten. Er klingt überall durch und zittert selbst in den Nordstaaten, im Kongreß, in der innern und äußern Politik der Nation nach. Die Neger sind machtlos gegen diese Tyrannei. Sich mit Gewalt durchzusetzen ist für sie aussichtslos. Die meisten Neger nehmen daher diesen Zustand ohne offenen Widerstand hin, wagen es überhaupt nicht auf ihren Bürgerrechten zu bestehen, wo die demokratische Parteimaschine die Gewalt hat. Riskiert aber dieser oder jener mehr als gewöhnlich tatkräftige oder wohlhabende Neger sich vor einem demokratischen Wahlkomitee der Südstaaten als wahlberechtigt zu legitimieren, so hat man auch noch andere Mittel als die rohe Gewalt, um schwarze Republikaner an die Luft zu setzen. Das Gesetz schreibt eine Bildungsnorm für Wähler vor. Man stellt also einfach an unbequeme Applikanten verfängliche Fragen, nicht um sie auf ihre Bildung hin zu prüfen, sondern um sie zu entrechteten. Man fragt sie zum Beispiel nach der Bedeutung technischer Ausdrücke, die auch den meisten Weißen unbekannt sind. Natürlich ist es leicht damit das Gros der Neger von der Wahl auszuschließen. Kommt aber irgendein des Lesens und Schreibens unkundiger Neger, der dem Wahlkomitee als harmlos bekannt ist, und dem man ohne Bedenken einen vorher markierten Wahlzettel in die Hand drücken kann, so wird ihm die Prüfung leicht gemacht, selbst wenn er vorher nicht registriert worden ist. »Na, Moses, du weißt doch, wer der Vater unserer Nation war, George Washington, was?« »Jawohl, Herr, George Washington.« »Schön, dann steck' mal diesen Zettel dort in die Urne.« Die Demokraten des Nordens, mit verschwindenden Ausnahmen, wollen in ihrem eigenen Interesse an diesem undemokratischen System nicht rütteln. Auch die meisten Republikaner, obschon sie temporär Nutzen aus einer Wandlung zögen, scheuen vor einem festen Griff in diesen Zustand zurück, weil sie sich vor den sozialen Folgen einer Erschütterung der weißen Herrschaft im Süden für ihre Geschäftsinteressen und für die weißen Arbeiter und Bauern des Nordens fürchten. Mit dieser Drohung hat die herrschende Klasse des Südens bisher jede Durchführung des 14. und 15. Amendements zur Bundesverfassung gehemmt und jede Verkleinerung ihrer Kongreßvertretung im Verhältnis zu ihren wirklichen Wählern verhindert. Mögen Idealisten aller Parteien, auch der Sozialistischen Partei, die baldige Verwirklichung der demokratischen Traditionen und der allgemeinen Verbrüderung fordern, die weiße Rassenherrschaft bleibt das unerschütterte Fundament der Klassenherrschaft im ganzen Land. Jedes weiße Kind im Süden saugt das Dogma von der biologischen und sozialen Superiorität des Weißen mit der Muttermilch ein, auch wenn es, paradoxe Tragikomik, von einer schwarzen Amme genährt, einer schwarzen Köchin verhätschelt, einer schwarzen Zofe bedient wird. So tief sitzt dieser Dünkel im Blut, daß er auch den im Süden lebenden Einwanderer aus den Nordstaaten und aus Europa anfrißt und sein praktisches Handeln bestimmt, mag er auch theoretisch den idealen Forderungen

der menschlichen Verbrüderung beitreten. Auch die Sozialistische Partei kann im Süden keine gemischten Vereine gründen. Bisher hat sich die Majorität der weißen Sozialisten dort glatt geweigert mit Negern im selben Zimmer auf gleichem Fuß zu verkehren. Aus dem selben Grund ist der kurze Versuch der "Kommunisten" den Neger zur gewaltsamen Revolution zu erziehen so leer verlaufen, daß die Moskauer ihrer amerikanischen Filiale legale Methoden der Propaganda und Organisation für den Verkehr mit Negern vorgeschrieben haben und der unerbittlichen Realität die selben Konzessionen machen wie Leute mit Erfahrung. Auch die American Federation of Labor hat lange Zeit keine gewerkschaftliche Organisation unter den Negern gefördert und geht erst jetzt mit sichtbarem Widerwillen an diese Arbeit, nachdem die steigende Einwanderung der Neger in die Nordstaaten seit dem Krieg und das Eindringen des industriellen Großkapitalismus in die Südstaaten ihr die Lösung dieses unbequemen Problems aufgezwungen haben. Aber noch immer kommt man auf den Kongressen der Föderation den schwarzen Delegierten mit Rassenvorurteilen entgegen. Auch die Republikanische Partei fühlt mehr und mehr den Druck dieser unentrinnbaren Entwicklung und bemüht sich krampfhaft in den Südstaaten eine "weiße Partei" zu werden. Sie sucht mehr als je den Neger mit Zukunftsmusik und mit Krümchen vom Tisch der politischen Gleichheit zu vertrösten, ohne den Weißen mit Proben der sozialen Negergleichheit vor den Kopf zu stoßen.

So sieht die soziale Struktur der Negerfrage in den Vereinigten Staaten aus. Sie ist nicht durch moralische Kanonaden zu zerschmettern. Ein Fortschritt nach der von uns erstrebten Richtung der Verwirklichung menschheitlicher Ideale ist in Amerika nur dann zu machen, wenn wir den zwangsläufigen Gang der sozialen Entwicklung in den Südstaaten und seinen Zusammenhang mit den Haupttendenzen des ganzen nationalen und internationalen Werdens richtig erkennen und unsere Politik danach einrichten. Das ist die unerläßliche Vorbedingung unseres Erfolgs. Daher ist es nicht so wichtig zu entscheiden, was der Weiße für den Neger tun soll, als zu erfahren, was der Neger für sich selbst tun will, und was ihm die Entwicklung erlauben wird. Sowenig der klassenbewußte weiße Proletarier durch den guten Willen der Kapitalisten von der Klassenherrschaft befreit zu werden erwartet, so wenig hofft auch der aufgeklärte Neger durch die Güte des Weißen zur sozialen Gleichheit zu gelangen. Diese Parallele ist durchaus nicht schief, denn beide Strömungen hängen innig zusammen und drängen nach der selben Richtung. Doch der weiße Arbeiter in der Masse ist hier noch immer weit mehr geneigt in dem Neger einen unbequemen Konkurrenten einer niedern Rasse als einen Arbeits- und Kampfgenossen zu sehen, mit dem man auf du und du verkehrt. Die Ausnahmen sind auf absehbare Zeit sozial unwirksam. Um so mehr, als es auch unter den Nichtweißen selbst keine soziale Gleichheit gibt. Der wohlhabende Neger blickt ebenso verächtlich auf den "farbigen" Arbeiter herab wie der weiße Geldprotz. Selbst Rassenvorurteile herrschen unter den Nichtweißen, oft noch bitterer als zwischen Weißen und Negern. Die Masse der Neger, also die Mehrzahl aller Nichtweißen im Lande, ist den männlichen Mulatten und anderen Mischlingen nicht allzu hold. Diese werden angeblich von ihren weißen Vätern oder Müttern in solchen Dingen wie Schulung, leichte Arbeit, bessere Lebenshaltung, sozialer Verkehr, vor den Negern bevorzugt. Der schwarze Romeo wieder hat ein Faible für "that yellow girl". Neuere Werke von Negern



bemühen sich immer noch zu beweisen, daß der Mulatte usw. den Neger weder an Bildungsfähigkeit noch an industrieller Gelehrigkeit übertrifft. Diese Debatte läuft neben der alten, seit den Tagen des Bürgerkriegs von den Weißen eifrig betriebenen Diskussion her, ob der Neger fähig sei ein Handwerker, Techniker oder Wissenschaftler vom Kaliber des Weißen zu werden. In diesen Tagen der chronischen Arbeitslosigkeit ist man auf der weißen Seite mehr als je geneigt die Befähigungsnachweise des Negers auf diesen Gebieten mit der alten doppelzüngigen Finte abzutun: Die Erfahrung hat gelehrt, daß der Neger selten ein guter Handwerker, Techniker oder Wissenschaftler wird; würde er es aber als Regel, so hätten wir um so mehr Grund uns gegen sein Eindringen auf Kosten des Weißen zu wehren. Es gibt daher auch außer den von Nichtweißen selbst geschaffenen Fachschulen nur wenige Hochschulen im Land, die nichtweiße Studenten, besonders Neger, willkommen heißen. Ihren Abiturienten Stellungen zu sichern fällt den Leitern der nichtweißen Fachschulen noch schwerer als ihren weißen Kollegen. Zwar haben Führer der Neger, wie Booker Washington, der bekannteste, ihrer Rasse längst geraten sich mehr mit industrieller Ausbildung als mit sozialer Gleichheit zu beschäftigen. Und gewiß braucht auch der Neger vor allem die wirtschaftliche Basis, um in anderen Dingen vorwärts zu kommen. Aber die großen Industrien und Banken sind nun einmal in den Händen der Weißen, zusammen mit der Regierung, der Armee und der Marine. Der Neger kann sie nicht erobern. Nur in mehr oder weniger untergeordneten Stellungen kann er Unterkunft finden, und selbst dort machen ihm die Weißen Schwierigkeiten. Bringt die Republikanische Partei diesen oder jenen Neger in ein lukratives Amt in einem der Südstaaten, so drohen die Rassehelden der weißen Snobokratie mit Gewalt und Repressalien. Gelingt es einem Neger mit den Stimmen seiner Rasse aus einer Großstadt des Nordens in den Kongreß zu gelangen, so wollen die Kongreßleute aus den Südstaaten ihn nicht als voll anerkennen. Man zerbricht sich den Kopf, wie man es anstellen soll dem nichtweißen Kongreßmann die ihm gebührende Komiteestellung anzuweisen, ohne dabei einer Weigerung südlicher Kongreßleute zu begegnen mit ihm zusammenzuarbeiten. Jeder Versuch nichtweißer Politiker junge Leute ihrer Rasse nach West Point oder Annapolis zur Ausbildung als Offiziere zu senden macht im ganzen Land Lärm. Selbst das Geld, das hier sonst in allen anderen Dingen als Zaubermittel wirkt, verschafft dem Neger keine soziale Gleichheit mit seinen weißen Nachbarn. Nur als Arbeiter kann er gelegentlich mit Weißen zusammen fronen, oder er kann in den Professionen unter seinen eigenen Rassegenossen die Freuden des Mittelstandsdaseins auskosten. Aber auch als Arbeiter stößt er überall auf das Rassengefühl, wenn er außerhalb der für ihn traditionellen Berufe Beschäftigung sucht. Als "Porter" im Pullmanwaggon, als Koch in kleinen Restaurants, als Barbier, als Handlanger und Lasträger ist er eingebürgert, aber von den großen "weißen" Industrien möchte man ihn gern fernhalten. Wohl möchten die großen Industriegesellschaften den Neger gern als Ersatz für die ausfallende billige Einwanderung aus Europa betrachten. Aber dabei kommen die "unabänderlichen Gesetze der Ökonomie" in Konflikt mit der öffentlichen Meinung, die an der Verdrängung des Weißen durch den Neger Anstoß nimmt und es ungern sieht, daß sich mehr und mehr Neger im Norden häuslich einrichten. Auch wird das Lohndrücken immer unpopulärer in Kreisen, die früher der Ansicht huldigten, daß der Lohn selbst-

verständlich mit dem Profit fallen müsse. Seit dem Weltkrieg sitzt unseren Reichen die Angst vor der Revolution im Nacken. Sie drängt heute selbst die große Presse, die sonst den Arbeiter an der Nase führte, eindringlich vor dem Rütteln an der gewohnheitsmäßigen amerikanischen Lebenshaltung zu warnen. Übrigens lernt der Neger im Norden schnell sich zu organisieren, sowohl als Rasse wie als Arbeiter. Er verlangt weiße Löhne und weiße Behandlung. Kann man ihn aber nicht billiger bekommen, dann lohnt es sich nicht für die Kapitalisten die schwarze Wanderung nach Norden besonders zu fördern. Lieber verlegt man passende Industrien aus den hochorganisierten Zentren des Nordens nach den Kleinstädten des Südens, in denen weiße und schwarze Arbeiter noch unterhalb der Gewerkschaftsnormen zu leben gewohnt sind. Man hofft auf diese Weise auch die Feuerherde der sozialen Gefahr zu verringern. Es wird noch eine Weile dauern, bis man lernt, daß der Zug der Industrien nach dem Süden dort die Arbeiter ebenso organisieren wird wie anderswo, und daß man dem roten Gespenst durch Ausbreitung der Arbeitslosigkeit im Norden mehr neue Feuerherde baut als man ihm durch Verlegung der Industrie nach billigeren Arbeitsgebieten entzieht. Jedenfalls bereitet man auf diese Weise ein neues Stadium der Negerfrage in den Vereinigten Staaten vor.

Der stärkere Zustrom der Neger nach Norden ebnet dort leider vorläufig keiner liberalern Rassenhaltung der Weißen den Weg. Vielmehr schafft er dort die selbe Neigung zum Rassenhaß, zu Rassenpogroms, zum Lynchen und zum Einpferchen der Neger in schwarze Gettos wie im Süden. Zwar braucht der Neger in den Nordstaaten nicht in besonderen Abteilen der Straßen- und Eisenbahn zu fahren oder seine Kinder in besondere Rassenschulen zu schicken, wie er es im Süden muß, wo die Jim Crow Car und die Colored School noch selbstverständliche Einrichtungen sind. Aber viele Restaurants im Norden bedienen keinen Neger, kein weißes Hotel will ihn beherbergen, kein Hauswirt in den mittleren und höheren Klassenvierteln nimmt ihn als Mieter auf. Selbst in dem durch langjährige sozialistische Aufklärung für amerikanische Verhältnisse ziemlich liberalisierten Milwaukee konnte ein Künstler wie der (in Europa gefeierte) Sänger Roland Hayes kein weißes Hotel bereit finden ihn aufzunehmen; er mußte bei Privatfreunden Unterkunft suchen. Mischheiraten werden auch im Norden schon längst von der Öffentlichen Meinung verpönt. Auch hier geht der blöde Rassenhaß auf die Suche nach dem letzten Tropfen schwarzen Bluts, den ein äußerlich ganz weiß erscheinender Mensch wirklich oder angeblich in sich tragen mag. Besonders scheel sieht man einen Neger an, der eine weiße Frau heiratet. In den Südstaaten ist eine solche Heirat stets eine Herausforderung zum Lynchen des Mannes und Auspeitschen der Frau. In den Nordstaaten läßt man gemischte Paare zwar unbelästigt, kommt ihnen aber nicht gern entgegen. Das ist immerhin ein kleiner Fortschritt gegen früher. Denn die Mulatten wurden in der Sklavenzeit als illegitime Kinder in die Welt gesetzt, wobei die jungen und alten Herren der Plantagen eifrig mithalfen. Heute wird zum Ausgleich ein beträchtlicher Teil der schwarzen Prostitution von weißen Männern gefördert. Doch über dieses Thema breitet sich der Mantel des tiefsten Schweigens. Ebenso wie trotz allem Rassengezeter geflissentlich übersehen wird, daß die Negerbataillone der amerikanischen Armee an weißen Freudenmädchen keinen Mangel leiden, selbst in den Südstaaten. Auch hindert kein Rassenvorurteil die herrschende Klasse

weiße Streiker von schwarzen Soldaten mißhandeln zu lassen. Regierung und Presse treiben in solchen Dingen Vogel-Strauß-Politik. Die offizielle Statistik, die ohnehin schon erbärmlich genug ist, wird in sozialen Fragen, die den Neger angehen, noch liederlicher als in weißen Arbeiterfragen. Man sucht vergebens nach zuverlässigen Angaben über die wirkliche Zahl der Neger in den modernen Industrien, die Fortschritte der Neger in Schulen und Hochschulen, den wirklichen Prozentsatz der Neger in den verschiedenen Staaten, Geburtenziffern und dergleichen. Und da es nicht einmal eine ehrliche Statistik der weißen Unbeschäftigten gibt, braucht man nach Angaben über nichtweiße Arbeitslosigkeit natürlich nicht erst zu suchen. Wiederholt ist das Gerede der Südländer über die angebliche Gefahr der Negerherrschaft mit Hinweisen auf das Überwiegen der Weißen widerlegt worden. Aber wie es wirklich damit steht, weiß kein Mensch. Denn die Statistik wird in diesem wie in anderen Punkten von den Politikern "verbessert". Bestenfalls hat man mit einander widersprechenden Zahlen zu tun, wie sich bei dem geringsten Vergleich zeigt. Die von nichtweißen Statistikern veröffentlichten Zahlen sind blinde Schätzungen. Der weiße Agent, der in den Südstaaten Statistiken über Neger sammelt, geht dabei nicht genauer vor, als handelte es sich um Hühner oder Schweine, oder noch weniger genau. Es wird auch gar nichts anderes von ihm erwartet. Er ist ein Rädchen in der politischen Maschine, die auf dem Neger sozial herumstampft und allen Bemühungen zur Hebung seiner Stellung, ganz gleich von welcher Seite kommend, hartnäckig widersteht. Auch die großen Geschäftsleiter in allen Landesteilen geben nur annähernde Zahlen der von ihnen beschäftigten Neger. Wen geht das etwas an? Die Regierung soll ihre Nase nicht ins Geschäft stecken, selbst nicht, wenn es sich um Einkommensteuer handelt. Geschäftsbücher gelten hier noch als Privatheiligtum. Eventuell gibt man der Regierung gefälschte Bücher. Am genauesten sind vielleicht die Angaben über Lynchmorde, weil diese Aufsehen erregen und viel besprochen werden. Die Organisationen der Neger führen Listen darüber. Ganz zuverlässig sind diese aber auch nicht, und im Lauf der Jahre verdunkelt sich auch diese Statistik immer mehr. Wie tief das amerikanische Leben in Negersachen steht, ersieht man schon aus der Tatsache, daß ein Sheriff oder Gouverneur, der einen Neger gegen die Lynchjustiz verteidigt, als abnormes Tier angestaunt und angebellt wird. Das Regelrechte und für den Mob des Südens Selbstverständliche ist, daß man den Neger, der wegen eines angeblichen Verbrechens gegen eine weiße Frau oder ein weißes Kind im Gefängnis sitzt, herausholt, hängt oder verbrennt. Die verantwortlichen Beamten entschuldigen sich dann mit der Ausrede, sie hätten gegen die Übermacht nichts ausrichten können. Wenn aber die Prominenten einer Stadt, also die politischen und wirtschaftlichen Herren der Politiker, einen Mob organisieren, läßt ihnen ein vorsichtiger Politiker lieber freien Lauf, als daß er durch Widerstand sein Amt aufs Spiel setzte. Stellt sich später heraus, daß der Gelynchte unschuldig war, so schreiben einige radikale und liberale Blätter, die alle nur von kleinen Minoritäten gelesen werden, bissige Artikel darüber. Und dann geht alles weiter wie gewöhnlich.

So lebt der Neger hier rechtlos und schutzlos, wirtschaftlich schlechter gestellt als die Sklaven der alten Plantagen, sozial ein Paria, der von sich selbst aus ohne historische Ideale ist, und der auch auf Grund der ohne sein Zutun fortschreitenden Entwicklung keine Aussicht auf Besserung hat. Die

wenigen Organisationen seiner Rasse, die er zu seinem Schutz und zur Geltendmachung etwaiger Ideale anrufen kann, sind sozial zu isoliert und schwach, um sich durchzusetzen. Sie stehen auch mit Ausnahme der Sozialisten, die ebenso schwach sind, auf dem Boden der heutigen Ordnung. Sie wollen die soziale Lage des Negers verbessern, ohne die Grundursachen seines Rassen- und Klassenelends anzutasten. Zudem leiden sie alle an der selben Ziel- und Hilflosigkeit, denen auch Organisationen wie der alte Deutsche Nationalverein und heute die Steubengesellschaft regelmäßig verfallen, wenn es sich um eine große historische Tat handelt. Es sind im Wesen Organisationen der unzufriedenen Mittelklasse, aber ihre Fäden leiten in die hohe und höchste Politik hinein, wo sie von Interessen außerhalb der Organisation nach Richtungen gezerrt werden, die den angeblichen Organisationsidealen stracks zuwiderlaufen. Dieser Vergleich zwischen deutschen Elementen in Amerika und Negern ist sehr lehrreich; er ist die Andeutung eines Themas, das für sich allein des Studiums wert ist. Es ist nämlich nach landläufigen amerikanischen Begriffen "unamerikanisch" sich nach Nationalität, Rasse oder Klasse zu organisieren. Aber solche Organisationen entstehen eben gerade deshalb, weil die heimische amerikanische Politik bestimmte Nationalitäten, Rassen oder Klassen in höchst unamerikanischer Weise malträtiert, bis sie sich dagegen auflehnen. So kam es, daß die mit England verschwägte Politik der Firma J. P. Morgan zur nationalen wurde, und nur derjenige ein "guter" Deutschamerikaner war, der seine eigne Überzeugung zum Vorteil Morgans aufopferte, der die ganze große Presse unter die Redaktion Lord Northcliffes stellte. Das war nicht unamerikanisch sondern echt amerikanisch, besonders wenn es unter der Devise "Schutz der Demokratie" annonciert wurde. Der Deutsche Nationalverein drohte zwar mit politischen Repressalien gegen jeden, der das Land auf seiten der Alliierten in den Krieg zerren würde. Er klappte aber nach der Kriegserklärung elend zusammen, weil die deutschamerikanischen Großkapitalisten ihr liebes Geschäft über ihre Verehrung der deutschen Kultur stellten. Die Steubengesellschaft leidet am selben chronischen Übel. Und genau so ergeht es den Negerorganisationen, wie der Urban League und anderen. Wie die deutschen Organisationen haben sie nur die Wahl zwischen der Republikanischen und der Demokratischen Partei, um ihre angeblichen Ideale durchzusetzen. Vom Sozialismus wollen sie nichts wissen. Sie mimen zwar hie und da zwischen den Wahlen eine politische Neutralität, die jedem Mitglied erlauben soll auf eigne Faust zum besten der Organisation Politik zu treiben. Aber ihre offiziellen Kandidaten müssen Republikaner sein. Diese mögen in der Republikanischen Partei nominell Rasseninteressen vertreten, verfolgen aber aktuell Privatziele, die nur insofern Rassenidealen dienen, als sie einem Rassengenossen zugute kommen. Zu diesem Zweck muß sich der erfolgreiche Kandidat aber der großen politischen Maschine verschreiben, die neben den Interessen der Politiker nur die Privatinteressen der Großkapitalisten kennt und auf alle Fälle keine Negeremanzipation will. Und wenn sich auch alle Neger oder alle Deutschamerikaner in ihrer eignen Partei sammeln würden, könnten sie bestenfalls nur als Minoritäten in den Kongreß gelangen. Selbst dann würden sie mehr die Privatinteressen der Kapitalisten und Politiker als die Rassen- und Nationalitätenideale vertreten. So würde also selbst die "unamerikanische" Organisation in ihrer höchsten Potenz echt amerikanische Praxis treiben. Sie könnte wenig oder nichts an den Grundlinien

einer Politik ändern, die Mexicaner, Orientalen, auch Südeuropäer an der Einwanderung hindert oder die englische auf Kosten der deutschen Einwanderung fördert, es sei denn, daß ein großer Teil der angelsächsischen Bürger dieser Politik opponiert. Der Neger ist also selbst mit der besten Organisation zu Aktionen verurteilt, die schließlich immer wieder den Bock zum Gärtner machen. Mißhandelte Rassegenossen werden gewöhnlich erst dann in Schutz genommen, wenn sie schon jenseits allen Schutzes sind.

Politik auf lange Sicht können die Neger in Amerika ebensowenig betreiben wie irgendeine Nationalitätenorganisation, weil sie eben keine soziale Klassenpolitik und damit in Verbindung stehende Weltpolitik verstehen. Alle Ziele der Negerorganisationen sind Augenblickspolitik ohne Zusammenhang mit den großen historischen Entwicklungsströmen. Sie können dem Neger nicht die soziale Gleichheit bringen. Höchstens können sie die schlimmsten Auswüchse des weißen Rassendünkels etwas beschneiden. Hätten die Leiter der Negerorganisationen aber auch wirklich einen historischen Ausblick, so verspräche ihnen die amerikanische Entwicklung der nächsten 100 Jahre höchstens Ansätze zur sozialistischen Wirtschaft und proportionale Vertretung in den gesetzgebenden und ausführenden Ämtern. An den großen Rassengegensätzen würde dadurch wenig oder nichts geändert. Ein Blick auf die Imperialpolitik der britischen Arbeiterpartei genügt, um zu zeigen, worauf es hier ankommt. Die wirtschaftlichen Interessen einer weißen Minorität wiegen auch für die britischen Sozialisten immer schwerer als die Forderungen der Humanität im Namen einer nach Hunderten von Millionen zählenden nichtweißen Majorität. In den Vereinigten Staaten von Amerika aber werden die Weißen wie heute die große Majorität bilden, und soziale Gleichheit für den Neger wird noch lange eine Schimäre bleiben, genau so wie die "Demokratie" der Weißen. Der Aufstieg der nichtweißen Rassen in anderen Weltteilen dürfte das Negerproblem in Amerika noch verschärfen.

## ARNO NADEL · DIE SONNE



AS Ganze ist auf Ungerechtigkeit gestellt:  
So rufen die Verzweifelten.  
Wahnsinn, Wahnsinn, so ist es nicht.

Ein Kind wird dumm geboren,  
Dann wird es klüger.

So ist es mit der Welt.  
Denkt nicht: Das Böse ist ewig.  
Aber richtig ist:  
In uns ist das große Vermögen  
Das Böse besser zu machen.

Heilige Masse der Welt, Duldende,  
Seht ihr den Lichtstrahl?  
Die Sonne der großen Gerechtigkeit,  
Bisher bewölkt, verborgen gehalten,  
Sie kommt mit aller Pracht,  
Das Herz der Menschheit wird warm.

## KARL HILDENBRAND · EDUARD DAVID



WENIGE Stunden vor dem Weihnachtsabend des Jahres 1930 schied Eduard David aus dem Leben. Dadurch wurden nicht nur die ihm näher Angehörenden in tiefe Trauer versetzt, mittrauernd empfinden diesen Verlust die Sozialdemokraten des In- und Auslands und die Menschenfreunde der ganzen Welt, wie das bei den Leichenfeiern in Berlin und Mainz zum Ausdruck kam.

Eduard David wurde am 11. Juni 1863 in Ediger an der Mosel geboren. Er war der Sohn eines preußischen Rentmeisters, besuchte erst die Volksschule im Kreis Wetzlar, wohin sein Vater versetzt worden war. Erst 1874, in seinem 11. Lebensjahr, kam er auf das Gymnasium in Gießen, später auf das in Bielefeld. Dann war er 4 Jahre in einer kaufmännischen Lehre in Berlin, ging aber 1886 nach Gießen zurück, um das Studium fortzusetzen. Er studierte dort an der Universität Germanistik, Philosophie, Geschichte und neuere Sprachen, bestand 1890 das Staatsexamen für das Höhere Lehrfach und promovierte in der Philosophischen Fakultät. Danach war er am Gießener Gymnasium als Lehrer tätig, bis er wegen seines Eintretens für die Sozialdemokratische Partei 1894 aus dem Staatsdienst entlassen wurde.

Die ganze Lehr- und Studienzeit Eduard Davids und seine Tätigkeit als Lehrer fielen in die bewegte Kampfperiode, in der Polizei und Justiz mit den rigorosesten Mitteln der Verfolgung und Ausweisung auf Grund des Sozialistengesetzes die Bestrebungen nach politischer, wirtschaftlicher und geistiger Freiheit der Arbeiterklasse bekämpften. Der Opfermut und die unter den grausamsten Verfolgungen sich steigernde Begeisterung und Treue der Arbeiter für ihre Partei und ihre Ideale machte auf zahlreiche junge Akademiker jener Zeit so starken Eindruck, daß sie die sozialistischen Ziele studierten und, von deren Richtigkeit überzeugt, sich als treue Genossen der Partei anschlossen. Daß der freiheits- und gerechtigkeitsbegeisterte junge Eduard David diesem Beispiel folgte, war natürlich. Und das wurde für die Partei und ihre Arbeit zu einem großen Gewinn.

Noch als Lehrer im Jahr 1893 trat David in die Reihen der eifrigen Werber für die Sozialdemokratie ein, und als Mann wirklich praktischer Arbeit gründete er zur dauernden Agitation in Hessen die Mitteldeutsche Sonntagszeitung, die bald die Aufmerksamkeit der Genossen in ganz Deutschland erregte, deren propagandistische Wirkung aber auch den bürgerlichen Kleingeistern der Schulverwaltung Veranlassung gab den wahren Volkslehrer aus dem Staatsdienst zu entlassen. So wurde David ganz für die Bewegung frei. Er trat 1896 in die Redaktion der Mainzer Volkszeitung ein, wurde im selben Jahr schon in den Landtag Hessens gewählt, wo er alsbald eine ebenso umfassende wie erfolgreiche parlamentarische Betätigung begann. Da er daneben eine eifrige schriftstellerische Tätigkeit ausübte, deren Resultat eine Reihe politischer und soziologischer Schriften war, trat er 1897 aus der Redaktion aus und widmete sich ganz der politischen Arbeit.

Für die Arbeiter, die damals in der Parteiarbeit tätig waren, erschien mit dem Eintritt Davids nicht nur ein erwünschter, kluger und begeisterter Parteigenosse, sondern ein Lehrer und Führer in den oft nicht einfach zu übersehenden Streitfragen, in denen viele gute Parteigenossen von der Betätigung in den praktischen Tagesfragen der Politik eine Schädigung und

Verwässerung der Prinzipien befürchteten. Besonders eifrig wurde darüber diskutiert, ob die Partei Landagitation treiben, ob sie sich an den Kommunal- und an den Landtagswahlen beteiligen solle, ob wir in gewerkschaftlichen Reichsorganisationen Unterstützungseinrichtungen schaffen, und ob wir in Konsumvereine eintreten oder solche gründen sollen. In allen diesen Fragen war Davids klare, stets ebenso sachliche wie scharfe Stellungnahme von großer Bedeutung für den Verlauf der Debatte. In der Presse und ganz besonders auf den Parteitag war er der Vertreter der aktiven Politik. Er war für die Genossen, die, wie wir in Württemberg, schon zu Beginn der neunziger Jahre den Kampf um die parlamentarische Mitarbeit in den kommunalen Verwaltungen und im Landtag mit wachsendem Erfolg aufgenommen hatten, ein gewichtiger Verteidiger dieser Politik in den Parteierörterungen. Als dann gegen Ende des Jahrhunderts Eduard Bernstein, damals noch im Exil in London, mit seinen Voraussetzungen des Sozialismus die Wandlungen der Parteipolitik rechtfertigte und ihren Vertretern die wissenschaftliche Unterlage schuf, und als nun in Presse, Versammlungen und auf Parteitagen heiße Kämpfe entbrannten, da trat Eduard David für den ferngehaltenen Genossen Bernstein ein und vertrat die gemeinsame Sache mit ebenso großem Feuer wie mit sachlicher Klugheit und praktischer Erfahrung. Daß er den badischen und württembergischen Genossen in den Kämpfen um die Budgetbewilligung in den Einzelstaaten wie bei parlamentarischen Repräsentationen ein treuer Verteidiger blieb, war bei David selbstverständlich. Er war in jedem Betracht ein guter Kamerad.

Bedeutungsvoll für die Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei wurde David auch für ihre Auffassung über die Stellung zum Bauerntum und zu den agrarischen Fragen überhaupt. Seine Parteiarbeit in dem bäuerlichen Hessenland hatte bei ihm frühzeitig das Interesse für diese Fragen geweckt, und da die Partei dazu eine zum größten Teil verkehrte, zum andern unsichere Stellung einnahm, warf er sich mit Eifer auf das Studium dieser sehr wichtigen Fragen. Das Resultat war, neben den Abhandlungen in den Sozialistischen Monatsheften, sein grundlegendes großes Werk Sozialismus und Landwirtschaft, das, weit über den Rahmen der Partei hinaus, in der ganzen Öffentlichkeit wie besonders in agrarischen Kreisen starke Beachtung fand. In der Partei rief es ernste Auseinandersetzungen hervor, mit dem nützlichen Resultat, daß die Notwendigkeit eines besondern Agrarprogramms (das schon bald nach dem Fall des Sozialistengesetzes geplant, aber in Breslau 1895 gescheitert war) aufs neue erkannt und anerkannt wurde. Bei dessen Formulierung war David naturgemäß besonders beteiligt.

Mit der gleichen Liebe und der gleichen Begeisterung, mit der sich David für die Weiterentwicklung und Stärkung der Partei im Innern einsetzte, setzte er sich für ihre internationalen Ziele ein, und er suchte die Weiterentwicklung und Stärkung der Arbeiterparteien aller Länder mit allen Mitteln zu fördern. Darüber hinaus strebte er die Annäherung der Politiker aller Kulturstaaten an, sowohl in der Sozialistischen Internationale wie in der Interparlamentarischen Union. Dieser Arbeit machte der Krieg ein jähes Ende. Und ganz hat sich der Riß bis heute noch nicht geschlossen. Dafür setzt sich jetzt die Erkenntnis durch, daß es mit Verbrüderungen nicht getan ist, daß nicht ein amorpher Internationalismus, sondern nur eine konstruktive Kontinentalpolitik Deutschland und Europa vor einem neuen schrecklichen Schicksal wie dem der Jahre 1914 bis 1918 bewahren kann.

Als der militärische Zusammenbruch des Krieges der kaiserlichen Regierung und ihren Heerführern zum Bewußtsein gebracht hatte, daß ihre geschichtliche Aufgabe, der sie so wenig gewachsen waren, nun endgültig zu Ende war, übertrug die kurz vorher gebildete parlamentarische Regierung mit dem Reichskanzler Max von Baden die Reichsgewalt dem Vorsitzenden der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Friedrich Ebert, dem Eduard David bis zu seinem Tod nicht nur Freund sondern auch Helfer und Berater war. Und als die Nationalversammlung in Weimar zusammentrat, wählte sie am 7. Februar 1919 zu ihrem ersten Präsidenten mit 374 von 399 abgegebenen Stimmen unsern Freund Eduard David. Er hat dieses Amt als die Krönung seiner politischen Arbeit empfunden und mit dem Bewußtsein der großen historischen Aufgabe geführt, die der Sozialdemokratie zugefallen war.

Eduard David hat seiner Partei, seinem Land, seinem Volk und der ganzen Menschheit in allen Zeiten seines Lebens mit seiner ganzen Kraft und seinem ganzen Herzen gedient und hat sich damit ein dauerndes Gedenken gesichert, bei denen, die ihn gekannt, und bei allen, die von ihm gehört und gelernt haben.

## EDUARD BERNSTEIN · EDUARD DAVID ZUM GEDÄCHTNIS



ANZ unerwartet hat die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ein Schlag getroffen: Eduard David ist plötzlich einer Herzlähmung erlegen, die ihn infolge längern Leidens an einer Grippe ereilt hatte. Der Hingang dieses hochbegabten und charaktervollen Mannes ist für die sozialistische Bewegung ein sehr schwer zu tragender Verlust und wird auch in ihren Reihen allgemein als ein solcher empfunden. Eduard David hat sich als Parteimann sowohl in der Agitation wie auch in der Verwaltung überaus wirkungsvoll betätigt. Sein starker Sinn für alles Tatsächliche hat ihn zu jeder Zeit vor Fehlgriffen bewahrt, die anderen, die sich für besonders erfolgreiche Politiker halten, nur zu leicht passieren. Er hat sich der Bewegung in Fragen von größter Bedeutung als ein höchst zuverlässiger Führer erwiesen. Er hat schriftstellerische Arbeiten hinterlassen, die der Partei ein überaus wertvolles Andenken sind und denen, die ihn überleben, seinen Namen unvergänglich machen. Wenn mir die Zeit dazu zur Verfügung stehen wird, werde ich es als eine Pflicht betrachten auf sie eingehend zurückzukommen.

Der Herausgeber der Sozialistischen Monatshefte hat mir ein vollständiges Verzeichnis der Beiträge zur Verfügung gestellt, die Eduard David in der 1½ Jahrzehnte umfassenden Zeit seiner Mitarbeiterschaft für diese Zeitschrift geliefert hat, und die in ihr erschienen sind. Dieses Verzeichnis hat für die sozialistische Welt auch heute noch (und wieder) ein hohes Interesse. Es werden da Fragen erörtert, die sich auf sehr verschiedene Gebiete des sozialistischen Kampfs erstrecken und Objekte sehr lebhafter Auseinandersetzungen in der sozialistischen Welt gewesen sind. Diese Arbeiten behandeln so weit auseinandergelagerte Gegenstände wie die Wertung der Beschlüsse sozialdemokratischer Parteitage und die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Sozialdemokratie über die Lebens- und Leistungsfähigkeit größerer oder kleinerer landwirtschaftlicher Betriebe. In allen offenbart sich Eduard David als gut beschlagener sozialistischer Volkswirt und ebenso umsichtiger wie scharfblickender sozialdemokratischer Politiker.



Eine Probe dieser Eigenschaft biete ein Stück aus einem Artikel des Jahres 1900, betitelt Parteitag und internationaler Kongreß, einer Vorschau auf die Aufgaben des Mainzer Parteitags und des Pariser Kongresses. Da lesen wir: »So nützlich und notwendig die Parteitage für den geregelten Fortgang der Parteigeschäfte auch sind, so groß ihre Bedeutung als Anregungszentren für die parlamentarische Tätigkeit ist, so belebend der rege Meinungs- austausch und das persönliche Zusammensein mit den Kampfgenossen auf den einzelnen wirken, eins können sie doch nicht bieten. Sie können nicht, wie manche meinen, die Zukunft voraussehen und darum auch keine bindenden Direktiven geben für die Weiterentwicklung der Partei. Wie die ersten Im- pulse zu neuen Strömungen, so liegen auch die Kräfte, die deren Fortgang bestimmen, außerhalb der Parteitage. Weder die Wandlungen, die sich im praktisch-politischen Verhalten der Partei vollziehen, noch die Mauserungs- prozesse in theoretischer Beziehung lassen sich durch Parteitagsbeschlüsse verhindern oder sonstwie entscheidend beeinflussen. Die Entwicklung nimmt, unbeirrt durch Reden und Resolutionen, ihren stillen Lauf; nach kurzer Zeit schon erscheint die innere und äußere Situation so verändert, daß die mit so viel Leidenschaft und Logik erkämpften Beschlüsse als nicht mehr zutreffend empfunden werden. Sie werden ignoriert oder korrigiert.« Ein »klassisches Beispiel« dafür, fährt der Artikel fort, böten »die Parteitags- beschlüsse in der Frage der Beteiligung an den preußischen Landtags- wahlen«. Im Jahr 1893 hätte der in Köln abgehaltene Parteitag einstimmig beschlossen: »Es ist Pflicht der Parteigenossen in Preußen sich jeder Be- teiligung an den Landtagswahlen unter dem jetzt bestehenden Wahlsystem zu enthalten.« 4 Jahre später hätte aber der Hamburger Parteitag, trotz dem noch unverändert bestehenden Wahlsystem, erklärt: »Die Beteiligung an den nächsten preußischen Landtagswahlen ist überall geboten, wo die Verhältnisse eine solche den Parteigenossen gestatten«; jedoch »Kompro- misse und Bündnisse mit anderen Parteien dürfen nicht abgeschlossen wer- den«. Und 2 Jahre darauf, 1899, sei in Hannover, »in schroffem Widerspruch zu der letztern Bestimmung, durch Annahme der Resolution Bebel das jeweilige Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien bei Wahlen etc. sank- tioniert« worden. »Ein solcher Zickzackkurs ist nichts Schönes«, setzt Eduard David in objektiver Würdigung des ihm bekannten Empfindens weiter Kreise der Arbeiter darüber hinzu, und er knüpft daran die Frage: »Läßt er sich vermeiden?« Mit geschickter Logik fährt er fort: »Sowenig die Partei verhindern kann, daß neue Ereignisse eintreten, und infolgedessen sich unvorhergesehene Veränderungen in der Arena des öffentlichen Lebens vollziehen, so wenig läßt es sich vermeiden frühere Beschlüsse unzustoßen und durch neue zu ersetzen. Aus bloßer Ehrfurcht vor der Autorität des Parteiparlaments an einmal gefaßten Resolutionen festhalten, dem Wechsel der Dinge zum Trotz, das wäre das Törichteste, was die Partei tun könnte. Aber etwas könnte doch geschehen, um der direkten Desavouierung des einen Parteitags durch den andern vorzubeugen. Man sollte vorsichtiger sein in der Form der Beschlüsse. Man sollte diesen, die aus gegenwärtigen Situationen und Stimmungen hervorgehen, nicht die Fassung absolut und ewig geltender Normen geben.«

Eine gewiß berechnete Mahnung, die im Streit Liegenden gegenüber stets am Platz ist.



## ADOLF BEHNE · NATIONALES UND INTERNATIONALES IM NEUEN BAUEN



VON dem Zeitpunkt an, da das neue Bauen in den europäischen Ländern einen gewissen Umfang angenommen hatte und nicht mehr gut als die Marotte einer Handvoll engerer Landsleute angesprochen werden konnte, wurde als einer seiner wesentlichen Züge nicht selten seine Internationalität genannt. Im Titel eines bekannten Abbildungsbands kam das zum Beispiel zum Ausdruck: Walter Gropius nannte seine Zusammenstellung moderner Architektur kurz und bündig Internationale Architektur. Und es ist gar keine Frage, daß internationale Züge da sind, Dinge sowohl der Form wie der Konstruktion. Blättern wir die Zeitschriften durch, so finden wir das flache Dach, das Fensterband, die Pilzdecke, die vorkragende Betonplatte, die glatte Wand, das Fenster über Eck in Berlin wie in Kopenhagen, in Paris wie in Jokohama, genau so, wie wir an allen diesen Orten zu gleicher Zeit den "Pagenkopf", den kurzen Rock (und nun auch wieder den längern Rock) antreffen und die selben Gesellschaftstänze, die selben Filme und die selben Revuesterne. Für den, der die Fragen der architektonischen Formgebung nur als Modesache ansieht, kann das in der Tat genügen die neue Baukunst als ausschließlich international zu bezeichnen und in dieser ihrer Internationalität ihren letzten mondänsten Chic zu sehen.

Es fragt sich aber sehr, ob die internationalen Züge der neuen Baukunst so sehr viel wirksamer sind als in früheren Epochen. Wer wollte bezweifeln, daß die Gotik, die Renaissance übernationale europäische Bewegungen waren? Wer wollte bezweifeln, daß der griechische Tempel, die römische Kuppel Allgemeingut der Welt wurden? Die künstlerischen Verknüpfungen über die Länder hin, die internationale Lebendigkeit des Austausches können wir uns für das Mittelalter gar nicht groß und bedeutend genug vorstellen. Finden wir nicht in Nowgorod Bronzetüren eines Meisters aus Magdeburg, und ist nicht in unserer nordischen Backsteingotik vor dem Portal mancher kleinen Kirche plötzlich der Ferne Orient ganz nahe, wie etwa vor Sankt Stephan in Tangermünde? Wie sehr die mächtige Hanse ein Träger künstlerischen Gedankenaustausches weit über die Grenzen hin war, bezeugt die Wiederkehr des gleichen prächtigen Turmmotivs in Riga, in Kopenhagen und tief im Land in Zwickau, bezeugt die Architektur der Stadt Danzig.

Nehmen wir einen parallelen Vorgang aus kürzester Vergangenheit. Als im Expressionismus und Kubismus die neue Malerei ihr Werk begann, schien den meisten, Wohlwollenden nicht minder als Nörglern, der internationale Zug auffallend. Und der genau gleichzeitige Beginn der großen Umwälzung in allen Ländern war ja sinnfällig genug. Und doch konnte man damals fragen: Ist diese neue Malerei, verglichen einmal mit der Malerei des Impressionismus, die ihr unmittelbar voraufgegangen war, nicht vielleicht die nationalere? Ja gewiß, diese Feststellung ist mindestens ebenso richtig und wichtig. Der Impressionismus hatte viel mehr uniforme Züge als diese neue Malerei. Obwohl es auch in ihr keineswegs an gegenseitiger Beeinflussung und an Wechselbeziehungen fehlte, blieb doch ihre Ausprägung als Futurismus eine vorwiegend italienische, als Kubismus eine vorwiegend französische, als Expressionismus eine vorwiegend deutsche Sache, und später

blieb der Konstruktivismus eine vorwiegend russische Bewegung. Und das war keineswegs zufällig so. Was überall in dieser Materie durchbrach, war die Besinnung auf die Elemente des malerischen Schaffens, war der Kampf gegen die Formel, gegen Akademie und Rezept, für die ursprüngliche Empfindung, für die Reinheit der Farbe und der Zeichnung, für die Wahrheit des Klangs; war ein Zurückgehen auf die Quellen. Liegt es aber nicht in der Natur der Dinge, daß eine solche Besinnung auf die Elemente uns der Erde und dem Volk nähert? Wie es denn ja auffällig genug ist, wie mit der neuen Kunst in allen Ländern ein ganz neues, wärmeres, innigeres Verständnis für die Volkskunst wieder beginnt. So waren es unsere frühen Expressionisten, die die Kunst der alten bayrischen Hinterglasmalereien neu entdeckten. Lesen wir nur einmal im Blauen Reiter die Aufsätze der Marc, Macke, Kandinskij durch, so können wir dieses neue Verstehen der Volkskunst sehr deutlich spüren, während in der impressionistischen Blütezeit der Blick diesen Werten gegenüber gleichgültig war; das von Rudolf Vichow gegründete Museum für Deutsche Volkskunst in Berlin kam in jener Zeit in einen erbarmenswerten Zustand der Vernachlässigung, aus dem es unter der Führung eines erklärten Freunds moderner Kunst herauskam.

Es ist in der entsprechenden europäischen Baukunst nicht anders. Solange der historisierende Eklektizismus sie beherrschte, waren ihre Erzeugnisse weitgehend austauschbar. Müssen Peter Cuypers' Museum und Bahnhof notwendig gerade in Amsterdam stehen? Sie wären in Hamburg oder in Hannover oder in Budapest genau so möglich. Lassen sich die roten Backsteinkirchen um 1890, die wohl den tiefsten Tiefstand in Europas religiöser Kunst bezeichnen, nicht ganz bequem in allen Ländern austauschen? Was etwa die Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche oder Julius Raschdorffs Dom in Berlin halten sollte, wüßte ich nicht zu sagen. Aber nehmen wir nun Hendrik Petrus Berlages Börse in Amsterdam, Martin Nyrops Rathaus in Kopenhagen, Auguste Perrets Haus in der Rue Franklin in Paris, Otto Wagners Postsparkasse in Wien, Theodor Fischers Ulmer Garnisonkirche oder Peter Behrens' Turbinenhalle in Berlin, also jene Bauten, die am Anfang der neuen Entwicklung stehen, jene Bauten, die mit dem Eklektizismus und Formalismus brachen, um wieder die Quellen des architektonischen Schaffens zu erschließen, dann finden wir in allen diesen Bauten sofort eine Note des neuen, den Raum bejahenden, dem Raum sich einordnenden Geistes. Die Börse Berlages kann man nicht mehr irgendwo neu aufbauen, und es unterstreicht wohl nur den Bruch mit der bisherigen Uniform des Formalismus, wenn Otto Wagner, der so tief in seinem Österreichtum wurzelt wie Berlage in seinem Holländertum, nun diese Börse einfach nicht mehr versteht und sie nicht mehr objektiv würdigen kann; sie ist und bleibt ihm ein »Steinhausen«. Besonders stark empfindet man diesen neuen raumbundenen Klang, diese Bejahung des Standorts vor dem von Nyrop so glücklich erfundenen Rathausturm in Kopenhagen, der den freien, heitern, anmutigen Geist dieser Stadt mit genialer Sicherheit in Baukunst umsetzt. Die Nähe des vergnügten Tivoli zu seinen Füßen verdrießt ihn gar nicht. Könnte man sich auch nur eine Sekunde Ludwig Hoffmanns kunsthistorisch-seriösen Stadthausturm aus Berlin hier vorstellen? Nyrops Turm steht gern über dem Gewimmel des vergnügten Volks.

Nun hat es freilich in der Epoche der historisierenden Baukunst auch eine Richtung gegeben (auch dies ein in den meisten Ländern paralleler Vor-

gang), die mit besonderer Wärme die Beziehung zur Heimat betonte. Diese Heimatschutzbewegung ist auch heute noch am Werk. Sie kam sicher aus den besten Motiven, und sie hat vielleicht auch manches Schlimme verhindert. Aber in ihrer Praxis hat sie oft Formen angenommen, die zum Nachdenken auffordern. Es ist festzuhalten, daß ja auch diese Bewegung in der eklektischen, in der die Stile vermischenden Zeit heraufkam, gewiß auch aus Protest gegen diese »Architekturmaskerade«, wie Hermann Muthesius die Architektur um 1900 herum nannte. Aber es war eben auch diese Protestbewegung selbst ein Kind dieser Zeit, das heißt, sie war selbst nicht frei vom Eklektischen, vom Nachbilden alter Formen und Ausdrucksweisen; nur daß sie dafür andere Vorbilder aufstellte, nämlich heimische. Auch sie war sozusagen eine Abteilung im großen Warenhaus der Stile, die Abteilung für Heimatkunst. Warum war die Praxis dieser Bewegung meist unfruchtbar? Weil sie, besonders in ihrer frühern Zeit, künstlerisch rückwärtsgerichtet war. Heute, das muß anerkannt werden, ist sie von einem freiern und offnern Geist beseelt. Sie hat erkannt, daß das Element des Heimatlichen viel zu eng, viel zu äußerlich aufgefaßt wird, wenn man es zu einer Vorschrift der Formenangleichung an alte frühere Kunst des Landes oder des Orts macht. Mit aller Bestimmtheit müssen wir heute sagen: Es gibt keinen Weg, um mit größerer Sicherheit das schöne harmonische Bild der Heimat zu verschandeln, als den Zwang irgendein historisch ausgeprägtes Kostüm des heimatlichen Bauens vorzuschreiben. Das Moment des Heimatlichen darf nur dynamisch aufgefaßt werden, niemals aber formal.

Viel Unheil hat jener Zwang der formalen Angleichung, mit dem man lange Zeit glaubte die Heimat, das schöne alte Stadtbild schützen zu können, angerichtet. Bahnhof, Schule, Postamt in alter Stadt, im Norden, im Süden, im Osten und im Westen unseres Landes: romanisch, gotisch, renaissancestisch, barock oder klassizistisch oder byzantinisch. Kommt man, erschüttert von seiner festen sichern Würde, vom Soester Patroklus her nach wenigen Schritten vor das romanische Postamt, ist dann der große starke Eindruck vertieft, oder ist er nicht vielmehr durch diese platte Karikatur zerstört und beleidigt? Sind die Giebelhäuser am Marktplatz in Goslar, die, in den neunziger Jahren gebaut, bis auf die Muster des Schnitzwerks alte Fachwerkhäuser imitieren, sich aber denn doch die modische Zappelei eines Türmchens nach schlechten Großstadtbeispielen nicht versagen können, gegenüber der originellen Knorrigkeit der alten Kaiserworth eine Rettung, oder verderben sie nicht den Charakter des Platzes weit mehr als die ganz simplen und neutralen Bürgerhäuser um 1850 oder 1860? Die Beispiele, die man aus ganz Deutschland und auch aus anderen Ländern anführen könnte, sind Legion. Und sie alle beruhen auf dem Aberglauben, daß gesunde Tradition und Arbeit im bejahenden Gefühl für die Heimat von irgendwelchen bestimmten Formen abhängt, während es doch das einzig gesunde Prinzip ist aus dem gleichen Geist zu arbeiten und zu bauen. Und dieser Geist der Heimat und der Nation kann besonders stark aus Werken sprechen, deren Formen völlig im Gegensatz zu einander stehen, wie das jeder große Dom beweist. Nach so vielen schlimmen Erfahrungen mit älteren Restauratoren wissen wir heute endlich, daß wir unseren Domen, Münstern, Kirchen und Rathäusern keinen größern Schaden zufügen können, als indem wir sie stilrein auf Gotik oder Barock reinigen. Soll etwa Schlüters barocke Kanzel aus der gotischen Marienkirche in Berlin herausgenommen, soll in Danzigs

Marienkirche alles, was Renaissance und Barock ist, abgebaut werden? Wir sind heute glücklicherweise so weit das als Barbarei abzulehnen. Indes, sobald es sich in einem alten Bau oder in seiner Nachbarschaft um ein ausgesprochen modernes Werk handelt, befürchten viele noch immer ein ästhetisches knock out für das alte Kulturgut. Zu Unrecht. Was sich, gleichviel, ob die Formen historisch oder modern sind, nie mit einander verträgt, das ist das Halbe, Phrasenhafte, Unwahrhaftige. Was sich immer mit einander verträgt, ist alles Starke, in sich Klare und Gefestigte, Wahrhaftige, mögen die Formen gleich, ähnlich oder abweichend bis zum offenen Widerspruch sein. In Danzig sah ich einmal bei einem Spaziergang den Riesenkanal der Schichauwerft und den Turm von Sankt Marien durch eine perspektivische Verschiebung ziemlich nahe bei einander am Horizont. Gibt es krassere Gegensätze der Form? Kaum. War es ein Kampf? Es war eine gegenseitige Steigerung, ein ganz besonderes Erlebnis.

Soll man also auf jede ästhetische Schutzpolizei in der Umgegend großer historischer Bauwerke ein für allemal verzichten?

Ich bin durchaus kein Anhänger des Laisser-aller. Wenn heute etwa am Marktplatz in Bremen ein Warenhaus oder ein Bureauhaus gebaut werden sollte, so wäre es Pflicht der Allgemeinheit sich das Projekt allergenauestens anzusehen und nicht einfach Ja zu sagen, wenn die Feuersicherheit der Treppen garantiert ist. Nur bin ich nicht der Meinung der Stadtverordneten und ihrer Gutachter vor 30 Jahren, daß alles gut gehen werde, wenn man dem Architekten auferlegt die Fassade in der Formensprache aus der Zeit des Riesen Roland oder des Rathauses oder in irgendeiner andern zu halten. Statt dem Baumeister einen Stil der Vergangenheit aufzuzwingen, mache man im Gegenteil ihm zur Pflicht in der Formensprache genau so ehrlich, sachlich und kühn zu sein, wie er es hoffentlich in seinem Grundriß und in seiner Konstruktion ist, mache man ihm zur Pflicht so eindeutig und bestimmt in der Bejahung seiner Zeit zu bauen, wie das vor ihm die Baumeister aller großen und starken Zeiten immer getan haben. Die selbstverständliche Rücksicht auf das alte Gut dieses von den Ahnen überlieferten Platzes zeigt sich entscheidend in ganz anderen Momenten seiner Arbeit: in dem Verständnis für Maße und Bewegungen des Platzes, in der Aufnahme feinsten Beziehungen zu seinen Wandungen und Öffnungen, nach Höhe und Weite. Hier sei auf eine Äußerung Schinkels hingewiesen: »Jede Konstruktion sei rein, vollständig und in sich selbst abgeschlossen. Ist sie mit einer andern von einer andern Natur verbunden, so sei diese gleichfalls in sich abgeschlossen und finde nur den bequemsten Ort, Lage, Winkel sich der erstern anzuschließen.« Ich bin nicht der Meinung Werner Hegemanns, der in diesem Wort Schinkels die »Bankrotterklärung der Stadtbaukunst« sieht. Das Wohn- und Geschäftshaus, das Adolf Loos am Michaelerplatz in Wien baute, ist ebenfalls »rein, vollständig und in sich abgeschlossen« und doch keine Bankrotterklärung der Stadtbaukunst. Statt aller formalen Schutzvorschriften soll der Staat oder die Gemeinde an künstlerisch wichtigen Stellen vom Bauherrn verlangen, daß er sich den besten Architekten nehme.

Nun ist vielleicht solcher Haltung die Meinung entgegen, daß doch die moderne Baukunst aus ihrem innersten internationalen Wesen heraus alle solche Bindungen glatt und brüsk ablehne, daß sie programmäßig alle Tradition und jede Beziehung zum Boden zerstören wolle. Solche Meinung ließe sich durch die eine oder andere Äußerung aus den heftigsten Kampfzeiten

der jungen Bewegung vielleicht belegen. Aber entscheiden können ja in allem Menschenwerk immer nur die Sachen, nicht die Worte, und sachlich liegt in der neuen Baukunst eine viel stärker. Bejahung aller Bindungen elementarer Art als in der frühern Baukunst. Die Bejahung der Tradition in früherer Zeit war nur scheinbar stärker. Sie schien nur stärker, weil die formale Beziehung, die Mimikry der Front, sichtbarer ist. Die Bindung der neuen Baukunst ist zwar weniger sichtbar, weil sie nicht mehr auf einer Formangleichung beruht, aber sie ist für unser Gefühl stärker, weil sie die Beziehungen in einer mehr elementaren Schicht herstellt, die dem ursprünglich Tektonischen näher ist. Wie wenig bei diesen Dingen die äußere Form entscheidend ist, dafür ein Beispiel. Der griechische Tempel ist fraglos ein Gebilde, das im tiefsten mit seinem Raum verbunden ist. Vor wenigen Jahren wurde in Lausanne ein großes Gerichtsgebäude errichtet. Äußere Form: griechischer Tempel. Aber hinter den Horizontalen des mächtigen Gebälks liegen, anders als im einräumigen Tempel, Arbeitsräume der Obergeschosse, von oben belichtet; denn nach dem Platz zu dürfen sie, obwohl es das natürlichste wäre, kein Fenster haben, um den klassischen Architrav, der also hier nur eine Attrappe ist, nicht zu zerreißen. Alles ist anders: Die Schweiz ist nicht Hellas, das Gericht kein Tempel, die Bureauwand kein Architrav, Eisen nicht Marmor. Welche Bedeutung hat also die hellenische Form? Die der typisch internationalen Architekturphrase.

Daß es zu den entscheidenden Tendenzen der neuen Baukunst gehört die neuen Konstruktionsmittel zu bejahen und die Form in Einklang mit den neuen Konstruktionen aus Stahl, Beton, Glas und Eisenbeton zu bringen, ist bekannt genug. Und da möchte nun der Einwand naheliegen: Wenn die Konstruktion so sehr an Wichtigkeit gewinnt, dann verwischt sich doch das nationale Element noch sehr viel mehr. Denn wo die Menschen überhaupt konstruieren, konstruieren sie doch absolut gleich, so wie sie überall gleich rechnen und die gleichen statischen Formeln anwenden. Ja und nein. Der durchschnittliche Ingenieur wird auf Java nicht anders konstruieren als in Rotterdam, in Leipzig nicht anders als in Detroit. Aber wie steht es mit dem schöpferischen, genialen Konstrukteur? Einer der geistreichsten und kühnsten Bauingenieure ist heute E. Freyssinet, dessen gewaltige Luftschiffhallen in Orly ihn zuerst bekannt gemacht haben. Sehen wir seine Betonbrücke Saint-Pierre du Vauvray, die in einem Bogen von 132 Meter Spannweite den Fluß überwölbt, so darf man von ihr mit dem selben Recht sagen, sie sei ein Glanzbeispiel französischen Konstruktionsstils, wie man etwa von Descartes' Philosophie sagen darf, sie sei französischer Denkstil; ihr »Cogito, ergo sum« prägt auch Freyssinets Brücke. (Nebenbei: Freyssinets Brücke über den Elorn bei Brest, die noch im Bau ist, hat 3 Bögen von je 190 Meter Spannung.) Dieses national Charakteristische steckt eben in der Konstruktion sehr viel mehr als in den Formen. Mit der Terminologie des Psychoanalytikers dürfen wir sagen: Die Form ergibt die Aussagen der Bewußtseinsschicht, die Konstruktion ergibt die Aussagen der Tiefenschicht. Diesen Begriff der Konstruktion müssen wir im weitesten Sinn nehmen, als den Inbegriff des komplizierten Kalküls, das in jedem Bau enthalten ist.

Wollten wir nur zusammenstellen, was in den letzten paar Jahren allein über die Stellung des Wohnraums zur besten Himmelslage in den Fachzeitschriften erschienen ist, so entstünde eine komplette Bibliothek, während zuvor generationenlang diese Frage überhaupt nicht erörtert wurde, weil sie

niemanden interessierte. Nehmen wir doch irgendein Renaissance- oder Barockschloß, nehmen wir eine formale Kostbarkeit wie Belvedere bei Wien: 120 Meter Wohnfront nach Norden, nach Osten die Kapelle, nach Süden die Treppen. Und so bleibt es bis in die neuere und neueste Zeit hinein überall. Stellen wir uns nun einmal vor, es baute ein Moderner heute am gleichen Platz ein Schloß für gleiche Ansprüche wie Hildebrandt vor 200 Jahren das Belvedere für den Prinzen Eugen. Was würde er studieren, und welche Erkenntnisse würde er seiner Arbeit zugrunde legen, ehe er sich über das Formale überhaupt den Kopf zerbräche? Er würde Zufahrtsstraßen und Parkplatz entwickeln, aus den Gegebenheiten des Bauplatzes und seiner Lage zur nahen Stadt; er würde sich den Lauf der Sonne für dieses Stück Erde berechnen, um dann die Treppen, die Küchen und sonstigen Wirtschaftsräume an die klimatisch ungünstigste, zugleich für den innern Betrieb praktischste Stelle, Wohn- und Schlafräume aber an die günstigste, gesündeste Stelle zu legen. Er würde die Richtung der Winde beobachten, die Beschaffenheit des Bodens feststellen, kurz, ein genaues Inventar der elementaren Lebenswerte eben dieses ganz bestimmten Stücks Erde aufnehmen, und er würde auf Grund dieser klimatischen, geopolitischen, elementaren Ergebnisse den Grundriß organisieren. Gewiß, er täte dieses alles nicht aus programmatischer Heimatliebe, aus programmatischer Nationalität. Der Antrieb ist rein sachlich und eben deshalb gesund. Entscheidend ist, daß seine Auffassung der Aufgabe ihn wieder in so intim nahe Bindung an die gegebene Erde bringt. Selbstverständlich, hat er in einem andern Land zu bauen, wie etwa Le Corbusier vor einigen Jahren in Stuttgart, so muß er die elementaren Voraussetzungen dieses neuen Landes ergründen. Der "internationale" Architekt muß viel mehr und weit tiefer in den Lebensraum dieser ihm ursprünglich fremden Nation eindringen als früher.

Freilich, würde sich durchsetzen, was als die "Architektur der Zukunft" ab und zu aus den Vereinigten Staaten von Amerika zu uns dringt: der Wolkenkratzer ohne Fenster, ganz eingerichtet für künstliches Licht auch bei Tage und auf künstliche Luft, dann wäre es völlig gleichgültig, ob ich mein Haus in New York oder in Kapstadt, in Delhi, in Mukden oder in Lissabon, am Meer, in der Ebene oder in den Bergen baue. Aber wir können diese Umwälzung, nach der dann vielleicht die Räume mit bestem Tageslicht und direkter Lüftung nur noch zur Not als Zuchthauszellen in Betracht kommen mögen, in Geduld abwarten. Der jüngste Nobelpreisträger Sinclair Lewis sagt am Schluß seines letzten Buchs: »Der Duft der Erde ist Europas Stärke, Amerikas Schwäche.« Und es scheint uns doch so, daß die nächste Zukunft der Bejahung der Erde und aller ihrer Elemente gehört. Auch in der Baukunst.



## DAVID LUSCHNAT · DER BLUMENSTEIN



IN Stein, der aussah wie eine Blume, lag zwischen anderen Steinen. Ein Knabe hob ihn auf und warf ihn gegen die Sonne. »Das ist ja gar nichts«, sagte er, »der fliegt hoch und fällt herunter wie ein anderer.« Jetzt lag der Stein im Sande und sah noch schöner aus als vorher. Die Sonne beschenkte ihn mit verborgenen Farben. Der Tau machte ihn glänzend. Wolkenschatten wechselten langsam und veränderten sein Aussehen.

Ein Jüngling sah ihn liegen, bückte sich und hob ihn auf. Er wollte ihn immer bei sich haben, um ihn bei passender Gelegenheit dem Mann zu zeigen, den er hochschätzte. Als die Gelegenheit kam, erlebte er eine schmerzhaft Enttäuschung: Der Mann wurde von der Schönheit des Steines nicht bewegt. Er sagte, das wäre ein unerfreuliches Naturspiel, ein Stein sollte wie ein Stein aussehen und nicht wie eine Blume. Der Jüngling nahm den Stein wieder und trug ihn auf die weiße Sandfläche zurück, wo er ihn gefunden hatte.

Die Jahreszeit schritt vor. Gelbe und rote Blätter fielen von den Bäumen. Der Stein hob sich stark dagegen ab. Die klare Herbstluft verdeutlichte ihn so zauberhaft, daß ein weißhaariger Alter, der dort vorüberging, wirklich meinte eine Blume vor sich zu haben. Er kniete nieder, um sie aus der Nähe zu betrachten. Erst als er mit dem Finger daran rührte, fühlte er, daß er einen Stein vor sich hatte. Er betrachtete ihn mit einer innerlichen Aufmerksamkeit. Dann sagte er: »Jetzt will ich gern aufhören zu leben, denn meine Augen haben Kraft bekommen zu sehen. Diese Blume hat sich in Stein verwandelt, weil sonst ihre Schönheit unerträglich wäre. Sie setzt keine Frucht an, aber sie blüht unverwelklich. Sie ist nicht lebendig und wandelbar, aber sie hat Dauer gewonnen. Auf den Knien bringe ich diesem wahrhaften Stein der Weisheit meine Bewunderung dar. Möge er noch Jahrhunderte also blühen in unverweslicher Schönheit und viele alte Menschen trösten, wie er mich getröstet hat mit seiner wunderbaren Barmherzigkeit.«

## RAPHAEL SELIGMANN · ZUR PSYCHOLOGIE DES GLAUBENS

### 1 · VON DER NATUR DER TÄUSCHUNG



**A**US der unabsehbaren Fülle von allerhand Sinnestäuschungen sowohl in normaler wie in abnormer Lebenspraxis seien zunächst nur ein paar markante Fälle herausgegriffen: Infolge einer Gesichtsstörung tauchen plötzlich in meinem Gesichtsfeld schwarze Punkte auf, die nach kurzer Zeit verschwinden, um dann von neuem aufzutauchen: infolge einer Störung der Gehörnerven vernehme ich Geräusche von außen her, die dort in Wirklichkeit nicht stattfinden; infolge geringer Bewegungen der Muskeln meines Auges, die eben wegen ihrer Geringfügigkeit von mir unbeachtet bleiben, beginnt ein in Ruhe verharrender Punkt sich vor mir hin und her zu bewegen; nach Einnehmen von Santonin beginne ich sämtliche ungefärbte Gegenstände in gelb zu sehen; bei verschiedener ursprünglicher Stärke von Beleuchtung oder Erhitzung wird ein und der selbe Grad der Zunahme von Licht oder Wärme von mir verschieden eingeschätzt; ein Stückchen glühender Kohle, rasch im Kreis herumgedreht, erblicke ich als eine in sich geschlossene leuchtende Kreislinie; ich greife nicht selten nach Spiegelbildern, als wären sie körperliche Dinge; wenn ein ganzer Stab ins Wasser getaucht wird, so sehe ich ihn gebrochen; wenn dichte Wolkenmassen an einer hell leuchtenden Mondscheibe vorbeiziehen, so sehe ich die Wolkenmassen ruhend und die Mondscheibe sich bewegend.

Diese Fälle bilden nur einen winzigen Bruchteil alles dessen, was im Ablauf des normalen wie abnormen Lebens der Einzelperson sich an Sinnestäuschungen abspielt. Dabei lassen wir den psychologisch gewiß sehr bedeutenden Unterschied zwischen Illusion und Halluzination geflissentlich bei-



seite, weil er für unsere Zwecke nicht wichtig genug zu sein scheint, und fassen beides unter dem gemeinsamen Namen Sinnestäuschung zusammen. Bei der Enttäuschung erfahre ich den wahren Sachverhalt, und ich erkenne zugleich den von mir bei der Täuschung begangenen Irrtum. Es ist von größter Wichtigkeit sich klare Rechenschaft von Sinn und Bedeutung dieses Verhältnisses zwischen Irrtum und Richtigstellung abzugeben, da mit der Klarlegung dieses Verhältnisses auch die des Verhältnisses zwischen Glauben und Wissen aufs engste zusammenhängt. Was erfahre ich also bei der Enttäuschung? Folgendes: Die von mir wahrgenommenen schwarzen Punkte existieren außerhalb meines Auges gar nicht; das von mir vernommene Geräusch kommt nicht von außen her; der Punkt, der sich vor meinen Augen hin und her bewegte, verharrt in Wirklichkeit in völliger Ruhe; die ungefärbten Gegenstände um mich her sind in der Tat ungefärbt und nicht gelb, wie ich sie vorhin sah; die Zunahme von Licht oder Wärme war in Wirklichkeit sowohl das eine wie das andere Mal genau die gleiche; was sich im Kreis herumdrehte, war in Wirklichkeit keine geschlossene Kreislinie sondern immer bloß ein einzelner leuchtender Punkt, der rasch seine Stelle im Raum wechselte; das Spiegelbild hatte keine körperlich greifbare Gestalt; der Stab bleibt auch im Wasser ganz; in Wahrheit bewegen sich die Wolkenmassen, und die Mondscheibe verharrt in Ruhe. In all diesem habe ich mich geirrt.

Was bedeutet es nun, wenn ich sage, daß ich mich in all diesem geirrt habe? Was den nackten Gehalt meiner Wahrnehmungen anlangt, so kann ich mich unmöglich geirrt haben. Die oben aufgezählten Dinge und Vorgänge habe ich vor der Enttäuschung in der Tat ehrlich wahrgenommen, fahre auch nach der Enttäuschung fort sie vollauf wahrzunehmen, wenn ich mich meiner natürlichen Empfänglichkeit hingeebe und keine besonderen Anstrengungen mache die Ergebnisse der Enttäuschung auf mich in einer bestimmten Richtung einwirken zu lassen. Nicht darin also kann mein Irrtum bestanden haben sondern in etwas ganz anderm: Ich habe meinen Wahrnehmungen *vor* der Enttäuschung gedanklich eine von mir unabhängige Realität zugeschrieben, die ihnen in Wahrheit nicht zukommt. *Nach* der Enttäuschung messe ich ihnen keine Realität mehr zu, was ich dadurch zum Ausdruck bringe, daß ich sage, die in Frage stehenden Wahrnehmungen seien bloß subjektiven Ursprungs. Mit meinen Wahrnehmungen vor der Enttäuschung verband ich den Gedanken an eine von mir unabhängige Realität. Hierin liegt der Schwerpunkt, darum handelt es sich in diesem Zusammenhang.

Ich erfahre also nach der Richtigstellung, daß es 2 Arten von Realitäten für mich geben könne: eine tatsächliche und eine gedachte. Dabei wollen wir zu Zwecken schärferer Herausarbeitung des Problems mit Vorliebe bei jenen Fällen, die ja die meisten sind, verweilen, wo ich nach der Richtigstellung die betreffenden Dinge und Vorgänge genau so wahrnehme wie vor der Richtigstellung. Ich mache also nach der Richtigstellung die Erfahrung, daß ich während des Prozesses der Täuschung mit bestimmten Wahrnehmungen in bewußter Weise eine Realität verband, die ihnen in Wahrheit nicht zukommt, und die ich ihnen jetzt in bewußter Weise abspreche. Ich sage mir: Bestimmten Wahrnehmungen habe ich vorhin ein von mir unabhängiges Ansichsein zugeschrieben, das in Wahrheit kein Ansichsein darstellt, sondern subjektiven Ursprungs ist, also beispielsweise ein Erzeugnis einer Veränderung in meiner physiopsychischen Verfassung oder einer falschen

Orientierung oder auch einer anerzogenen Gewohnheit und dergleichen mehr. Es war also eine Realität, die keine ist. Diese meine Aussage enthält offenbar einen Widerspruch in sich. Aber solche Aussagen mache ich unwillkürlich nach jeder derartigen Richtigstellung. Mögen Erkenntnistheorie und Metaphysik darüber ausmachen, wie derlei in sich widersprechende Urteile: daß die Realität nicht real war, möglich sind. In diesem Zusammenhang handelt es sich lediglich um die Beschreibung dessen, was in meinem Innern vorgeht, wenn ich eine Desillusion erlebe und eine Richtigstellung vornehme. Und es geht folgendes vor: An der Hand der Desillusion mache ich die Erfahrung, daß ich vorhin beim Prozeß des Wahrnehmens mich auf den Gegenstand des Wahrnehmens nicht beschränkte sondern ihm eine Realität unterschob, die keine war, also eine fiktive Realität, und zwar geht diese Unterschöbung nicht in unbewußter Weise vor sich. Ich muß also rückschauend sagen, daß neben Realitäten tatsächlicher Natur auch solche gedanklicher Natur stattfinden. Die Frage, inwiefern eine gedankliche Wirklichkeit noch Wirklichkeit genannt werden darf, gehört in die Erkenntnistheorie und die Metaphysik und nicht hierher. Ebensovienig würde hierher die Frage gehören, inwiefern die von mir beim Prozeß der Desillusion erkannte und festgestellte tatsächliche Wirklichkeit als maßgebende Instanz für die Richtigstellung des von mir begangenen Irrtums gelten kann, angesichts des Umstands, daß der "richtige" Tatbestand *nach* der Desillusion mich genau so täuschen kann wie der "unrichtige" Tatbestand *vor* der Desillusion mich getäuscht hat. Derartige Fälle kommen häufig genug vor: Ich gewahre Blumen in einem Schaufenster, die ich auf den ersten flüchtigen Blick hin für natürlich, bei etwas näherem Zusehen jedoch für künstlich halte; eine Auskunft des Blumenhändlers überzeugt mich schließlich davon, daß ich es doch mit natürlichen Blumen zu tun habe. Ich glaubte also einen von mir erkannten Irrtum richtiggestellt zu haben, aber gerade diese Richtigstellung erweist sich eben zuletzt als irrig. Dieser Umstand, so wichtig er auch in psychologischer, erkenntnistheoretischer und metaphysischer Hinsicht sein mag, ist hier in diesem Zusammenhang von keinem Belang: sollte sich der bei einer Desillusion als "wahr" erkannte Tatbestand nach eingehender strengerer Prüfung seinerseits als eine Illusion erweisen, nun, da würde sich der frühere Vorgang von neuem wiederholen, will sagen, die eingehendere und strengere Prüfung würde mir zeigen, daß ich dem Gegenstand meiner Wahrnehmung (diesmal dem als "richtig" erkannten Tatbestand) abermals eine Realität unterschob, die ihm in der Tat nicht zukam. Überhaupt gilt es bei alledem festzuhalten, daß die Begriffe wirklich und unwirklich, richtig und unrichtig für mich hier ganz relative Bedeutung besitzen. Ich verfüge über kein endgültiges Kriterium darüber, welches die letzte und alleinrichtige Wirklichkeit sei. Möglich, daß alles das, was ich als Realität der Außenwelt zu bezeichnen gewohnt bin, schließlich nichts weiter als ein gewisser Reflex meiner Einbildungskraft sei, wie manche Philosophen es haben möchten. Für die Zwecke meiner Praxis jedoch genügt es zu wissen, daß es eine relativ konstante Wirklichkeit gibt, an der ich alle die anderen mehr oder weniger wandelbaren und flüchtigen Wirklichkeiten auf ihre Richtigkeit hin messe.

Aus diesen Betrachtungen ergibt sich uns, daß ich von einem Ding oder Vorgang zu gleicher Zeit auf zweierlei Weise wissen kann: als einem präsenten Etwas, dessen ich in der Form irgendeiner Wahrnehmung äußerer

oder innerer Natur unmittelbar habhaft werde, und wiederum als einem Etwas, das in voller Unabhängigkeit von mir, dem Habenden und Wahrnehmenden, ein selbständiges, für sich seiendes Dasein führt. Die Frage, wie ich von einem Ding wissen kann, daß es in voller Unabhängigkeit von mir, dem Wissenden, besteht, da es doch in diesem Fall eingeständenermaßen eben dem Bereich meines Wissens entrückt sein soll, gehört, wie bereits erwähnt, in die Erkenntnistheorie und Metaphysik, wo sie als die Frage nach der Erkennbarkeit des Unerkennbaren den heiß umstrittenen Gegenstand allerhand erkenntnistheoretischer und metaphysischer Spekulationen bildet. Hier gilt es einfach festzustellen, daß ich aller Logik zum Trotz über ein derartiges Wissen unumschränkt verfüge. Meine Irrtümer bei den Sinnes-täuschungen haben mir es ad oculos dargetan. Ein Irrtum meinerseits wäre in all diesen Fällen ausgeschlossen, wenn ich mit dem präsenten Gehalt meiner Wahrnehmungen im Moment seines Wahrgenommenwerdens nicht das Wissen darum verbunden hätte, daß er auch ganz unabhängig von mir, dem Wahrnehmenden und Wissenden, ein für sich seiendes selbständiges Dasein führt. Ich irre nicht, wenn ich mit einem von mir wahrgenommenen Spiegelbild nicht ein Wissen darum verbinde, daß es hinter der Spiegelfläche leibhaftig existiert, oder beim Anhören eines Widerhalls damit nicht ein Wissen verbinde, daß mir ein menschliches Wesen antwortet usw. Bei der Desillusion stellte sich allerdings dieses Wissen als irrig heraus, aber dies ändert nichts an der psychologischen Tatsache, daß ich dieses Wissen in vollem Ausmaß besaß, oder mit anderen Worten, daß ich das Kunststück der Erkennbarkeit des Unerkennbaren vollbrachte.

Das Wissen um ein Ansich manifestiert sich uns in 3 Hauptformen: 1. in anschaulichen Vorstellungen oder Bildern, 2. in äußeren Wahrnehmungen, 3. in inneren Wahrnehmungen anschaulicher und unanschaulicher Natur: Gefühlen, Emotionen, Gedanken usw. Wir müssen sie der Reihe nach durchmustern.

Bei anschaulichen Vorstellungen oder Bildern von Dingen und Vorgängen tritt das Wissen um ein Ansich am deutlichsten und prägnantesten hervor. Wenn ich am Schreibtisch sitzend eine Vorstellung der benachbarten Zimmer und ferner auch des ganzen Hauses samt Hof und angrenzenden Straßen habe, so wird dies alles bei mir von dem deutlichen Nebengedanken begleitet, daß es kein Erzeugnis der Phantasie sondern tatsächliche Wirklichkeit ist. Der Gedanke des Ansichseins sondert sich hier vom anschaulichen Gehalt des Bildes säuberlich ab. Dies ist auch bei allen Erinnerungen der Fall. Erinnerere ich mich an ein von mir wahrgenommenes Ding oder Geschehnis, so wird das Erinnerungsbild von dem deutlichen Nebengedanken begleitet, daß das Ding oder Geschehnis hier tatsächlich und leibhaftig und unabhängig von meinem augenblicklichen Bewußtseinsstand existierte oder existiert. Zaubere ich jedoch zu meinem Vergnügen in meiner Phantasie das Bild irgendeiner märchenhaften Landschaft mit einem prächtigen Schloß darin, so weiß ich, daß diesem Bild in der Wirklichkeit keine von mir unabhängige Existenz zukommt. Bei anschaulichen Vorstellungen von Dingen und Vorgängen sind Irrtümer möglich, denn es kann sich herausstellen, daß die meinen Vorstellungen in Gedanken zugeschriebene Realität mit der tatsächlichen sich nicht deckt, oder auch, daß diese tatsächliche Realität ganz ausbleibt. Beispiele dafür kann jedermann aus seiner Alltagspraxis hervorholen. Etwas anders verhält es sich mit den äußeren Wahrnehmungen.

Die äußere Wahrnehmung ist von Natur aus so gestaltet, daß in ihr unmittelbarer Eindruck und unabhängiges Ansichsein unmerklich ineinanderfließen. Der Eindruck selber gibt sich mir hier als ein Ansich. Da nun das Ansichsein hier im Gewand eines unmittelbaren Eindrucks auftritt, ist hierdurch weiter Spielraum für Täuschungen und Irrtümer aller Art gegeben; wie leicht geschieht es doch, daß verschiedene Ansiche die Gestalt eines und des selben Eindrucks, wie auch umgekehrt verschiedene Eindrücke die Gestalt eines und des selben Ansich annehmen. Die banalsten Alltagsirrtümer gehören hierher: gestoßener Zucker als Salz und Salz als gestoßener Zucker, Flecke aus roter Tinte als Blutflecke und Blutflecke als Flecke aus roter Tinte, Baumstümpfe in der Dämmerung als unbewegliche Gestalten lebender Wesen und umgekehrt, das Miauen von Katzen als Kindergegein und umgekehrt. Jeder könnte Dutzende an derlei Täuschungen und Quidproquos aus seiner eigenen Erfahrung anführen. Indessen trägt hier der Irrtum einen andern Charakter als es bei der als existierend gedachten Vorstellung der Fall ist. Der Irrtum ist hier intimer, inniger, und er überrascht unter gleichen Umständen mehr. Es ist, als ob die irrende Person sich hier für ihren Irrtum gewissermaßen mitverantwortlich fühlt, was für die Irrtümer bei den als existierend gedachten Vorstellungen nicht zutrifft. Dies rührt vor allen Dingen davon her, daß dank der Vermittlung durch den lebendigen Eindruck sich meine Zusammengehörigkeit mit dem Ansich hier in weit stärkerem Maß geltend macht als bei den realitätsbehafteten Vorstellungen. Es kommt aber noch ein anderer Faktor hinzu: Während ich bei der realitätsbehafteten Vorstellung ein Interesse daran habe besondern Nachdruck auf das Moment des wirklichen Vorhandenseins zu legen, um mir selber klarzumachen, daß die in Frage kommende Vorstellung von mir nicht bloß gedacht sondern auch als wirklich existierend gedacht wird, habe ich ein derartiges Interesse bei den äußeren Wahrnehmungen nicht; denn hier, wo das Ansich im Gewand des lebendigen Eindrucks mir lebhaftig entgegentritt, brauche ich wahrlich nicht noch den Gedanken eines Ansichs zu unterstreichen. Dieser Mangel an Interesse trägt seinerseits ein gutes Stück dazu bei, daß ich bei subjektiven Eindrücken mit Wahrnehmungscharakter so sehr geneigt bin sie als objektiv existierend gelten zu lassen, während ich bei Vorstellungen und Bildern, wo mir daran liegt zu wissen, ob sie bloß Erzeugnis meiner Phantasie oder wirkliches extramentales Dasein repräsentieren, in der Regel schärfer aufpasse. Daher eine gewisse Empfindung von Mitverantwortung und Mitverschuldung bei den meisten Wahrnehmungsirrtümern.

Innere Wahrnehmungen anschaulicher und unanschaulicher Natur, wie Empfindungen, Gefühle, Emotionen, Bestrebungen, Wünsche, Akte des Denkens und Phantasierens usw., enthalten nicht in sich das Moment eines von mir unabhängigen, an sich seienden Etwas, wie es der Fall bei den äußeren Wahrnehmungen und den als existierend gedachten Vorstellungen ist. Bei ihrem Auftreten weiß ich bloß, daß sie existieren, aber dieses in ihnen liegende Moment der Existenz nimmt nicht Form und Gestalt eines von mir unabhängigen Ansichseins an. Dies ist der Sinn meiner Aussage, daß Empfindungen, Gefühle, Emotionen, Akte des Denkens und Phantasierens "subjektiv" seien. Hier gibt es also keinen Platz für Irrtum, da Irrtum, wie aus unseren Ausführungen erhellt, auf dem Umstand beruht, daß ich dem Gegenstand meines Wahrnehmens eine von mir völlig unabhängige Existenz

in der Form eines für sich bestehenden Ansichts zuerkenne. Freilich wird auch hier des öftern von Irrtum geredet. Aber was darunter gemeint wird, ist nicht der Wahrnehmungsgehalt als solcher, der seiner Natur nach irrumsfrei ist, sondern irgendein äußerliches Moment, das sich der genannten Wahrnehmung zugesellt. Anlaß zu Irrtümern können nämlich innere Wahrnehmungen nur dann geben, wenn sie von mir auf etwas bezogen werden, was sich ihnen äußerlich anschließt, also wenn ich sie in einen bestimmten Ort, einen bestimmten Zeitpunkt verlege, oder wenn ich sie bestimmten Ursachen zuschreibe. Mein Irrtum bezieht sich dann selbstverständlich nicht auf den Wahrnehmungsgehalt als solchen sondern auf den Ort, den Zeitpunkt, den Umstand, die Ursache usw. Wenn ich, in einem Eisenbahnzug fahrend, plötzlich die Empfindung bekomme, als bewege ich mich in umgekehrter Richtung, und mir fälschlich sage: der Zug beginnt ja plötzlich verkehrt zu fahren, so irre ich selbstverständlich nicht im Hinblick auf die Empfindung des Verkehrtfahrens sondern im Hinblick auf den Zug, der nach wie vor in der gleichen Richtung fährt; wenn der Amputierte fälschlicherweise seinen Schmerz in die Extremität des amputierten Beins verlegt, statt ihn in den Beinstumpf zu verlegen, so irrt er nicht, insofern er den Schmerz an der genannten Extremität in der Tat empfindet, sondern insofern er dem Herd des Schmerzes eine unrichtige Stelle zuweist. In Anbetracht dessen, daß der Gegenstand meiner innern Wahrnehmung nicht nur die Wahrnehmung als solche sondern auch die ihr äußerlich angehängten Momente wie Ort, Zeitpunkt, Umstand usw. umschließt, dürfte ich wohl sagen, daß ich im Hinblick auf meine inneren Wahrnehmungen irren kann; es darf aber dabei nicht außer acht gelassen werden, daß mein Irrtum nicht die Wahrnehmung als solche sondern die ihr sich anschließenden Momente trifft.

Innere Wahrnehmungen als solche können erst nach einer Umwandlung ihres Wesens Gegenstand eines Irrtums werden, wenn ich aus meinen Empfindungen, Gefühlen, Emotionen, Akten des Denkens, Phantasierens und Wollens usw. das in ihnen liegende Moment des Seins, der Existenz heraussondere und zu einem auf sich beruhenden Ansichsein erhebe; so, wenn ich sage, daß diese oder jene von mir erlebte Empfindung überall oder nirgends anzutreffen sei. Derlei Umwandlungen nehme ich täglich und stündlich vor. Der psychologisch und erkenntnistheoretisch so sehr wichtige Umstand, daß meine Empfindungen, Gefühle, Emotionen und Erlebnisse überhaupt ausschließliches Eigentum meines Ichs bilden, das heißt, der Umstand, daß der andere meine Erlebnisse nicht haben kann, spielt bei dieser Umwandlung gar keine Rolle. Ungeachtet dessen, daß ich weiß, daß die anderen sich in meine Erlebnisse nicht teilen können, weiß ich doch zugleich, daß Empfindungen wie Lust und Schmerz, Gefühle wie Wehmut und Freude, Affekte wie Zorn und Rache, die ich doch nur aus eigener Erfahrung kennen kann, von meiner gesamten menschlichen Mitwelt gehabt werden, daß sie lange vor mir bestanden haben und nach mir bestehen werden. Auch der Umstand, daß Erlebnisse an ein erlebendes Subjekt gebunden sind, spielt dabei keine Rolle. An dieses Subjekt denke ich in der Regel nicht, wenn ich sage, daß Vergnügen und Schmerz, Freude und Wehmut, Zorn und Rache von jeher bestanden und auch weiterhin bestehen werden. Ich denke sie vielmehr als auf sich beruhende, von mir unabhängige Etwasse, und insofern ich sie so denke, kann ich im Hinblick auf sie irren. Erlebe ich in der Tat so etwas

wie platonische Liebe oder lustbetonte Schmerzen, so irre ich selbstverständlich nicht im Hinblick auf deren Erlebnisgehalt als solchen; sage ich jedoch, daß platonische Liebe oder lustbetonte Schmerzen von jeher bestanden und auch weiterhin bestehen werden, oder, wenn ich eben platonische Liebe und lustbetonte Schmerzen nie erlebte, daß es derlei Erlebnisse wie die genannten nie gab und nie geben werde, so ist hier Platz für einen Irrtum meinerseits gegeben, da ich innere Wahrnehmungen als an sich seiende Realitäten denke. Diese Ausführungen zeigten, daß Subjektivität im Sinn einer Zugehörigkeit zu nur einem Subjekt oder auch zu Subjekten überhaupt in dem gegenwärtigen Zusammenhang und angesichts der uns interessierenden Zwecke keine Rolle zu spielen braucht. Wie aus meinen Darlegungen erhellt, können meine unmittelbaren Erlebnisse nach einer passenden Metamorphose in Ansehung verwandelt werden, ungeachtet dessen, daß sie nur einem Subjekt (nämlich mir) oder Subjekten überhaupt angehören. Trotzdem bleibt der Begriff der Subjektivität auch in diesem Zusammenhang zu Recht bestehen. Nur gewinnt er hier eine andere Bedeutung; die einer Spezifizierung nach Zeit, Ort, Umständen und Bedingungen aller Art. Daß dieses oder jenes unmittelbare Erlebnis ausschließliches Eigentum meines erlebenden Ichs bildet, hindert mich nicht daran zu denken, daß es auch von einem andern, meinem Nachbar, gehabt werden kann, daß ich aber dieses Erlebnis dank einer Verkettung von äußeren Umständen habe, die sich beim andern in dieser Konstellation nicht zusammenfinden, oder dank einer bestimmten Beschaffenheit und Reagierfähigkeit meiner physiopsychischen Organisation, die der andere nicht besitzt, oder auch zu einem bestimmten Raum- und Zeitpunkt, die beim andern nicht eintreffen: dies alles macht, daß mein Erlebnis keine Allgemeinheit besitzt, daß es sich gegen die Erlebnisse anderer abgrenzt und auf eine bestimmte Zone konzentriert. Nur in diesem Sinn kann in dem gegenwärtigen Zusammenhang und in Anbetracht des hier behandelten Problems von Subjektivität geredet werden. Sollte es jedoch Erlebnisse bei mir geben, die an keinen spezifischen Ort- und Zeitpunkt gebunden und von keinen besonderen äußeren Umständen oder inneren Bedingungen meiner physiopsychischen Verfassung abhängig sind, so können sie nach passender Metamorphose Anspruch auf absolute Allgemeingültigkeit erheben. Da sie mit einem Anhängsel von äußerlichen Zutaten nicht belastet wären, so wären sie von Irrtümern auch in jenem relativen Sinn, in dem noch von Irrtümern bei inneren Wahrnehmungen geredet werden kann, frei, und es ist daher von Wichtigkeit zu wissen, ob es derlei Erlebnisse in der Tat gibt.

Derartige Erlebnisse gibt es bei mir zweifellos, und zwar sind es Erlebnisse von Denknotwendigkeiten; ganz allgemein gesprochen: ich vermag ein A als Non-A nicht auszudenken, und das macht, daß ich ein A unbedingt als A denken muß. Derlei Denknotwendigkeitserlebnisse sind bei mir an keine bestimmte Stelle im Raum und an keinen bestimmten Punkt in der Zeit gebunden und befinden sich in keiner Abhängigkeit von irgendwelchen besonderen äußeren Umständen und spezifischen Bedingungen meiner physiopsychischen Verfassung. Ich habe also keinen Grund den andern von ihnen auszuschließen, da, wie oben ausgeführt, nur die *differentia specifica* der Ort- und Zeitbestimmung, der äußeren Umstände und der Eigenart meiner physiopsychischen Verfassung mich zu einem Subjekt machen. Es sei noch bemerkt, daß sich die Denknotwendigkeit mit meinem Erleben nicht zu erschöpfen braucht; sie kann außerdem noch objektiv begründet sein.

## 2 · WISSEN UND GLAUBE



IR mußten dem Irrtum deshalb so viel Interesse und Aufmerksamkeit widmen, weil die Erkenntnis des Irrtums, die Desillusion es war, die uns auf das Vorhandensein eines doppelten Wissens aufmerksam machte, eines unmittelbaren präsenten oder subjekt-relativen Wissens und eines vermittelten Wissens, eines Wissens von einem Ansichsein, eines Wissens von einem Etwas, das ein von mir, dem Wissenden, vollständig unabhängiges Dasein führt. Es erwies sich dabei, daß ich, der Wissende, beim unmittelbaren Wissen dem Gegenstand meines Wissens direkt ohne jede Vermittlung gegenüberstehe, während beim vermittelten Wissen sich zwischen den Gegenstand meines Wissens und mich irgendein Mittelglied in der Gestalt eines sinnlichen Eindrucks von außen her, einer realitätsbehafteten Vorstellung oder irgendeiner äußerlichen Zutat wie Ort und Zeitpunkt, Umstand usw. einschleibt. Durch eines dieser Mittelglieder weiß ich, daß der Gegenstand meines vermittelten Wissens auch ohne mein Zutun und ganz unabhängig von mir, dem innehabenden Subjekt, ganz für sich und auf sich besteht. Ohne dieses Wissen oder richtiger Mitwissen vom Ansichsein des unmittelbaren Gehalts meiner Innehabung wäre ein Irrtum meinerseits so gut wie ausgeschlossen. Denn wie entsteht Irrtum? Ganz allgemein gesprochen entsteht Irrtum jedesmal, wenn etwas sich anders gibt als es in Wahrheit ist. Nun ist der Prozeß des Innehabens so beschaffen, daß ein Etwas darin gar nicht anders auftreten kann als eben in der Form des Sichgebens; was es noch außerdem als Ansichseiendes sein mag, fällt ganz aus seiner Rolle heraus. Für Irrtum fehlen hier einfach die Voraussetzungen, denn zum Irrtum gehört notwendig zweierlei: Sein und Sichgeben, während im Prozeß des Innehabens nur eins aufweisbar ist: Sichgeben. Irrtum kann beim Prozeß des Innehabens nur dann entstehen, wenn dieser Prozeß vom Gedanken oder, wenn man will, vom Gefühl begleitet wird, daß der Gehalt der Innehabung auch an sich und für sich besteht; dann haben wir nämlich die notwendige Zweiheit. Wir sahen aus dem frühern, daß äußere Wahrnehmungen mit derlei Gedanken oder Gefühlen imprägniert, daß Vorstellungsbilder mit ihnen behaftet sind, und daß sogenannte innere Wahrnehmungen erst umgewandelt oder an etwas Äußerliches angehängt werden müssen, um sie in sich beherbergen zu können. Zu einem Ansich kann auch ein Nichtexistierendes, also ein Non-A, werden. Ich kann auch das Nichts als ein Etwas denken und dabei als ein Etwas, das auf sich beruht und für sich besteht. Das Non-A wird dann als existenzfreies A oder kürzer als A (Non-E) gedacht.

Indessen bin ich in den meisten Fällen wenig geneigt das vermittelte Wissen als ein spezifisches Wissen, als ein Wissen sui generis gegenüber dem unmittelbaren Wissen auszuzeichnen, trotz der von mir erkannten wesentlichen Differenz zwischen dem Charakter des einen und dem des andern. Das vermittelte Wissen ist mir in der Regel genau so ein Wissen wie das unmittelbare auch, und in den meisten Fällen der Alltagspraxis empfinde ich kaum, daß das erste in puncto Sicherheit und Genauigkeit nachstünde. Daß ich gestern in einem bestimmten Augenblick vor dem selben Tisch saß, vor dem ich heute und in diesem bestimmten Augenblick sitze, und auf einem vor mir ausgebreiteten Blatt Papier schrieb, wie ich es heute und in diesem bestimmten Augenblick tue, weiß ich sowohl in dem einen wie in dem andern

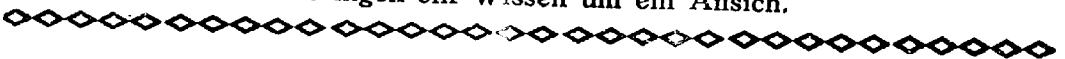
Fall mit der gleichen Sicherheit. Ähnlich weiß ich von der Existenz des hinter meinem Rücken stehenden Bücherschranks wie auch von der des Nebenzimmers, der Höfe, Häuser, Straßen, Menschen, Tiere und alles sonstigen außerhalb des Bereichs meiner augenblicklich funktionierenden Sinne; ähnlich weiß ich, daß diese hier über das Papier gleitende Feder im nächsten Augenblick Schriftzeichen ausführen wird, wie sie es im gegenwärtigen Augenblick tut und im vorigen Augenblick getan hat. Jedermann weiß aus seiner alltäglichen Praxis, daß er von der Existenz unzähliger, in den Bereich seiner Sinneserkenntnis und seiner unmittelbaren Erlebnisse nicht hineinfallender Dinge nicht minder überzeugt ist als von der Existenz dessen, was er ganz unmittelbar erlebt. Dies alles bedeutete also für mich kein Wissen besonderer Art. Ein Wissen besonderer Art denke ich mir in der Regel anders.

Ein Wissen sui generis würde für mich folgende Quellen zur Voraussetzung haben: 1. Intuition, wenn die Existenz eines Etwas mir erfahrungsgemäß, ohne jede äußere Vermittlung und ohne Zuhilfenahme logischer Erwägungen, ganz spontan und von selber, kund wird, 2. Wunsch, wenn ich um die Existenz eines Etwas weiß, weil es von mir lebhaft herbeigewünscht wird, 3. Autorität, wenn ich um die Existenz eines Etwas auf Grund blinden Vertrauens in Erfahrungen und Aussagen seitens anderer Personen oder auch irgendwelcher von mir anerkannten Instanzen weiß, 4. Suggestion, wenn ich um die Existenz eines Etwas weiß, weil ich fortwährend und von allen Seiten darüber höre.

Wenn man ein Wissen aus diesen und ähnlichen Quellen durchaus zu einer besondern Kategorie erheben und mit dem Namen Glauben krönen will, steht dem natürlich nichts im Weg. Indessen ist auch dieses Wissen jedenfalls ein Wissen von einem unabhängigen Ansich, und ein Ansich kann direkterweise nicht erfahren werden, sonst wäre es eben kein Ansich. In all den vorhin aufgezählten Fällen weiß ich um die Existenz des in Frage stehenden Etwas nur durch eine stellvertretende Vorstellung oder ein stellvertretendes Erlebnis; es ist also gleichfalls vermitteltes Wissen, und es besteht kein Grund, wofern man präzis sein will, ein Wissen aus den vorhin genannten Quellen als ein Wissen sui generis gegenüber allem andern vermittelten Wissen auszuzeichnen. Es bleibt also dabei, daß als Glaube jedes Wissen oder präziser Mitwissen um ein Ansichseiendes anzusprechen ist. Der Glaube in diesem Sinn nimmt dem unvermittelt präsenten Wissen gegenüber einen überwiegenden Platz im Seelenleben ein.

Von Glauben wird auch geredet, wenn etwas bewertet wird. Ich glaube an die Schönheit: das heißt des öfters so viel, daß ich ihr einen gewissen Wert beimesse. Hier scheint der Schwerpunkt nicht in meiner Beziehung zu einem von mir unabhängigen Ansich sondern in einem rein subjektiven Erlebnis zu liegen. Indes, wenn ich einer Sache ernstlich Wert beilege, so muß es doch einen objektiven Grund geben, der mich veranlaßt die genannte Sache als wertvoll anzusprechen; oder, mit anderen Worten, es muß ein "objektives", der Sache zuteil gewordenes wertgebendes Moment geben, an das ich glaube, das heißt in unserer Sprache, von dessen Ansichsein ich im Augenblick des Bewertens auf irgendeine Weise weiß.

Religiöser Glaube ist ein Spezialfall des Glaubens überhaupt. Das Wissen um Gott ist vor allen Dingen ein Wissen um ein Ansich.





# RUNDSCHAU

## ÖFFENTLICHES LEBEN

Innenpolitik / Will Könemann

David † Am 24. Dezember 1930 starb Eduard David, im Alter von 67 Jahren, in Berlin. Er war ursprünglich Lehrer an einem Gymnasium, wurde wegen seines Eintretens für die Sozialdemokratische Partei, für deren Ideen er schon als Student gewonnen war, aus dem Staatsdienst entlassen. Bis 1896 leitete er die von ihm gegründete Mitteldeutsche Sonntagszeitung in Gießen, dann übernahm er die Redaktion der Mainzer Volkszeitung. 1896 war er in die Zweite Kammer des Hessischen Landtags gewählt worden, und 1903 sandte ihn der Wahlkreis Mainz-Oppenheim in den Reichstag, dem er bis zu seinem Tod angehört hat. Neben seiner tagespolitischen Arbeit verfaßte er eine Reihe politischer und soziologischer Schriften. 1903 erschien im Verlag der Sozialistischen Monatshefte sein Werk Sozialismus und Landwirtschaft. Seine Mitarbeit an dieser Zeitschrift begann im Jahr 1896, mit einem Aufsatz über Georg Büchner. Bald begann der Kampf um den Revisionismus, in dem David seit seiner großen Rede gegen Bebel auf dem Parteitag von Hannover /1899/ in der vordersten Reihe stand. Seine Aufsatzreihe über die Eroberung der politischen Macht (in den Sozialistischen Monatsheften 1904 I Seite 9, 114, 199 und folgende) vermag gerade allen jüngeren Parteigenossen, die, wie der Bearbeiter dieser Rundschau, jene Zeit leidenschaftlichen geistigen Ringens nicht aus eigener Anschauung kennen, noch heute einen lebendigen und nachhaltigen Eindruck der Kräfte jener Epoche zu vermitteln. In diesem Kampf um die politischen und geistigen Voraussetzungen späterer aktiver Regierungsteilnahme, und damit für die entscheidende Wandlung der Partei liegt ein bedeutender, vielleicht der wichtigste Teil der so reichen Lebensarbeit Eduard Davids. Im Oktober 1918 trat David als Unterstaatssekretär in das Auswärtige Amt ein. Die Nationalversammlung in Weimar wählte ihn zu ihrem Präsidenten. Dann vertauschte er dieses Amt mit dem eines Ministers ohne Portefeuille, und bald darauf übernahm er infolge der Auseinandersetzung über die Unterzeichnung des Friedensvertrags bis zum Juni 1920 das Ministerium des Innern an Stelle Hugo Preuß'. 1921 wurde er Bevollmäch-

tigter der Reichsregierung bei der Regierung Hessens. In Darmstadt habilitierte er sich 1923 für Politik an der Technischen Hochschule. Als Wissenschaftler wurde ihm durch Verleihung des Ehrendoktorats der Staatswissenschaftlichen Fakultät der Münchener Universität, anlässlich der Neueinweihung des Deutschen Museums, eine späte verdiente Ehrung zuteil. Seit 1927 lebte David wieder in Berlin, nahm bis zuletzt lebhaften Anteil an den politischen Ereignissen. Im Parlament war er eine der Persönlichkeiten, die uns den Glauben an Wert und Würde dieser Institution nicht ganz verlieren lassen.

Deutschland Die innenpolitische Situation in Deutschland ist zu Beginn des neuen Jahres klarer, als es noch vor wenigen Wochen erscheinen mochte. Die erste Panikstimmung nach dem 14. September 1930, der in der gesamten politischen Entwicklung die Demarkationslinie bildet, ist gewichen. Geblieben und noch gestiegen ist die ungeheure Notlage weitester Massen des Volkes und damit die Hauptursache der jetzigen gespannten politischen Lage. Die Sensation, die manche Kreise von dem Wiederzusammentritt des Reichstags am 3. Dezember erhofften, wurde durch einen sachlichen Akt staatspolitischer Notwendigkeit vorweggenommen: durch den Erlaß der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen. Für die politische Situation war es bezeichnend, daß von keiner ernst zu nehmenden Seite der Regierung der Vorwurf des Verfassungsbruchs gemacht wurde. Beim Erlaß der Verordnung und mehr noch bei der parlamentarischen Entscheidung über ihren Bestand hat die Sozialdemokratische Partei eine Stellung eingenommen, für deren Charakterisierung der Begriff der Tolerierung als zu schwach und farblos erscheint. Ihre Reichstagsfraktion stimmte am 6. Dezember gegen die Aufhebungsanträge, die dadurch mit 292 gegen 254 Stimmen abgelehnt wurden. Die Wirtschaftspartei ging zur Opposition über; der Justizminister Johann Viktor Brecht erklärte am 27. Dezember seinen Rücktritt, unter Umständen, die nur als beschämend bezeichnet werden müssen. Die Sozialdemokratie hat durch ihr positives Votum für die Regierung der Tatsache Ausdruck gegeben, daß die

Existenz und Arbeitsfähigkeit der Regierung Brüning in der gegenwärtigen Situation Voraussetzung für den weiteren Kampf um die Bestandssicherung der Demokratie ist. Der preußische Ministerpräsident Otto Braun hat diese Tatsache in einer Rundfunkrede am 17. Dezember noch einmal ausdrücklich betont und sich zur Regierung Brüning bekannt. Ob diese entscheidende Wendung, die an die politische Einsicht der hinter der Sozialdemokratie stehenden Massen hohe Anforderungen stellt, zur Basis der weiteren Arbeit an der Überwindung der politischen und wirtschaftlichen Krise gemacht werden kann, hängt nicht nur von der Sozialdemokratie sondern in eben so hohem Maß von der Regierung selbst ab. Es ist erfreulich, daß in letzter Zeit aus dem Lager des Zentrums und der nächsten Umgebung des Reichskanzlers die Stimmen sich mehren, die zu einer fruchtbaren Politik drängen. Am deutlichsten hat dem der Führer des Zentrums Ludwig Kaas am 4. Januar in Kassel Ausdruck gegeben. Die Ansicht, daß die Kaassche Rede die völlig eindeutige und eiskalte Ablehnung aller nationalsozialistischen Katastrophenexperimente unter Ablehnung alles sinnlosen Revisionsgeschreis bedeutet, wird gestützt durch die von Kaas betonte Forderung nach Verständigung und Zusammenarbeit mit Frankreich. Die Regierung scheint also entschlossen sich nicht unter dem Druck der amorphen nationalistischen Bewegung um innenpolitischer Zwecke willen von der Beschreitung des einzigen Wegs deutscher Zukunft abdrängen zu lassen.

Von dem materiellen Inhalt der 2. Notverordnung sei noch erwähnt, daß die Regierung den sozialdemokratischen Forderungen auf Milderung mancher Härten der 1. Verordnung entgegengekommen ist. Leider ist aus verfassungsrechtlichen Bedenken die Aufnahme des Besoldungssperrgesetzes in die Verordnung unterblieben.

Eine weitere Verordnung auf Grund des Artikels 48 wurde am 8. Januar erlassen. Sie ermöglicht die Einrichtung eines Sonderschlichtungsverfahrens, um das Nichtzustandekommen eines Schiedspruchs zu verhindern. Sie ist deshalb hier zu erwähnen, weil sie mit politischen Erwägungen gestützt wird. Wenn es richtig ist, daß die gegenwärtige innenpolitische Situation zu einem großen Teil die Folge der wirtschaftlichen und sozialen Not ist, so ist es auch richtig, daß die Regierung jeden Schritt unterlassen muß, der zu einer weiteren Ver-

bitterung der Massen führt. Dazu gehören in erster Linie Lohnsenkungen, die in keinem Verhältnis zur Senkung der Lebenshaltungskosten stehen. Die Regierung wird auch gegenüber dem Unternehmertum und den Banken die staatliche Autorität durchzusetzen haben. Den Ausfall des Parlaments durch eine Verstärkung der Stellung des Reichsrats ersetzen zu wollen wäre verfehlt. Den Reichsrat mit größerer Machtfülle auszustatten wäre ein Anachronismus. Dagegen sollten die durch die politische und wirtschaftliche Not ausgelösten Kräfte sich schöpferischer Gestaltung zuwenden. Nicht der Reichsrat, sondern der Reichswirtschaftsrat ist der Punkt, von dem aus eine Organisierung der produktiven Kräfte des deutschen Volkes in der Richtung einer zu schaffenden Kammer der Arbeit in Angriff zu nehmen wäre.

#### Preußen

Im Preußischen Landtag wurde am 19. Dezember der deutschnationale Mißtrauensantrag gegen den Ministerpräsidenten Otto Braun und den Innenminister Carl Severing mit 224 Stimmen gegen 182 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen abgelehnt. Damit ist erneut die Stabilität der preußischen Regierung erwiesen. Ihr wird auch das angekündigte Volksbegehren der rechten Opposition, gerichtet auf Auflösung des Landtags und Neuwahlen sowie auf Einsetzung eines Staatspräsidenten, der mit dem Reichspräsidenten identisch sein soll, wenig anhaben.

Der Voranschlag des preußischen Staatshaushalts für 1931 schließt in Einnahmen und Ausgaben mit einem Betrag von 3 972,7 Millionen Mark ab; das bedeutet gegenüber dem laufenden Etat eine Verminderung um 384,2 Millionen.

Die Stärke der preußischen Polizei beträgt rund 67 000 Mann. Hiervon gehören 55 000 der Schutzpolizei, 7 000 der Kriminalpolizei und 5 000 der Verwaltungspolizei an. Daneben umfaßt die kommunale Polizei 15 000, die Landjägerei 9 000 Mann. In der Verteilung dieser Beamten ist Preußen nicht frei sondern an internationale Vereinbarungen auf Grund des Versailler Friedensvertrags gebunden. Auf dem linken Rheinufer sind samt den sogenannten Brückenköpfen von Köln und Koblenz 5 625 staatliche und 2 025 kommunale Polizeibeamte zugelassen. In der neutralen Zone, die in 50 Kilometer Abstand am Ostufer des Rheins verläuft, 14 320 staatliche und kommunale Beamte. Der Rest verteilt sich auf das übrige Gebiet.

**Österreich:** 3 Wochen nach den Wahlen (siehe ihr Ergebnis in dieser Rundschau 1930 III Seite 1146) trat die Regierung Vaugoin-Starhemberg zurück, nachdem alle Versuche Seipels trotz dem Wahlausfall das reaktionäre Kabinett an der Macht zu halten gescheitert waren. Das von dem Landeshauptmann von Vorarlberg Otto Ender gebildete neue Kabinett hat folgende Zusammensetzung: Außer dem Bundeskanzler gehören der Christlich-sozialen Partei an: Karl Vaugoin (Heer), Eduard Heindl (Handel), Alois Thaler (Landwirtschaft), Emmerich Czermak (Unterricht), Josef Resch (Soziales). Außer Vaugoin, dessen Wiederkehr zumindest einen politischen Schönheitsfehler des Kabinetts bedeutet, gehören alle Christlichsozialen der gemäßigten Richtung an. Dem Schoberblock sind wichtige Ämter anvertraut: Johann Schober (Äußeres), Franz Winkler (Inneres), Hans Schürff (Justiz), Otto Juch (Finanzen). Die Regierung verfügt im Nationalrat über 85 Stimmen von insgesamt 165. Außerdem ist zu erwarten, daß sich in einer Reihe von Fragen eine Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie ermöglichen läßt. Ignaz Seipel, der zunächst als Außenminister genannt wurde, begab sich auf Anraten seiner Ärzte nach Meran. Daß er es in Zukunft aber unterlassen würde für seine Pläne hinter den Kulissen zu arbeiten, erwartet niemand. Ob durch das Wahlergebnis und die Neubildung der Regierung auf mittlerer Linie Österreich von weiteren schweren Erschütterungen wie im Jahr 1930 verschont bleiben wird, oder ob die tiefen Gegensätze zu neuen inneren Konflikten führen werden, läßt sich keineswegs mit Sicherheit übersehen. Gewiß aber erscheint, daß die weiteren Ereignisse in Deutschland auch die österreichische Politik beeinflussen werden.

**Frankreich:** Das im Frühjahr 1930 gebildete Kabinett Tardieu hatte bereits während des Sommers manches eingebüßt. Die anfänglich große Mehrheit bröckelte langsam ab, und mehrfach blieb das Kabinett in der Minderheit, wenn nicht die Vertrauensfrage gestellt war. Die Klippen, an denen es schließlich scheiterte, waren einmal das ungeklärte Verhältnis zum Senat und ferner die gesteigerte Angriffslust der radikalen Linken, die fürchten mußte völlig ausgeschaltet zu werden. Auf dem Parteitag der Sozialradikalen Partei zu Grenoble, vom 9. bis

zum 12. Oktober 1930, wurde der starre Kartellgedanke, der seit den Parteitag von Angers /1928/ und Reims /1929/ die Taktik der Sozialradikalen bestimmte, aufgegeben. Das fiel um so leichter als die Sozialisten auf ihrem Parteitag zu Bordeaux ein neues Kartellexperiment, zu dem es außerdem an jeglicher sachlichen Voraussetzung fehlte, entschieden abgelehnt hatten. Eine einstimmig angenommene Resolution Chautemps erklärte die Bereitschaft der Sozialradikalen mit allen republikanischen Gruppen, die auf dem Boden der Laiengesetzgebung, der friedlichen Verständigung der Völker und des sozialen Fortschritts stehen, zum Zweck der Regierungsbildung zusammenzugehen. Der taktische Gedanke richtete sich also auf die Bildung eines Kabinetts der sogenannten Republikanischen Konzentration. Bereits kurz nach dem Wiederzusammentritt der Kammer im November bot sich Gelegenheit die Probe aufs Exempel zu machen. Am 4. Dezember wurde im Senat, entgegen dem mit der Vertrauensfrage verknüpften Verlangen der Regierung, eine Interpellation des Senators Héry über die allgemeine Politik der Regierung auf die Tagesordnung gesetzt. Tardieu erklärte daraufhin sofort den Rücktritt der Regierung. Die allgemein erwartete Ministerpräsidentenschaft Poincarés (der sich niemand ernsthaft widersetzt hätte, da Poincaré als politische Persönlichkeit durch seine unbegrenzte Sachlichkeit und die Integrität seines Charakters das Vertrauen der überwältigenden Mehrheit aller Franzosen genießt) wurde durch dessen schwere Erkrankung unmöglich gemacht. Der Versuch eine Regierung der Republikanischen Konzentration herzustellen stieß zunächst auf Schwierigkeiten. Schließlich gelang es dem Senator Théodore Steeg ein Kabinett zustande zu bringen. Und dieses erhielt am 18. Dezember eine Mehrheit von 11 Stimmen. Allerdings verdankt es seine Existenz lediglich der Unterstützung durch die Sozialisten. Ohne Zweifel handelt es sich nur um eine formale und vorübergehende Lösung der Krise, deren tiefere Ursache in der parteipolitisch völlig zersplitterten Kammer der Maiwahlen von 1928 zu suchen ist. Die Stabilität der französischen Politik in der nächsten Zeit hängt davon ab, ob es gelingt eine feste Konzentration der Mitte herbeizuführen, solange die Sozialisten auf ihrem jetzigen Standpunkt beharren. Der gegebene Führer dieses Konzentrationskabinetts ist nach wie vor Poincaré.

Die wichtigsten Ministerien im Kabinett Steeg sind folgendermaßen besetzt: Äußeres Aristide Briand (Republikanischer Sozialist), Inneres Georges Leygues (Linksrepublikaner, Gruppe Tardieu), Justiz Henry Chéron (Republikanische Union, Gruppe Poincaré), Finanzen Germain-Martin (Radikale Linke, Gruppe Loucheur), Krieg Albert Sarraut (Demokratische und radikale Linke), Unterricht Camille Chautemps (Sozialradikaler), Öffentliche Arbeiten Edouard Daladier (Sozialradikaler), Handel Louis Loucheur (Radikale Linke), Budget Lucien Palmade (Sozialradikaler).

#### Polen

Am 23. August 1930 trat das Kabinett des Obersten Walery Slawek zurück, und Pilsudski trat selbst an die Spitze der Regierung, die in ihrem übrigen Bestand fast unverändert zurückkehrte. Es war vorauszusehen, daß Pilsudski sich in irgendeiner Weise mit der Parlamentsmehrheit auseinandersetzen mußte, da der bisherige Weg der schweigenden Unterdrückung durch fortgesetzte Vertagung kaum noch weiter gangbar war. Am 30. August wurde der Sejm aufgelöst, mit der Begründung, daß die gegenwärtig wichtigste Aufgabe, die Verfassungsreform, mit dem jetzigen Parlament nicht durchzuführen sei. Die Neuwahlen zum Sejm fanden am 16., die zum Senat am 23. November statt. Diese Verfassungsreform stellt den Versuch dar die parlamentarisch-demokratische Verfassung von 1921 dem diktatorischen Regime weitgehend anzupassen, unter Beibehaltung demokratischer Formen. Die Hauptvorschläge dieses Entwurfs sind: Wahl des Staatspräsidenten nicht wie bisher durch das Parlament sondern direkt durch das Volk, wobei diesem aber nur die Wahl zwischen 2 Kandidaten gelassen ist, von denen der eine durch den abtretenden Präsidenten, der andere durch die Mehrheit der vereinigten Kammern präsentiert werden soll. Der Staatspräsident soll die Befugnis erhalten  $\frac{1}{3}$  des Senats nach eigenem Ermessen zu ernennen und Beschwerdeinstanz über Wahlverstöße werden. Durch diese Bestimmungen wäre also dem Staatspräsidenten ein gewisses Kontrollrecht über die Zusammensetzung des Parlaments gegeben. Die Immunitätsrechte der Abgeordneten sollen weitgehenden Beschränkungen unterliegen. Das Budgetrecht des Parlaments wird formell aufrechterhalten, aber praktisch durch die Bestimmung beschnitten, daß der Staatspräsident den Etat durch Ver-

ordnung in Kraft setzen kann, wenn er nicht in einer bestimmten Frist verabschiedet ist. Die Minister sollen dem Parlament und dem Präsidenten verantwortlich sein. Erhält einer von ihnen ein Mißtrauensvotum, so soll der Präsident das Recht der Parlamentsauflösung haben. Hinzu kommt ein weitgehendes Ernennungsrecht des Staatspräsidenten. Der Entwurf ist ganz und gar auf die Person Pilsudskis zugeschnitten.

Daß für diesen Entwurf kaum eine verfassungsmäßige Mehrheit zu gewinnen sein würde, wußte auch Pilsudski. Die Oberstenregierung begann daher systematisch die Wahlfreiheit einzuschränken. Die bekanntesten Führer der Opposition, insgesamt mehr als 80 Parlamentarier, wurden ohne richterlichen Haftbefehl verhaftet und nach Brest Litowsk gebracht, wo sie gefangen gehalten und teilweise mißhandelt wurden. Die oppositionelle Presse wurde unterdrückt, Wahlterror wurde angewendet. Pilsudski verfügt jetzt über eine ihm völlig ergebene absolute Mehrheit: Im Sejm hat die Regierungspartei 248 von 444 Sitzen inne, im Senat 76 von 111. Die zu Verfassungsänderungen im oben gekennzeichneten Sinn erforderliche Mehrheit ist allerdings auch jetzt nicht vorhanden. Für die nächste Zukunft muß Polen zu den diktatorisch regierten Ländern gerechnet werden.

Am 4. Dezember trat das Kabinett Pilsudski zurück. Gleichzeitig wurde die neue Regierung in folgender Zusammensetzung ernannt: Walery Slawek (Ministerpräsident), Slawoy Sladkowski (Inneres), August Zaleski (Äußeres), Joseph Pilsudski (Krieg), Czeslaw Michalowski (Justiz), Slawomir Czerwinski (Unterricht), Janta Polczynski (Landwirtschaft), Alfons Kühn (Verkehr), Alexander Prystor (Handel), Norwicz Neugebauer (Öffentliche Arbeiten), Ignacy Matuschewski (Finanzen).

**Informationsmittel** Der dem Reichstag als Drucksache übergebene finanzielle Überblick über den Haushalt 1931 bietet eine außerordentliche Fülle systematisch gegliederten Materials zu den *Finanzproblemen* der Gegenwart. Neben einem eingehenden Überblick über die finanzpolitische Lage, die bisherige Haushaltsentwicklung im Jahr 1930, die Höhe der vom Reich gewährten Garantien und Darlehen, enthält der Überblick eine erschöpfende Analyse des »Sparetats für 1931«. Die eingehenden Aufgliederungen und Vergleiche mit den Ergebnissen der vorher-

gehenden Jahre ermöglichen einen Überblick über die Finanzpolitik des Reichs. Eine fast 900 Seiten umfassende Darstellung unter dem Titel *Finanzen und Steuern im In- und Ausland* gab das Statistische Reichsamt heraus /Berlin, Reimar Hobbing/. Das Werk, das auf den während der letzten 5 Jahre durchgeführten Untersuchungen der Finanz- und Steuerstatistik beruht, enthält in vorbildlicher Zusammenstellung Übersichten über den gesamten Finanzbedarf der öffentlichen Verwaltung in Reich, Ländern und Gemeinden und seine Deckung, dazu eine Reihe besonders aufschlußreicher Einzeluntersuchungen. Bei den ausländischen Staaten ist jeweils eine Darstellung des Verwaltungsaufbaus gegeben. Besonders der Teil, der sich mit den ausländischen Finanzen beschäftigt, ist von größtem Wert, ermöglicht aufschlußreiche Vergleichen.

**Totenliste** Am 30. März 1930 starb in Paris der elsässische Politiker *Daniel Blumenthal*, im Alter von 70 Jahren. Er war vor dem Krieg eine Zeitlang Reichstagsabgeordneter gewesen, wurde später zum Bürgermeister von Colmar gewählt. Bei Kriegsausbruch ging Blumenthal, der, wie Wetterlé, Delsor und andere Elsässer, seine französische Gesinnung nie verhehlt hatte, nach Frankreich. Doch hat er dort eine bedeutende politische Rolle nicht mehr spielen können: trotz starken rednerischen Fähigkeiten, Schlagfertigkeit und Witz, die er schon im Reichstag betätigt hatte.

Am 30. Oktober starb in Mannheim der Führer des badischen Zentrums *Josef Schofer*, im Alter von 64 Jahren. Er begann als Steinklopfer, bis ihm die katholische Kirche das Priesterstudium ermöglichte. Im badischen Zentrum arbeitete er zunächst als Sekretär Wackers, und er vertrat im Landtag, dem er seit 1905 angehörte, die extreme Richtung gegenüber der gemäßigten unter Fehrenbach. 1918 kam er an die Spitze des badischen Zentrums. Er hieß in seiner Heimat allgemein, bei Freund und Feind, der "ungekrönte Großherzog von Baden", war aber überzeugter Demokrat. Am 5. November starb in Pinerolo der italienische Senator *Luigi Facta*, im Alter von 69 Jahren. Facta, der bereits in jungen Jahren der italienischen Kammer angehörte und mehrfach unter Giolitti Minister war, bildete im Februar 1922 das Kabinett Facta-Schanzer, dessen Amtszeit durch Mussolinis Marsch auf Rom abgeschlossen wurde.

In Belgrad starb am 26. November der frühere Ministerpräsident *Welja Wukitschewitsch*, in seinem 59. Lebensjahr. Er war Führer der ehemaligen Radikalen nach dem Tod Paschitsch. Unter seiner Regierung fanden die blutigen Ereignisse in der Skupschtina statt, bei denen der Kroatenführer Raditsch und sein Neffe erschossen wurden.

In Breslau starb am 8. Dezember, im Alter von 77 Jahren, der bekannte Zentrumsrepublikaner *Felix Porsch*. Als junger Rechtsanwalt wurde er 1881 zum erstenmal in den Reichstag und 1884 in das Preussische Abgeordnetenhaus gewählt, wo er von 1903 bis 1929 das Amt des 1. Vizepräsidenten verwaltete. Ebenso lange führte er die preussische Zentrumsfraktion. Im deutschen Katholizismus spielte er eine große Rolle. Auf seinem Gut Mihaesti starb am 22. Dezember der Führer der rumänischen Liberalen Partei *Vintila Bratianu*, im Alter von 61 Jahren. Er war der Sohn des "Reichsgründers" Joan Bratianu. In den Kabinetten seines Bruders war er seit 1918 Finanzminister. 1927 übernahm er selbst die Führung der Liberalen Partei und die Ministerpräsidentschaft, mußte aber schon ein Jahr später, nach dem völligen Zusammenbruch der Liberalen Partei bei den Dezemberwahlen 1928, zurücktreten. Er erreichte an staatsmännischer Bedeutung weder seinen Vater noch seinen Bruder. Lediglich der glänzende Name gab ihm die Stellung, die er nicht auszufüllen vermochte. Sein Tod erfolgt in einem Augenblick, da die innere Politik in Rumänien neuen Entscheidungen zustrebt.

Am 27. Dezember starb in London, im Alter von 62 Jahren, *Sir Alfred Mond*, zuletzt Lord Melchett of Langford, der Gründer und Führer der Imperial Chemical Industries. Neben seiner überragenden Bedeutung auf wirtschaftlichem Gebiet hat er auch am politischen Leben Englands lebhaft teilgenommen. Bereits 1906 wurde er als liberaler Abgeordneter ins Unterhaus gewählt als Vertreter von Swansea West. 1916 trat er in das Kriegskabinett Lloyd Georges als Minister für öffentliche Arbeiten ein. Von 1918 bis 1920 war er Gesundheitsminister. Er gab in den ersten Nachkriegsjahren seine bisher freihändlerische Stellungnahme auf und trat für Schutzzoll ein. 1926 brach er mit Lloyd George, und er trat zur Konservativen Partei über. Seinen Sitz im Oberhaus nimmt sein Sohn ein, der ebenfalls bisher konservatives Parlamentsmitglied war. In den letzten Jahren trat Lord Melchett für

die Bildung einer Imperial Economic Union ein, die einen Ausgleich zwischen den Wünschen der Industrie und der Empireidee darstellt.

Nach schwerem Todeskampf starb am 3. Januar 1931 in Paris der Marschall von Frankreich *Joseph Joffre*, im Alter von fast 79 Jahren. Sein Name ist verknüpft mit dem französischen Sieg an der Marne, der das Schicksal des Kriegs entschied. Joffre, der nach einer langen Laufbahn als Kolonialoffizier 1910 in den Obersten Kriegsrat eintrat, wurde im Juli 1911 Generalstabschef. Sein Hauptverdienst war zu Beginn des Krieges und später im Kampf um Verdun die unbeirrbar Sachlichkeit, mit der er in unerschütterlicher Ruhe die Verteidigung organisierte. Nach der Sommeschlacht im Sommer 1916 wurde er durch Nivelle ersetzt. Seitdem lebte er in völliger Zurückgezogenheit.

**Kurze Chronik** In *Braunschweig* fanden am 14. September 1930, gleichzeitig mit den Reichstagswahlen, die Wahlen zum Landtag statt; sie brachten wie im Reich den Nationalsozialisten mehr als eine Versechsfachung der Stimmenzahl (67 902 gegen 10 358), der Bürgerlichen Einheitsliste einen recht starken Verlust, der Kommunistischen Partei einen erheblichen Gewinn und der Sozialdemokratie eine geringe Verminderung der Wählerzahl. Von den jetzt 40 Landtagsmandaten erhielten die Sozialdemokratie 17, die Bürgerlichen 11, die Nationalsozialisten 9, die Kommunistische Partei 2, die Staatspartei 1. Die sozialdemokratische Regierung Jasper trat infolge des Wahlergebnisses am 30. September zurück. Die Regierungsneuwahl ergab eine Mehrheit für den Nationalsozialisten Anton Franzen und den Vertreter des Bürgerblocks Richard Küchenthal. ◊ In *Neusüdwalen* siegte bei Neuwahlen am 25. Oktober die Arbeiterpartei (siehe auch die Rundschau Sozialistische Bewegung, in diesem Band Seite 66). ◊ Wie überall in letzter Zeit in Mittel- und Südamerika brach in den ersten Tagen des Jahres 1931 auch in Panama City, der Hauptstadt *Panamas*, ein revolutionärer Putsch aus. Die Erhebung, die unter der Leitung des Rechtsanwalts Harmadio Arias stand, besetzte das Präsidentenpalais und nahm den Präsidenten Arosemena gefangen. Da dieser nicht, wie er erwartete, Hilfe aus den Vereinigten Staaten bekam, trat er zurück, nachdem er den Führer der Revolution, Arias, zum Premierminister ernannt hatte.

#### Literatur

In der Schriftensammlung *Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart* /Tübingen, J. C. B. Mohr/ erschien die von *Carl Schmitt* am 18. Januar 1930 in der Berliner Handelshochschule gehaltene Festrede in erweiterter Gestalt unter dem Titel *Hugo Preuß, sein Staatsbegriff und seine Stellung in der deutschen Staatslehre*. Die wertvolle Schrift gibt in bewunderungswürdiger Konzentration eine aus der politischen Ideenwelt Schmitts fließende kritische Darstellung der deutschen Staatsrechtslehre der letzten 3 Generationen, in die die staats-theoretischen Ideen des Schöpfers der Reichsverfassung hineingearbeitet sind. ◊ In der selben Schriftenreihe gibt *Arthur Dix* eine Analyse der deutschen Reichstagswahlen 1871 bis 1930 und der Wandlungen der Volksgliederung. In der Materialverarbeitung ist die Schrift wertvoll. Die Urteile aber sind oftmals von einer unerwarteten Primitivität; so, wenn die Sozialdemokratie ermuntert wird »den Klassenkampfcharakter der Partei abzuschwören«. ◊ Leider muß das auch von der Schrift *Otto Koellreutters* Der Sinn der Reichstagswahlen vom 14. September 1930 und die Aufgaben der deutschen Staatsrechtslehre, gleichfalls in dieser Serie, gesagt werden. Was über die gegenwärtige Krise der Staats- und Staatsrechtslehre ausgeführt wird, trifft durchaus zu. Die Schlußfolgerungen aber und die eigenartige Verknüpfung zwischen Aufgaben der Staatslehre und dem Programm der (vorläufig nur in den Wahlziffern) siegreichen Nationalsozialisten offenbaren ein merkwürdiges Verkennen politischer Realitäten. ◊ Als mißlungen muß der Versuch *Erich Otto Volkmanns* bezeichnet werden die Geschichte der Revolution des Jahres 1918 zu schreiben (Revolution über Deutschland /Oldenburg, Gerhard Stalling/). Zu der halb romanhaften Form, die der Verfasser um der lebendigen Gestaltung willen gewählt hat, fehlen ihm die Darstellungskraft und Intuition eines Dichters. Man wird nie eine Geschichte der Revolution schreiben können, wenn man an der Oberfläche der Ereignisse bleibt, nicht die sozialen und ökonomischen Triebkräfte bloßlegt. ◊ Ein erschütterndes Beispiel wirtschaftlicher, soziologischer und politischer Tatsachenunkenntnis gibt *Max Heinz* in seinem Buch *Politik und Phrase* /Berlin, Reimar Hobbing/. Der Autor fällt auf naivste Phrasen herein. Aus deren Gemisch wird schließlich eine Art nationalsozialistischer Propagandaschrift.

Sozialpolitik / Erwin Rawicz

**Notstandsarbeiten** Die finanzielle Durchführung der Notstandsarbeiten lag bisher bei der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, auch soweit Mittel des Reichs dafür zur Verfügung gestellt wurden. Die in den letzten Jahren vom Reich gegebenen großen Kredite im Rahmen der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge, die unter dem Namen Notstandsarbeiten bekannt ist, sind nunmehr mobilisiert worden, und auf dieser Grundlage ist die künftige Durchführung der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge aus Mitteln des Reichs in die Hände einer unter Reichsaufsicht stehenden, am 1. August 1930 gegründeten Deutschen Gesellschaft für Öffentliche Arbeiten gelegt worden, die mit einem Kapital von 150 Millionen Mark und weiteren Reserven von 105 Millionen den Ausbau wertschaffender Anlagen fördern soll. Das Reich hat also seine sämtlichen Forderungen aus den früheren Krediten für Notstandsarbeiten in die Gesellschaft eingebracht, so daß die laufenden Rückflüsse aus diesen Darlehen an Zinsen und Kapital künftig in vollem Umfang durch die neue Gesellschaft wieder neuen Notstandsarbeiten zugänglich gemacht werden können. Die selbstverständlich gemeinnützige Gesellschaft, in deren Aufsichtsrat befremdlicher Weise Namen von Arbeitervertretern oder der Arbeiterklasse nahestehenden Persönlichkeiten vermißt werden, wird ihrer Ankündigung nach demnächst eine Auslandsanleihe aufnehmen, da die immer knapper gewordenen Reichs- und Ländermittel für wertschaffende Zwecke aufgeföhlt werden müssen, wenn die für die Minderung der Arbeitslosigkeit und die Erhaltung der Arbeitskräfte der Arbeitslosen dringlichst erforderlichen Notstandsarbeiten nicht noch weiter zurückgehen sollen als bereits in den letzten Jahren. Während nämlich noch im Durchschnitt der Haushaltsjahre 1926 bis 1928 allein je 100 Millionen Mark für die wertschaffende Arbeitslosenfürsorge an Reichsmitteln ausgegeben wurden, sank dieser Fonds 1929 auf 77 und 1930 sogar auf 45 Millionen, wovon noch ein Teil für andere Zwecke abgezweigt wurde. Die Möglichkeiten für die Aufnahme einer Auslandsanleihe, die schon seit Monaten vorbereitet sein sollen, aber immer noch nicht zum Ziel geführt haben, sind nur insofern günstig, als die oben erwähnten Forderungen des Reichs aus Krediten der früheren Jahre an die

Gesellschaft übergegangen sind, die sie ihrerseits als Sicherheit für von ihr aufzunehmende Darlehen verwerten kann. Mit der Aufnahme einer außerdeutschen Anleihe steht und fällt das neue Unternehmen. Wege zur Anleiheaufnahme in Frankreich sind in den Sozialistischen Monatsheften gewiesen worden. Es wäre zu wünschen, daß die Gesellschaft bald mit einem Notstandsarbeitenprogramm auf lange Sicht an die Öffentlichkeit tritt, wobei dieses Programm nicht nur unter voller Ausnutzung aller gegebenen finanziellen Möglichkeiten sondern auch unter weitgehender Anpassung an die sozialpolitischen und insbesondere arbeitsmarktpolitischen Notwendigkeiten abgestellt werden muß. Die Frage der Überbrückung der bisher berufsüblichen arbeitslosen Wintermonate im Baumarkt wird von der neuen Gesellschaft im Auge behalten werden müssen, wenn sie ihre volkswirtschaftliche Bedeutung beweisen will.

**Arbeitslosenversicherung** Die Notverordnung vom 26. Juli 1930 (siehe diese Rundschau, 1930 III Seite 901 und folgende) hat trotz der Beitragserhöhung von  $3\frac{1}{2}$  auf  $4\frac{1}{2}$ % die Sanierung der Arbeitslosenversicherung nicht herbeiföhren können. Die Arbeitsmarktlage erwies sich doch als hartnäckiger und krisenhafter als man angenommen hatte. Bei der Annahme einer Durchschnittszahl von 1 860 000 Hauptunterstützungsempfängern ergab sich ein Jahresaufwand für das Haushaltsjahr 1930 von 1,869 Milliarden Mark, an dem trotz Reichszuschüssen respektive Darlehen von 374 Millionen noch 400 Millionen Mark fehlten. Die Beschaffung der noch fehlenden 400 Millionen Mark mußte nach dem Recht der Notverordnung zur Hälfte durch das Reich und zur Hälfte durch die Reichsanstalt erfolgen. Der Anteil der Reichsanstalt machte eine Erhöhung der Beiträge von  $4\frac{1}{2}$ % um 2 auf  $6\frac{1}{2}$ % notwendig, die vom 6. Oktober ab durch Verordnung der Reichsregierung in Kraft gesetzt worden ist. Die vom Reich aufzubringenden 200 Millionen Mark werden nach dem Finanzprogramm der Regierung vom 30. September 1930 in den Nachtragshaushalt eingesetzt, dessen Defizit nicht durch Steuern sondern durch einen Überbrückungskredit gedeckt wird. Durch eine Notverordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930 wurden sozialpolitisch einige Verbesserungen der Notverordnung vom 26. Juli 1930 vorgenommen. Im 1. Teil 2. Ka-

pitel der neuen Verordnung sind die Fragen der Arbeitslosenversicherung und Krankenversicherung behandelt, von denen insbesondere hervorzuheben ist, daß die versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung von nun ab auch Jugendliche vom 16. Lebensjahr ab wieder erhalten; ferner ist bemerkenswert, daß die Sonderregelung über die berufliche Arbeitslosigkeit, die bis März 1931 begrenzt war, nun auch über diesen Zeitpunkt in Kraft bleibt. Aus den Milderungen der Krankenversicherung ist hervorzuheben, daß die Arznei- und Heilmittelgebühr während einer Krankheit von länger als 10 Tagen nicht mehr zu entrichten ist, daß ferner die Krankenscheingebühr und die Arzneischeingebühr für in irgendeiner Form unterstützte Arbeitslose, Invalidenrentner und einige andere sozialschutzbedürftige Gruppen wegfallen; ferner ist die Möglichkeit der Nachholung des Krankenscheins in dringenden Fällen gesetzlich festgelegt.

**Krisenfürsorge** Bisher waren im Reichshaushalt für die Krisenunterstützung, die zu  $\frac{1}{6}$  vom Reich und zu  $\frac{1}{6}$  von den beteiligten Gemeinden finanziert wird, 311 Millionen Mark vorgesehen; für den Nachtragshaushalt hat die Reichsregierung die Einstellung weiterer 100 Millionen Mark in Aussicht genommen, die zusammen mit den übrigen Defizitbeträgen durch den oben erwähnten Überbrückungskredit beschafft worden sind. Der Reichsarbeitsminister hat grundsätzlich die Krisenfürsorge auf sämtliche Berufe mit Ausnahme der Landwirtschaft und der häuslichen Dienste (Hausangestellte usw.) ausgedehnt, dafür aber die Unterstützungssätze so erheblich gesenkt, daß ein großer Teil der Krisenunterstützten Zusatzunterstützungen aus Mitteln der Öffentlichen Fürsorge wird erhalten müssen. Weiter hat er die Unterstützungshöchstdauer um 7 Wochen herabgesetzt. Die vom Reichsarbeitsminister gewählte Lösung ist in Arbeitnehmerkreisen bekämpft worden, ebenso von den Gemeinden, die eine Entlastung der Öffentlichen Fürsorge erwartet hatten und nun enttäuscht sind. Die rechtliche Grundlage der Krisenfürsorge in ihrer jetzigen Form bilden die Verordnung des Reichsarbeitsministers über eine Krisenfürsorge für Arbeitslose und ein Erlaß über Personenkreis und Dauer der Krisenfürsorge, beide vom 11. Oktober 1930. Der komplizierte Zusammenhang dieser ergänzenden Institution der Arbeitslosenhilfe, deren Gestalt für eine ordnungs-

mäßige Haushaltsführung der Gemeinden von weitesttragender Bedeutung ist, ist von dem Bearbeiter dieser Rundschau im Verein mit dem Oberregierungsrat Hans Kühne sozialpolitisch und rechtlich kommentiert worden; dieser Kommentar über die Krisenfürsorge des Reichs und der Gemeinden erschien im Verlag Carl Heymann in Berlin.

Auf das unhaltbare Nebeneinander von Krisenfürsorge und Öffentlicher Fürsorge wurde hier schon des öftern hingewiesen, und die Schaffung einer Reichsarbeitslosenfürsorge gefordert (siehe diese Rundschau 1928 II Seite 789 und folgende und 1930 II Seite 581). Nunmehr hat die Sozialdemokratische Partei im Reichstag einen Gesetzentwurf eingebracht, der diese einheitliche Arbeitslosenfürsorge als alleinige Ergänzung der Arbeitslosenversicherung vorsieht.

**Angestelltenproblem** Über die Angestelltenfrage hat sich eine Anzahl Untersuchungen angesammelt,

die das sozialpolitisch und kulturell wichtige Geschehen um diese Schicht der Arbeitnehmer von verschiedenen Seiten aus beleuchten. Das Problem wird für Deutschland immer aktueller, je stärker sich die Verwaltungsrationalisierung durchsetzt. In den letzten Jahren kamen zwar keine umwälzenden Neuerfindungen auf dem Gebiet der verwaltungsinternen Organisation, aber die vorhandenen Erfahrungen, Maschinen und Vereinfachungen organisatorischer Art setzen sich immer mehr mit ihrer Wirkung für die Herabdrückung der Angestelltenschaft durch die arbeitsparenden Methoden durch. Je mehr Angestellte arbeitslos werden, desto wichtiger wird das Arbeitszeitproblem der Angestellten, das noch in stärkerer Weise als das der Arbeiter von den Grundsätzen der 8stündigen Arbeitszeit entfernt ist.

Es ist daher dankenswert, daß sich das Internationale Arbeitsamt mit der Dauer der Arbeitszeit der Angestellten befaßt hat. Die erste Behandlung dieses Problems fand im Jahr 1929 statt. Damals wurde durch einen Fragebogen die 2. Tagung im Jahr 1930 vorbereitet. Das Ergebnis dieses Fragebogens veröffentlicht das Internationale Arbeitsamt in Genf in einem sogenannten Blaubericht, in dem die Antworten der Regierungen auf die Fragen des erwähnten Fragebogens zusammengestellt sind. Es werden, ausgehend von der Grundfrage, der sachliche Geltungsbereich, die regelmäßige Dauer der Arbeitszeit, die Sonderarbeitszeitordnungen, das Nachholen ver-



lorener Arbeitsstunden, ferner vorübergehende Abweichungen und gleichwertige Regelungen und schließlich Durchführungsbestimmungen erörtert. Inwieweit das sehr interessante Material zu praktischen Ergebnissen führen wird, muß man abwarten. Der ständige ungleichartige Wechsel der Regierungsmehrheiten in den ausschlaggebenden europäischen Ländern läßt nur selten eine sozialpolitisch gleichartige Konstellation auf unserm Erdteil entstehen, unter deren Herrschaft einmal ein wirklich mutiger sozialpolitischer Schritt nach vorwärts getan werden kann.

Speziell Verhältnisse der Angestellten-schicht Deutschlands untersuchen Otto Kunze und Susanne Suhr. Ein paar Zahlen umreißen die sozialpolitische Bedeutung des Angestelltenproblems in Deutschland. Zurzeit dürften nämlich  $3\frac{1}{2}$  Millionen Angestellte in der deutschen Wirtschaft erwerbstätig respektive erwerbsbereit sein, weit mehr als  $\frac{1}{4}$  Million von ihnen, das heißt über 7%, sind arbeitslos und müssen größtenteils in der Arbeitslosenversicherung, in der Krisenunterstützung oder in der gemeindlichen Fürsorge Hilfe in Anspruch nehmen. Die Anzahl der älteren Arbeitslosen war zeitweise besonders hoch; für die Gegenwart fehlen exakte Angaben.

Die besondere Schutzbedürftigkeit aller älteren Arbeitnehmer, nicht nur der Angestellten, ist nur durch die Massenarbeitslosigkeit in der jüngsten Vergangenheit und der Gegenwart etwas in den Hintergrund getreten; der Ruf nach einer Problemlösung wird sich wieder verstärken, wenn etwa mit einer Besserung der allgemeinen Arbeitsmarktlage das chronische Elend der älteren Arbeitnehmer wieder deutlicher zutage tritt. Es ist ein sehr dankenswertes Beginnen über den Schutz der älteren Angestellten eine sozialpolitische Untersuchung zu veranstalten. Diese ist von Otto Kunze in methodisch mustergültiger Weise vorgenommen worden, die eine klare Darstellung aller wichtigen Zusammenhänge bringt (Schutz der älteren Angestellten, eine sozialpolitische Untersuchung /Berlin, Hans Robert Engelmann/). In wissenschaftlich exakter Weise registriert Kunze in 3 Hauptabschnitten die Zielsetzung des Schutzes der älteren Angestellten, den soziologischen Tatbestand und schließlich die Abhilfemaßnahmen. Der Autor stellt die von den Hauptträgern der Sozialpolitik in den Gewerkschaften aller Richtungen geforderten Schutzmaßnahmen neben einander und gibt so tatsächlich ein

gutes Bild von dem Stand des Schutzes der älteren Angestellten in der Sozialpolitik. Man kann dem Autor nicht überall folgen, beispielsweise dann nicht, wenn er etwa Umschulung und Berufsbildung, den Kündigungsschutz, die Abkehrgeelder usw. als unwirksame Maßnahmen der Sicherung für ältere Angestellte bezeichnet. Wenngleich die Schwierigkeiten von Umschulung und Berufsbildung bei älteren Angestellten mit ihrer geringern körperlichen und geistigen Elastizität ohne Zweifel besonders groß sind, haben sich doch praktisch derartige Abhilfemaßnahmen bereits in sehr vielen Fällen aufs Beste bewährt. Die Gründe, die Kunze für eine Ablehnung des verstärkten Kündigungsschutzes älterer Angestellter angibt, ebenso wie seine Ablehnung von Abkehrgeeldern, sind keineswegs überzeugend. Aber selbst die von dem Autor als geeignet bezeichneten Abhilfemaßnahmen, wie unter anderm die Meldepflicht, der Anstellungsschutz, der Benutzungszwang usw., vermögen nicht die tatsächlich vorhandene Beschäftigungsmöglichkeit für Angestellte in der Wirtschaft zu erhöhen, gleichgültig, ob es sich um jüngere oder ältere Angestellte handelt. Deshalb ist ein weitgehender Unterstützungsschutz ebenso wie für die arbeitslosen Arbeiter auch für die Angestellten notwendig, ganz besonders aber bei den älteren Arbeitern und Angestellten, deren Arbeitslosigkeit in weitgehendem Umfang auf strukturellen Ursachen beruht, und deren Wiederunterbringung im Wirtschaftsprozeß daher von Grund auf um so schwieriger ist. Kunzes Arbeit bleibt trotz manchen Einwänden als gewissenhaft gearbeitete Materialsammlung dankenswert.

Speziell das quantitative und qualitative Gewicht der weiblichen Angestellten in der deutschen Wirtschaft untersucht Susanne Suhr in einer kleinen Schrift Die weiblichen Angestellten /Berlin, Zentralverband der Angestellten/. Sie hat einer Umfrage über die Arbeits- und Lohnverhältnisse eine wirklichkeitsnahe Auswertung gegeben, die in schlußreifen Ergebnissen gipfelt. Eine wahre Angestelltenführerin hat das Wort.

Ein Kulturbild der Angestelltenschicht, so wie sie heute ist, gibt Siegfried Kraucauer in seinem hier bereits in der Rundschau Lebensgestaltung (1930 III Seite 1305) erwähnten Buch Die Angestellten aus dem neuesten Deutschland /Frankfurt, Sozietätsverlag/. Hier gibt einer ein Anschauungsbild des Problems um die  $3\frac{1}{2}$  Millionen Angestellten, die

heute unter ganz traurigen Umständen in der deutschen Wirtschaft arbeiten müssen oder möchten. Das Buch ist keine wissenschaftliche Darstellung, kein Reformprogramm, kein Wunschzettel, sondern eine einzige Anklage dadurch, daß es den täglichen Kampf der Millionen Angestellten so darstellt wie er sich abspielt. Daß vieles in Kracauers Buch an ein Filmmanuskript erinnert, muß als Zeichen seiner Lebendigkeit festgestellt werden. Den Menschen im Angestellten, seine Schwächen und seine Werte packt der Verfasser kritisch an, weil er es versteht ungeschminkt die Dinge zu schildern, die materielle und geistige Not, die unter dem Druck des großen Angebots an Arbeitskräften entsteht.

Alle diese Bücher leuchten jedes von einer andern Ecke und mit verschiedenen Zielen in diese Schicht der Arbeitnehmer, die heute enger als je in ihren Lebensbedingungen und in ihren Aufstiegsmöglichkeiten mit der Arbeiterklasse verknüpft ist und es daher auch in der politischen Zielsetzung sein sollte.

#### Informationsmittel

Wie alljährlich erschien das *Statistische Jahrbuch* für das Deutsche Reich 1930 /Berlin, Reimar Hobbing/, das wiederum die Fülle des wirtschaftlichen und sozialen Geschehens in exakten statistischen Tabellen zusammenstellt. In dem neuen Jahrgang ist eine Ausgestaltung nach der sozialen Seite und nach der finanzpolitischen festzustellen; hervorgehoben seien die neuen Tabellen über die Familienstruktur in Deutschland und über das Volkseinkommen und die Wirtschaftsrechnungen, Tatsachen, die in der Zeit der Wirtschaftsdepression und des Kampfs um den Anteil des Lohns am Sozialprodukt besonders Wert haben. Die sehr guten Übersichten über die Reichs-, Länder- und Gemeindefinanzen sind von besonderem Wert. Fürs nächste Jahr wäre zu wünschen, daß die vielseitigen internationalen Übersichten etwas kritischer beleuchtet werden, damit sie wirklich eine Vergleichbarkeit mit deutschen Verhältnissen behalten. Weniger wäre an dieser Stelle zuweilen mehr gewesen. Aus dem Rahmen der rein statistischen Jahrbücher fällt das *Statistische Jahrbuch* für die Freie und Hansestadt Hamburg 1929-1930, herausgegeben vom Statistischen Landesamt /Hamburg, Lütcke & Wulff/, heraus. Das umfangreiche Zahlenwerk wird hier deswegen erwähnt, weil ein frischer Luftzug durch das Ganze weht, den man mancher sonstigen Statistik im Reich wünschte.

Im Kampf um die Sicherung der Nominal- und Reallöhne sind Schriften, die sich mit Lohnfragen befassen, besonders Interessantes sicher. Zunächst seien als Material über die Einkommenslage der *Kaufmannsgehilfen* die Ergebnisse einer Erhebung erwähnt, die der Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverband auf Grund von 188 000 Fragebogen durchführte /Hamburg, Verlag des Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbands/. Clemens Nörpel gibt eine Zusammenfassung der Reichsarbeitsgerichtsentsprechung zum *arbeitsgerichtlichen Verfahren* /Berlin, Verlag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds/. Er hat es verstanden die Materie in einer unjuristisch verständlichen Sprache zu erläutern, was bei der Bedeutung des Arbeitsgerichtsverfahrens für Arbeiter und Angestellte von Bedeutung ist.

Da die sozial und bevölkerungspolitisch wichtige Frage des Urlaubs in Deutschland nicht gesetzlich geregelt ist, ist eine kommentarartige, von Arthur Disinger ausgezeichnet durchgearbeitete Darstellung der Regelung des Urlaubs /Berlin, Reimar Hobbing/ sehr zu begrüßen. Nicht nur die Frage der Rechtsgrundlage des Urlaubs, sondern auch die Voraussetzungen des Inhalts des Urlaubsanspruchs sind zu einem Kompendium des *Urlaubsrechts* ausgearbeitet worden, unter Heranziehung eines weitgehenden, für die Rechtsfindung auf diesem Gebiet wesentlichen Materials.

Die *Freien Gewerkschaften* legen ihre Jahrbücher vor, von denen in dieser Rundschau das Jahrbuch des Deutschen Baugewerksbunds, das des Deutschen Holzarbeiterverbands und des Zentralverbands der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands erwähnt seien. Das starke statistische Fundament zeugt davon, daß auch unsere Verbandspolitik immer stärker aus der Sprache der Wirklichkeit lernt, ihre Maßnahmen allein von ihr und von dem Gewicht, das aus den Zahlen spricht, abhängig macht, und dadurch den Weg, der beschritten werden soll, stärker untermauert als dies durch Thesen oder illusionistische Programme möglich ist.

#### Totenliste

In Wien starb, im Alter von 67 Jahren, im Juli 1930 der sozialdemokratische Nationalrat *Franz Domes*, Präsident der Wiener Kammer für Arbeiter und Angestellte. Er war ursprünglich Metallarbeiter und einer der hervorragendsten unter den Führern der österreichischen Arbeiterbewegung.

Am 7. September starb in Berlin *Hanni Lewinski*, die sich durch ihre soziale und Hilfstätigkeit bedeutende Verdienste erworben hat. Sie widmete ihre Arbeit vor allem den jüdischen Notleidenden, als Leiterin des Jüdischen Hilfswerks. Der Tod *Sir Alfred Monds* (siehe die Rundschau Innenpolitik, in diesem Band Seite 51 und folgende) erinnert an die Bedeutung, die dieser Wirtschaftsführer für die Sozialpolitik Englands hatte: zuerst als Minister für öffentliche Arbeiten in der Zeit von 1916 bis 1921, später als Minister für Gesundheitswesen. Am meisten bekannt wurde sein Name auch in der Arbeiterbewegung des Kontinents durch sein Eintreten für den Gedanken der Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmern und Arbeitern. Auf seine Initiative kam ein gemeinsamer Ausschuß zustande, der in der Öffentlichkeit unter dem Namen Mond-Turner-Ausschuß bald die lebhaftesten Erörterungen hervorrief; über seine Tätigkeit und Ergebnisse ist in den Sozialistischen Monatsheften, nachdem schon Schippel in seinem Artikel über die Arbeitsgemeinschaftsbewegung in England (1928 I Seite 111 und folgende) auf ihn aufmerksam gemacht hatte, dann mehrfach und eingehend in den Artikeln Weingartz' 1928 berichtet worden. Seine soziale Gesinnung bewies Mond, der überzeugter Zionist war, auch durch die tatkräftige Unterstützung von karitativen Instituten in Palästina.

**Kurze Chronik** Die Anzahl der *Arbeitslosen* in Deutschland hat Anfang 1931 die 4-Millionen-Grenze erheblich überschritten, und es ist mit einer weitem Steigerung der Zahlen zu rechnen. ◊ Die Bedeutung der *Angestelltenversicherung* geht aus ihrem Jahresbericht für 1929 hervor. In jenem Jahr wurden zum erstenmal über 100 000 Ruhegeldempfänger und weitere 90 000 Hinterbliebenenrentenempfänger mit einem Gesamtaufwand von rund 135 Millionen Mark im Jahr 1929 unterstützt. Wenn auch der durchschnittliche Rentenbetrag in der Angestelltenversicherung keineswegs ausreicht, so liegt er doch erheblich höher als in der Invalidenversicherung. Das durchschnittliche Ruhegeld in der Angestelltenversicherung betrug Ende 1929 93 Mark monatlich, in der Invalidenversicherung nur 34 Mark monatlich, die durchschnittliche Witwenrente in der Angestelltenversicherung 47 Mark monatlich, gegenüber 22 Mark in der Invalidenversicherung, und die durchschnittliche Waisenrente in der Angestelltenversicherung betrug 39 Mark mo-

natlich, gegen 14 Mark monatlich in der Invalidenversicherung. ◊ Am 1. März 1930 ist in *Holland* die Krankenversicherung Gesetz geworden, die für alle Lohnarbeiter mit einem Jahreseinkommen von weniger als 3000 Gulden obligatorisch ist. Die Versicherungsleistungen bestehen, von gewissen Ausnahmen abgesehen, nur in obligatorischen und fakultativen Barzahlungen. ◊ Der Gedanke der Notwendigkeit der staatlichen Sozialpolitik macht auch in den *Vereinigten Staaten von Amerika* Fortschritte. Insbesondere auf dem Gebiet der Kinderschutzgesetzgebung haben mehrere Staaten, zum Beispiel Illinois, Missouri und Maryland, Kinderschutzgesetze erlassen, die teils eine bestimmte Schulzeit teils ein Mindestalter für Erwerbstätigkeit unter teilweiser Beschränkung auf bestimmte Berufe vorsehen. ◊ Zur besondern Förderung der sozialpolitischen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Österreich wurde der Referent im Reichsarbeitsministerium *Joachim Fischer* der Deutschen Gesandtschaft in Wien als Sozialattaché zugeteilt. Beide Länder werden davon Nutzen haben.

#### Literatur

In regelmäßigen Abständen lesen wir die Zahlen der Arbeitslosen in der Presse, hören sie im Rundfunk, lesen Einzelfälle von der Not, die aus der Arbeitslosigkeit fließt, kennen die Arbeitslosigkeit jeder mehr oder weniger aus seinem engsten Kreis. Nun hat ein Mann die seelische und materielle Not des Arbeitslosen in der Form eines Romans dargelegt und darüber hinaus die Mängel in der sozialen Organisation des Staats mit dem Recht dichterischer Zuspitzung der Problematik aufgezeigt, das den vorurteilsfreien Leser dieses Tendenzbuchs ans Herz packt. Der Dichter hat das Recht der Kritik auch in der Überspitzung, wie sie *Bruno Nelissen-Haken* in seinem Arbeitslosenroman *Der Fall Bundhund* /Jena, Eugen Diederichs/ vorträgt. Aber gerade weil der Autor aus eigenem Erleben: einmal der schweren innern und äußern Not des Arbeitsbereiten, des Künstlers, und dann aus seiner Kenntnis und Mitarbeit in einer Expositur der staatlichen Sozialpolitik heraus, das niedergeschrieben hat, hätte man vielleicht auch Vorschläge zur positiven Neugestaltung von ihm erwartet. Indes, auch ohne Erfüllung dieser Erwartung bleibt sein Buch eine Tat. Dieser Roman ist übrigens auch in der Besonderheit seiner Sprachgestaltung ein Zeichen unserer Zeit. Am Einzelschicksal zeigt er die großen Auf-

gaben und Notwendigkeiten des Staats gegenüber denen, die als Opfer des kapitalistischen Wirtschaftssystems aus der Bahn geworfen sind. Je mehr ein Buch wie dieses hier von denen beachtet wird, die einen Einfluß auf das Handeln des Staats an diesem wichtigsten Problem unserer Gegenwartskultur haben, desto mehr wird von den Härten beseitigt werden können, die heute noch im Zwang des Systems, das rasch aufgebaut werden mußte, ohne bösen Willen der Beteiligten in Staat und Wirtschaft liegen. Es sollte jeder diesen Arbeitslosenroman lesen, der das Wesen dieses schwersten Problems unserer Zeit erkennen und die Gnade würdigen will, daß er heute noch nicht zu dem Heer der Arbeitslosen gehört, in das er morgen gestoßen werden kann.  $\diamond$  Das Außeninstitut und das Institut für Betriebssoziologie und soziale Betriebslehre der Technischen Hochschule Berlin veranstalteten 1930 eine Vortragsreihe über *Probleme der sozialen Betriebspolitik*, die nunmehr von Goetz Briefs herausgegeben wurden (Berlin, Julius Springer). Einzelne der Vortragenden, wie Woldt, Brauweiler, Otte, der christliche Gewerkschaftsführer, sind in weiten Kreisen bekannt. Von besonderem Interesse für den Sozialisten ist das Referat Hans Mars', der sich eingehend mit dem freigewerkschaftlichen Standpunkt zur sozialen Betriebspolitik auseinandersetzt.  $\diamond$  Eine relativ kurz gefaßte Untersuchung über das Verhältnis zwischen Sozialversicherung und Reichshaushalt legt *Hans Bürger* vor (Berlin, Carl Heymann). Der besonders im darstellenden Teil interessanten Untersuchung kommt für die Gegenwart und die nächste Zukunft aktuelle Bedeutung zu, obgleich im Vordergrund der Untersuchung nur das Problem der Invalidenversicherung und ihrer zukünftigen Finanzgestaltung steht, während die nicht minder wichtige Arbeitslosenversicherung nicht berücksichtigt wurde.  $\diamond$  Der Schweizerische Gewerkschaftsbund gibt als 1. Heft einer neuen Schriftenreihe ein Büchlein heraus: *Fragen der Rationalisierung* (Zürich, Kommissionsverlag der Genossenschaftsbuchhandlung). Der Verfasser, *Max Weber* (nicht zu verwechseln mit dem unvergeßlichen Soziologen), bringt in straffer Zusammenfassung die wesentlichen Probleme der Rationalisierung und begründet die Forderungen der Arbeiter bei ihrer Durchführung. Die den wichtigen Fragenkomplex vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus behandelnde Schrift ist zur Lektüre sehr zu empfehlen.

### Kommunalsozialismus / Hanns Müller

**Kreditkontrolle** Finanzfragen sind in der Krise mehr denn je die zentralen Probleme aller öffentlichen Verwaltungsstellen. An der Bewältigung finanzpolitischer Aufgaben ist heute am leichtesten der äußere Widerstandsgrad eines Organisationssystems erkennbar. Die kommunale Selbstverwaltung wird von den Finanzaufgaben der Gemeinden her auf eine harte Probe gestellt, ihre bisherige Form abgewandelt, wenn nicht untergraben. Seit langem geht der Kampf des Reichsfinanzministeriums (früher unter Führung der Reichsbank) um die Kreditkontrolle der Gemeinden. Der 1. Entwurf einer Kreditkontrolle, den das Reichsfinanzministerium der Länderkonferenz vorgelegt hatte, wurde nicht angenommen, weil er eine allzu große Drosselung der Eigenmacht der Gemeinden darstellte. Die Gemeinden haben bisher, vom Städtetag geführt, durch Selbsthilfe der Bevormundung von oben vorzubeugen gesucht; sie haben Landesaufsichtsbehörden und zentrale Kreditausschüsse geschaffen, mit freiwilliger Unterordnung der angeschlossenen Mitgliedstädte. Die Frage der Kontrolle der kommunalen Anleihen selbst steht kaum mehr zur Debatte; zu entscheiden ist nur, ob sie auf dem Weg erweiterter Selbstverwaltung oder durch Diktat übergeordneter Stellen erfolgen soll. In einem Gegenentwurf hatte der Deutsche Städtetag für die Inhaberanleihen auf dem Inlandsmarkt ein Verfahren vorgeschlagen, nach dem solche Anleihen vor ihrer Genehmigung durch die Landesbehörde der Begutachtung durch einen zentralen Kreditausschuß unterworfen werden, und zwar Anleihen von Städten durch den Kreditausschuß des Deutschen Städtetags, Anleihen von kommunalen Kreditanstalten durch einen von diesen Anstalten gebildeten Kreditausschuß. Beide Ausschüsse zusammen sollten als Kommunaler Gesamtkreditausschuß nach Bedarf zu gemeinschaftlichen grundsätzlichen Erörterungen zusammentreten und neben den Vertretern der deutschen Städte und der Girozentrale je 1 Mitglied des Reichsfinanzministeriums, des Reichsbankdirektoriums und der zuständigen Landesregierung aufnehmen. Für die Behandlung der Auslandsanleihen hatte der Gegenentwurf nur die Entsendung eines Vertreters der Städte in die Beratungsstelle gefordert. Die endgültigen Pläne des Finanzministeriums sind nun der Öffentlichkeit durch einen Artikel des Ministers mitge-

teilt worden. Nach ihnen gilt für inländische und Auslandsanleihen gemeinsam der Grundsatz, daß sie nur zur Deckung außerordentlichen Bedarfs und für werbende Zwecke aufgenommen werden dürfen. Grundsätzlich bleibt die Prüfung von Anleihen und Darlehen Sache der Länderregierungen. Bei Auslandsanleihen bleibt die Beratungsstelle bestehen; sie soll aber von der Prüfung des Verwendungszwecks absehen, wenn die Landesregierung erklärt, daß er den Anforderungen der Richtlinien entspricht, die uneingeschränkt bestehen bleiben. In die Beratungsstelle werden 2 sachverständige Vertreter der Kommunen aufgenommen. Für die Aufnahme von Inlandsanleihen bleibt es in der Hauptsache bei der Prüfung durch die zentralen Kreditausschüsse der kommunalen Spitzenverbände, an deren Beratung je 1 Vertreter des Reichsfinanzministeriums, des Reichswirtschaftsministeriums, der Reichsbank und der zuständigen Landesregierung teilnimmt. Der Reichsfinanzminister hat gegenüber ihren Beschlüssen ein Vetorecht; endgültig entscheidet er im Fall seiner Anwendung im Einvernehmen mit dem Wirtschaftsminister und dem Reichsbankpräsidenten. Die kommunalen Versorgungsbetriebe werden zunächst nicht einbezogen.

Die neue Regelung kommt den Vorschlägen der kommunalen Spitzenverbände weit entgegen. Es besteht bei dieser, für die Eigenkraft der kommunalen Verwaltung wichtigen Frage sehr die Gefahr, daß sie unter dem Eindruck der besondern Notlage zu weitgehend zuungunsten der Selbstverwaltung entschieden wird. Man liebt es rasch durch Anordnung zu entscheiden, was langwieriger durch Entfaltung gesamtökonomischen Sinns auch erreichbar ist und dann aber eine sehr viel lebendigere und leistungsfähigere Lösung darstellt. Daß die Gemeinden erheblich Selbsterziehung in den kritischen Fragen brauchen, ist heute offenkundig geworden, und man sollte auf dem Weg solchen Entfaltungsprozesses lösen, was unter Berücksichtigung der Gesamtlage und Verantwortung für die Folgen auf solche weniger einschneidende, dafür tiefer wirkende Weise möglich ist.

#### Kreditverwendung

Den Anlaß zu den Bemühungen um geregelte Kreditkontrolle boten Meinungsverschiedenheiten und tatsächliche Fehler auf dem Gebiet der Kreditverwendung. Da die Gemeinden unter den Kreditnehmern an hervorragender Stelle stehen, ist die Kenntnis der Zwecke, die

von ihnen auf dem Weg des Kredits finanziert werden, wesentlich. In der Zeitschrift *Wirtschaft und Statistik* werden Zahlen veröffentlicht, die ein »Gesamtbild von der Verwendung des kommunalen Kredits« geben sollen, nach dem Stand vom 31. März 1929. Bis zu diesem Zeitpunkt belief sich die Nominalhöhe des gesamten Kommunalkredits auf 8763,1 Millionen Mark. Davon entfielen auf Altverschuldung, Festwert- und Valutaschulden 1201,7 Millionen Mark, auf Neuverschuldung aus Kreditmarktmitteln 6527,6, auf Schulden aus öffentlichen Mitteln 1033,8 Millionen. In den Jahren 1924 bis 1929 wurden also insgesamt 7561,4 Millionen Mark aus In- oder Ausland neu aufgenommen. Sie sind in folgender Weise verwendet worden: Wohnungswesen 26,8%, Verkehrswesen 22,2%, Versorgungsbetriebe 13,2%, Grundvermögen 8,6%, Kassenreserve, Deckung von Fehlbeträgen usw. 7,1%, Wohlfahrtswesen 6,2%, verschiedene Anstalten 4,8%, verschiedene Unternehmungen 4,7%, Bildungswesen 4,4%, allgemeine Verwaltungszwecke 2,0%.

Der Anleiheaufwand für Wohnungsbau steht überragend voran; er begründet zu mehr als  $\frac{1}{2}$  die kommunale Verschuldung. Für Wohnungs-, Versorgungs- und Verkehrswirtschaft ergibt sich ein Betrag von 5355,5 Millionen Mark oder reichlich  $\frac{2}{3}$  aller kommunalen Schulden. Vom Anleiheaufwand für den Wohnungsbau stammt nicht  $\frac{1}{2}$  % aus dem Ausland, ein großer Teil aus öffentlichen Kreditmitteln, aus Krediten des Reichs und der Länder an die Gemeinden. Die recht hohen Aufwendungen für Verkehrswesen werden vor allem bestimmt durch die örtlichen Verkehrsunternehmungen der Großstädte. Der starke Ausbau des Berliner Schnellbahnnetzes beeinflusst hier schon erheblich das Gesamtergebnis. Der Aufwand für Versorgungsbetriebe zeigt folgende interessante Gliederung: Elektrizitätswerke 561,8, Gaswerke 183,4, Wasserwerke 252,3 Millionen Mark. Bei diesen Betrieben stammen mehr als 50% der Mittel aus dem Ausland. Zu bedenken ist hier außerdem, daß die Kreditmittel, die durch den Gemeinden gehörige, juristisch selbständige Unternehmungen aufgenommen wurden, in der angegebenen Summe nicht enthalten sind. Beachtenswert hoch ist immerhin der Betrag, den man zur Deckung von Fehlbeträgen aufnehmen mußte. Interessant ist die verschiedene Art des Anleihebedarfs bei den einzelnen Größengruppen der Gemeinden, die am stärksten an dem unterschiedlichen Anteil offenbar

wird, den die Unternehmungen am Gesamtaufwand ausmachen. Der Anteil beträgt bei Gemeinden mit über 500 000 Einwohnern 41,5%, bei solchen mit 50 001 bis 500 000 Einwohnern 24,6%, bei Gemeinden unter 50 000 Einwohnern 17,8% und bei Gemeindeverbänden 19,4%. Der Anleihebedarf ist bei den Großstädten unvergleichlich viel höher, vor allem durch den Bedarf ihrer Unternehmungen.

**Selbstverwaltung** Auf der am 10. und 11. Oktober 1930 abgehaltenen Jahresversammlung des

Vereins für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik verdiente das Referat des frühern Oberbürgermeisters Otto Most über Fehlentwicklungen in der Selbstverwaltung Beachtung. Die Selbstverwaltung befindet sich nach Most unzweifelhaft in einer ernststen Krise, die zu ihrem Ende führen könne. Merkmale der Krise seien die Aushöhlung der Gemeinden im Machtentfaltungskampf des Reichs und der Länder. Es entstehen Veränderungen in den Grundlagen des gemeindlichen Lebens als Folge weitgehender Verdrängung der früheren Träger der Selbstverwaltung, die dadurch noch verhängnisvoller werden, daß den neu in die Arbeit Eintretenden Aufgaben von ungleich größerer Kompliziertheit gegenüberstehen. Durch Eingemeindungen entstehen übergroße kommunale Gebilde, und Hand in Hand damit vollziehe sich eine Bürokratisierung der kommunalen Verwaltung mit Angleichung an die Methoden staatlicher Bürokratie.

Diese Krankheitssymptome sind doch wohl etwas unter dem Gesichtspunkt des bürgerlichen Kommunalpolitikers gesehen. Der Hinweis darauf vor allem, daß die früheren Träger der Selbstverwaltung verdrängt worden, und Unerfahrenere an ihre Stelle getreten seien, trifft das Entscheidende der gemeinten Veränderung nicht. Die einseitige, kleinlich und rücksichtslos ausgeübte Macht des Bürgertums, insbesondere der Kategorie des Hausbesitzerbürgertums, wurde durch die Demokratisierung der Körperschaften gebrochen. Die "Parlamentarisierung" hat der Stadtverwaltung zweifellos Geschlossenheit, Haltung und auch Ansehen geraubt. Aber warum? Zunächst einmal, weil auch in den Stadtparlamenten die Gruppen Einfluß gewonnen haben, die den demokratischen Grundzustand offen in Frage stellen: "Kommunisten" und Nationalsozialisten, die jede Atmosphäre sachlicher Arbeit zerdiskutieren. Aber zunächst werden

die Reihen der einen der Gruppen, der Nationalsozialisten, erheblich von der jüngern Generation der Schicht gefüllt, die »früher Träger der Selbstverwaltung« war; dann aber hätten diese beiden offen destruktiven Gruppen die Selbstverwaltung doch nicht so gefährdet, wenn die übrigen Parteien mit aufgeschlossenerm Sinn die Veränderung auch der kommunalpolitischen Welt erkannt hätten. Die enge Verbissenheit, mit der von unserm Bürgertum, und besonders vom Kleinbürgertum, die Repräsentanten der Arbeiterklasse bekämpft worden sind, hat vor allem das Funktionieren leistungsfähiger Willensbildung und damit die Selbstverwaltung untergraben. Es gibt auch manche Schuld auf der eigenen Seite, aber sie wiegt leicht im Verhältnis zur demokratischen Unerzogenheit unseres Bürgertums auch in den städtischen Körperschaften.

Most erklärte es in seinem Referat für wichtig zu entscheiden, ob die Veränderungen der Selbstverwaltung konjunktureller oder struktureller Art sind. Vorübergehende Mängel können sich wandeln. Dauernde Gefährdung besteht aber durch strukturelle, das grundsätzliche Verhältnis auflösende Vorgänge. Entscheidend sei dabei die Beziehung von Staat und Selbstverwaltung, die Frage, ob diese ausgedehnt oder eingeschränkt werden soll. Lebhaft wandte sich der Redner gegen den Gedanken, daß durch die in der parlamentarischen Demokratie zum Ausdruck kommende Mitwirkung der Bürger Reich und Länder Selbstverwaltungskörper geworden seien, und mithin die Selbstverwaltung der Gemeinden keinen Anspruch auf Eigenleben mehr habe. Die neuen Verfassungsentwürfe, der preußische Referentenentwurf und der des Deutschen Städtetags, offenbaren ihren Geist besonders in den Bestimmungen über das Beaufsichtigungsrecht. Nach Most enthalte der preußische Entwurf zu viel, der des Städtetags zu wenig an staatlichem Beaufsichtigungsrecht. Die Beseitigung der Magistratsverfassung, in der beide Entwürfe einig sind, bedauert Most. Gegenüber seinem Magistrat werde der Bürgermeister zwar stärker sein als jetzt in der Magistratsverfassung, doch schwächer gegenüber den Stadtverordneten. Parlamentsabsolutismus in der Gemeinde bedeute aber eine Gefahr.

So weit das Referat auf jener Konferenz. Mittlerweile hat die Einführung der in den Notverordnungen des Reichs vorgesehenen Gemeindesteuern die kritische Situation der Selbstverwaltung der Ge-

meinden und deren Finanzsituation im besondern kenntlich gemacht. In einer großen Reihe angesehener Kommunen mußten diese Steuern: Bürgerabgabe und Gemeindegetränkesteuern, zwangsweise durch Staatskommissare eingeführt werden. Berlin ging mit dieser Form der Steuereinführung voran. Nachdem dort bereits sämtliche Fraktionsführer die vorgesehenen Steuern abgelehnt hatten, wartete der Oberpräsident von Brandenburg und Berlin die Stadtverordnetenversammlung nicht erst ab. Er setzte 2 Kommissare ein, einen für die Funktion des Magistrats und einen andern für die Stadtverordnetenversammlung, und die beiden führten in einem einzigen Tag die beiden Steuern und für 1931 eine Grundvermögenssteuer von 312% der staatlichen Steuer ein. Auch in Frankfurt, Breslau, Kassel, Koblenz, Wiesbaden mußte die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung zur Vorlage des Magistrats durch Anordnung des Regierungspräsidenten ersetzt werden. Gewiß ist zu bedenken, daß die städtischen Körperschaften in eine Zwangslage gekommen sind. Die Zuweisung der Lasten und der zu beschließenden Deckungsmittel durch das Reich gibt der Weigerung der Stadtverordnetenversammlung einigen Schein des Rechts. Andererseits ist es nicht gut, wenn man schwierigen sozialen und finanzpolitischen Fragen im örtlichen Parlament ausweicht. Der Prozeß der Versachlichung des politischen Denkens, der so gefördert werden könnte, wird in sein Gegenteil verkehrt.

#### Totenliste

Der ehemalige Berliner Stadtrat *Julius Maas*, der an seinem 80. Geburtstag zum Stadtältesten ernannt worden war, starb am 26. August 1930 in Berlin, im Alter von 86 Jahren.

Am 9. September starb in Berlin *Paul Herz*, im Alter von 76 Jahren. Seit 1918 gehörte er dem Aufsichtsrat der Charlottenburger Wasser- und Industriewerke an; er bearbeitete dort die Rechtsfragen, in denen er als ehemaliger Senatspräsident besonders kompetent war.

Am 13. September starb in Sankt Moritz, wo er von einer langen Krankheit Genesung suchte, der Bürgermeister von Ludwigshafen *Christian Weiß*, in seinem 49. Lebensjahr. An der Spitze Ludwigshafens hat er sich nicht nur um die Stadt sondern auch um das besetzte Gebiet wesentlich verdient gemacht. Er gehörte dem Engern Vorstand des Deutschen Städtetags und dem Vorstand des Bayrischen Städtetags an.

**Kurze Chronik** Dem Reichstag gehören jetzt 22 Kommunalpolitiker an; auf die Sozialdemokratie entfallen 9, auf die Deutschnationale Volkspartei 4; der Rest verteilt sich auf die anderen Parteien. ◊ Der Deutsche Städtetag hat gemeinsam mit der Reichsforschungsstelle für Landwirtschaftliche Marktbewegung in einer Reihe von Städten einen Nachrichtendienst über *Preisspannen bei Lebensmitteln* eingerichtet. Aus den ersten Untersuchungsergebnissen über die Senkung des Brotpreises ist erkennbar, daß in den Städten der Preis für das meistgekauftete Brot in sehr verschiedenem Umfang gesenkt worden ist. Vom Berliner Magistrat werden jetzt die durchschnittlichen Lebensmittelpreise der Bevölkerung an den Anschlagssäulen bekanntgegeben. ◊ Über die Maßnahmen auf Grund der in der Notverordnung vom 26. Juli 1930 enthaltenen Bestimmungen über die Senkung der Kommunallasten durch die *Osthilfe* machte das Preußische Ministerium des Innern auf die Anfrage eines Abgeordneten nähere Angaben. Nach diesen Angaben stehen für den genannten Zweck 27 Millionen Mark aus der Osthilfe, außerdem 7 Millionen entsprechend dem Gesetz über wirtschaftliche Hilfe für Ostpreußen vom 18. Mai 1929, insgesamt also 34 Millionen Mark zur Verfügung. Mit Hilfe dieser Mittel soll die Belastung durch die Grundvermögenssteuer und Gewerbesteuer gesenkt werden. ◊ In dem Brief des Oberpräsidenten von Brandenburg an die *Berliner Kommune*, der die Einsetzung der Staatskommissare begründet, wird festgestellt, daß zu dem Fehlbetrag für das Rechnungsjahr 1930 von mindestens 90 Millionen Mark für 1931 ein weiterer Fehlbetrag von 129,4 Millionen hinzukommen müßte, wenn die Verhältnisse des Jahres 1931 die selben blieben. Eine zweckmäßige Behandlung der hohen kurzfristigen Verschuldung sei gefährdet, wenn die laufende Haushaltsführung nicht in Ordnung gebracht werde.

#### Literatur

Der 25. Jahrgang des *Statistischen Jahrbuchs Deutscher Städte* ist in 3 Lieferungen erschienen /Jena, Gustav Fischer/. Die Ausgabe enthält die Daten aus dem Leben der 94 deutschen Städte mit mehr als 50 000 Einwohnern aus dem Jahr 1928. Das Jahrbuch ist ein gutes Nachschlagewerk, wenn auch in der überstürzenden und an vielen Stellen Statistik treibenden Zeit manche Daten überholt erscheinen und zum Teil schon an anderer Stelle veröffentlicht sind.

Sozialistische Bewegung Valtin Hartig

David † Eduard David starb am 24. Dezember an den Folgen einer Grippe. Wir betrauern den Verlust eines hervorragenden Genossen und entschiedenen Anhängers einer aktiven Gegenwarts politik. Davids Bedeutung innerhalb der deutschen sozialistischen Bewegung beruht einmal auf seiner mutigen und klaren Stellungnahme für den Revisionismus, in seinem Eintreten für lebensnahe Betätigung der Partei und dann in seiner daraus sich ergebenden Haltung zur Agrarfrage, über die er innerhalb der Sozialdemokratie Anschauungen verfochten hat, die vor 3 Jahrzehnten als ketzerisch und mit dem Erfurter Programm in Widerspruch stehend von der Mehrzahl abgelehnt wurden, die dann aber mehr und mehr in die Partei eindrangten und ihr Agrarprogramm von 1927 mitbestimmten. Denkwürdig wurde vor allem sein Auftreten auf dem Parteitag in Hannover 1899. Eduard Bernsteins berühmte Schrift *Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie* hatte die Partei aufgewühlt und leidenschaftliche Diskussionen in der Presse entfacht. Auf dem Parteitag suchte August Bebel in scharfer und nicht gerade sehr sachlicher Weise Bernstein abzutun. Da trat ihm Eduard David aufs entschiedenste entgegen. Es war der Höhepunkt der ganzen "Bernsteindebatte", die den Parteitag 3½ Tage beschäftigte. Im Vorkriegsreichstag wurde David zu einem der hervorragendsten Parlamentarier der Sozialdemokratie. Während des Weltkriegs trat er energisch für die Landesverteidigung ein. 1915 veröffentlichte er die Schrift *Die Sozialdemokratie im Weltkrieg*, in der er die Politik des 4. August rechtfertigte; das nämliche tat er dann in dem einzigen während des Kriegs abgehaltenen Parteitag 1917 in Würzburg als offizieller Berichterstatter der Reichstagsfraktion. Als der Zusammenbruch kam, und die Regierung Max von Baden in letzter Minute gebildet wurde, trat mit Philipp Scheidemann auch Eduard David in sie ein, und zwar als Staatssekretär. Später war er, in der Regierung Gustav Bauer, Reichsminister des Innern. Das letzte Jahrzehnt seines Lebens widmete er sich fast ausschließlich seinen wissenschaftlichen Arbeiten; er ließ die 2. Auflage seines Agrarwerks erscheinen, lehrte in Darmstadt an der Technischen Hochschule. Aus schaffensfrohem Planen wurde er herausgerissen.

Wie die sozialistische Bewegung insgesamt so werden insbesondere die Sozialistischen Monatshefte stets ihres alten Mitarbeiters gedenken. Die Reihe seiner inhaltlich wie formal glänzenden Aufsätze, die hier in den 1½ Jahrzehnten seiner Mitarbeit erschienen, hat noch kaum etwas von ihrem Wert verloren.

**Internationale** Nachdem im August 1930 der Vorstand der Sozialistischen Arbeiterinternationale beschlossen hatte Schritte zur Abhaltung einer Weltkonferenz über das Problem der Arbeitslosigkeit einzuleiten, fand eine Sitzung der gemeinsamen Kommission der Sozialistischen Arbeiterinternationale und des Internationalen Gewerkschaftsbunds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Köln am 27. und 28. Oktober statt. Sie verkündete, der Fluch des kapitalistischen Wirtschaftssystems, das periodische Krisen entstehen läßt, und die politische Unsicherheit seien Hauptursachen der ungeheuren Arbeitslosigkeit. Durch falsche Maßnahmen der Regierungen und Unternehmer werde die Krise verstärkt, man suche die Löhne zu senken, statt die Kaufkraft der Massen zu steigern. Der Kampf der Arbeiterklasse habe sich zu konzentrieren auf Abwehr der Lohnsenkung, Erhöhung der Massenkaufkraft durch Bekämpfung der auf Preishochhaltung gerichteten kapitalistischen Wirtschaftsverbände, Aufrechterhaltung der Arbeitslosenunterstützungen, Verkürzung der Arbeitszeit und Sicherung des Friedens. Ein Arbeitsprogramm wurde aufgestellt, das 15 Punkte enthält, wie Lohnfragen, Altersversorgung, Bevölkerungsaufbau und -bewegung, Beziehung zwischen Agrar- und Industriekrise, Zollpolitik, öffentliche Arbeiten, Arbeitsbeschaffung. Zur Untersuchung der einzelnen Punkte wurden Spezialkommissionen eingesetzt. Im Anschluß daran tagten die Vorstände der beiden Internationalen im Kölner Rathaus. Die Berichte der oben erwähnten Kommission wurden einstimmig gebilligt. Hauptberatungsgegenstand bildeten die Vorstöße des Fascismus in Europa. Gegen den Pilsudskikurs in Polen wurden ebenso wie gegen die neue Terrorwelle im bolschewistischen Rußland Protestresolutionen gefaßt.

**Friedenspropaganda** Am 13. September 1930 hielt die Sozialdemokratische Partei *Hollands* zusammen mit dem Holländischen Gewerkschaftsbund im Haag einen Demonstrationkongreß gegen die geplante Verstärkung der hol-



ländischen Flotte mit ihren sehr beträchtlichen Ausgaben (200 Millionen Gulden) ab. Sie forderte Abrüstung statt Aufrüstung. Beide Organisationen veranstalteten im Land eine Petition gegen die Flottenverstärkung, die, von Hunderttausenden unterschrieben, am 13. Oktober dem Präsidenten der Zweiten Kammer übergeben wurde. Im Zusammenhang mit der Unterschriftenwerbung wurde eine Reihe von großen und gut besuchten Massenversammlungen abgehalten. Also die traditionelle sozialdemokratische Auffassung, daß die Abrüstung an sich schon den Frieden fördere. Von einer konstruktiven Europapolitik war in diesen Demonstrationen überhaupt nicht die Rede.

Die Sozialistische Partei Frankreichs stellte ihre ganze Presse auf die Friedenspropaganda ein, gab eine Massenbroschüre heraus und ließ 20 000 Plakate, betitelt Die Zivilisation ist in Gefahr, anschlagen. Im ganzen Land fanden internationale Friedenskundgebungen in der Form von öffentlichen Massenversammlungen statt. Der Umfang dieser Aktion läßt sich nur mit dem des Kampfs gegen die 3jährige Dienstzeit im Jahr 1913 vergleichen.

Im Industriegebiet des Borinage, in Mons, rief die Arbeiterpartei Belgiens am 16. November in einer Kundgebung zum Kampf gegen die Kriegsgefahr auf. In Brabant veranstaltete sie einen Roten Tag mit gleicher Zielsetzung.

In der Schweiz, in Bern, fand am 16. November eine Kundgebung gegen die Erhöhung der Militärausgaben statt.

In Berlin fand am 21. November eine internationale Massenkundgebung für den Frieden statt, in anderen deutschen Städten wurde sie wiederholt. Das Bureau der Sozialistischen Jugendinternationale hatte den Internationalen Jugendtag für 1930 auf den 5. Oktober gelegt. Er wurde in allen Ländern, in denen sozialistische Jugendorganisationen bestehen, begangen und überall stark in den Dienst des Friedensgedankens gestellt.

**Österreich** Einen Monat nach ihrem Wahlsieg (siehe darüber hier den Artikel Renners, 1930 III Seite 1075 und folgende) hielt die österreichische Sozialdemokratie ihren Parteitag vom 6. bis zum 8. Dezember in Wien, im Ottakringer Arbeiterheim, ab. Er stand naturgemäß unter dem Eindruck des Wahlerfolgs, aber die Freude wurde gedämpft durch den Schatten der katastrophalen Arbeitslosigkeit. Zu ihr galt es Stellung zu nehmen.

Es war eine ruhige Tagung. Sie nahm nach Referaten von Robert Danneberg, Karl Seitz und Otto Bauer und nach sachlicher Diskussion Resolutionen an, die den Ausbau der produktiven Arbeitslosenfürsorge für den Arbeiter, für den in der Krise befindlichen Landwirt die Einführung eines Getreidehandelsmonopols, ferner Verkürzung der Arbeitszeit, planmäßige Arbeitsmarktpolitik, Ausbau der Arbeitslosenversicherung fordern. Man verlangte von der Regierung die »Befestigung der Demokratie, Befriedung des Landes mit dem Ziele einer beiderseitigen Abrüstung unter gegenseitiger Kontrolle«. Danneberg gab in seinem Parteibericht einige interessante Zahlen über die Wähler und die Stärke der Sozialdemokratie. Von den 72 Abgeordneten sind 30 allein in Wien gewählt. Damit wurde in dieser Stadt die volle Zweidrittelmehrheit erreicht. (Wien zählt insgesamt 45 Nationalräte). Im ganzen erhielt die Partei 1 517 000 Stimmen, also gegen 1927 um 22 400 Stimmen weniger. Bei dieser Wahl stieg die Anzahl der Wiener Stimmen, in der Provinz ging sie etwas zurück. Damit wird die Partei noch stärker eine Wiener Partei als bisher. Aus dem Zahlenmaterial schließt Danneberg, daß es für die Partei keine Wählerreserve unter den Indifferenten mehr gibt. Es müssen in Zukunft also andere soziale Schichten erfaßt werden. Daraus geht die große Bedeutung der Landpropaganda für die weitere Entwicklung der österreichischen Sozialdemokratie hervor, mit ihrer unvermeidlichen Rückwirkung auf die theoretische Auffassung und praktische Haltung der Gesamtpartei.

Die Parteiinstanzen wurden in der selben Zusammensetzung wie bisher wiedergewählt. An Stelle des verstorbenen Vorstandsmitglieds Franz Domes trat der neue Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes Johann Janecek.

**Italienische Exilpartei**

Das in Grenoble angebahte Einigungswerk der italienischen Sozialisten der Emigration (siehe diese Rundschau, 1930 II Seite 586 und folgende) fand auf dem Einigungskongreß seinen Abschluß, der am 19. und 20. Juli 1930 in Paris abgehalten wurde. Es besteht also jetzt die einzige Partito Socialista Italiano, die sofort der Zweiten Internationale beigetreten ist. Neben ihr führt allerdings noch das Grüppchen um Angelica Balabanow eine Sonderexistenz. Der Kongreß formulierte das Parteiprogramm. Interessant darin ist der 3. Punkt der Einigungscharte.

Darin heißt es: »Demokratisch in ihren Zwecken, ist sie [die Partei] auch demokratisch in der Wahl ihrer Kampfmittel; dennoch betrachtet sie den Aufstand als die Ausübung des unveräußerlichen Rechts des Proletariats die Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechts der Arbeiterklasse und der Freiheit durch die herrschende Klasse abzuwehren.« Man lebt also der Hoffnung Mussolini eventuell durch Gewalt stürzen zu können. In der Resolution, die die politische Aktion in Italien behandelt, wird es als Pflicht der Partei erklärt »den Arbeitern ihre politische Aufgabe, die sich aus den Notwendigkeiten der revolutionären Erringung der Demokratie ableitet, vollständig zum Bewußtsein zu bringen. Die Italienische Sozialistische Partei wird diese Mission durch die Verbreitung der politischen Anschauung der Sozialdemokratie durch alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel erfüllen.«

Unter dem Vorsitz Arturo Labriolas hielt die belgische Föderation der Italienischen Sozialistischen Partei am 28. September im Matteottisaal des Volkshauses in Brüssel eine Tagung ab. Nach Entgegennahme des Geschäftsberichts berichteten Bruno Buozzi und Antonio Clerici über die Tätigkeit der Partei innerhalb der antifascistischen Konzentration und die illegale Aktion in Italien.

**Skandinavien** In Schweden wurden im September 1930 die Abgeordneten zu dem Landsting, das heißt zu den Provinzialräten, gewählt, in den folgenden Monaten die Räte der 6 größten Städte. Diese Wahlen haben insofern eine weitere politische Bedeutung, als sich nach ihnen die Sitze in der Ersten Kammer bestimmen, deren Anzahl für die Sozialdemokratische Partei durch das Ergebnis der Wahlen von 54 auf 65 steigt (insgesamt 150). Das starke Anwachsen der Stimmen: um 110 000 (fast so viel wie der Zuwachs aller anderen Parteien zusammen, von denen keine einen Stimmenverlust infolge der größeren Wahlbeteiligung erlitt) überraschte die Partei selbst, die die stärkste Partei in Schweden ist. In den 6 größten Städten besitzt sie die Mehrheit. In Malmö stieg am 13. Oktober ihr Anteil von 51,7% auf 58,3%, das heißt, statt 31 erhielt sie jetzt 35 von 60 Sitzen. In Göteborg gewann sie der Kommunistischen Partei alle ihre 7 Mandate ab, erhielt 32 von 60 Sitzen. Schlechter erscheint der Ausgang der Wahl zum Storting in Norwegen am 20. Oktober, nach einem maßlos gehässigen

Wahlkampf. Die Norwegische Arbeiterpartei gehört allerdings der Zweiten Internationale nicht an, wird ihr aber hoffentlich nicht mehr lange fernbleiben. Auf ihrem letzten Kongreß, vom 14. bis zum 16. März 1930, hat sie einstimmig die Aufnahme der Diktatur des Proletariats, wie die Bolschewisten sie verstehen, in ihr Programm abgelehnt. Wie 1928 die schwedische Partei trotz einem Stimmenzuwachs um 20% 15 Mandate verlor, so büßte die norwegische jetzt 14 Sitze ein, weil die Wahlbeteiligung beträchtlich gewachsen ist. Die Stimmen stiegen gegenüber 1927 von 368 000 auf 373 000, aber die Mandate fielen von 61 auf 47 (von 150). Bemerkenswert bei dieser Wahl ist noch das völlige Verschwinden der Kommunistischen Partei aus dem Storting. Der Wahlkampf ging um die Frage der Abrüstung, Milderung der Belastung der Landbevölkerung infolge der Deflationspolitik des Jahres 1928, Aufhebung des reaktionären Gewerkschaftsgesetzes von 1927. Trotz dem äußerlich unerfreulichen Wahlergebnis blieb die Arbeiterpartei die stärkste Partei des Landes.

**Finnland** Unter dem Druck der Lappbewegung (siehe die Rundschau Innenpolitik, 1930 III Seite 898 und folgende) wurde im Sommer der Reichstag Finnlands aufgelöst. Die Sozialdemokraten weigerten sich 2 Ausnahmegesetzen gegen die Kommunistische Partei ihre Zustimmung zu geben. Das Ergebnis der Wahl vom 22. Oktober 1930 war das Verschwinden der Kommunistischen Partei, deren Anhänger ihre Stimmen aber nur zum Teil den Sozialdemokraten gaben. Diese gewannen einige Mandate und erhielten 66 Abgeordnete von 199. Mit der Drohung zu demissionieren gelang es der Regierung die bürgerlichen Abgeordneten zu zwingen für die Ausnahmegesetze gegen die Kommunistische Partei zu stimmen. Nach der Reichstagswahl handelte es sich für die Reaktion darum den Einfluß der Arbeiter in den Gemeindeparlamenten zu brechen. Man versuchte es mit Hilfe eines im Sommer gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommenen Gesetzes, das das passive Wahlrecht den Personen nahm, die in den letzten 3 Jahren einem staatsverbrecherischen Verein angehört oder sich staatsverbrecherisch betätigt hatten; ob diese Bestimmung auf jemand zutrefte, hat die Wahlkommission zu entscheiden. Seit den letzten Gemeindewahlen hatte die Sozialdemokratische Partei 3012, die

Kommunistische Partei 956 kommunale Vertreter, gegen 6634 bürgerliche. Im Dezember fanden die Gemeindewahlen nach dem neuen System der Willkür statt, unter dem man mit den fadenscheinigsten Gründen Kandidaten vielfach auch der Sozialdemokratie kassierte. 281 Wahllisten wurden abgelehnt, und zwar alle der Kommunistischen wie auch eine Reihe der Sozialdemokratischen Partei. Der Druck war natürlich am stärksten auf dem Land. In der Gesamtheit hat die Sozialdemokratie ihre Mandate behauptet und einen Teil der Stimmen der Kommunistischen Partei erhalten. In Helsingfors wurde sie die stärkste Partei, sie bekam 9 Mandate mehr, während 10 der Kommunistischen Partei ausfielen, in Abo eroberte sie sogar noch einige über die Zahl der früher dieser angehörenden Sitze hinaus. In der Industriestadt Tampere erhielt sie die absolute Mehrheit. So wurden die kommunalen wie die allgemeinen Wahlen trotz den großen Anstrengungen und trotz allen Gesetzlosigkeiten der Lappoleute doch nicht zu dem Erfolg, den sie sich versprochen hatten. Am 2. November stellte der Vorstand der Sozialdemokratie Finnlands in seiner Sitzung in Helsingfors den früheren Ministerpräsidenten und den jetzigen Vorsitzenden der Genossenschaftsinternationale Vainö Tanner als Kandidaten für die Präsidentenwahl auf.

**Totenliste** Eine Herzlähmung infolge einer Grippe raffte plötzlich am 1. Dezember 1930

**Adolph Hoffmann** in Berlin dahin, eine der markantesten Gestalten der Sozialdemokratie, bekannt als der "Zehngebotehoffmann", nach seiner Antireligionsbroschüre Die 10 Gebote und die besitzende Klasse. In der Geschichte des deutschen Parlaments wird er wegen seines stets ins Schwarze treffenden Witzes, wegen seiner Zwischenrufe fortleben. Er wurde am 27. März 1858 geboren, lernte als Kind die bitterste Not kennen, arbeitete dann als Graveur und Vergolder, als Textil- und Metallarbeiter. Früh kam er zur Sozialdemokratischen Partei. Unter dem Sozialistengesetz hatte er zu leiden, kam bald ins Gefängnis, als Presseverbrecher. 1890 wurde er Redakteur des Parteiblatts in Zeitz. Seit 1900 war er in Berlin als Stadtverordneter über 20 Jahre tätig. Er war der erste Sozialdemokrat im Preußischen Abgeordnetenhaus. Im Reichstag saß er von 1904 bis 1906 und von 1920 bis 1924. Nach dem November-

umsturz war er mit Konrad Haenisch Volksbeauftragter der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei im preußischen Kultusministerium. Von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei ging er zur Kommunistischen Partei über. Aber er hatte doch zu viel Geist, um bei ihr zu bleiben. 1922 kehrte er zur Sozialdemokratie zurück.

Einer der bekanntesten Führer der georgischen Sozialdemokratie, **Noe Ramischwili**, fiel am 7. Dezember in Paris einem Revolverattentat zum Opfer, das ein Georgier gegen ihn verübte (siehe die Rundschau Nationale Bewegung, 1930 III Seite 1265). Er wurde 1881 geboren, studierte in Dorpat, und von dort polizeilich wegen Teilnahme an Studentenbewegungen ausgewiesen, ging er nach Batum. Er stürzte sich leidenschaftlich in die sozialistische Bewegung, agitierte unter Arbeitern und Bauern. Seine Tätigkeit griff auch nach Rußland hinüber, und er wurde Mitglied des Zentralkomitees der Sozialdemokratischen Partei Rußlands, zu der die georgische gehörte. 1905 und später wurde er einige Male verhaftet, auch verschickt, aber entkam. Bei der Revolution von 1917 gehörte er zu den Führern in Georgien und im Kaukasus. Nach der Unabhängigkeitserklärung Georgiens stand er an der Spitze der ersten Regierung. Als die Bolschewisten das Land erobert hatten, ging er ins Exil. Von Paris aus führte er einen leidenschaftlichen Kampf gegen das Regiment in der Heimat.

Der Ministerpräsident Bayerns in der aufgewühlten Zeit nach der Ermordung Kurt Eisners, **Johannes Hoffmann**, starb am 15. Dezember in Berlin. Diesem Volksschullehrer, der dem Reichstag bis zu seinem Tod, seit 1912, angehörte, einer stillen, bis zum Letzten pflichttreuen Natur, fiel die schwerste Aufgabe des Jahres 1919 zu, als die Räterepublik zu liquidieren war. Man hätte ihm gern eine stärkere Hand gewünscht. Hoffmann war am 3. Juli 1867 in Ilbesheim bei Landau in der Pfalz geboren. Von 1887 bis 1908 war er in Kaiserslautern als Volksschullehrer tätig. 1908 kam er in den Bayrischen Landtag und mußte, wie 1½ Jahrzehnte vorher Eduard David, seine Lehrerstelle aufgeben. So war es im Vorkriegsdeutschland.

**Kurze Chronik** Die Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei in der *Tschechoslowakei* veranstaltete vom 17. bis zum 20. Oktober in Teplitz-Schönau ihren Jahreskongreß. Der wichtigste Verhandlungspunkt war

die weitere Stellungnahme zur Regierungsbeteiligung. Die Partei beschloß die bisher von ihr getriebene Politik fortzusetzen, sie hat bekanntlich einen Vertreter, Ludwig Czech, im Ministerium. Die Organisation schreitet voran, sie verzeichnet 10 000 neue Mitglieder. ◊ Der Nationalrat der Sozialistischen Partei Frankreichs beschäftigte sich am 19. Oktober 1930 mit innerorganisatorischen Fragen. Paul Faure wurde Generalsekretär, Jean Baptiste Séverac 2. Sekretär, Sascha Grumbach Sekretär der Internationalen Kommission. Man beschloß eine Statutenergänzung, die besagt, daß bei Mitarbeit parteigenössischer Journalisten an bürgerlichen Zeitungen vorher eine Verständigung mit der betreffenden Parteiorganisation nötig ist. ◊ An die Stelle des verstorbenen John Wheatley wurde in den Vorstand der Independent Labour Party Englands das Unterhausmitglied R. C. Wallhead gewählt, der ihm bereits früher angehört hatte. Er war Mitglied des Bureaus der Wiener Arbeitsgemeinschaft und wurde auf dem internationalen Einigungskongreß in Hamburg Mitglied der Geschäftskommission der Sozialistischen Arbeiterinternationale. Vom Januar 1924 bis zur Übersiedlung des Sekretariats nach Zürich fungierte er als Kassierer der Sozialistischen Arbeiterinternationale. ◊ Seit dem 1. November 1930 gibt die Labour Party Irlands zusammen mit den Gewerkschaften eine neue Parteizeitung in Dublin heraus. Sie heißt *The Watchword* und bildet die Fortsetzung der bisherigen Organe *The Irishman* und *The Voice of Labour*. Es handelt sich hier um Wochenblätter. ◊ Einen großen Erfolg errang die Labour Party in *Neusüdwaales* bei den allgemeinen Wahlen am 25. Oktober 1930. Vorher bestand dort eine gegen die Arbeiterklasse gerichtete Koalition der Nationalisten und der Landpartei mit 48 Sitzen von 90 gegen 40 der Labour Party. Der Sieg brachte den Arbeitern 650 000 Stimmen gegen 520 000 der anderen Parteien und 54 Abgeordnete. Sie übernahmen auf Grund dieser klaren Mehrheit die Regierung.

#### Literatur

Wir sind keine Anhänger *Rosa Luxemburgs*, soweit sie sich politisch betätigte. Wir stehen in schroffstem Gegensatz zu ihren theoretischen Anschauungen. Wir erkennen aber an: Sie war einer der bedeutendsten Köpfe der Internationale und wurde zu einer geschichtlichen Gestalt der deutschen sozialistischen Be-

wegung. Wir fanden frappierende Widersprüche in ihr, die wir zu begreifen suchen. Darin hilft uns jetzt das Buch Max Hochdorfs über Rosa Luxemburg /Berlin, Verlag der Neuen Gesellschaft/. Hochdorf baut ihr Leben vor unseren Augen als »das Leben einer Revolutionärin« auf: Ein Vulkan an äußerer Aktivität, die die "blutige Rosa" zum Schrecken der Spießbürger machte. In einem Land und in einer Zeit schwärzester Unterdrückung wuchs sie auf. Sie kam aus jüdischem Milieu Polens, das noch mehr als die andere Bevölkerung die Demütigungen auszukosten hatte. Mit welcher Inbrunst mußte sie die Sache der Erlösung der Geknechteten, des Proletariats erfassen. Die mystische Hingabe und Leidsfähigkeit des östlichen jüdischen Menschen vereinte sich in ihr mit schärfstem Intellektualismus. Es ist jener leidenschaftliche Fanatismus, der sich die Richtigkeit seines Glaubens und Wünschens logisch beweist. Den Revisionismus in der sozialistischen Bewegung, der um die Jahrhundertwende seine Schlachten schlug, lehnt Luxemburg erbittert ab; sie vermag die in ihm tiefer wirkende Kraft, die aktiv in die Gegenwart vorstoßen will und sich nicht mit der Verkündung der Idee begnügt sondern sie verwirklichen will, nicht zu erkennen: Die unscheinbare Form verdeckt auch ihr, wie schließlich den meisten Intellektuellen, die revolutionäre Substanz. Hochdorf sucht uns ihr Verhalten aus ihrer Besessenheit von der Revolution begreiflich zu machen. Aber gerade diese hätte sie weiterführen müssen, bis zu jenem konstruktiven Aktivismus. Hochdorf will immer wieder entscheidende Sympathie für Rosa Luxemburg erwecken. Und das gelingt ihm. Besonders gut, wo er mit beschwingter Sprache die Stimmungen der Einsamen und der Gefangenen schildert. Wir verstehen schließlich alles. Aber alles verstehen heißt in der Politik noch nicht alles verzeihen. Denn hier kommt es nicht auf die Beurteilung der Person sondern auf das Ergebnis der Sache an. Hochdorf zeigt uns den Weg, den Rosa Luxemburg ging, und der Leser folgt willig dieser psychologischen Führung. Wir fragen nicht nach diesem oder jenem Datum, wir suchen nicht irgendeine Ungenauigkeit oder selbst einen Irrtum festzustellen. Wir lesen das Buch gespannt wie einen guten Roman. Und wir fühlen mit dieser Fanatikerin, deren schauerliche Ermordung einen der dunkelsten Punkte in der dunklen Geschichte des Nachkriegsdeutschlands bildet.

Genossenschaftsbewegung / Erwin Hasselmann

David † Nicht nur das politische Leben Deutschlands und der Sozialismus, sondern auch im besondern die deutsche Genossenschaftsbewegung wurde durch den Tod Eduard Davids schwer getroffen. War doch David in den Reihen der Sozialdemokratischen Partei einer der ersten, die für die konkrete sozialistische Aufbauarbeit schon in der Gegenwart eintretend, den Genossenschaftsgedanken gegen die herrschende Parteimeinung verfochten. Die Sozialistischen Monatshefte waren um die Wende des Jahrhunderts Kampfboden für die neue Richtung. Der sozialdemokratische Parteitag des Jahres 1899 kann als ein Wendepunkt bezeichnet werden; dort vertrat David (Bernstein war noch in der Verbannung, in London) die revisionistischen Thesen, und durch energisches und kluges Eintreten für den Konsumgenossenschaftsgedanken ebnete er auch in der Partei den Boden für eine positive Stellungnahme zur Genossenschaftssache. Damals begannen die Sozialistischen Monatshefte mit der Rundschau Genossenschaftsbewegung, die von Gertrud David, 17 Jahre hindurch, bearbeitet wurde. Im Jahr 1901 hat Eduard David, als seine Frau daran verhindert war, selbst eine Zeitlang für sie diese Rundschau fortgeführt. Auch für das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen, dessen produktive Wirkung er in seiner hessischen Heimat beobachten konnte, hat sich David mit Wort und Tat eingesetzt. Er sah in dem landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen die wesentliche Ergänzung des bäuerlichen Betriebs, die dem Kleinbetrieb ganz weitgehend die Vorteile des Großbetriebs sichern könne, ohne jedoch die spezifischen Eigenheiten des Bauerntums zu beeinträchtigen. Unter den hessischen Kleinbauern hat er für die Genossenschaftssache gewirkt und geworben. Die direkte Verbindung zwischen den landwirtschaftlichen Erzeugern und den städtischen Verbrauchern durch die Genossenschaften war ihm von Anfang an erstrebenswertes und notwendiges Ziel. Was er über die Genossenschaftsbewegung gesagt hat, zeugt von großem Weitblick. Auch in der Geschichte der Genossenschaftsbewegung wird sein Name fortleben.

**Gemeinwirtschaft und Genossenschaft** Vor 2 Monaten forderte der Bearbeiter dieser Rundschau in einem Artikel hier (1930 III Seite 1138 und folgende) aus

der grundsätzlichen Erwägung heraus, daß alle Zweige der Gemeinwirtschaft eine innere Einheit bilden, und daß sich diese innere Verbundenheit gerade heute auch in äußerer Solidarität kundgeben müsse, die Zusammenarbeit aller gemeinwirtschaftlichen Faktoren unseres Wirtschaftslebens: eine Forderung, die gerade deswegen immer wieder erhoben werden muß, weil die einzelnen Zweige der Gemeinwirtschaft nur in einem gemeinwirtschaftlich und planmäßig durchorganisierten, das heißt in seinen Teilen auf einander bezogenen und zusammenwirkenden Ganzen ihre zukünftige Erfüllung finden können. Das Ausgerichtetsein auf die Erfüllung der Gemeinwirtschaftsidee bildet einen wesentlichen und durchaus realen Bestandteil gerade der Konsumgenossenschaftsbewegung. Jeder, der sich mit dieser Bewegung beschäftigt, weiß das. Doch nicht der Reichsfinanzhof in München, der sich in einer Entscheidung vom 4. September 1930 ein Urteil über das Wesen der Konsumgenossenschaft zutraut, das vielleicht für die allerersten kleinbürgerlichen Konsumgenossenschaften vor mehr als 50 Jahren zutraf, heute aber einfach unverständlich ist. Das Urteil sagt: »Die Vorentscheidung hat das Wesen des Konsumvereins nicht gewürdigt und darum die den Konsumvereinen gestatteten Geschäfte verkannt. Die Konsumgenossenschaft will die Wirtschaften ihrer Mitglieder durch Ausschaltung des entbehrlichen Zwischenhandels fördern, indem sie durch Sparung von Ausgaben für Lebensmittel und Gegenstände des täglichen Bedarfs die Bestreitung der häuslichen Wirtschaft erleichtert.« Und auf Grund dieser Wesensbestimmung belegte der Reichsfinanzhof eine Genossenschaft, die an eine Mitgliedsgemeinde geliefert hat, mit der Körperschaftssteuer, obgleich das Körperschaftssteuergesetz die nur an Mitglieder (und Gemeinden dürfen Mitglieder sein) liefernden Genossenschaften von der Körperschaftssteuer befreit. Das Urteil verbaut nun den Konsumgenossenschaften den Weg zur Zusammenarbeit mit den Gemeinden, denn auf Grund dieses Urteils wird die gesamte Erübrigung der Genossenschaft körperschaftssteuerpflichtig (nach einer andern Entscheidung des Reichsfinanzhofs gehören auch die Rückvergütungen zu den zu versteuernden Erübrigungen der Genossenschaft), der Vorteil einer Zusammenarbeit mit der Gemeinde also fragwürdig. Der Reichsfinanzhof hat in seiner Entscheidung nicht nur das Wesen der Konsumgenossenschaft verkannt, er

hat sich darüber hinaus in Widerspruch zu dem klaren Wortlaut des Körperschaftssteuergesetzes gesetzt. Er hat »wirtschaftspolitische« Gründe entscheidend sein lassen. Das muß zur Rechtsunsicherheit und zur Verschärfung der Vertrauenskrise der Justiz führen.

**Deutscher Genossenschaftsverband**

Am 1. Juli 1930 hatte der Deutsche Genossenschaftsverband 3524 Mitglieder, darunter 17 Zentralkreditgenossenschaften und 1351 Kreditgenossenschaften, 17 Zentralbezugsgenossenschaften und 1707 Warengenossenschaften der Gewerbetreibenden und Händler, 341 Baugenossenschaften und -gesellschaften und 61 Korporationen (Handels-, Handwerkskammern und andere).

Das von Philipp Stein herausgegebene Jahrbuch des Deutschen Genossenschaftsverbands gibt Aufschluß über die Entwicklungsergebnisse des Jahres 1929. 1254 berichtende Kreditgenossenschaften zählten 1 008 540 Mitglieder (im Vorjahr 1 017 193). Interessant ist, daß von den Mitgliedern nur 44,6% zum eigentlichen Kleingewerbe (Handwerker und Kaufleute) gehören, 20,8% sind selbständige Landwirte, 13,8% Beamte und Angehörige Freier Berufe und 11,3% Angestellte und Arbeiter, während bei 9,5% der Mitglieder die Berufsangabe fehlt. Der Umsatz der Kreditgenossenschaften betrug 1929 38 966,55 (1928 34 204,8) Millionen Mark, das Gesamtkapital 1792,57 (1928 1592,58) Millionen Mark, wovon 304,57 Millionen Eigenkapital, 1403,78 Millionen fremde Gelder und der Rest aufgenommene Verbindlichkeiten, Hypotheken usw. waren. Der Reingewinn belief sich auf 28,72, der Verlust auf 3,9 Millionen Mark.

Von den Warengenossenschaften berichteten nur 1274 zur Statistik (einschließlich der Zentralbezugsgenossenschaften). Die Mitgliederzahl dieser Genossenschaften stieg um einige Tausend auf 197 518, die Bilanzsumme betrug 279,05 (im Vorjahr 252,6) Millionen Mark. Von dem Gesamtumsatz in Höhe von 1165,3 Millionen Mark entfielen 191,4 Millionen auf die Zentralbezugsgenossenschaften und 546,1 Millionen auf die Wareneinkaufsvereine der Händler.

Von den Baugenossenschaften und -gesellschaften berichteten nur 158 mit 61 640 Mitgliedern. Das Eigenkapital dieser Genossenschaften ist relativ klein; bei einer Gesamtbilanzsumme von 201,4 Millionen Mark nur 19,1 Eigenkapital. Bis Ende 1929 wurden 6813 Miethäuser mit 25 116 Wohnungen erstellt.

**Wohnungsfürsorge**

Die Deutsche Wohnungsfürsorgegesellschaft für Beamte, Angestellte und Arbeiter in Berlin (Dewog), die den Freien Gewerkschaften nahesteht, hat im Jahr 1929 10 020 Wohnungen betreut. Erst- oder zweitellige Hypotheken wurden für 7100 Wohnungen beschafft, der restliche Teil ist von den Tochtergesellschaften örtlich finanziert worden. Die schlechte Wirtschaftslage hemmte die Entwicklung sowohl der Tätigkeit als auch der Finanzkraft des Unternehmens. Der Reingewinn zeigt eine Verminderung von 74 600 auf 28 000 Mark, während die Außenstände von 180 000 auf 483 000 Mark anwuchsen. Das letztgenannte Moment ist allerdings in der Hauptsache aus der Kapitalerhöhung der Tochtergesellschaften zu erklären. Im November 1929 wurde eine Erhöhung des Aktienkapitals um 2 Millionen auf 3 Millionen Mark beschlossen. Die Einnahmen sowohl wie die Geschäftskosten weisen beträchtliche Steigerungen auf. Arbeiterbank, Deutsche Bau- und Bodenbank, Hannoversche Bodenkreditbank und Volksfürsorge erleichterten der Dewog die Erfüllung ihrer Aufgaben, so daß ernstere Entwicklungsstörungen vermieden werden konnten. Da die Lage auf dem Bau- und Wohnungsmarkt nach wie vor ernst ist, hat die Dewog von einer Dividendenausschüttung für das Jahr 1929 im Interesse der Stärkung des Unternehmens abgesehen.

Die Dewogrevisionsvereinigung hat sich im Jahr 1929 gut entwickelt. Sie umfaßt gegenwärtig mehr als 200 Baugenossenschaften und -gesellschaften, von denen bisher rund 50 000 Wohnungen erstellt worden sind. Vom 14. bis zum 16. November 1930 hielt sie ihren 7. Verbandstag ab, auf dem unter anderem Rudolf Wissell in seinem Referat über Wohnungsbau und Arbeitsmarkt besonders die Wohnungsbaupolitik der Reichsregierung einer scharfen Kritik unterzog, und in einer Resolution gegen die Drosselung des Wohnungsbaus schärfster Protest erhoben wurde. Zum 1. Vorsitzenden des Dewogrevisionsverbands wurde Willy Drügemüller gewählt.

**Bauhüttenwesen**

Am 27. und 28. Oktober 1930 fand in Berlin der 7. Deutsche Bauhüttenstag statt, dem eine Jubiläumsfeier des nunmehr 10 Jahre bestehenden Verbands Sozialer Baubetriebe vorausging. Im Mittelpunkt des Bauhüttenstags stand ein Referat Rudolf Wissells über die Zusammenarbeit der gemeinwirtschaftlichen Unterneh-

mungen der Arbeiterschaft und der Konsumenten. Wissell stellte der planlosen Individualwirtschaft, die vom Profitstreben beherrscht werde, die Plan- und Gemeinwirtschaft gegenüber, in der das Einzelinteresse im Allgemeininteresse aufgehe, und forderte planmäßige Zusammenarbeit aller Gemeinwirtschaftszweige, damit der Übergang von der Individualwirtschaft zur Gemeinwirtschaft beschleunigt werde. Diese Forderung wurde in einer Resolution vom Bauhütten tag unterstrichen. Otto Rode sprach über die technische Entwicklung der Sozialen Baubetriebe, Albert Lück gab Bericht über den Stand der Bauhüttenbewegung und des Verbands Sozialer Baubetriebe (siehe dazu auch diese Rundschau, 1930 III Seite 1019 und folgende). Mit der Bekämpfung der Wirtschaftskrise befaßt sich eine Resolution, die folgenden Wortlaut hat: »Der 7. Deutsche Bauhütten tag sieht in der heutigen Massenarbeitslosigkeit eine Gefahr für Volk, Wirtschaft und Staat. Der Bauhütten tag hält deshalb die Beschaffung produktiver Arbeit für die wichtigste Aufgabe der öffentlichen Körperschaften in der nächsten Zeit. Bei Durchführung des Programms der Reichsregierung zur Neuordnung der Wohnungswirtschaft würde der Wohnungsbau um mehr als die Hälfte gedrosselt, und die Massenarbeitslosigkeit weiter verstärkt. Durch eine normale Beschäftigung des Baugewerbes würde auch den Baustoffindustrien sowie den Nebengewerben und der Urproduktion von Holz, Kohle und Eisen Arbeit zugeführt. Ohne ein normal beschäftigtes Baugewerbe gibt es keine blühende Volkswirtschaft. Der 7. Deutsche Bauhütten tag erwartet deshalb von Reich, Ländern und Gemeinden eine stärkere Belebung der Bautätigkeit, als sie in dem Programm der Reichsregierung vorgesehen ist. Er warnt gleichzeitig dem Wohnungsbau weitere Mittel aus dem Hauszinssteueraufkommen zu entziehen. Ebenso warnt der Bauhütten tag vor der Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft, bevor nicht die Wohnungsnot restlos beseitigt ist.«

**Besteuerung** Von interessierten Mittelstandskreisen wird immer wieder die Behauptung aufgestellt, die Konsumgenossenschaften hätten weniger Steuerlasten zu tragen als der private Handel. Die Wirklichkeit sagt jedoch etwas anderes. In der Sitzung der *Hamburger* Bürgerschaft vom 26. November 1930 stellte der sozialdemokratische Abgeordnete Ferdinand

Vieth fest, daß der Konsum-, Bau- und Sparverein Produktion im Jahr 1929 3 726 260 Mark oder 4,25% seines Umsatzes an Steuern bezahlt habe und infolge der erhöhten Umsatzsteuer und der Sonderumsatzsteuer im Jahr 1930 Steuerlasten in Höhe von 4,85% des Umsatzes aufbringen müsse, während die Steuerlasten des Einzelhandels Groß Hamburgs nur 2,46% des Umsatzes betragen. Dieser Feststellung wurde von keinem der nach ihm zu Wort kommenden Mittelstandsvertreter widersprochen.

Der Landtag *Braunschweigs* nahm am 16. Dezember 1930 mit 20 gegen 19 Stimmen einen Antrag an, der die Heranziehung der Konsumgenossenschaften zur Gewerbesteuer vorsieht. Am 29. Dezember wurde eine besondere Warenhaussteuer (300prozentiger Zuschlag zur staatlichen Gewerbesteuer) beschlossen, die auch für Konsumvereine gilt. Außerdem wurde eine zusätzliche Filialsteuer beschlossen. Die Vertreter der Nationalsozialisten stimmten, ihrem kleinbürgerlichen Charakter getreu, selbstverständlich für die Drosselungssteuern gegen die Konsumgenossenschaften.

Die Materie des für die Genossenschaften geltenden *Steuerrechts* ist recht vielgestaltig und über das ganze Reich hin durchaus nicht einheitlich geregelt. Die Steuerrechtsprechung hat die bestehenden Gesetze "ausgelegt" und ohne großes Verständnis für die Eigenart der Genossenschaft und infolgedessen nicht gerade in fortschrittlichem Sinn verändert; dadurch wurde die Materie noch unübersichtlicher. Die Schrift R. Richters *Die Besteuerung der Genossenschaften in Reich und Ländern* / Berlin, Edeka-verlagsgesellschaft/ hat sich das Verdienst erworben das ganze, für die Genossenschaften geltende Steuerrecht sowohl des Reichs wie der Länder im Zusammenhang dargestellt und damit vor allem der Genossenschaftspraxis die Möglichkeit schneller und sachlich einwandfreier Orientierung über dieses Gebiet gegeben zu haben. Stellt Richter die Steuerrechtslage der Genossenschaften rein sachlich referierend dar, so nimmt Ferdinand Vieth in seiner Schrift *Geschichtliches und Kritisches zur genossenschaftlichen Steuerfrage* / Hamburg, Verband Nordwestdeutscher Konsumvereine/ vom Standpunkt der Konsumgenossenschaften aus kritisch zu der Steuerrechtsprechung des Reichsfinanzhofs in den letzten Jahren Stellung. Diese kritische Stellungnahme war wegen der oben mitgeteilten Urteile des Reichsfinanzhofs notwendig.

**Eigenpublikationen** Der Deutsche Bauvereinskalender, das beste laufende Informationswerk über die deutsche Baugenossenschaftsbewegung, das bisher der Verband Rheinischer Baugenossenschaften herausgab, wurde im Jahr 1930 zum erstenmal vom *Hauptverband Deutscher Baugenossenschaften* herausgegeben. Die Reichhaltigkeit des Kalenders ist vorbildlich. Neben einer Reihe gründlicher Aufsätze unterrichtet ein umfangreicher Statistischer Teil über die Baugenossenschaftsbewegung, die Bautätigkeit, das Baugewerbe, die sozialen Baubetriebe und Bauproduktivgenossenschaften, die Spartätigkeit, die Indexbewegung usw. Ein Verzeichnis der in den Revisionsverbänden zusammengeschlossenen Baugenossenschaften und gemeinnützigen Baugesellschaften gibt Aufschluß über die Größe und Kapitalkraft der einzelnen Vereinigungen. Die selbständigen Revisionsverbände der Baugenossenschaften sind bis auf einen dem Hauptverband deutscher Baugenossenschaften, dem baugenossenschaftlichen Spitzenverband, angeschlossen. Leider steht der Zusammenfassung an der Spitze eine große lokale Zersplitterung gegenüber, die entwicklungsgeschichtliche Gründe hat und zum Teil aus der Eigenart des Baugenossenschaftswesens hervorgeht, in vielen Fällen aber sachlich nicht berechtigt ist. Wenn München allein 75 gemeinnützige Bauvereinigungen (davon 66 Genossenschaften) zählt, so ist das das Gegenteil von Planwirtschaft. Der Hauptverband fordert die ideologische Vereinheitlichung (»Zusammenfassung der Ziele«), eine technische, innerorganisatorische Vereinheitlichung muß dieser folgen und der Konzentration der Kräfte vorausgehen. Die Schwierigkeiten einer solchen Konzentration sind wegen der Strukturverschiedenheiten, der Verschiedenheiten der Bedingungen und vor allem der in vielen Baugenossenschaften zu beobachtenden Abschließungstendenzen sehr groß, trotzdem muß das Problem im Interesse eines planmäßigen Ausbaus der genossenschaftlichen Bautätigkeit angepackt werden. Der Bauvereinskalender leistet wertvolle Vorarbeit für eine Kräftekonzentration im Bauvereinswesen, deren erste Stufe schon eine möglichst enge Zusammenarbeit der Baugenossenschaften im Hauptverband Deutscher Baugenossenschaften darstellt.

Zu seinem 10jährigen Bestehen hat der *Verband Sozialer Baubetriebe* eine Festschrift 10 Jahre Bauhüttenbewegung herausgegeben, deren Verfasser der Ge-

schaftsführer des Verbands Sozialer Baubetriebe und Redakteur der Sozialen Bauwirtschaft August Ellinger ist. Das in seiner Ausstattung und in seinem Aufbau mustergültige Buch gibt ein anschauliches Bild vom Werden und Wachsen der Bauhüttenbewegung, die durch den Opfersinn und den Kampfeswillen ihrer Träger, durch die Tatkraft und das organisatorische wie kaufmännische Geschick ihrer Führer und durch den ernsten Willen zur Sozialwirtschaft zu dem geworden ist, was sie heute ist. Wer die Geschichte der Bauhüttenbewegung und ihr Wesen kennen lernen will, dem bietet das Buch wertvolles Einzelmaterial, geordnet und hineingestellt in die einzelnen Entwicklungsabschnitte und die alle Einzelheiten und Etappen mit einander verbindende große Entwicklungslinie der Bauhüttenbewegung.

#### Totenliste

Am 12. September 1930 starb in Karlsruhe *Max Märklin*, im Alter von 87 Jahren. Er hat den Reichsverband der Landwirtschaftlichen Genossenschaften mitbegründet. Um das ländliche Genossenschaftswesen Badens erwarb er sich in den achtziger Jahren sehr große Verdienste. 1890 wurde er ins badische Innenministerium berufen, wo er als Referent für Landwirtschaft, besonders für das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen, eintrat. Am 23. September starb in Darmstadt, 84 Jahre alt, der frühere Direktor der Landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft Darmstadt *Ludwig Strecker*. Wie Märklin gehörte auch Strecker, der Freund und Mitarbeiter Ludwig Haas', zu den alten Führern der landwirtschaftlichen Genossenschaftsbewegung. Er war von 1873 bis 1917 im landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen und immer an hervorragender Stelle tätig. Nach langer Krankheit starb am 4. Oktober der Direktor der Niederländischen Großverkaufsgesellschaft De Handelskamer *G. A. J. Mirrer*, im Alter von 54 Jahren. Um die Gründung und Entwicklung der holländischen Großverkaufsgesellschaft und damit der holländischen Genossenschaftsbewegung hat er sich durch sein zielklares und zähes Wollen, das die sich entgegentürmenden Schwierigkeiten immer wieder zu überwinden wußte, bleibende Verdienste erworben. Auch im Internationalen Genossenschaftsbund wirkte er als Ausschussmitglied mit, wie er sich auch besonders die Förderung der internationalen Beziehungen der holländischen Genossenschaftsbewegung angelegen sein ließ.



Am 19. November starb das Vorstandsmitglied des Konsumvereins für Güstrow und Umgegend *Wilhelm Lamberg*, im Alter von 55 Jahren. Daß der Konsumverein in Güstrow sich zu einer großen und kräftigen Bezirkskonsumgenossenschaft entwickelt hat, ist zu einem wesentlichen Teil Lamberg zu danken, der bis zum Jahr 1919 der Genossenschaft als Geschäftsführer gedient hat. Seit 1919 war er Stadtrat in Güstrow, von dieser Zeit an bis zu seinem Tod gehörte er dem Vorstand der Genossenschaft als ehrenamtliches Mitglied an.

**Kurze Chronik** Die Zentrale der *estnischen* Konsumvereine erzielte im Jahr 1929 einen Umsatz von 2 077 736 200 (estnischen) Mark, der Umsatz der angeschlossenen Vereine mit rund 60 000 Mitgliedern betrug 3 503 249 600 Mark. Die geschäftlichen Beziehungen zwischen Zentrale und Genossenschaften sind also sehr gut, die Genossenschaften decken ihren Bedarf zu einem sehr hohen Prozentsatz bei ihrer Großeinkaufsgesellschaft (beim Vergleich der Umsatzzahlen muß der Unterschied zwischen Groß- und Kleinhandelspreisen und die Eigenproduktion der Genossenschaften in Betracht gezogen werden). ◊ Nach einem Bericht der Zentralkreditanstalt der finnländischen Kreditgenossenschaften gab es in *Finnland* im Jahr 1929 1415 Kreditgenossenschaften, die 138 762 Mitglieder zählten. Die Anzahl der Darlehen betrug 112 364, die Darlehnssumme 373 808 019 (finnländische) Mark. Der Gesamtumsatz der Kreditgenossenschaften erreichte 9 434 876 700 Mark (gegen 8 104 923 400 im Jahr 1928). Die Bilanzen weisen eine Schlußsumme von 1 175 885 862 Mark auf, die Bilanz der Zentralkreditanstalt schließt bei einem Überschuß von 3 112 023 Mark mit 848 474 851 Mark ab. ◊ Der Verband der *bulgarischen* Volksbanken berichtet über einen Zugang von 18 Genossenschaften im Jahr 1929. Die Gesamtzahl der angeschlossenen Genossenschaften erhöhte sich damit auf 150, die Zahl der Einzelmitglieder stieg auf 96 000. Das Eigenkapital der Volksbanken erhöhte sich auf 405 Millionen Lewa, die Einlagen erreichten 918 Millionen, und die Summe der den Mitgliedern gewährten Darlehen stieg auf 1168 Millionen Lewa. Der Verband gewährte den ihm angeschlossenen Volksbanken Kredite in Höhe von 396 Millionen. Die Umsätze gingen infolge der Wirtschaftskrise zurück. ◊ Der Verband der *argentinischen* Genossenschaften, die *Asociacion de*

*Cooperativas Argentinas*, trat dem Internationalen Genossenschaftsbund bei. Dem Verband, der zugleich Großeinkaufsgesellschaft ist, sind 45 Genossenschaften mit 23 000 Mitgliedern angeschlossen. Im letzten Geschäftsjahr vermittelte er den angeschlossenen Genossenschaften Waren im Wert von 711 000 Dollars, außerdem setzte er für die Genossenschaften, deren Mitglieder zum größten Teil Landwirte sind, Waren im Wert von 546 000 Dollars ab. Der Verband betreibt auch das Versicherungsgeschäft (Hagel- und Unfallversicherung) und gibt eine eigene Zeitung heraus. Vor einiger Zeit kam es durch den Ausschluß der städtischen Genossenschaften aus dem Verband zu einer Spaltung. Die städtischen Genossenschaften planen die Errichtung einer eigenen Großeinkaufsgesellschaft. ◊ Der preußische Kultusminister Adolf Grimme genehmigte die Umwandlung der Genossenschaftsabteilung am Institut für Wirtschaftswissenschaften in das *Institut für Genossenschaftswesen* an der Universität Frankfurt. Dieses hat die Aufgabe das Genossenschaftswesen in allen seinen Zweigen wissenschaftlich zu behandeln und will sein Ziel in enger Zusammenarbeit mit der Praxis erreichen, die zu diesem Zweck sowohl im Vorstand als auch im Beirat weitgehend vertreten sein soll.

**Literatur** Monographien der Genossenschaftsbewegung einzelner Gebietsteile, womöglich solcher, die wirtschaftsgeographisch eine Einheit bilden, sind meist schon aus dem Grund besonders interessant, weil sie die geopolitischen Bedingungen der Bewegung und den Prozeß der planwirtschaftlichen Durchdringung eines bestimmten Raums deutlich machen, wie das bei dem im Verlag des Kreisverbands der Konsumvereine in Steiermark und Kärnten zu Graz veröffentlichten Buch *Anton Pohls* Die Konsumgenossenschaften in Steiermark und Kärnten der Fall ist. Dieses mit zahlreichen Abbildungen, graphisch-statistischen Tabellen und Kartenskizzen ausgestattete Werk schildert lebendig die Geschichte, den gegenwärtigen Stand und den Aufbau der steierisch-kärntnerischen Konsumgenossenschaftsbewegung. Pohl behandelt nicht nur die Gesamtbewegung dieses Gebiets sondern auch jeden einzelnen Konsumverein, insbesondere auch das Ineinandergreifen der einzelnen Vereine, das Streben nach dem Ausgleich und die daraus resultierende planwirtschaftliche Aufteilung des Gebiets.

### Frauenbewegung / Meta Corssen

Politische Parteien Eine stärkere politische Bewegung ist in letzter Zeit auch bei den Frauen bemerkbar geworden. Die Versuche allerdings den politischen Einfluß der Frauen durch eine Frauenpartei zu verstärken sind jetzt so gut wie ganz aufgegeben. In Österreich wurde 1929 die Österreichische Frauenpartei gegründet, die jedoch keine eigenen Kandidaten aufstellt sondern nur bei den verschiedenen Parteien eine stärkere Berücksichtigung der Frauen erstrebt und die Frauen überhaupt politisch zu interessieren versucht. Wie ein Bericht der Vizepräsidentin Helene Granitsch in der Vossischen Zeitung vom 13. November 1930 erkennen ließ, hatte sie bei der letzten Wahl damit Erfolg. Sie verfolgte, obwohl sie als überparteilich auftrat, doch die Linie des demokratischen Bürgertums, und ihre Stimmen kamen besonders dem Schoberblock zugute. In Deutschland ist die Gründung einer überparteilichen Frauenorganisation unmöglich. In der Kölnischen Zeitung vom 12. Mai 1930 führte Majabert Mansfeld sehr treffend aus, eine Frauenpartei werde nur die Stimmen der Frauen der liberalen Parteien bekommen, also ganz einflußlos bleiben. Das größere politische Interesse der Frauen drückt sich nicht in einer stärkern Betonung gemeinsamer Ziele sondern in einer Zuspitzung der Gegensätze aus. Bisher glaubte man bei den Wahlen immer feststellen zu können, daß die radikalen Flügelparteien weniger Frauenstimmen erhielten. Bei der letzten Reichstagswahl hat sich in Berlin immerhin ergeben, daß die Nationalsozialisten 191 866 Männerstimmen und 204 122 Frauenstimmen erhielten. Es ist das um so interessanter, als die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei die einzige Partei ist, die, und dies aus Prinzip, keine Frauen aufgestellt hat. Also Frauen stimmen und werben für die Partei, die ihnen die Gleichberechtigung versagt; ein Phänomen von wesentlich psychologischer Bedeutung. Die Bejahung der politischen Gleichberechtigung der Frau fällt, außer in der Kommunistischen Partei, mit der Bejahung des demokratischen Staats zusammen. Die Stellungnahme der Frauen in der Sozialdemokratie ist in diesem Punkt immer eindeutig gewesen. Auch die katholischen Frauen betonen seit langem und auch jetzt wieder entschieden die Notwendigkeit politischer Schu-

lung der Frauen und suchen ihr soziales und politisches Verantwortungsgefühl zu stärken, sie zu aktiven Mitgliedern des Volksstaats zu machen, wie es das von Clara Siebert herausgegebene Büchlein Frau und Volk / Freiburg, Herder & Co./ beweist. Aber auch in der bürgerlichen Frauenbewegung scheinen sich jetzt deutliche Grenzziehungen vorzubereiten. Gertrud Bäumer setzte sich im Oktober in der Frau mit dem nationalsozialistischen Wahlsieg auseinander; sie kam zu dem Schluß, daß die neutrale Haltung der großen Frauenverbände wie des Staatsbürgerinnenverbands jetzt fragwürdig geworden sei. Auf der andern Seite aber zeichnet sich deutlich unter den Frauen eine Bewegung ab, die darauf ausgeht die Stellung der Frau im Staat zu ändern, die grundsätzliche Gleichberechtigung zu beseitigen; es wirkt hier, wie Bäumer es nennt, das Ressentiment der Frau gegen ihr Staatsbürgertum. Es sind dies die Frauen, die den sogenannten nationalen Verbänden und Parteien angehören. Nicht ganz in diese Front einzuordnen sind die Frauen des Jungdeutschen Ordens, deren Anschauungen Hanna Klostermüller vor einem Jahr in der Frau erläuterte. Es ist in dem Staatsvorschlag des Jungdeutschen Ordens allerdings eine Frauenkammer vorgesehen, die die besonderen Aufgaben der Frau lösen soll, andererseits sollen die Frauen aber auch in allen anderen Kammern vertreten sein. Auch unter den Mädchen der nationalen Jugendverbände werden zuweilen Stimmen laut, die eine Beteiligung am politischen Leben verlangen; aber beherrschend ist hier doch immer die Anschauung, daß die Frau im Verhältnis zur Politik vom Mann grundverschieden, daß die Politik im großen und ganzen Sache des Mannes sei. Ganz unbezweifelt aber gilt diese Auffassung in der jetzt führenden Partei der Rechten, in der Nationalsozialistischen Partei. In der Frau wurde im Oktober die Zugschrift einer nationalsozialistischen Studentin, Raba Stahlberg, abgedruckt, die sich auf die weibliche Eigenart, oder, wie es dort heißt, das »deutsche Frauentum« beruft, um die Sonderstellung der Frau im politischen Leben zu begründen. Die ältesten Ladenhüter der Antifeministen werden hervorgeholt; die Frau, die ins politische Leben eintritt, begibt sich des »heimlichen Zaubers, der in dem rauhen Klima der Öffentlichkeit nicht mehr gedeiht«. Sie soll also, da sie sich für das Schicksal ihres Volkes immerhin interessieren muß, im Verbor-

genen wirken, sie soll mit dem Mann zusammenarbeiten, aber im Hintergrund, das heißt also: ohne Verantwortung. Als Beispiel politischer Betätigung der Frauen werden die Salons des 18. und frühen 19. Jahrhunderts empfohlen; ein Beispiel übrigens, das für die nationalsozialistischen Frauen besonders reizvoll sein muß, da solche Salons ja vorwiegend in Frankreich blühten, französischen Geistes sind und, soweit sie in Deutschland je existierten, hier von jüdischen Frauen begründet wurden.

Daß die Frau anders ist als der Mann, ist nun allerdings keine Entdeckung der Nationalsozialisten. Die Frauenbewegung selbst bemüht sich seit vielen Jahren um die Erkenntnis der besonderen Aufgaben der Frau, und das Bestreben das Anderssein stärker zu betonen macht sich in der Frauenbildungsfrage geltend. Während aber die Frauenbewegung in ihrem Kampf um die Gleichberechtigung der Frau, wenigstens in seiner spätern Periode, stets auf den Inhalt der weiblichen Wirksamkeit, auf den weiblichen "Kultureinschlag", bedacht war und auch zu Formulierungen wie "erweiterte Mütterlichkeit" gelangte, ist es für die nationalsozialistischen Frauen charakteristisch, daß ihr Begriff des Frauentums ganz inhaltlos ist. Es ist damit übrigens genau so wie mit dem Nationalbegriff der deutschen Nationalisten. In Italien, auf das man sich gern beruft, hat der Begriff der Nation einen ganz konkreten Inhalt. National ist gleichbedeutend mit fascistisch, es bedeutet ein bestimmtes politisch-soziales System. Die deutschen Nationalisten aber be rauschen sich am "deutschen Wesen", und wenn sie es inhaltlich bestimmen sollen, so geht es nur negativ: Es ist antisemitisch, antimarxistisch und dergleichen mehr, und nach all diesen Absonderungen bleibt schließlich von der Nation nur ein Bruchteil übrig. So ist es um das »deutsche Frauentum« denn auch nicht besser bestellt. Psychologisch aber gründet sich diese neue Stellungnahme der Frauen zum politischen Leben wohl wirklich auf eine weibliche Eigenheit, doch auf eine, die in ihrem Wert sehr fragwürdig ist: auf die Neigung der Frau dem Mann die Verantwortung zu überlassen und sich dann von ihm in ihrem unberührten »geheimen Zauber« bewundern zu lassen. Wir müssen hoffen, daß diese weiche Auffassung unter den deutschen Frauen nicht die Oberhand gewinnt, daß diese es vielmehr lernen sich auf Verantwortungsbereitschaft zu richten.

#### Politische Tätigkeit

Mangel an konkretem Inhalt macht sich meist auch dann fühlbar, wenn Frauen versuchen in größerem Maßstab in die Politik einzugreifen. Und zwar auf der einen wie auf der andern Seite. Der Deutsche Frauenausschuß zur Bekämpfung der Schuldlüge erließ vor 2 Jahren eine Erklärung, nach der die »Strafzahlungen« aufgehoben werden müßten, weil längst »unwiderleglich festgestellt« sei, daß Deutschland keine Schuld am Krieg trage. Jetzt hat der Ausschuß zusammen mit den Frauenausschüssen der Staatspartei, der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei, dem Reichsverband Deutscher Hausfrauenvereine, dem katholischen Verband der Weiblichen Kaufmännischen Angestellten und einigen großen rechtsgerichteten Frauenverbänden eine Eingabe an die Reichsregierung gerichtet, in der die Revision des Youngplans gefordert wird, da er wirtschaftlich undurchführbar, und seine moralische Grundlage, die Behauptung von Deutschlands Schuld am Krieg, als unhaltbar erwiesen sei. Ganz abgesehen davon, daß an der Behauptung, Deutschland habe keine Schuld am Krieg, immerhin in der Welt noch einige Zweifel bestehen (zuerst hieß es übrigens immer, man wolle beweisen, daß Deutschland nicht *allein* schuld am Krieg sei; aber der Appetit kommt beim Essen), muß man sich wundern, daß der Ausschuß zur Bekämpfung der Schuldlüge immer noch nicht erkannt hat, daß die Reparationslasten auf ganz anderen Realitäten als dem Kriegsschuldparagraphen begründet sind, und daß er immer noch glaubt, man brauche der Gegenseite nur die "Unschuld" Deutschlands aufzureden, um sämtliche Zahlungen hinfällig zu machen. Die Forderung auf Revision des Youngplans schließlich ist in dieser Unbestimmtheit auch ziemlich wertlos. Es käme darauf an einen Weg anzugeben, wie revidiert werden soll, einen Weg, der in den Sozialistischen Monatsheften schon lange gezeigt wurde, und der nur über die Verständigung und Zusammenarbeit mit Frankreich geht. Auf der andern Seite werden Kundgebungen für Frieden und Abrüstung veranstaltet. Im September erließen 6 internationale Frauenorganisationen im Namen von 46 Millionen Frauen in 56 Ländern einen Aufruf, in dem sie gegen die Tendenz zunehmender geistiger und materieller Rüstung zu einem neuen Krieg protestieren, die Organisationen und die einzelnen, insbesondere

die Frauen, auffordern gegen die psychischen Kriegsursachen anzukämpfen und von den Staatsmännern verlangen, daß sie sich für die unbedingte Respektierung des Briand-Kellogg-Pakts einsetzen. Der Aufruf, unterschrieben von dem Internationalen Frauenbund, der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit, dem Christlichen Weltbund Weiblicher Jugend, dem Weltbund für Frauenstimmrecht und Staatsbürgerliche Frauenarbeit, dem Frauenweltbund zur Förderung Internationaler Eintracht und dem Internationalen Akademikerinnenbund, wurde dem Präsidenten und den Delegierten der 11. Völkerbundversammlung überreicht. Die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit veranstaltete eine schriftliche Kundgebung für die Weltabrüstung, in der die Ächtung der Kriegsmittel gefordert wird, und die Regierungen ersucht werden ihre Delegierten zu der nächsten Abrüstungskonferenz dahin zu instruieren, daß sie alle Abrüstungsvorschläge auf ihre Ausführbarkeit hin prüfen und Maßnahmen treffen, die die rasche Verwirklichung der Weltabrüstung sichern. Die Inhaltlosigkeit dieser Kundgebungen wirkt auf die Dauer ermüdend. Dagegen ist anzuerkennen, daß sich die deutsche Sektion der Liga um die Verständigung mit Frankreich bemüht. Während der Rheinlandbesetzung veranstaltete sie seit 1924 Versammlungen mit deutschen und französischen Rednern, die für besseres gegenseitiges Verstehen der beiden Nationen wirkten. Nach der Räumung des Rheinlands richtete sie einen Offenen Brief an die französische Sektion der Liga, der die vorzeitige Räumung der besetzten Gebiete anerkennt, die Ausschreitungen auf deutscher Seite bedauert und die deutsch-französische Verständigung als Grundlage der Befriedung des europäischen Kontinents erklärt (wofür sie in gewissen Zeitungen mit widerlichen Schmähungen bedacht wurde).

**Sozialschutz** Gegen die Open-Door-Bewegung, die, um die Frauen vor jeder Beschränkung ihrer "Freiheit" zu schützen, allen Sonderschutz für die arbeitenden Frauen abschaffen will (siehe diese Rundschau, 1930 I Seite 76), wendet sich im Namen des Bundes für Mutterschutz Auguste Kirchhoff in der Neuen Generation. Sie untersucht die einzelnen Argumente der Bewegung, setzt sich mit ihrer individualistischen Grundauffassung auseinander und kommt zu dem Schluß, daß die

Frau auch ohne Schutzgesetze keineswegs frei über ihre Arbeit bestimmen könne, und daß sie den Schutz der Gesetze gegen den Zwang der kapitalistischen Wirtschaft brauche. Der beste Beweis dafür sei, daß die Arbeiterinnen selbst von ihrer "Befreiung" durch die Open-Door nichts wissen wollen. In England und Amerika sind Untersuchungen darüber angestellt worden, ob der Arbeiterinnenschutz, wie die Open-Door-Internationale behauptet, die Arbeitsmarktlage für die Frauen ungünstig beeinflusse. Else Lüders berichtete darüber im Reichsarbeitsblatt. In England hat sich ergeben, daß das Verbot der Nachtarbeit für Frauen keine wesentlichen Veränderungen in der Beschäftigung von Frauen hervorgerufen habe. Die Arbeitgeber seien gewöhnt Frauen nicht nachts zu beschäftigen, man glaube, daß sie es auch ohne Verbot nicht täten; nur in vereinzelt Fällen sind Beschwerden über das Nachtarbeitsverbot bekannt geworden. Ähnlich war das Ergebnis in Amerika, wo das dem Arbeitsministerium angegliederte Frauenbureau die Untersuchung vornahm. Auch hier haben nur einzelne Firmen angegeben, daß sie infolge der Regelung der Arbeitszeit für die Frauen weniger Frauen beschäftigen. Unter ihnen waren 2 Firmen des Staats Illinois, in dem die gesetzliche Höchstarbeit 10 Stunden täglich und 60 Stunden wöchentlich beträgt. Dagegen hat ein Lohngesetz im Staat Michigan aus dem Jahr 1919, das gleichen Lohn für beide Geschlechter festsetzte, zur Folge gehabt, daß viele Frauen ihre Arbeitsplätze in der Maschinen- und Metallindustrie verloren. Die Forderungen der Open-Door-Internationale wirken ganz wirklichkeitsfremd. Die Gewerkschaftliche Frauenzeitung vom 15. Oktober 1930 wendet sich gegen Elizabeth Abbott, die in der Monatschrift Deutscher Ärztinnen unter anderem auch die Beschränkung des Gewichts der Traglasten für Frauen bekämpft und sich dabei auf eine Resolution des Internationalen Ärztinnenbunds vom 11. April 1928 beruft. Die Gewerkschaftliche Frauenzeitung meint, daß die Ärztinnen wohl kaum darüber unterrichtet seien, wie groß die Lasten sind, die von Männern und Frauen bei industrieller Arbeit getragen werden müssen, und führt eine Reihe von Beispielen an, die in der Internationalen Rundschau der Arbeit zusammengestellt sind. In Gießereien der Porzellanindustrie arbeiten stellenweise Frauen mit Kannen, die 30 bis 40 Kilogramm schwer sind. Es

wirkt wenig überzeugend, wenn Gertrud Baer in einem Artikel Schutz oder Brot?, der in der Frau im Staat erschien und gegen den Direktor des Internationalen Arbeitsamts Albert Thomas polemisiert, ausführt, die Open-Door-Bewegung werde der Frau das »freie Recht auf Arbeit und Brot« bringen.

Es ist nicht wahrscheinlich, daß die Open-Door-Bewegung den Fortschritt des sozialpolitischen Schutzes für die Frau aufhalten wird. In einer Broschüre Frauenarbeit und Internationales Arbeitsamt /Berlin, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes/ gibt Gertrud Hanna einen Überblick über das, was auf diesem Gebiet *international* erreicht worden ist. Einige Beispiele: Das Übereinkommen über das Verbot der Nachtarbeit für Frauen ist von 19 Ländern ratifiziert worden. Das Übereinkommen über die Beschäftigung vor und nach der Niederkunft ist von 11 Staaten ratifiziert und von 6 zur Ratifizierung empfohlen worden, in anderen Ländern wurden ähnliche Vorschriften erlassen.

In *Frankreich* bestimmt das neue Sozialversicherungsgesetz, daß die obligatorisch versicherten Arbeiterinnen und Angestellten, zu denen auch die Hausangestellten gehören, während der Schwangerschaft das Recht auf Arzt-pflege wie in Krankheitsfällen haben, 6 Wochen vor und 6 Wochen nach der Geburt die tägliche Krankheitsentschädigung erhalten, falls sie keine bezahlte Arbeit verrichten, und für die ersten 9 Monate eine Zulage bis zu 950 Francs. In *Italien* bestimmt das Gesetz über den Schutz der Arbeiterinnen und Angestellten während der Schwangerschaft und des Kindbetts vom 13. Mai 1929, daß Frauen vom 6. Monat der Schwangerschaft an nicht mehr gekündigt werden darf, daß sie 6 Wochen vor der Geburt die Arbeit niederlegen können und 4 Wochen vorher und nachher sie niederlegen müssen. Während dieser Zeit erhalten sie die um  $\frac{1}{2}$  Lire täglich erhöhte Erwerbslosenunterstützung. Bei der Geburt erhalten sie eine Unterstützung von 150 Lire. In jedem Betrieb, der mindestens 50 Frauen beschäftigt, müssen Stillstuben errichtet werden.

**Veranstaltungen** Im Juli 1930 wurde in Damaskus ein *Orientalischer Frauenkongreß* veranstaltet, an dem Delegierte aus Ägypten, der Türkei, Syrien, Indien, Persien, Afghanistan, Libanon, Aleppo, Hauran, Hedschas und Irak teilnahmen. Es wurde gefordert,

daß die Polygamie überall, wo sie noch gesetzlich anerkannt ist, beseitigt werde, daß die Frauen das gleiche Recht auf Ehescheidung erhalten wie die Männer, daß das Heiratsalter auf 16 Jahre für Mädchen und auf 18 Jahre für Männer festgesetzt werde, daß arbeitende Frauen ebenso bezahlt und befördert werden wie Männer, daß überall, wo noch kein obligatorischer Elementarunterricht besteht, dieser in gleicher Weise für Mädchen und Knaben eingeführt werde. Ein Oberster Rat Orientalischer Frauen wird regelmäßig Kongresse abhalten.

In Genf wurde im September 1930 eine Art neuer Fraueninternationale, *The Equal Rights International*, hauptsächlich auf die Initiative der amerikanischen National Woman's Party hin gegründet. Sie propagiert ein internationales Übereinkommen, in dem die vertragschließenden Staaten erklären sollen, daß Männer und Frauen die gleichen Rechte haben. Vorsitzende der Vereinigung ist Helen Archdale, eine Engländerin, die zu den eifrigsten Bekämpferinnen des Arbeiterinnenschutzes gehört. Die Organisation verfolgt anscheinend ähnliche Ziele wie die Open-Door-Bewegung.

Der Deutsche Staatsbürgerinnenverband veranstaltete vom 13. bis zum 31. Oktober in Berlin eine Ausstellung *Die Gestaltende Frau*, in der Leistungen von Frauen in der bildenden Kunst und im Kunsthandwerk gezeigt wurden. An den Nachmittagen wurden Kompositionen von Frauen aufgeführt, Dichterinnen, Schriftstellerinnen, Journalistinnen lasen aus ihren Werken vor, und einzelne Frauen schilderten ihre berufliche Laufbahn. Am Schluß der Ausstellung wurde ein Literaturpreis verkündet, den der Staatsbürgerinnenverband mit Unterstützung des preußischen Kultusministeriums und des Bürgermeisters von Berlin ausschreibt.

**Totenliste** Am 28. Juni 1930 starb im Alter von 76 Jahren *Camille Vidart*, eine der Vorkämpferinnen der Frauenbewegung in der französischen Schweiz. Sie lehrte französische Literatur in Zürich, später in Genf und Lausanne. Sie trat mit Leidenschaft und Hingabe für die Ziele der Frauenbewegung ein, gründete den Bund Schweizerischer Frauenvereine.

Am 21. September starb in Köln *Elisabeth Kirschmann-Röhl*, im Alter von 42 Jahren. Sie war sozialdemokratische Abgeordnete und wirkte vor allem in der Arbeiterwohlfahrt; sie redigierte auch die Frauenbeilage *Die Arbeitende Frau* des Kölner Parteiblatts.

Am 21. Oktober starb in Mannheim *Elisabeth Altmann-Gottheiner*, in ihrem 57. Lebensjahr. Sie hatte Nationalökonomie studiert und in Zürich mit einer Arbeit über die Frauen in der Wuppertaler Textilindustrie promoviert. Nach ihrer Verheiratung wirkte sie zuerst in Frankfurt, dann in Mannheim in der Frauenbewegung und gehörte mehrere Jahre dem Vorstand des Bundes Deutscher Frauenvereine an, dessen Jahrbücher sie von 1912 bis 1920 herausgab. Auch im Internationalen Frauenbund war sie tätig und wurde hier wegen ihrer Fähigkeit sich in andere Nationen einzufühlen sehr geschätzt. In Mannheim gründete sie die Soziale Frauenschule, die sie mehrere Jahre leitete. Als erste Frau in Baden wurde sie zum Professor an der Handelshochschule ernannt; sie behandelte in ihren Vorlesungen sozialpolitische Fragen. Vor allem setzte sie sich für den Schutz der Arbeiterinnen ein. Ihre Persönlichkeit und ihre Leistungen erwarben ihr einen großen Kreis von Freunden und Anhängern, die in ihr ein Vorbild sachlicher Hingabe sahen.

Am 17. November starb in Meran *Käthe Schirmacher*, im Alter von 65 Jahren. Sie wurde in Danzig geboren, erkämpfte sich ihre akademische Bildung gegen mancherlei Hindernisse und wirkte mit Minna Cauer und Anita Augspurg auf dem linken Flügel der Frauenbewegung durch Vorträge und vielseitige literarische Tätigkeit. Damals schrieb sie auch für den Sozialistischen Akademiker, den Vorgänger der Sozialistischen Monatshefte, einen Artikel über die Bedeutung der akademisch gebildeten Frau für die Frauenbewegung. Mit großem Eifer bekämpfte sie, auch in einer Reihe von Romanen, die doppelte Moral. Später geriet sie ins nationalistische Fahrwasser und in den Bann eines törichten Antisemitismus. In der Nationalversammlung wurde sie deutschnationale Abgeordnete. Sie war eine leidenschaftliche Natur. Doch zeigen ihre Erinnerungen, die sie im Jahr 1921 unter dem Titel *Flammen* veröffentlichte, auch eine recht fatale Neigung zur Phrase.

**Kurze Chronik** Die Anzahl der weiblichen *Arbeitslosen* in Deutschland beträgt jetzt 640 000, 95 319 im Spinnstoffgewerbe, 92 244 in der Gruppe wechselnde Lohnarbeit, 84 755 in der Gruppe Häusliche Dienste, 76 990 bei den kaufmännischen Angestellten, 72 310 im Bekleidungs-gewerbe, 38 831 in der Metallindustrie und 30 503 in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie. Unterstützt

wurden Ende September in der Arbeitslosenversicherung 305 958 und in der Krisenfürsorge 84 698 Frauen. ◊ In Österreich beträgt die Anzahl der weiblichen *Gewerkschaftsmitglieder* 167 469, das sind 22% der Gesamtzahl der Mitglieder. Sie verteilen sich auf 44 Verbände, von denen 2 nur von Frauen gebildet werden, die Hausgehilfinnen und die Blumenarbeiterinnen, und 6 mehr als 50% weibliche Mitglieder haben, die Verbände der Buchbinder (68%), der Hutarbeiter (64%), der Kartonnagearbeiter (78%), der Kürschner (56%), der Schneider (58%), der Textilarbeiter (64%). ◊ An der *Völkerbundsversammlung* des Jahres 1930 nahmen 14 Frauen aus 13 Ländern teil. ◊ Im Deutschen Reich werden zurzeit 74 Frauen im *Richterdienst* beschäftigt. 4 sind als Amts- und Landgerichtsrätinnen angestellt. ◊ Am Berufspädagogischen Institut in Berlin wurde Frieda Wunderlich, in Köln Käthe Bauer-Mengelberg zum *Professor* ernannt, beide mit einem Lehrauftrag für Volkswirtschaftslehre. Erster weiblicher Professor an der Universität London wurde Lilian Penson, die über moderne Geschichte liest. ◊ Im preußischen Landwirtschaftsministerium wurde Käthe Delius *Regierungsrat*. Sie ist seit 7 Jahren dort als Referentin für Ländliches Hauswirtschaftsbildungswesen tätig. ◊ Als erste Frau in Norwegen hat die 21jährige Gudrun Troegstad in Oslo ihre Prüfung als *Schiffskapitän* mit Auszeichnung bestanden und damit die Berechtigung erworben jedes Schiff zu befehligen. ◊ In der *holländischen* Kammer wurde ein Gesetzentwurf angenommen, nach dem Frauen Bürgermeister werden können. ◊ Die *britische* Arbeiterpartei erklärte sich gegen die Parlamentskandidatur Monica Whateleys, weil diese der Open-Door-Bewegung angehört und sich weigert für Arbeiterrinnenschutz einzutreten. ◊ In *Südwestafrika* hat die Gesetzgebende Versammlung in Windhuk einen Antrag auf Ausdehnung des Wahlrechts auf europäische Frauen angenommen. ◊ In *Japan* wurde vom Abgeordnetenhaus ein Gesetz beschlossen, das den Frauen das kommunale Wahlrecht verleiht. ◊ Eine *Chinesin*, Siso Mei Jang, erwarb als erste Studentin den Doktorgrad für Politische Wissenschaft am Institut für Höhere Internationale Studien der Universität Genf mit einer Arbeit über den Anteil der Frauen an der englischen Genossenschaftsbewegung. ◊ Als erste *Inderin* wurde Ranga Rao, Dozentin in Madras, zum Mitglied der Königlichen Geographischen Gesell-

schaft von Großbritannien gewählt. ◊ Am 6. September 1930 wurde *Jane Addams* 70 Jahre alt. Sie widmete ihr Leben dem Kampf gegen die soziale Not in Chicago. Sie ist jetzt die Vorsitzende der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit. ◊ Am 25. November feierte der Berliner Hausfrauenverein den 100. Geburtstag *Lina Morgensterns*, seiner Begründerin, einer der ersten Vorkämpferinnen der deutschen Frauenbewegung. Ihr besonderes Interesse galt der praktischen sozialen Hilfsarbeit, sie wirkte für die Errichtung der Fröbelschen Kindergärten und gründete 1866 den Verein für Volksküchen, der die 1. Volksküche in Berlin einrichtete und dann seine Tätigkeit über ganz Deutschland ausbreitete.

**Literatur** Ein Buch *Sophie Dorothea Gallwitz* 'Der neue Dichter und die Frau' (Berlin, F. A. Herbig) untersucht die Werke verschiedener moderner Dichter daraufhin, was für ein Bild sie von der Frau geben. Das alte Idealbild der Frau ist versunken, die Dichter unserer Zeit gehen von dem Typus aus, den Frank Wedekind in seinen Dramen aufgestellt hat: die Frau als reines Geschlechtswesen. Vielfach kommen sie über diesen Ausgangspunkt noch nicht hinaus. Besonders bei den modernen Dramatikern fällt es auf, eine wie geringe Bedeutung die Frau in ihren Werken hat. Reinhard Sorge, Walter Hasenclever, Georg Kaiser, Ernst Toller, Arnold Bronnen, Fritz von Unruh werden auf ihre Stellung zur Frau hin befragt; fast immer ist in ihren Dramen die Frau nur um des Mannes willen da, nur ein Mittel zu seiner Entfaltung; nur vereinzelt wird sie, wie in Tollers *Masse Mensch*, zum Träger einer Idee, und nicht immer wirkt sie dann lebensecht. Eingehender beschäftigen sich die Romanschriftsteller: Albrecht Schaeffer, Leonhard Frank, Frank Thieß, Otto Flake, mit dem Wesen der Frau, aber auch hier gestaltet sich noch nicht sehr viel Positives. Doch glaubt Gallwitz auch in dem Negativen das Suchen nach der neuen Frau zu erkennen, und insbesondere bei Flake sieht sie, mehr in seinen theoretischen Erkenntnissen als in seiner künstlerischen Gestaltung, die Umriss des neuen Frauentypus sich abzeichnen; die Frau, deren Schicksal und Lebenserfüllung nicht mehr der Mann ist, die neben ihm ihr eigenes Leben lebt. Das Buch enthält manche richtige Feststellung. Doch ist die Analyse im ganzen fragwürdig, die literarische Wertung unsicher.

## WISSENSCHAFT

Biologie / Hans Haubelt

**Geschichte des Lebens** Die ersten Anfänge einer wissenschaftlichen Erforschung der Geschichte des Lebens durch Georges Cuvier und Etienne Geoffroy Saint-Hilaire behandelt eine sehr bemerkenswerte weitgespannte Arbeit Julius Schusters, die er in dem von ihm herausgegebenen Archiv für Geschichte der Mathematik, der Naturwissenschaften und der Technik (Leipzig, F. C. W. Vogel) veröffentlicht hat. Für Cuviers Untersuchungen bildet die Hauptgrundlage die Bestimmung der Arten nach einem einzigen Knochenfragment, wobei Cuvier von seinem Gesetz des gegenseitigen Verhältnisses oder der Korrelation der organischen Formen ausging. Jeder Organismus bildet nach diesem Gesetz »ein einziges und geschlossenes System, in dem alle Teile gegenseitig einander entsprechen und zu der gleichen Funktion durch wechselseitige Gegenwirkung beitragen; keiner dieser Teile kann sich verändern, ohne daß auch die übrigen verändert werden, und folglich bestimmt jeder einzelne Teil die übrigen Teile. Somit kann jeder Organismus an irgendeinem seiner Teile erkannt werden, und zwar nicht bloß die Klasse, sondern auch die Ordnung, die Gattung und selbst die Art.« Sind zum Beispiel die Eingeweide eines Tieres nur für die Verdauung frischen Fleisches organisiert, so müssen seine Kiefer zum Zerreißen, seine Klauen zum Festhalten und zum Zerreißen, seine Zähne zum Zerschneiden und zur Zerkleinerung der Beute, das Bewegungssystem zur Verfolgung und Einholung, die Sinnesorgane zur Beobachtung in der Ferne und so fort eingerichtet sein. Die theoretische Erkenntnis von den Beziehungen der Formen gilt nach Cuvier aber nicht allgemein. Bei einer großen Zahl von Fällen ist diese Erkenntnis erst durch Beobachtung zu ermitteln. Diese feststellbaren konstanten Beziehungen zwischen den einzelnen Organsystemen müssen naturgemäß eine bestimmte Ursache haben, deren Nichtkenntnis Cuvier durch Beobachtung zu ersetzen suchte. Dabei kam er zur Aufstellung von Erfahrungsgesetzen, die fast die Gewißheit rationaler Gesetze hatten, so des Satzes, daß jeder, der nur die Fußtapfe eines gespalteten Hufes sieht, daraus schließen kann, daß das Tier wiederkaut, zugleich gibt die Fußtapfe dem Beobachter die Form der Zähne, der Kinnladen, der Wirbel, die aller Knochen, der Beine,

der Schenkel, der Schulter, des Beckens des betreffenden Tieres an. Betrachtet man diese Beziehungen, so beobachtet man in ihnen nicht allein eine eigentümliche Beständigkeit zwischen der Form des einen Organs und der eines andern sondern auch eine die ganze Klasse bestimmende Beständigkeit und entsprechende Steigerung in der Entwicklung dieser beiden Organe, also einen gegenseitigen Einfluß. Aus derartigen Feststellungen ergeben sich als bemerkenswerte Folgerungen, daß die kleinste Knochenfläche, die geringste Apophyse einen bestimmten Charakter hat in Klasse, Ordnung, Gattung und Art, der sie angehört, und daß dies so weit geht, daß man mit erforderlicher Geschicklichkeit, mit Zuhilfenahme der Analogie und mit wirklicher Vergleichung aus jedem wohl erhaltenen Endstück eines Knochens ebenso sicher alle übrigen Beziehungen bestimmen kann, als wenn man das Tier selbst besäße. Das Problem des Verhältnisses der fossilen Arten zu den lebenden, die Frage also, ob die Arten durch örtliche Umstände oder verändertes Klima infolge einer lange Zeit dauernden Gewöhnung sich verwandeln, und alle von einer Art abstammen, beantwortet Cuvier auf Grund der fossilen Reste völlig negativ. Die Arten der Vorwelt waren ebenso beständig wie die der Gegenwart; denn wäre dies nicht der Fall, so müßte man stufenweise Verwandlungen finden, und diese gibt es nicht. Den Artbegriff definierte Cuvier so, daß zu den Arten die Einzelwesen gehören, die von einander oder von gemeinschaftlichen Eltern abstammen, sowie diejenigen, die ihnen ebenso sehr wie einander gleichen. Zur Erzeugung der jetzt auf der Erde lebenden Arten nimmt Cuvier nicht neue Schöpfungen an, er sagt nur, daß die rezenten Organismen nicht an den gleichen Orten wohnten, wo sie sich heute aufhalten, und daher aus anderen Gegenden dahingekommen sein müssen. Als Ursache des Aussterbens nimmt Cuvier mehrere große Katastrophen an, die das Antlitz der Kontinente veränderten, die lebenden Organismen zerstörten und die schwachen Überreste derer, die davon verschont blieben, über weite Räume transportierten. Für die Plötzlichkeit der Umwälzung entnahm er seine Beweise teils der Biologie, teils der Geologie. Die Natur faßte er als ein Werk der Allmacht auf, bestimmt von einer Weisheit, deren Gesetze wir nur durch die Beobachtung entdecken können. Aber diese Gesetze beziehen sich nur auf die

Erhaltung und die Harmonie des Ganzen, und alles ist so konstituiert, daß man diese Erhaltung begreifen kann. Cuvier glaubte nicht an die Möglichkeit eines sukzessiven Erscheinens der verschiedenen Formen, noch weniger an das Vorkommen von Zwischenformen; denn was hätte den Schöpfer veranlassen sollen ohne Notwendigkeiten unnütze Formen hervorzubringen, nur um die Lücken der Leiter auszufüllen? Mit dieser Denkweise lehnte Cuvier auch die damalige Formulierung des biogenetischen Grundsatzes ab, daß das Tierreich in seiner Gesamtheit in der Entwicklung die gleichen Pläne zeige wie das Individuum der vollkommensten seiner Arten. Wie bei Cuvier so bildeten auch bei Geoffroy einen wesentlichen Bestandteil seiner Naturanschauung die Leitmotive und Voraussetzungen der Paläontologie. Zwar stehen die eigenen Untersuchungen Geoffroys im Ausmaß denjenigen Cuviers nach, übertreffen sie aber durch die Tragweite der theoretischen Folgerungen. Bei seinen Teleosauridenuntersuchungen suchte Geoffroy zu begründen, daß die gegenwärtigen Reihen der Tiere und Pflanzen durch ununterbrochene Erzeugung relativ übereinkommender Arten von den früheren Erdperioden herkommen, und daß die Umwandlung ihrer Formen von Änderungen ihrer Umwelt herrührt. Gegeben ist die Primitivkonstitution, auf die die Veränderung stark beeinflussend wirkt. In dieser Einschränkung ist ihm Lamarck verständlich. Für Geoffroy ist die Transmutation der Teile eine Tatsache. 1837 sprach Geoffroy, anlässlich der Sivathieriumuntersuchung, erneut den Satz aus, daß die fossilen Arten die unmittelbaren Eltern oder die kollateralen Vorfahrenlinien der Organismen der Gegenwart sind. Im gleichen Jahr erlebte er den Triumph Cuviers Satz, es gebe keine fossilen Affen auf französischem Boden, durch Lartets Fund des miozänen *Dryopithecus*, des Stammvaters der Schimpansen, widerlegt zu sehen. Geoffroy fand eine Stütze für seinen Deszendenzgedanken in den Entdeckungen Roulins über die von Europa nach Amerika verpflanzten Tiere. Es hat sich gezeigt, daß diese sich in ihren Sitten sowohl als in ihrer neuen Organisation dem neuen Klima anpassen. Nicht allein die Individuen, sondern auch die Rassen akklimatisieren sich. Im Anfang pflanzen sie sich wenig oder gar nicht fort, erst in der Folgezeit besser. Die organischen Veränderungen, denen sie unterliegen, beziehen sich hauptsächlich auf die Be-



deckung des Körpers, die Größe und die Proportionen der Teile. Geoffroys theoretische Ansichten des Organischen hat er, von der Vergleichenden Anatomie ausgehend, in den *Etudes progressives* dargestellt. Folgende Prinzipien liegen seiner Lehre zugrunde: 1. Theorie des Analogon: Nicht die Organe in ihrer Gesamtheit, sondern die Bausteine, aus denen jedes Organ sich zusammensetzt, sind gleich (Analogieprinzip). 2. Prinzip des Zusammenhangs: Die Teile selbst sind nicht variabel sondern nur ihre gegenseitige Abhängigkeit (Dynamisches Prinzip). 3. Wahlverwandtschaft der organischen Elemente: Nicht alles kann alles bilden, sondern es besteht eine gewisse Ordnung in den Bausteinen (Ordnungsprinzip). 4. Ausgleich der Organe: Außergewöhnliche Entwicklung eines Organs bedingt die gleiche Entwicklung seines ganzen Systems oder seiner Beziehungen (Ökonomisches Prinzip). Aus diesen 4 Prinzipien der Analogie, der Konnexion, der Elektion und des Balancements folgt das allgemeine Gesetz der Einheit der organischen Zusammensetzung. Die gleichen Elemente entwickeln sich zu verschiedenen chemischen Verbindungen, die jedoch nur Abänderungen in bestimmten Richtungen zulassen. Durch diese gerichtete Änderung entsteht die Leiter der Organismen. Die Ursache, der Bildungstrieb (*puissance créatrice*), ist einem universellen Gesetz unterworfen, der Attraktion der Moleküle. Geoffroys Ansicht ist: »Die organischen Elemente sind geschaffen«, die primitiven Typen entstehen durch physikalisch-chemische Gesetzmäßigkeiten, die Spezialtypen (Arten) durch die Einwirkung veränderter Umwelt auf die einmal gebildete typische Konstitution. Geoffroy suchte also die zeitliche Aufeinanderfolge zu einer kausalen zu machen und schloß sich damit weniger dem Kontinuitätsprinzip Leibnizens an als dem des Aristoteles, wonach jede Verhältnisstufe des Lebens auf Analogieen der ihr übergeordneten Verhaltensstufe beruht.

Auf dem Gebiet der Vergleichenden Anatomie hat Cuvier an Umfang des Beobachteten ebenso alle Arbeiten seiner Vorgänger übertroffen, wie sie zugleich denen der eignen Zeit überlegen waren. Alles, was er beschreibt, hat er mit eigenen Augen gesehen, aber was man bei seiner Vergleichenden Anatomie vermißt, sind die allgemeinen Prinzipien. Historisch betrachtet bedeutet Cuviers anatomische Wirksamkeit den offenen Bruch mit der Tradition

in Frankreich und Deutschland. Gleichzeitig aber kam er in Kampfstellung gegen die sich in beiden Ländern entwickelnden Ideen. Hatte Cuvier allein in der Klassifikation wie in der Vergleichenden Anatomie einen auf einem Riesenmaterial selbst gesehener empirischer Tatsachen errichteten Neubau der Zoologie ausgeführt, dem eine längere Dauer sicher schien als den Werken des Aristoteles, so meinte er, daß die Zeit der spekulativen Systeme in den Naturwissenschaften vorbei sei, obwohl er als Historiker sehr wohl wußte, daß zu jeder Epoche die herrschenden philosophischen Systeme zwangsläufig die Naturwissenschaften beeinflußt hatten. Für Cuvier sind Physik und Metaphysik verschiedene Domänen, und er lehnte die in Deutschland wiedererwachende metaphysische Naturphilosophie als unexakt ab, als bizarre Hypothesen, aufgebaut auf zu unbestimmten Voraussetzungen und belastet mit Irrtümern.

Unter diesen Umständen erschien das Ziel Geoffroys: auf dem Weg einer allgemeinen philosophischen Anatomie die Lehre von der Einheit der Zusammensetzung der Tiere naturwissenschaftlich und naturphilosophisch zum Sieg zu führen, als etwas ganz Ungeheures. Den Umsturz in der Vergleichenden Anatomie suchte Geoffroy 1818 in der Anatomie philosophique herbeizuführen. Von vornherein war sie gegen Cuviers einseitige Methode der Beobachtung, Beschreibung und Klassifikation gerichtet. Durch die Untersuchung der Analogieen sollte sie zu allgemeinen Gesetzen der Organisation erweitert werden. Der Kompaß, dem Geoffroy bei der Untersuchung der Umänderungen oder Metamorphosen der einzelnen Organe in der Tierreihe folgte, ist das Prinzip der gegenseitigen Abhängigkeit. Im Zusammenhang damit steht die Betrachtung der rudimentären Organe. Als 3. Prinzip kommt das des Ausgleichs der Organe hinzu: daß nämlich kein normales oder pathologisches Organ sich stärker entwickelt, ohne daß ein Organ seines Bezugssystems entsprechend vermindert wird. Das Grundgesetz Geoffroys von der Einheit der Zusammensetzung ist ein Axiom, das aufzustellen Geoffroy nach 20jähriger Arbeit des Beobachtens und Nachdenkens aus der Konvergenz aller Aufschlüsse wagte. Zu erforschen waren die Analogieen zwischen 2 Grundtypen der Klassen des Tierreichs, ferner zwischen den regelmäßigen und unregelmäßigen Bedingungen im Tierreich, wie sie sich scheinbar ohne Zahl und Gesetzmäßigkeit bei

den Monstrositäten zeigen. War durch die Anatomie philosophique von 1818 die Einheit der organischen Zusammensetzung für alle Wirbeltiere bewiesen, so glaubte Geoffroy in ihrem 2. Band 1822, in der Untersuchung der Monstrositäten, sie auch bei den abnormalen Bildungen durch den Nachweis der Gesetzmäßigkeit der Vereinigung des Gleichartigen verifiziert zu haben.

Der Gegensatz zwischen Cuvier und Geoffroy zeigt sich deutlich bei ihrer Beurteilung von 2 Forschern: Jean Baptiste Lamarck und Johann Christian Rodig. Cuvier hatte für Lamarcks philosophische Ideen nur die Ironie, mit der man phantastische Konzeptionen bekämpfen kann, und Rodigs Ansichten bezeichnete er als absurd. Geoffroy dagegen ging so weit Rodig und Lamarck als die beiden größten Naturforscher seiner Zeit zu bewundern und hielt es für angezeigt die ungleichen Meinungen über den Ursprung der Arten zu untersuchen; doch findet er, daß Lamarck zu wenig und auch falsche Beweise gebe, deren Unrichtigkeit sich leicht nachweisen lasse. Er schränkt die Theorie Lamarcks ein und berichtigt sie. Für Geoffroy spielt die Macht der Gewohnheit, die nach Lamarck für jedes Tier unbeschränkt ist, nur eine ganz sekundäre Rolle, denn die Beobachtung der Arten in der Natur zeigt eine Menge mehr oder weniger leichter Modifikationen, aber niemals macht sie uns zum Zeugen einer wesentlichen Abweichung vom bestehenden Typus. In der Gegenwart haben nicht die Bedürfnisse, sondern hat die Umwelt (monde ambiant) den primären Einfluß auf die Veränderung der Arten innerhalb des Typus. Die Frage, ob es in der Vorwelt ebenso war, hat Lamarck nicht beantwortet. Geoffroy hat dies zuerst versucht mit dem Ergebnis: Die Arten verändern sich unter der Wirkung einer neuen Umwelt. Im Gegensatz zu Lamarck lehnt Geoffroy die Einflüsse durch die Gewohnheit ab.

Es sind im Grunde 6 Probleme, in denen Cuvier und Geoffroy verschiedener Ansicht waren: 1. die Präexistenz der Keime, 2. die Einheit der organischen Zusammensetzung, 3. der Wert der Klassifikationen, 4. die Konstanz der Arten, 5. die Finalität, 6. die Folge der Organismen auf der Erdoberfläche. Diese schwierigen naturwissenschaftlichen und naturphilosophischen Fragen interessierten damals wie heute Gelehrte und geistig Strebende aufs lebhafteste. Der große Akademiestreit zwischen Cuvier

und Geoffroy, die persönlich engste Freundschaft verband, brach offen aus, auf Grund eines Berichts, den Geoffroy im Februar 1830 über die Arbeit zweier junger Forscher, Laurencet und Meyranx, betreffend die Organisation der Mollusken in der Akademie zu erstatten hatte. Geoffroy unterstützte die in der Abhandlung dargelegten Ansichten, während Cuvier sie und Geoffroys Lehre von der Einheit der Zusammensetzung und des Plans in der Zoologie zu widerlegen suchte. In der Sitzung vom 1. März 1830 entwickelte dann Geoffroy seine Theorie der Analogieen, und zwar am Beispiel des Zungenbeins. Die Debatte zwischen ihnen endete bei ihrem Abbruch in der Akademie mit einem Waffenstillstand, der sich als notwendig erwies, da beide aus den gleichen Tatsachen ganz verschiedene Schlüsse zogen, ohne daß die Art der theoretischen Betrachtung dieser Tatsachen selbst zum Gegenstand der wissenschaftlichen Auseinandersetzung gemacht wurde. Die auf Grund dieses Streits von Geoffroy geschriebenen Principes de philosophie zoologique /1830/ wurden der Gegenstand einer großen Zahl von Artikeln, unter denen die Goetheschen die berühmtesten und tiefsten sind. Das Gefühl einer europäischen Bewegung in der Anatomie wurde allgemeiner, und die großen biologischen Probleme sichtbar, die Geoffroy nicht bewiesen, Cuvier nicht widerlegt hatte.

Goethe unternahm es seine eigene wissenschaftliche Stellung und das Verhältnis der deutschen Naturforscher und Naturphilosophen zu Geoffroy aufzuklären und das Feld zu erhellen, auf dem die beiden Parteien stritten. Er erkannte in diesem Streit das Spiel zweier verschiedener Denkweisen, der das Erfassbare unterscheidenden und der durch die Idee verbindenden, was man nicht mit den Augen sieht. Er fühlte sich besonders aufgerufen in diesem Kampf, weil Geoffroy die Deutschen: Bojanus, Carus, Goethe, Kielmeyer, Meckel, Oken, Spix, Tiedemann, als Bundesgenossen nennt, während Cuvier die deutschen Naturphilosophen als verworrene Pantheisten hinstellt. Goethe glaubt als Ergebnis seiner Betrachtung feststellen zu können, daß der Kredit der deutschen genetischen Denkweise gewachsen, und damit der Zeitpunkt für eine internationale Verständigung und Zusammenarbeit, besonders zwischen Deutschland und Frankreich, gegeben sei. Nicht der Augenblickssieg Cuviers ist für ihn von Bedeutung sondern die gemeinsame Arbeit der deutschen und französischen Syntheti-

schen Schule, eine Evolution der Zukunft, der nächsten oder übernächsten Generation. Goethe teilte mit Geoffroy die Überzeugung von einem allgemeinen Typus; er glaubte an die ewige Mobilität aller Formen in der Erscheinung. Die Anpassung dagegen hielt er gegenüber den sich gestaltenden geschaffenen Organismen für mehr sekundär und nebensächlich. Deshalb auch zieht er aus den Fossilien keine realgenetischen Schlüsse wie Geoffroy. Es ist kein realer Deszendenzgedanke bei Goethe ausgesprochen, so viel auch seit Ernst Haeckel in dieser Beziehung in ihn hineingelesen wurde. Seine Lehre arbeitet mit dem Begriff eines unfaßbaren, zeitlosen "Gewordenseins" des empirischen Werdens, aber er läßt dieses Gewordensein "evolutionistisch" bestimmt sein, nämlich durch das  $\epsilon\nu$  (substantia). Seine Ansicht war, daß alle Arten Schöpfungsakte darstellen, deren ideelle Einheit sich durch gegenseitige Beziehungen offenbart.

Wie Goethe geht Geoffroy von intuitiven Erkenntnissen aus. Für ihn ist der Organismus eine Ganzheit biodynamischer Vorgänge, ein biodynamischer Ordnungskomplex, der sich aber diesseits der Intuition nur dann in seinen einzelnen Komponenten verstandesmäßig erfassen läßt, wenn es gelingt die Übereinstimmung intuitiv erfaßter Formbildungen mit physiologischen Prozessen nachzuweisen. Dies hat Geoffroy hypothetisch und in sehr bescheidenem Maß experimentell durch seine Versuche zur Bildung von Monstrositäten versucht. Es finden sich bei Geoffroy brauchbare Ansätze zu einer Konstitutionslehre, aber auch der Todeskeim des intuitiven Schemas. Geoffroy erkannte, daß jeder Masenteil das selbe dynamische Prinzip repräsentiert wie der aus der Synergie dynamischer Elemente sich ergebende einheitliche Repräsentant, der Organismus. Er hat die Korrelation der morphologischen und physiologischen Merkmale tiefer erfaßt als Cuvier und auch versucht in die verschiedenen Erscheinungsformen der phyletischen Konstitution einzudringen. Er ging auf die restlose Erfassung des Kräftespiels der organischen Formbildung aus und suchte die nebeneinanderlaufenden Teilgebiete Morphologie, Entwicklungsgeschichte, Pathologie zu einheitlichen Anschauungen zusammenzufassen. Während Cuvier die Typologie nur als Mittel anwandte, um die Tatsachen unter Dach und Fach im System zu bringen, erblickte Geoffroy in ihr eine der kausalen gleichwertige Forschungsmethode der Naturwissenschaft.

Der Akademiestreit ging tatsächlich um die Grundbegriffe der Vergleichenden Anatomie, die kritisch behandelt und historisch beleuchtet zur Darstellung gekommen wären, hätten die Streitenden dies nur vermocht. Er war von vornherein im höhern Sinn unentscheidbar, weil die Wissenschaft nicht Selbstkritik an ihren eignen Voraussetzungen übte. Der Streit betraf den philosophischen Hintergrund der von den beiden Gegnern vertretenen Richtungen und mußte in der 1. Phase, in der es sich um die Methoden der Vergleichenden Anatomie handelte, mangels philosophischer Schulung bei Cuvier und Geoffroy unausgetragen bleiben; in der 2. Phase suchte Cuvier seine Ansichten durch den Gang der Geschichte der Wissenschaften zu beweisen, Geoffroy durch die Geschichte des Lebens. Während Cuvier in die Geschichte der Vergangenheit flüchtete, rief Geoffroy die der Zukunft an, den Fortschritt. Seine *Etudes progressives* /1835/ bilden den Markstein zwischen dem glänzenden Schluß des 18. Jahrhunderts durch Cuvier und der Biologie des 19. Jahrhunderts in der Zeit ihres Übergangs. (G. R. Treviranus war der erste, der, im Jahr 1802, die Bezeichnung Biologie für die Philosophie der lebendigen Natur angewandt hat.) Hatte Cuvier auch die Wirkung Lamarcks parodiert und die Geoffroys paralytisiert, so hatte er doch die gewaltige Bewegung der deutschen Naturphilosophie nicht bezwungen, wenn er sie auch gehemmt hat. In der Vergleichenden Anatomie ging der nächste Fortschritt von der Richtung Lorenz Okens aus, des Bewunderers Geoffroys, Begründers und Trägers der philosophischen Bewegung in der Biologie. In England trat die philosophische Betrachtung in der Anatomie mit Richard Owen hervor. Er suchte nach einem Tier oder einer Idee, von der er alle Modifikationen der Klassen, Gattungen und Arten ableiten könnte, die er Archetypus nannte. Diese ideellen Archetypen führte Julius Viktor Carus auf noch einfachere Formen zurück, die er Grundformen oder Schemata nannte und in Diagrammen darstellte, in denen sich alles auf Punkt und Linie reduzierte. Carus führte also die Morphologie auf eine Promorphologie zurück, die symbolisch-konstruktiven Charakter hat. Er begründete damit eine Urformenlehre, genau wie Ernst Haeckel, nur ohne dessen realistisch-genetische Denkweise, die von jenem romantisch-philosophischen Standpunkt aus, von dem sie doch erborgt ist, absurd erscheint.

Ein neuer Tag für die Wissenschaft brach dann mit Charles Darwin an, der weder mit den Ideen des Lamarckismus noch denen des Okenismus belastet war sondern anfang von neuem zu beobachten und zu denken. Darwins Tat liegt nicht in der Annahme der Veränderlichkeit der Art, die schon vor ihm von vielen Autoren erörtert und begründet worden war, sondern in der Erklärung eben dieser Veränderlichkeit. Diese Erklärung aber war bei ihm eine ganz bestimmte und wurde in ihrem Verhältnis zu anderen selbst nicht zum Gegenstand kritischer Erörterung und Diskussion gemacht. So blieben auch bei der viel umfassender fundierten Theorie Darwins, wie im Akademiestreit bei Geoffroy, die theoretischen Grundlagen ungeklärt. Der scheinbar so einfache Beweis des Kampfs ums Dasein verhüllte völlig die tieferliegenden Gründe, die einen solchen Kampf erst ermöglichen, und entzog dem anscheinend so fest gefügten Bau das Fundament. Die Grundlehre Darwins empfing eine stark naturphilosophische Wendung durch Ernst Haeckel, der zufolge man alle Genetik aus der vergleichenden Betrachtung der lebenden Organismen herleitete. Methodisch war damit allerdings ein von dem Darwinischen völlig verschiedener Weg vorgezeichnet: experimentelle Prüfung der Variation und Vererbung der kleinsten Systemeinheiten, Untersuchung der Umweltfaktoren, geographische Verbreitung in Hinsicht auf die Erdgeschichte, gleiche Wichtigkeit und Behandlung der fossilen Dokumente.

Es hat der Zeitspanne eines Jahrhunderts bedurft, um zu Geoffroy Saint-Hilaire zurückzufinden und dann über ihn hinauszuwachsen. Sein Hauptverdienst ist, daß er zu einer Biologie, die die Geschichte des Lebens miteinbezieht, eine erste Näherung lieferte.

In der heutigen Biologie sind nach Schuster die Geoffroyprobleme folgende: 1. Die chemische Affinität topographischer Einheiten. 2. Die Reaktion eines Organismus ist durch seine Konstitution weitgehend festgelegt und wird durch exogene Einflüsse nur ausgelöst. 3. Man muß seine Aufmerksamkeit ganz und gar auf das Auftreten von Sprüngen einstellen. 4. Das biologische Verhalten ist letztlich kausal nicht zu verstehen. Geoffroys Darlegungen sind nicht starr und versteinert sondern lebendig, der scheinbar im Akademiestreit 1830 Besiegte wurde posthum der Sieger, und an der Stelle von Cuviers *Immutabilis* steht jetzt Geoffroys *Mutabilis* et *mutabilis*.

### Bölsche

Wilhelm Bölsche wurde am 2. Januar 70 Jahre alt.

Seine neue Heimat Schreiberhau machte ihn zu ihrem Ehrenbürger. Bölsche hat es verstanden die gewaltigen Fortschritte der modernen Biologie in dichterischer Darstellung den weitesten Kreisen zugänglich zu machen, ohne dabei den realen Boden der Wissenschaft zu verlassen. Das Geheimnis seiner großen Beliebtheit und Volkstümlichkeit leitet sich aus seiner großen Fachkenntnis und seinem außergewöhnlichen darstellerischen Können her.

Aus der Zeit des erwachenden deutschen Naturalismus, in der Bölsche mit Bruno Wille, Heinrich und Julius Hart, Arno Holz und Gerhart Hauptmann verbunden war, und in der er als Mittelpunkt dieses Kreises Herausgeber der Zeitschrift *Freie Bühne* wurde, stammt seine Veröffentlichung naturwissenschaftliche Grundlagen der Poesie, eine realistische Ästhetik, in der vom Dichter Anpassung an die Ergebnisse der Naturforschung verlangt wird. Seine ersten naturwissenschaftlichen Schriften erwuchsen aus seinen Vorträgen in Arbeitervereinen. Aus seinem überaus reichen Schrifttum sind vor allem hervorzuheben sein berühmtes Werk *Das Liebesleben in der Natur* /1901-1902/ und seine »kosmischen Wanderungen« *Von Sonnen und Sonnenstäubchen* /1902/; weniger gekannt, aber von besonderem Interesse ist auch die kleine Abhandlung *Goethe im 20. Jahrhundert* /1900/. In Bölsche haben wir eine einzigartige Persönlichkeit vor uns, die in Hunderttausenden das Interesse für Biologie und die gesamte Naturwissenschaft überhaupt erweckt und so im stärksten Maß zur Hebung der deutschen Allgemeinbildung beigetragen hat. Die Sozialistischen Monatshefte, deren alter Freund Bölsche ist, und an denen er auch mitarbeitete, haben noch besonders Anlaß die Vollendung seines 7. Lebensjahrzehnts zu feiern und ihm eine lange Reihe weiterer Schaffensjahre zu wünschen. Sind doch die Gebiete, auf denen er vorschauend arbeitete, der neuen Generation jetzt wieder besonders wichtig geworden.

Im Verlag E. Haberland in Leipzig erscheinen jetzt die ausgewählten Werke Wilhelm Bölsches in 6 Bänden, auf Grund der neuesten Forschungsergebnisse bearbeitet und instruktiv illustriert; eine sehr zeitgemäße Neuausgabe, auf die nachdrücklich hingewiesen sei; sie wird den Leser auch durch ihren klaren Druck und ihre schöne, den Augen wohlthuende Ausstattung erfreuen.

**Totenliste** Ende Oktober 1930 starb in Halle der ehemalige Professor der Tierheilkunde und Vergleichenden Anatomie an der Universität *Rudolf Disselhorst*, 86 Jahre alt. Er hatte von 1898 bis 1922 in Halle gelehrt. Er veröffentlichte neben anderen Arbeiten Untersuchungen über die akzessorischen Geschlechtsdrüsen der Wirbeltiere (mit besonderer Berücksichtigung des Menschen), über das Verhalten der Nervenzellen während der Lebensdauer und ihren Einfluß auf das Altern. Seine Anatomie und Physiologie der Haussäuger ist in mehreren Auflagen verbreitet.

In Barmen starb Ende November, kaum 50 Jahre alt, der Berliner Ordinarius für Botanik und Pflanzenphysiologie und Direktor des Pflanzenphysiologischen Instituts *Hans Kniep*. Er leistete Bedeutendes auf dem Gebiet der Pflanzenphysiologie, schrieb vor allem Untersuchungen über Stoffwechsel und Reizphysiologie der Pflanzen.

Am 4. Dezember starb in Stockholm der Hirnforscher, Neurologe und Arzt *Salomon Eberhard Henschen*. Er ist einer der Pioniere auf dem Gebiet der Lokalisationslehre, die in den Arbeiten seiner Freunde Cécile und Oscar Vogt über die Architektonik der menschlichen Hirnrinde Bestätigung und intensivsten wie extensivsten Ausbau fand. Seinem Vermächtnis gemäß ist sein Gehirn dem Kaiser-Wilhelm-Institut für Hirnforschung überwiesen worden.

In Hirschberg starb am 29. Dezember, 63 Jahre alt, der Gymnasiallehrer *Otto Nafe*, der langjährige Vorsitzende des Riesengebirgsvereins. Er ist als Geologe und Mitarbeiter der Naturschutzbewegung mehrfach hervorgetreten.

**Kurze Chronik** Über Probleme der *botanischen Phylogenie* sprach auf Einladung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in Berlin Richard Wettstein, der Präsident der Wiener Akademie der Wissenschaften. Den Mittelpunkt des Vortrags bildete eine Darstellung des »antithetischen Generationswechsels«; daneben wurden andere moderne Probleme der Pflanzenbiologie erörtert, so das Prinzip der »Geradlinigkeit der Entwicklung«, die oft der organischen Zweckmäßigkeit zuwiderläuft, der Irreversibilität der Entwicklung usw. Alle diese Probleme erklärte Wettstein für im wesentlichen noch ungelöst. Das Zeitalter des Darwinismus, der sich nun als unzulänglich für die Erklärung der Pflanzenphänomene er-

wiesen habe, nannte der Vortragende das »heroische Zeitalter« der Biologie. ◊ Am Kaiser-Wilhelm-Institut für Hirnforschung in Berlin-Buch wurde *Max Heinrich Fischer* Vorsteher der Physiologischen Abteilung. Er ist ein Schüler Erich Tschermak-Seyseneggs in Prag und hat besonders über die Physiologie der Sinnesorgane und des Zentralnervensystems gearbeitet. ◊ Für Geologie und Paläontologie *habilitierte* sich an der Universität Breslau Friedrich Zeuner, mit einer Arbeit über die Insektenfauna des Böttinger Marmors. An der Universität Hamburg *habilitierte* sich Ilse Esdorn für Angewandte Botanik, mit Untersuchungen über die Hartschaligkeit der gelben Lupine. ◊ Die Französische Akademie der Wissenschaften erkannte den Großen Preis des Fürsten Albert von Monaco in Höhe von 100 000 Francs dem Biologen und Zoologen *Lucien Cuénot*, Professor an der Universität Nancy, zu. ◊ Am 5. Dezember 1930 wurde *Rhoda Erdmann* 60 Jahre alt. Sie wirkt jetzt als außerordentlicher Professor und Direktor des Instituts für experimentelle Zellforschung in der Medizinischen Fakultät der Universität Berlin. Ursprünglich war sie Oberlehrerin. Sie trat dann als Hilfsarbeiterin in das Robert-Koch-Institut ein, wo sie bis 1913 blieb. Ihre bedeutenden wissenschaftlichen Arbeiten beziehen sich fast sämtlich auf Zellforschung. Sie gibt auch das Archiv für Experimentelle Zellforschung heraus. 1913 war sie an die Yaleuniversität nach Connecticut berufen worden; bei Kriegsausbruch wurde sie dort als Deutsche interniert. 1919 *habilitierte* sie sich in Berlin, und sie erhielt die Leitung der Abteilung für Experimentelle Zellforschung am Krebsinstitut der Berliner Charité.

**Literatur** 2 ebenso vorzügliche Tierkenner wie warmherzige Tierfreunde haben uns 2 prachtvolle Bücher geschenkt, beide entstanden aus scharfer Beobachtungsgabe und mitfühlendem Liebhaberherzen. Da ist zunächst *Bengt Bergs* Liebesgeschichte einer Wildgans /Berlin, Dietrich Reimer/. Berg hatte auf seinem Besitz an der südschwedischen Küste ein Vogelparadies eingerichtet und es fertiggebracht hier die seit 100 Jahren von seinen überjagdlustigen Landsleuten ausgerottete Graugans neben anderen Vögeln, Reiherenten, sibirischen Streifengänsen, canadischen Riesengänsen, Singeschwänen usw. anzusiedeln. Hier, wo die Vögel fast in Freiheit lebten, liebten und

aufwachsen, konnte Bengt Berg tiefen Einblick in die Biologie der Zugvögel tun. Er stellte die ersten Beobachtungen über die schwedische wilde Graugans auf der letzten kleinen Brutkolonie an, einer einsamen Schäre von Gothland, auf der der Besitzer mit allen Vorsichtsmaßregeln die mutwillige Vernichtung dieses so seltenen Vogels zu verhindern suchte. Von dieser Schäre erhielt Berg 1926 dann einige Gänseeier, aus denen eine Pute 6 Güssel ausbrütete, die der Tierfreund nun als Gänsevater aufzog. Aus einem dieser Eier ging die Heldin dieses Buchs hervor, die »dumme kleine Gans«. Im Frühjahr 1927 vermehrte sich die Schar der Graugänse um 13 dänische Junge. Von den Graugänsen überwinterte 1927-1928 nur Bengt Bergs dumme kleine Gans, die mit einem flugunfähig gemachten Canadagänserich einen Bund geschlossen hatte. Im nächsten Jahr suchte sie mit den übrigen Graugänsen die südlichen Winterquartiere auf, kehrte im Frühjahr wieder zu ihrem Canadier zurück und schenkte ihm dann in jedem Jahr eine Mischlingskinderschar. Das Interessanteste an dieser ungleichen Ehe war nun, daß sich den beiden ein Graugänserich, ein platonischer Hausfreund, hinzugesellte, der die Erziehung der Kinder in der Flugkunst übernahm und sie beim Ausfliegen fürsorglich überwachte. Welche großen Verdienste bei Aufzug und Erziehung der Güssel die dänische Gänsemagd sich erwarb, sei im Buch selber nachgelesen. Um diese höchst interessante Liebesgeschichte der kleinen Gans bauen sich die übrigen biologischen Beobachtungen auf, die uns eine Fülle neuen Wissens über diese klugen, so sehr zu unrecht als dumm verschrienen Wildgänse vermitteln. Wer dieses Buch erst in die Hand genommen hat, der wird es auch in einem Zug lesen. ◊ Das selbe gilt für das Buch *Cherry Keartons Mein Freund Toto* /Berlin, Williams & Co./. Hier werden erstaunliche Dinge über ein Affengenie berichtet, die aber bei der auffallenden Klugheit des Tiers doch in den Bereich der Möglichkeit fallen. So probiert Toto selbständig das entwendete Schlüsselbund durch, bis er den zur Bananenkiste passenden Schlüssel gefunden hat, aus der er dann eine Banane stiehlt. So holt er aus einer Weinflasche eine für den Flaschenhals zu große Kirsche dadurch heraus, daß er sie mittels eines langen dünnen Hühnerknochens, den er in den Hals der umgedrehten Flasche steckte, langsam herausbalanzierte.

### Anthropogeographie / Paul Thorwirth

Synthese

Vom 5. bis zum 9. August 1930 feierte am Gründungs-

ort Mainz die Deutsche Anthropologische Gesellschaft im Rahmen ihrer 51. Tagung ihr 60jähriges Bestehen. Die Veranstaltung fiel zusammen mit der Tagung Deutscher Prähistoriker und der der Gesellschaft für Physische Anthropologie, so daß ein wirklicher Querschnitt durch die gesamte Menschheitskunde geboten wurde. Die Leitung hatte Georg Thilenius /Hamburg/, der ein Hauptreferat über Museumsreform hielt. Zu diesem Thema sprachen noch mehrere Redner vom ethnologischen, prähistorischen und volkswissenschaftlichen Standpunkt aus. Beachtung fand der Vorschlag Johannes Lehmanns /Frankfurt/, der auf eine Spaltung der Museen in eine öffentliche Schausammlung und eine nur den der Materie Näherstehenden geöffnete Studiensammlung hinauslief. Die Referate kreisten mehr oder weniger um die methodologische Frage, ob der Kulturkreislehre oder dem Evolutionismus der Vorzug zu geben sei. Der Referent Paul Honigsheim /Köln/ empfahl eine Synthese aus beiden. Beachtlich waren noch die Ausführungen Günther Spannaus /Leipzig/ zum Hamitenproblem und die Johannes Blocks /Köln/ über die Wege zum Verstehen primitiver Plastik, die in eine Diskussion über die Verstehensmöglichkeiten bei Primitiven und Nichtprimitiven ausliefen. Block billigte dem Europäer mehr Möglichkeiten primitive Kulturen zu verstehen als umgekehrt. Thilenius' Antithese war nur scheinbar eine solche; ihm schwebte nicht ein Verstehen der Hochkulturen durch den Primitiven vor, sondern ein Hineinwachsen des Primitiven in Hochkultursphären. Augustin Krämer /Stuttgart/ behandelte das höchstumstrittene Problem des Urmonotheismus. Merkwürdigerweise, ohne der Vorarbeit des Paters Wilhelm Schmidt zu dieser Frage zu gedenken. Vielleicht war dies eine unausgesprochene Auflehnung gegen das Hineintragen dogmatisch-weltanschaulicher Momente in die Forschung. Aus dem um Synthese ringenden Geist unserer Zeit geboren war Max Schelers »Versuch einer philosophischen Anthropologie«, ein Versuch aus den immer stärker sich herausbildenden und immer mehr Sonderwege einschlagenden Disziplinen der Menschheitsforschung (Eugenik, Rassenhygiene, Charakterologie usw.) zu einer Synthese zu gelangen.

**Menschheitsgeschichte** Wenn ein Autor seine Schrift im Selbstverlag vertreibt, wenn er versichert, daß sie die Frucht 40jähriger Forschungen ist, und daß feindliche Umtriebe sie nicht haben sehr bekannt werden lassen, so erwartet man als Wissenschaftler, daß sie etwas Neues und Positives bringt, und man fühlt die Verpflichtung einem anscheinend von der Zunftwelt zu Unrecht Mißachteten zur Anerkennung zu verhelfen. Leider entspricht *Ernst Johann Georg Stumpfs* Menschheitsgeschichte und Zeitenwandel in Vergangenheit und Zukunft /Heidelberg, Selbstverlag/beiden Erwartungen nicht. Stumpfs Arbeit ist eine Kosmologie von etwa folgenden Aspekten: Es gibt 3 Weltzeitalter von je 50 000 Jahren. Das Jahr 50 000 fällt mit dem Jahr 500 nach Christus zusammen. In diesem Jahr ist auch die Menschheit genau 50 000 Jahre alt. Ihre Geschichte zerfällt in 10 Phasen von je 5000 Jahren, denen 10 Stufen des Erdaufbaus entsprechen. Der Verfasser kritisiert die ziemlich sicher feststehenden Zahlen der altägyptischen Geschichte: »Wir dürfen uns bei diesen Aufstellungen nicht auf bestimmte Jahreszahlen versteifen. So schablonenmäßig arbeitet die Entwicklung nicht.« Daß aber seine Kosmologie eine einzige große Schablone ist, kommt ihm nicht zum Bewußtsein. Zwischendurch wird festgesetzt, daß »nur Europa die Urheimat des schönen Menschenschlags ist«, und daß »die Indogermanen die Träger einer höchsten geistigen Einheitskraft« wurden. Die Frage, ob bei Konkordanzen der Kulturgüter in weit von einander entfernten Punkten des Erdballs noch Übertragung oder Parallelerscheinungen oder noch gemeinsame Wurzel angenommen werden kann, eine Frage, die Gegenstand regsten Austausches teils divergierender teils einander überschneidender Meinungen ist, beantwortet Stumpf nebenher, daß nur die Parallelentwicklung in Frage komme, da ja der Mensch in allen Erdteilen gleichzeitig dagewesen sei, womit eine neue Riesenfrage berührt und apodiktisch beantwortet wird. Der Beweis, den Stumpf alsdann für die Übereinstimmung seines (übrigens innerhalb seiner selbst im wesentlichen logischen) Systems mit der Wirklichkeit zu führen versucht, enthält dann neue unbewiesene Behauptungen, neue Hypothesen und zwischendurch rhetorische Suggestivfragen. Dabei zeigt er vielseitige menschheitskundliche, geologische und prähistorische Kenntnisse; es fehlt ihnen jedoch jegliche philosophische Fundie-

rung. Dieser Autor hätte nützlichere Arbeit geleistet, hätte er seine Logik in den Dienst der näherliegenden, auch theoretisch erheblich eher zu lösenden Aufgabe gestellt die materielle und immaterielle, durch die Einheit des Raums schicksalhaft gegebene Verbundenheit etwa der kontinentaleuropäischen Völker herauszuarbeiten, eine Aufgabe, die ungeachtet ihrer Dringlichkeit noch immer der Lösung harret.

**Australien** Das Dominion Australien ist zurzeit in vollem Umfang von der Wirtschaftskrise erfaßt. Zu dem Ausbleiben der regelmäßigen Auslandskredite in Höhe von 30 Millionen Pfund, den Preiseinbrüchen der australischen Ausfuhrüter auf dem Weltmarkt (Weizen, Wolle, Metalle), die das Volkseinkommen um weitere 40 Millionen Pfund minderten, kam die außerordentliche Starrheit des Lohnsystems, die jedes Mithalten des australischen Warenangebots auf dem Weltmarkt unmöglich machte und eine Senkung des Exports von 112 auf 73 $\frac{1}{2}$  Millionen Pfund für 1929-1930 mitbewirkte. Es folgte darauf eine Arbeitslosigkeit von noch nicht erlebtem Ausmaß, deren Kurve weiterhin steil ansteigt. Man übersah anscheinend, daß eine Lohnerniedrigung diesmal nicht dem Profitstreben der inländischen Unternehmer geschuldet wäre sondern außerhalb des Landes liegenden Erscheinungen, die von dem Mittel des Klassenkampfes nicht erreicht wurden. Hinzu kam, daß sich, abgeschreckt von der Niedrigkeit der Weltmarktpreise, zahlreiche Unternehmer dem heimischen Markt zuwandten. Dieser war aber nicht imstande die Produktion zu absorbieren, und die dadurch verursachten Dividendenreduktionen hatten Senkungen des Zahlungsmittelkurses im Gefolge, so daß man fast von Inflation sprechen darf. Mit noch weiter ausgedehntem Importverbot, Devisensperren und einer Zwangsheranziehung der Auslandsguthaben für den Zinsen- und Tilgungsdienst der Staatsanleihen hofft man nun im Benehmen mit der Bank von England dem vielgestaltigen Übel beizukommen. Einen andern Ausweg, allerdings auf weitere Sicht, sucht *Colin Roß* in seinem Buch *Der Unvollendete Kontinent* /Leipzig, F. A. Brockhaus/ zu weisen. Roß hat Australien bereist und sieht die größten Hemmnisse für eine gesunde wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung des Landes in der aus dem dort besonders stark ausgeprägten angelsächsischen

Rassendünkel erzeugten Tendenz zum Abschluß gegen die Umwelt. Man will zwar möglichst viel Waren an das Ausland verkaufen, aber keine fremden hereinlassen, und man wünscht, aus Furcht vor einem Überangebot an Arbeitskräften, auch den Zustrom anderer Fremder nicht, am allerwenigsten den "Farbiger", und als solche gelten bereits Südeuropäer, namentlich Italiener. Auch mit den Eingeborenen wußte man nichts anzufangen. Sie wurden ausgerottet oder in Reservate gesperrt. So bleibt ein großer Teil des wirtschaftlich nutzbaren Landes Brachland; die weiße Besiedlung hat im wesentlichen nur den Ostrand einschließlich Tasmaniens erschlossen. Da Australien kein geschlossener Handelsstaat ist und auch seiner Natur nach kaum je sein wird, so wird sich auf die Dauer dies System kaum durchführen lassen, um so weniger, als das stark überbevölkerte Ostasien in seiner Nachbarschaft liegt, und auch in Europa eine starke Tendenz zum Abfluß überschüssiger Bevölkerung nach Australien bemerkbar ist. Im übrigen wäre wahrscheinlich der Zusammenbruch des Systems schon längst eingetreten, wenn nicht bis vor kurzem »das Schaf alles bezahlt hätte«, wie Roß sagt, das heißt, wenn nicht die durch die Schafzucht erzielten hohen Wollevorräte zu so beträchtlichem Gewinn auf dem Weltmarkt hätten verkauft werden können, daß der gesamten Bevölkerung ein Lebensstandard, der erheblich über dem der entsprechenden Klassen außerhalb Australiens lag, garantiert worden wäre. Colin Roß hält die geschilderten Mißverhältnisse für Auswirkungen der sozialistischen Bewegung und glaubt Australien der sozialistischen Welt als warnenden Zukunftsspiegel vorhalten zu müssen. Das ist zurückzuweisen. Es hat mit Sozialismus nicht das geringste zu tun, wenn andersfarbige Menschen aus Rassendünkel ausgesperrt, oder wenn, wie Roß es darstellt, Angehörige verschiedenster Produktionszweige sich an den Arbeitsergebnissen eines einzelnen, der Schafzucht, bereichern. Auch rein wissenschaftlich wäre an den Ausführungen Roß' noch mehrfach Kritik zu üben. So muß der Leser nach seiner Darstellung vom Eyresee den Eindruck erhalten, es handle sich um ein flaches, längst ausgetrocknetes Seebecken, während die Standardwerke der Geographie übereinstimmend von diesem See, der etwa den Flächeninhalt Sardiniens aufweist, sagen, daß er sich jedes Jahr erneut mit Wasser fülle. Ein wesentlicher Mangel

des Buchs ist, daß Roß das wirtschafts-imperiale Gestaltungsprinzip unserer Epoche nicht klar genug erkennt. Doch soll ihm bei alledem nicht bestritten werden, daß er sich das Verdienst erworben hat zum Studium der australischen Verhältnisse angeregt und damit bedeutende Aufklärung über dieses Land verbreitet zu haben. Sein Buch, das mit ausgezeichneten Photographieen und einer Karte versehen ist, stellt die Eigenart der australischen Gebiete fast greifbar lebendig vor uns hin. Die Diktion ist glanzvoll; nur selten fehlt es an wissenschaftlicher Genauigkeit (und die Gefahr an dieser Klippe zu stranden ist besonders groß, wenn man, wie Colin Roß, absichtlich jede systematisch-theoretische Information über das zu bereisende Land verschmählt und sich nur auf den ersten Eindruck verläßt). Soweit sich bisher erkennen läßt, kann man einen Mangel an sachlicher Zuverlässigkeit einer andern Veröffentlichung nicht vorwerfen, die sich mit Australien befaßt, dem 1. Australienheft, das, von *Walter Geisler* bearbeitet, in der von Fritz Klute herausgegebenen Reihe Handbuch der geographischen Wissenschaft /Potsdam, Akademische Verlagsgesellschaft Athenaion/ erschien. Es enthält eine Mehrfarbenkarte des südpazifischen Raums im Maßstab 1 : 22 000 000, ferner 2 gut gelungene farbige Reproduktionen von Landschaftsporträts von P. Malik, endlich viele sehr gute Photographieen und graphisch-statistische Darstellungen der physiogeographischen Gegebenheiten. Unter den Aufnahmen sind die der östlichen Gebirgskette hervorzuheben, in den Darstellungen eine Veranschaulichung der Größenverhältnisse, in der Australien Europa überlagert ist, sowie eine Karte der "Regenverlässlichkeit", die hohen, unmittelbar praktischen Wert für die weitere landwirtschaftliche Erschließung haben dürfte. Ein einleitendes Kapitel Australiens Weltstellung würdigt die Lage Australiens innerhalb Ozeaniens und in seinen Beziehungen zu Südostasien; es folgt ein Abriss der Entdeckungs- und Erforschungsgeschichte, alsdann die Darstellung der Oberflächengestalt, der Niederschlags- und Vegetationsverhältnisse, wobei die Kulturvegetation bereits berührt wird. Die Schreibweise ist genügend plastisch; gelegentlich werden Quellenzitate aus den Berichten von Reisenden und Forschern eingestreut. Zu wünschen wäre, daß in sämtlichen Heften je 1 physio- und 1 politisch-geographische Karte der beschriebenen Räume gesondert stände.



**Ausgrabungen** Der Archäologe Selim Hassan von der Universität Kairo stieß in Ägypten, in der Nähe der Sphinx von Gise auf ein Grab, das in 4 Schichten 300 Mumien barg, und das um etwa 600 vor Christus angelegt wurde. Im westlichen Nildelta wurden die ersten umfangreichen Überreste einer vorgeschichtlichen Stadt festgestellt. Hermann Junker /Wien/, der diese Forschungen mit einem Stab von Heidelberger, Berliner und Wiener Forschern von 1925 ab durchgeführt hat, berichtete hierüber der Akademie der Wissenschaften in Wien. Man fand Reste von Wohnbauten, Skelette, Steinwerkzeuge, Waffen und Tongegenstände. Die Untersuchungsergebnisse weisen kulturell wie somatisch aus Ägypten heraus, zu den Neolithikumkulturen des mittlern und westlichen Nordafrikas und Südwesteuropas hin.

Nach 20jähriger Pause wurde in Italien die Ausgrabung der Villa der Mysterien in Pompeji mit privater Unterstützung fortgesetzt. Hierbei wurde eine äußerst schöne Marmorstatue der Kaiserin Livia, der Gattin des Augustus, gefunden. In Oberitalien wurde die Goldrüstung eines langobardischen Häuptlings aus der Zeit um 600 nach Christus aufgefunden. Es handelt sich um einen der schönsten Funde aus dieser Zeit.

Charles Lindbergh, der nun die Fliegerei wissenschaftlich nutzt, überflog auf Anregung des Carnegieinstituts Zentralamerika zum Zweck der genauen Landesaufnahme. Hierbei entdeckte er in mehreren Walddickichten Ruinen, die bisher nicht bekannt waren. Es soll nun vom Flugzeug aus eine systematische Feststellung aller bis jetzt noch unbekannt Ruinenfelder in Zentralamerika vorgenommen werden.

Der Rechtsanwalt Julio Torres aus Riobamba /Ecuador/ will in der Nähe des Indianerdorfs Nizac bei Alausi in Peru die Schätze gefunden haben, die bei der Eroberung Perus durch Francesco Pizarro von den Indianern als Lösegeld für ihren gefangenen König Atahualpa zusammengetragen wurden. Den Eingeborenen waren sie offenbar seit langem bekannt. Der Fund hat nicht nur archäologisches sondern auch juristisches Interesse, da nicht nur der Finder und die Landesregierung, sondern auch die angeblich noch heute in dem Indianerdorf Yaruquies lebenden direkten Nachkommen des Königs Atahualpa auf ihn Anspruch erheben. Dabei ist der Fund noch keineswegs sicher mit dem identifiziert, wofür er ausgegeben wird.

**Totenliste** In Athen starb Juni 1930 der griechische Epigraphiker und Direktor des dortigen Epigraphischen Museums *Basileios Leonardos*, in seinem 73. Lebensjahr. Er hat die Orakelstätte des Priesters Amphiaraios in Oropos ausgegraben und hierüber ausführlich berichtet. In seinem Buch *Olympia* faßte er die Resultate der deutschen Olympiarausgrabungen 1874 bis 1881 zusammen.

In Belgersheim starb Anfang Juli, im Alter von 70 Jahren, der langjährige Leipziger Ordinarius für Rumänische und Bulgarische Philologie *Gustav Weigand*, dessen Verdienste hauptsächlich auf dem Gebiet der bulgarischen Rassen- und Sprachforschung, auch der Pflege deutsch-bulgarischer Beziehungen und damit zusammenhängend im Wirken am Bulgarischen Institut in Leipzig liegen. Weigand muß "der" Ethnograph Mazedoniens genannt werden. Er war Mitglied der Bukarester Akademie.

In Berlin starb im August der Orientalist *Eduard Baneth*, im Alter von 75 Jahren. Er war seit 1917 Professor an der Berliner Hochschule für die Wissenschaft des Judentums. Er veröffentlichte eine Bearbeitung des Hohen Lieds, auch eine Studie über soziale Motive in der rabbinischen Rechtspflege.

Im August starb in Berlin der Paläontologe *Josef Felix Pompeckj*, im Alter von 63 Jahren. Er promovierte mit einer Abhandlung über die Trilobitenfauna der Ost- und Westpreußischen Diluvialgeschiebe. Als Extraordinarius an der Universität Königsberg erwarb er sich besondere Verdienste durch das Ordnen der Bernsteinsammlung der Universität. Er dozierte noch in Göttingen und Tübingen, wo er die Bedeutung des Schwäbischen Jura in der Erdgeschichte festzustellen suchte, und wurde Nachfolger Brancas im geologischen Ordinariat der Universität Berlin, deren Rektorat er 1925 bekleidete. Seine Antrittsvorlesung *Altert die Erde?* gab einen Einblick in die Probleme, die die jüngste geologische Forschung beschäftigen. In zahlreichen Untersuchungen befaßte er sich ferner mit der Klärung der Geschichte der wirbellosen Tiere, Fische, Amphibien, Dinosaurier usw. Seine Arbeiten dienten sämtlich dem Ziel die wesentlichen Faktoren der Entwicklung des Lebens auf der Erde seit Urbeginn möglichst lückenlos herauszuarbeiten. Es seien genannt: *Das Wandern der Meere /1909/*, *Die Bedeutung des Schwäbischen Jura für die Erdgeschichte /1914/*, *Die Auffassung vom Vulkanismus /1925/*.

Kurz nach Vollendung des 70. Lebensjahrs starb in Leipzig Mitte August *Johannes Ilberg*, der langjährige Herausgeber der Neuen Jahrbücher für das Klassische Altertum. Ilberg war ein starker Vorkämpfer des humanistischen Bildungsideals. Obwohl Philologe, widmete er sich dem Gebiet der antiken Medizin; er brachte über Hippokrates und Galenus wichtige Aufschlüsse.

Am 20. August starb in Petersburg, 61 Jahre alt, der Orientforscher *Richard Barthold*, Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften, einer der besten Kenner Zentralasiens.

Im August verschied der Geograph am Collège de France *Jean Brunhes*, 69 Jahre alt. Brunhes habilitierte sich 1896 in Lille, wirkte dann auch in der Schweiz, an den Universitäten Freiburg und Lausanne. Er schrieb eine *Géographie humaine*, wobei er sich von dem Gedanken der Wechselwirkung zwischen Mensch und Natur leiten ließ.

Am 18. September starb in Berlin, kurz nach seinem 85. Geburtstag, *Eduard Sachau*. Seine Verdienste um die Erschließung der orientalischen Geisteswelt sind in rein forschersicher wie organisatorischer Beziehung groß und von keiner Seite bestritten. Sachau promovierte in Halle bei dem Arabisten H. L. Fleischer; 1869 wurde er Extraordinarius in Wien, 1876 Ordinarius in Berlin, wo er später, einer Anregung Bismarcks folgend, das Seminar für Orientalische Sprachen begründete und bis zu seiner Emeritierung im Jahr 1920 leitete. Unter seinen wissenschaftlichen Verdiensten ist die Veröffentlichung der auf der Nilinsel Elephantine gefundenen Papyri zu nennen, die von großer Bedeutung für die Kenntnis des nachexilischen Judentums wurde, ferner sein Katalog der syrischen Handschriften der Preussischen Staatsbibliothek in Berlin. Auch die Vergleichende Rechtswissenschaft förderte Sachau; durch ein umfangreiches Werk über das mohammedanische Recht, insbesondere das in Ostafrika herausgebildete Erbrecht. Die von ihm zusammen mit dem Juristen Victor Bruns veröffentlichten Syrischen Rechtsbücher, eine lange vor dem Corpus juris vollzogene Kodifikation des Rechts der östlichen Provinzen des Imperium Romanum, sind für die Geschichte des römischen Rechts besonders aufschlußreich gewesen. Endlich gab er noch arabische Volkslieder und aramäische Inschriften heraus. Von 1879 bis 1880 und 1897 bis 1898 unterbrachen Reisen nach Mesopotamien und Syrien die Lehrtätigkeit des Forschers.

In Göttingen starb Ende September *Friedrich Andreas*, der Erforscher der Sprachen und Dialekte des alten Persiens und seiner Nachbargebiete, im Alter von 84 Jahren. Er wurde in Batavia auf Java geboren, studierte in Deutschland und übernahm 1875 die Leitung einer archäologischen Expedition nach Persien. Er blieb dort 6 Jahre, erforschte unter anderem die religiösen Gebräuche der Parsen sowie sprach- und völkerkundliche Fragen Belutschistans. Nach seiner Rückkehr wurde er Dozent für Persisch am Berliner Seminar für Orientalische Sprachen, 1903 Ordinarius für Westasiatische Sprachen an der Universität Göttingen, wo er bis zu seinem Tod wirkte. Die Wissenschaft verdankt ihm die Erforschung des Mitteliranischen und die Aufzeigung neuer Wege für das sprachliche Verständnis des Avesta. (Andreas war der Gatte der Dichterin Lou Salomé, der Freundin Nietzsches.)

Anfang Oktober verschied in Hildesheim der Stifter des Ägyptischen Museums dort, der Großkaufmann *Wilhelm Pelizaeus*, im Alter von 80 Jahren. Er ging 18jährig bereits 1869 nach Ägypten, um Ausgrabungen auf dem großen Friedhof von Memphis vorzunehmen.

Am 13. Oktober starb in London der Direktor der Ägyptischen und Assyrischen Abteilung des Britischen Museums *Harry Reginald Holland Hall*, im Alter von 57 Jahren. Ihm sind zahlreiche bedeutende Ausgrabungen in Ägypten, Ur und Chaldäa sowie auf Kreta zu danken. Ihre Ergebnisse hat er in eigenen Veröffentlichungen niedergelegt.

Am 26. November starb in Oslo *Otto Sverdrup*, 76 Jahre alt. Der Name dieses berühmten und volkstümlichen Nordpolfahrers ist unlöslich mit dem Fridtjof Nansens verbunden, der ihm ein halbes Jahr im Tod vorausging (siehe diese Rundschau, 1930 II Seite 601 und folgende). Sverdrup begleitete Nansen 1888 bis 1889 durch Grönland, 1893 bis 1896 zum Nordpol. 1898 bis 1902 leitete er die 2. norwegische Expedition in die amerikanische Arktis, wobei der nach ihm benannte Sonderarchipel entdeckt wurde. Er schrieb *Nyt Land* /1903/.

**Kurze Chronik** Unweit Mittenwald entdeckte Albrecht Penck den größten bisher festgestellten eiszeitlichen Gletscherschliff, dem ein Alter von 20 000 Jahren zuerkannt werden muß. Bei den Versuchen eine *Chronologie der Eiszeit* aufzustellen hat neuerdings Barthel Ebel auf Grund eigener Aufnahmen im Bereich des Lech-

und Illergletschers die Richtigkeit der von Penck bereits 1910 angestellten Berechnungen bestätigt. ◊ Am 21. August 1930 stellte die Polarexpedition des norwegischen Geologen Gunnar Horn an der Südküste der Gillisinsel die Überreste der 1897 verschollenen *Expedition Andrees* fest, die von Spitzbergen aus mit einem durch schleifende Tuae gesteuerten Ballon den Nordpol zu erreichen versucht hatte. Man fand die Leiche Salomon August Andrees sowie die Nils Strindbergs, eines Neffen August Strindbergs, endlich das bis zum letzten Lebenstag Andrees geführte Tagebuch der Expedition in ziemlich unversehrtem Zustand auf. Die Entzifferung des Tagebuchs ergab, daß der Ballon schon am 2. Tag durch Nässe, Eis und Rauhereif zu Boden gedrückt worden war. Die Luftfahrer versuchten alsdann ihren Ausgangspunkt zu Fuß wieder zu erreichen und erlagen hierbei infolge von Erschöpfung dem Kampf mit dem Treibeis. Das Buch enthält außerdem noch Schilderungen aus dem Vogelleben, Aufzeichnungen über die beobachteten Eisbewegungen. ◊ Im September fand das nunmehr letzte Mysterium der Arktis seine Lösung durch eine Feststellung der Burwashexpedition. Sie fand auf dem Flug zum magnetischen Nordpol auf dem King-Williams-Land zahlreiche Gräber und Skelette, die mit Sicherheit als die Reste der *Franklinexpedition* identifiziert wurden, die 1847 zur Arktis aufgebrochen war. ◊ Der Geograph Paul Meunier vom französischen Kolonialministerium zeichnete eine Karte der *Insel Martinique* vom Flugzeug aus. Es stellte sich heraus, daß die Insel um  $\frac{1}{10}$  größer war als man bisher angenommen hatte. ◊ In Jerusalem wurde durch den Oberkommissar Sir John Robert Chancellor der Grundstein zu einem *Palästinauseum* gelegt. Der Bau, den man in 2 Jahren fertigzustellen hofft, soll neben den Ausstellungsräumen eine große Bibliothek mit Lesezimmern und einen Vortragssaal enthalten. ◊ Mit einer Abhandlung über die Zirkulation des Indischen Ozeans habilitierte sich Lotte Möller für Geographie an der Berliner Universität. Für Indologie habilitierte sich dort Ernst Waldschmidt, der an den Berliner Museen die zentralasiatischen Altertümer betreut.

**Literatur** Der Katalog der *Orientalischen Abteilung* der Preussischen Staatsbibliothek, bearbeitet von Walter Gottschalk, erschien im Verlag Otto Harassowitz in

Leipzig. Der Katalog wie das Institut selbst dient nicht nur der fachwissenschaftlichen Forschung sondern auch dem praktischen Bedürfnis aller Orientinteressenten. Er umfaßt die Sprachen und Literaturen, die Geschichte, die Religion, das Recht und die Volkskunde des Nahen, Mittlern und Fernen Ostens. Besonders berücksichtigt sind das nachbiblische Juden- und das orientalische Christentum. ◊ Den Nahen Orient in seiner Wirklichkeit schildert *Heinrich Vierbücher* in seinem Buch *Armenien 1915* /Hamburg, Fackelreiterverlag/. Er beschreibt mit viel unbestreitbarem dokumentarischen Material den von der türkischen Regierung im Weltkrieg unternommenen Versuch das armenische Volk auszurotten. Das Mitgefühl mit den Unglücklichen bewirkt, daß der Verfasser gegen die Türken als Volk nicht ganz gerecht bleibt. Man kann die Maßnahmen einer Regierung nicht ohne weiteres einem ganzen Volk zur Last legen, wenn man es freilich von der Schuld der Mithilfe oder auch nur der Duldung keinesfalls freisprechen kann. Daß das türkische Volk »kein Kulturvolk im großen Sinn des Worts« sei, wird dadurch nicht bewiesen, daß die türkische Sprache auf der Stufe eines Negeridioms stehe; denn es gibt große Gruppen von Neger Sprachen, deren Struktur so klar ist, daß der sie Beherrschende mühelos komplizierteste Gedanken mit ihnen auszudrücken vermag. Im übrigen steht zum Beispiel das Chinesische entwicklungsgeschichtlich noch unter dem Türkischen, und doch sind die Chinesen eines der bedeutendsten Kulturvölker der Welt. Der Status der Sprache braucht also kein Kriterium für die Kulturhöhe eines Volks zu sein. Der Verfasser hätte den Armeniern mehr genützt, wenn er ihre gegenwärtige Lage (sie leben, zu etwa 50 000 bis 80 000, in Konzentrationslagern in Syrien, wo die französische Verwaltung für sie tut, was ihr möglich ist) genau geschildert und klare, und vor allem in der noch weitaus vom Individuallegismus beherrschten Gegenwart durchführbare Vorschläge zur Behebung der armenischen Not gemacht hätte. ◊ Es sei hier noch ganz kurz auf die Arbeiten *Emil Trinklers* Im Land der Stürme und Mit Yak- und Kamelkarawanen durch Innerasien aufmerksam gemacht, die beide bei F. A. Brockhaus in Leipzig erschienen und auch die Sorgfalt zeigen, die dieser Verlag allen seinen Publikationen angedeihen läßt. Man wird bei der Behandlung asiatischer Dinge auf Trinklers Forschungen zurückkommen.

Geschichte / Michael Freund

Vico Eine Zeit enthüllt ihr Wesen oft am deutlichsten in dem Geschichtsbild, das sie besitzt, und die Geschichte der Geschichtschreibung und der Geschichtsphilosophie spiegelt das geschichtliche Werden selbst wider. Eine Schriftenreihe, die Kurt Breysig herausgibt; Forschungen zur Geschichts- und Gesellschaftslehre /Stuttgart, J. G. Cotta Nachfolger/, will vorwiegend »Geschichte der Geschichtslehre« pflegen. Mit einem guten Griff stellt Breysig an den Anfang der Serie eine kluge und sorgsame Arbeit *Richard Peters* über Vico, den man wohl den ersten großen Kulturhistoriker Europas nennen darf: Der Aufbau der Weltgeschichte bei Giambattista Vico. Man darf von einer Vico-Renaissance sprechen. Erich Auerbach brachte 1924 eine leicht gekürzte treffliche Übersetzung des Hauptwerks *Vicos*, der *Scienza nuova* /1725/, und neulich erschien auch in einer deutschen Übertragung das bahnbrechende Buch *Benedetto Croce* Die Philosophie Giambattista Vicos /Tübingen, J. C. B. Mohr/, das wie kein anderes das Werk Vicos neu erweckt hat. Leider mußte Peters seine Arbeit für den Druck kürzen; die weggefallenen Teile handelten von der ideengeschichtlichen Einordnung Vicos und den geistigen Quellen seines Werks; eine einzelne Studie: *Aurelius Augustinus* und *Giambattista Vico*, ist als Sonderdruck aus der Festschrift für Breysig Geist und Gesellschaft erschienen /Breslau, M. & H. Marcus/. Der vorliegende Teil der Petersschen Arbeit ist eine plastische Wiedergabe und Darlegung des Werkes Vicos und kann als eine gute und verlässliche Einführung in die Gedankenwelt eines der größten Denker der heraufkommenden Moderne nur auf das wärmste begrüßt werden.

Vico schuf wohl die erste abendländische Kulturgeschichte und ein erstes Beispiel "weltgeschichtlicher Betrachtungen". Er wendet sich von den großen Staatsaktionen, den leitenden Persönlichkeiten zu der Geschichte der sozialen Ordnungen, der Sitte, der Regierungen, des Rechts, der Künste, ja der Sprache. Man könnte ihn einen soziologischen Historiker nennen, weil er Recht, Sitte, Sprache, ja sogar "Wissen" und das Denken als soziale und historische Phänomene erkennt. Er versucht überall durch die äußere Gestalt durchzudringen und auf den Grund der Dinge zu kommen; alles führt er auf kollektives Geschehen zu-

rück; er hat eine seltsame Neigung geschichtliche Persönlichkeiten in einen Mythos aufzulösen, der Volksschicksale offenbart. Noch Marx zitiert ihn im Kapital als Kronzeugen für seine Erkenntnis, daß es die Menschen selbst sind, die ihre Geschichte machen. So vage auch noch Vicos geschichtliche Periodisierung ist (das »göttliche« Zeitalter der Urzeit, das »heroische« Zeitalter der Aristokratie und des Klassenkampfes zwischen Adel und Plebs, das Zeitalter der »Humanität«, der aufgeklärten »bürgerlichen« Monarchie), so hat in ihm geschichtliches Denken das Naturrecht doch so weit überwunden, daß er alle Schöpfungen und Betätigungen des Menschen, das ganze Sein des Menschen als zeit- und geschichtsgebunden erkannte. Es gibt 3 Arten von Naturen, von Naturrechten, von Sprachen, von Rechtswissenschaften usw. Der Historismus stößt so bei Vico auf der ganzen Linie vor. Der Klassenkampf zwischen Adel und Plebs erscheint als eine ganz wesentliche Triebkraft der Geschichte. Vico führt als erster den Begriff des Klassenkampfes in die Geschichte ein. Nicht bloß dies; Die Form, in der Vico den Aufstieg der Plebejer, »die kein Vaterland kennen«, schildert (durch die Eroberung der sakralen Weihe für die Geschlechtsverbindung, bisher ein Privileg des Adels, durch die Erkämpfung des Zugangs zu den Auspicia, den priesterlichen Offenbarungen, die Erringung der Führerrolle im Imperium), hat sehr nachdrücklich auf die Entwicklung sozialistischer Ideen eingewirkt. In Marx' »Konstituierung des Proletariats zur Nation« und in Sorels »Eroberung des Rechts auf Moral« seitens des Proletariats, seinen Ideen der Umformung des Proletariats aus einem »Haufen Plebejer« (Ausdruck Vicos) zu einer »Klasse« leben Vicos Gedanken fort. Man weiß auch, welchen lebendigen Einfluß Vicos Idee des Ricorso, des Neubeginns in Barbarei und Heroismus nach der Dekadenz, übte.

Es ist darum auch sehr zu bedauern, daß Peters die Arbeiten Georges Sorels über Vico; *Etude sur Vico*, im *Devenir Social* 1896, und Was man von Vico lernen kann, in den Sozialistischen Monatsheften 1898, nicht verwertet. Die Studien Sorels hätten Peters vor allem davor bewahren können den »Rhythmus« in Vicos Geschichtswerk sowohl in seiner Bedeutung für Vico selbst als auch für uns zu überschätzen. Sorel übernimmt von Vico die Vorstellung, daß der psychische Status der Menschheit eigentümlichen, zu einem gewissen Grad

eigengesetzlichen Wandlungen unterliege, daß die Intellektualisierung und das damit verknüpfte Nachlassen der seelischen Energien eine dem Geist eingeborene Tendenz darstelle. Er erblickt daher in der »Dekadenz« ein gewaltiges kulturgeschichtliches Phänomen und ein Problem von niederdrückender Schwere. Aber er sieht den großen Fehler Vicos darin, worin Peters eine wesentliche Leistung Vicos erblickt: daß er die formale »Gesetzlichkeit« des Ablaufs psychischer Zustände als bestimmend für den materiellen Inhalt des Geschichtsverlaufs ansah. Peters möchte in Vicos Werk einen Vorläufer der Lehre Breysigs vom zyklischen Geschichtsprozeß sehen; Vico erscheint also als ein Denker, der nach einigen Jahrhunderten und gegen sie recht behält. Das, worin Vico so recht eigentlich zu Neuem durchstieß, verliert damit den Akzent. Der Gedanke der rhythmisch gegliederten Geschichte fließt bei Vico zuletzt doch aus dem Bedürfnis des katholischen Denkers nach der Symmetrie, der Harmonie und der gefügten Gestalt der Geschichte, da der Ricorso Vicos ja nicht einen sinnlosen, ewig gleichbleibenden Kreislauf bedeutet. Peters betont mit Recht den Einfluß Augustinus' auf Vico. Nur auf katholischem Boden konnte schließlich die Universalität des Vicoschen Geschichtsbilds erreicht werden. Nur wer die Antike unmittelbar vor Augen hatte und in ihr sein eigenes Schicksal fühlen konnte, konnte damals den Versuch »weltgeschichtlicher Betrachtungen« wagen. Andererseits überschreitet die Geschichtsbetrachtung Vicos nirgends den Lebensraum des Römischen Reichs: Die nachantike Zeit bleibt in Form des Imperium Sacrum in die Welt Roms eingefügt. Peters bestreitet gegenüber Andrea Sorrentino, der Vicos Werk als Deutung der Mittelmeerkultur anspricht, diese Partikularität von Vicos Denken sehr heftig. Gewiß glaubte Vico an die universale Anwendbarkeit seines Geschichtsbilds, das heißt, er glaubte ein aus römischer Geschichte gewonnenes Schema auf die Universalgeschichte übertragen zu können und der Menschheit in der antiken Entwicklung den Zauberspiegel zu zeigen, in dem sie die eigene Zukunft vorausschauend könne. (Entfernt ähnlich wie Marx, als er sich anschickte im Kapital die Entwicklungsgeschichte des englischen Kapitalismus zu schreiben, der Welt zugewandt die Mahnung aussprach: *De te fabula narratur.*) Vico gewinnt die Universalität seines historischen Prinzips dadurch, daß er die Menschennatur als überall gleich ansieht. In

einem geschlossenen historischen Raum, dem Imperium Romanum im weitesten Sinn dieses Begriffs, sich bewegend kennt Vico nur das Anderssein der Welt in der Zeit, nicht das Anderssein der Welt im Raum. Vicos Universalität war die des römischen Menschen. Vicos Werk bestätigt die von Adolf Rein begründete universalgeschichtliche Methode, wonach Universalgeschichte die Geschichte der Imperien ist, und universalgeschichtliche Betrachtung nur in der Anschauung der großen realen geschichtlichen Lebensgemeinschaften entsteht.

Da Peters bei Vico so stark das über seine Zeit Hinausweisende betonen will, kommt Vico auch als der große Theoretiker der aufgeklärten Monarchie, der er ist, zu kurz. Vico sieht in der aufgeklärten Monarchie die Krönung des Zeitalters der Humanität, der »bürgerlichen« Gesittung. Sie wird für ihn möglich, wenn die plebejischen Massen die aristokratische Herrschaft zerstört und die Ständeunterschiede eingeebnet haben: Die aufgeklärte Monarchie ist für Vico ein Phänomen der plebejischen Revolution, des »bürgerlichen« Zeitalters. Peters steht ziemlich hilflos vor dem Unternehmen Vicos, wie er es nennt, »freie Volksrepublik und späte aufgeklärte Monarchie mit dem Begriff der Humanität und der allgemeinen Gleichheit auf einen Generalnenner zu bringen« und hält es für »eine gute Advokatenleistung, würdig der Neapolitanischen Schule«. Diese Advokatenleistung ist immerhin, nicht mehr in der Verteidigung sondern in der Anklage, von Alexis de Tocqueville, vollbracht worden. Ein neues Kapitel der Geschichtsschreibung der Französischen Revolution hat damit begonnen: Die Monarchie ist für Tocqueville Wegbereiterin der Großen Revolution, Geist von ihrem Geist, darin, daß sie die ständische Welt nivelliert und damit die Massen gerufen habe. Tocqueville unternimmt es in der Tat in der allgemeinen Gleichheit den gemeinsamen Nenner für demokratische Revolution und fürstlichen Absolutismus zu suchen. Hedwig Hintze hat in ihrem Buch über Staatseinheit und Föderalismus in Frankreich (siehe diese Rundschau, 1928 II Seite 916 und folgende) gezeigt, wie sehr Tocquevilles Theorie noch der Korrektur bedarf; aber man dürfte nicht verkennen, daß Vicos Deutung der absoluten Monarchie als einer revolutionären Erscheinung immerhin eine große geschichtsdeutende Leistung ist, und seine »Advokatenleistung« ein weltgeschichtliches Geschehen offenbart.

In der Festschrift für Gustav Schnürer: Studien aus dem Gebiet von Kirche und Kultur/Paderborn, Ferdinand Schönigk/, untersucht Emil Spieß in seiner Studie Der früheste Versuch einer allgemeinen Kulturgeschichte auf evolutionistischer Basis sowohl das Werk Vicos als auch den großangelegten kulturhistorischen Versuch Antoine Goguets De l'origine des lois, des arts et des sciences et de leur progrès chez les anciens peuples. Spieß nennt Goguet, dessen Werk er das Vicos auf katholischem Boden erwachsen ist, den ersten Kulturhistoriker des Abendlands. Er zeigt in seinem Versuch die eine Front, die wir in Vico schon näher kennengelernt haben, auf der das europäische historische Bewußtsein vorwärts dringt, eindringlich auf.

#### Dekadenz und Renaissance

Eines der zentralen Erlebnisse für Vicos Geschichtsbild war der Untergang der antiken Welt gewesen. In dem schönen, fesselnden Buch Walther Rehms Der Untergang Roms im abendländischen Denken /Leipzig, Dieterichsche Verlagsbuchhandlung/, einer der bedeutendsten geistesgeschichtlichen Leistungen der letzten Jahre, treffen wir auch Vico wieder an. Rehm will »das europäische Romgespräch«, die selten verstummte Diskussion über Größe und Verfall Roms darstellen. Das Buch, das einen außerordentlich soliden wissenschaftlichen Unterbau besitzt und dabei doch lebendig geschrieben ist, beginnt mit dem Erlebnis der »Dekadenz« in der Spätantike (Polybius und Augustin) und schließt mit Nietzsche, der im Anschluß an Burckhardt in der Moderne die Dekadenz am stärksten als ein kulturhistorisches Phänomen empfunden hat. (Vielleicht müßte man, wie schon einmal ausgeführt, auch Georges Sorel nennen, der im Verfolg von Gedankengängen Vicos im 20. Jahrhundert am eindringlichsten das Dekadenzproblem dargestellt hat. Sorel hat ja selbst ein Werk La ruine du monde antique geschrieben, und zusammen mit seinen Büchern Le système historique de Renan, Le procès de Socrate, Illusions du progrès liegt darin eine geschlossene Weltgeschichte der Dekadenz.) Solange das Römische Reich, sei es auch nur in Gestalt des mittelalterlichen Reichs, lebendige und anschauliche Gegenwart hatte und den Rahmen schlechthin des historischen und politischen Geschehens bildete, bedeutete das Romgespräch die Auseinandersetzung um den Aufbau der Weltgeschichte überhaupt. Rehm zeigt zum Beispiel, wie

aus der vermeintlichen Translatio imperii, der Übertragung des Kaisertums von den römischen Kaisern auf die Frankenherrscher, der Gedanke eines zyklischen Ablaufs der Geschichte, einer Stufenfolge von absterbenden und das Szepter weiterreichenden Weltreichen entsteht: noch Macchiavelli spricht von einer Übertragung der virtü von einem Imperium auf das andere, wenn seine Zeit erfüllt war. Wir brauchen so die rhythmisch gegliederte Geschichte nicht, wie Peters, als eine Vorahnung zukünftiger Geschichtschreibung zu nehmen sondern vermögen sie dank Rehms Forschungen als die Vollendung und Erfüllung einer langen Entwicklung historischen Denkens aufzufassen.

Vicos Theorie des Ricorso ist eine verfeinerte Darstellung des Renaissancegedankens, der Idee der Wiedergeburt der Antike: Das Zeitalter der Humanität bringe die Blütezeit der Antike wieder, nachdem die Menschheit zuvor noch einmal das göttlich-barbarische (Völkerwanderungszeit) und das heroische Zeitalter (Mittelalter) durchlaufen habe, so die Geschichte Roms wiederholend. Nicht, daß Vico jene Humanistentheorie des Mittelalters als einer 1000jährigen Unterbrechung der Kultur hätte, die für die Historie so verderblich gewirkt hat; für ihn erhält das Mittelalter dadurch seinen geschichtlichen Sinn, daß nach der Wiederholung des Stato ferino, die es darstellt, das Zeitalter der Humanität von vitaleren Kräften erfüllt und auf höherer Stufe wiederkehren konnte. Wie Vicos Werk so eine großartige These über das Wesen der Renaissance ist, fügt sich eine Untersuchung Johan Huizingas Das Problem der Renaissance in seinem wertvollen Buch Wege der Kulturgeschichte /München, Dreimaskenverlag/ gut in unsern Zusammenhang. Huizinga, der als Verfasser der vorzüglichen Kulturgeschichte des Spätmittelalters (siehe diese Rundschau, 1928 II Seite 1007 und folgende) besonders dazu befugt ist, gibt in großen Linien die Geschichte der Geschichtschreibung der Renaissance, des Werdens des Begriffs und der Auffassung von Renaissance. Im Vordergrund steht natürlich die gewaltige Revisionsbewegung gegenüber dem herkömmlichen Begriff der Renaissance, die von Henry Thode, Konrad Burdach, Paul Sabatier, dem Kunsthistoriker Louis Courajod geleitet wurde: Alle diese Forscher haben die Renaissance nicht als die Wiedergeburt der Antike sondern als die Erfüllung des Mittelalters, als aus dessen bestem Geist geboren zu erweisen ver-

sucht. Franz von Assisi wurde an den Anfang der Renaissance gestellt; Courajod hat sogar aus der Kunst der Renaissance den antiken Einfluß auslöschen wollen. Andererseits hat Ernst Troeltsch an der Reformation so stark das Mittelalterliche hervorgehoben, daß Mittelalter und Reformation insgesamt gegen Renaissance und deren Fortsetzung, die Aufklärung, als gegen das eigentlich Unmittelalterliche und Moderne gestellt wurden. Die Renaissance wurde wiederum, nachdem sie spezifisch mittelalterlich gewesen war, zur Wegbereiterin der Moderne, um so schroffer, als die Reformation nicht mehr an Verdienst oder Schuld teilnahm die moderne Welt herbeigeführt zu haben. Huizinga möchte, anknüpfend an die in der Reformation so vorherrschende Idee der »Wiedergeburt«, Renaissance und Reformation wieder stärker einander annähern und beide bei all ihren späteren Abweichungen aus der selben Quelle schöpfen lassen. Vielleicht klammert er sich hier zu stark an formale Ähnlichkeiten. Unbedingt überzeugend dagegen ist sein Nachweis, daß es nur einen Ausweg aus dem Wirrwarr der Meinungen gibt, wenn man sich entschließen kann Renaissance und Mittelalter pluralistisch zu sehen und verschiedene Scheidelinien je nach dem angewandten Gesichtspunkt zu ziehen. In einer Studie im gleichen Band Renaissance und Realismus macht dann Huizinga die Probe aufs Exempel. Er zeigt, wie das häufig verwandte Kriterium des »Realismus« als Kennzeichen für die Renaissance völlig versagt. Huizingas Studien haben über ihren unmittelbaren Zweck hinaus das Verdienst erneut zu zeigen, daß sich das Problem von Verfall und Wiedergeburt, dessen Schicksale in der Historiographie uns die Werke von Peters und Rehm deutlich machen, nicht in der simplistischen Form Spenglers stellen läßt.

In der gleichen Sammlung, in der Peters' Arbeit über Vico erschien, behandelt ein tunesischer Araber, der jetzt in Damaskus lebt, *Kamil Ajad*, ein Schüler Breyzigs, in einer instruktiven Arbeit die Geschichts- und Gesellschaftslehre Ibn Halduns. Ibn Haldun, ein tunesischer Denker, der sich infolge seiner Verbindungen mit dem Hof von Granada ein Bild von der Weite islamischer Kultur zu machen vermochte, schrieb im 14. Jahrhundert, zu einer Zeit also, da der Islam vor seinem Höhepunkt stand. Ajad zeigt, wie schon im 10. Jahrhundert islamische Denker »Universalgeschichte« ausbilden. Man weiß, wie sehr Ranke in seiner

Weltgeschichte die noch mehr oder minder zu einer politischen Einheit zusammengefügte Welt des Kalifats als das Gegenbild der romanisch-germanischen Welt empfand, die in Kaisertum und Papsttum den Kristallisationspunkt ihrer Einheit gefunden hatte. In seiner Weltgeschichte behandelte er das ungefähr gleichzeitige Emporkommen des Papsttums und des Kalifats als weltgeschichtlich konforme Ereignisse. So ist es interessant zu sehen, wie auf islamischem Boden die im Zentrum der romanisch-germanischen Welt erwachsene Geschichtsphilosophie Vicos eine Parallele findet, wenn auch des Verfassers Vergleiche zwischen Vico und Ibn Haldun mehr am Außern haften bleiben. Eine ausgereifte Zivilisation vor Augen, weiß Ibn Haldun wie Vico auch um ökonomische Einflüsse in der Geschichte. Die Lebensordnungen einer Gemeinschaft bestimmen sich danach, wie sie ihren Unterhalt gewinnt. Von großem historischen Interesse ist auch, daß Ibn Haldun, der ja in Spanien das Abbröckeln der Macht des Islams sehen konnte, einen der virtü Macchiavellis ähnlichen Begriff hat: Das Erlahmen des Gemeingeists, der Spannkraft der Nation geht dem Verfall der Völker voran. Die große islamische Welt kennt also ebenso wie das sich auflösende kaiserlich-päpstliche Imperium das Problem der Dekadenz. Die Schwierigkeiten eines Buchs wie des dieses arabischen Forschers waren die der Verständigung zwischen 2 wesensverschiedenen Kulturen; angesichts solcher Schwierigkeiten kann das Buch als geglückt bezeichnet werden.

**Bolingbroke** Kaum ein Jahrzehnt nach Vicos *Nuova Scienza* erschienen in England die *Letters on the Study and Use of History* von Henry Saint-John, Lord Bolingbroke, die einen Meilenstein der Geschichtswissenschaft darstellen. So ist es ein glückliches Zusammentreffen, daß fast gleichzeitig mit dem Werk Peters' über Vico eine Arbeit über Bolingbroke erscheint: *Walter Ludwig* Lord Bolingbroke und die Aufklärung /Heidelberg, Carl Winter/. Eine mit vielem Fleiß und großer Liebe ausgeführte Darlegung von Staats- und Geschichtslehre Bolingbrokes, die aber häufig die Beziehung auf die geschichtlichen Untergründe der Ideen Bolingbrokes vermissen läßt. Bolingbroke ist vielleicht der vollendete Gegenpol zu Vico. Er hat allerdings auch vieles mit ihm gemein. Vor allem darin, daß er die philologische Historie,

die Geschichtschreibung der Grammatiker, wie er es nennt, sprengt; wie Vico will er zu den bewegenden Kräften der Geschichte durchdringen. Im Einklang mit der Entwicklung des politischen Denkens Englands im 17. und 18. Jahrhundert findet er den Motor des Geschichtsprozesses im »interest of state«, dem nationalen Interesse, das als geheimster Lebensantrieb der Nation die Geschichte der Staaten bestimmt. So sind auch die Dynastien Spielbälle dieser verborgenen »Souveränität« der Nationen, sie werden erhöht oder erniedrigt, je nachdem sie mit den tieferen Kräften der Nation im Bund sind oder nicht. Was Bolingbroke entscheidend von Vico, dem Anwalt der auf den »Massen« fußenden »bürgerlichen« Monarchie trennt, ist, daß er in seinem publizistischen Werk ein umfassendes Programm ständisch-aristokratischer Kultur aufstellt. Das interest of state ruht in dem »whole body of gentlemen«, in der Aristokratie verkörpert sich die Nation am reinsten. Der Anprall der Sozialphilosophie Bolingbrokes richtet sich, gleichmäßig gegen absolute Monarchie wie demokratischen Parlamentarismus kämpfend, besonders gegen die Entartung von Politik, Verwaltung, Religion, Krieg (so formuliert es Bolingbroke) zu Gewerben, zu »trades«, das heißt gegen die Ausbildung eines stehenden Heeres, einer königlichen Bureaucratie, einer kirchlichen Bureaucratie, einer von der Politik lebenden »bürgerlichen« berufsmäßigen Politikerschicht, so daß sie ein vom Untergrund des nationalen Seins losgelöstes Eigenleben führen. Bolingbroke, der erste große Theoretiker des englischen Konservatismus, rückt die Herrschaft des Eigentums, das heißt des im feudalen Sinn verstandenen Grundeigentums, das politische Rechte und Pflichten trägt, in den Mittelpunkt der Idee des Torytums. Nur dem aristokratischen Weltmann, dem von politischer Erfahrung erfüllten Staatsmann, nicht dem Gelehrten wird die historische Erkenntnischance zugesprochen. Bolingbrokes Ideen offenbaren erneut die Besonderheit der englischen staatlichen Entwicklung gegenüber der kontinentaleuropäischen Staatenbildung. Bolingbroke erkennt denn auch schon das Sonderinteresse Englands: Er ist vielleicht der erste, der England als Inselstaat dem Kontinent insgesamt entgegenstellt: »our distinct interests as islanders«. War Vicos Universalität die des Erlebnisses einer christlich-europäischen Gemeinschaft auf der Basis des alten Imperium Romanum gewesen, so beruht der universalgeschicht-

liche Gesichtspunkt Bolingbrokes (der des britischen Weltreichs ist noch nicht sehr ausgebildet, was der historischen Idee Bolingbrokes im Vergleich zu der Vicos etwas Verengtes gibt) auf dem »Staatsystem«, der Theorie der balance of power, die bei ihm zum erstenmal vielleicht in ihrer klassischen Reinheit auftritt. Walter Ludwigs Buch bringt dies nicht alles zu klarem Ausdruck, hilft aber doch sich eine Vorstellung von einem der bedeutendsten englischen Denker zu machen, in dem sich die Geschichte Englands klar widerspiegelt.

**Veranstaltungen** Auf dem September 1930 in Oxford abgehaltenen *Internationalen Philosophenkongreß* (siehe die Rundschau Philosophie, 1930 III Seite 1026) sprach Jacques Chevalier von der Universität Grenoble über das Thema Ist eine Philosophie der Geschichte vereinbar mit den Tatsachen der Geschichte? Chevalier will nur in der Metaphysik, nicht in Psychologie, Soziologie, Ökonomik das Fundament der Geschichtswissenschaft sehen. Benedetto Croce sprach über antihistorische Bewegungen. Das geschichtliche Denken erscheine von 2 Seiten bedroht. Die einen erschrecke das Normlose und Normfremde der geschichtlichen Entwicklung; die alte naturrechtliche Position. Die anderen stellen der Gebundenheit durch geschichtlich gewordene Ordnungen die schöpferische Tat, den Mythos freier Gestaltung entgegen; diese Bewegung könne zum Segen der Historie werden, wenn sie sich ständig dessen bewußt bleibe, daß die Geschichte das Reich der Freiheit ist.

In Cornwall trat Anfang September ein Kongreß von *Archäologen und Historikern* zusammen, der sich mit den geschichtlichen Hintergründen der Artussage beschäftigte. Die Richtungen gehen wirr durcheinander. Man unterrichtet sich am besten bei dem Dean of Wells, J. Armitage Robinson, der in einem Literaturbericht *Recent Studies of the Arthurian Legend*, in der Dublin Review, das Durcheinander in den Auffassungen an der Hand der äußerst umfangreichen Artusliteratur illustriert.

Eine Tagung der *Studentenhistoriker*, die Ende September in Bonn stattfand, beschäftigte sich unter anderm mit der Entstehung des Bonner Verbindungswesens sowie mit der Gründungsgeschichte der Katholischen Studentenverbände. Kurt Rheindorf /Frankfurt/ sprach über die Geschichte des Studententums als Forschungsproblem.



**Totenliste** Im März 1930 starb der ordentliche Professor für Österreichische Geschichte an der Universität Graz **Raimund Friedrich Kaindl**, in seinem 64. Lebensjahr. Seine Arbeiten galten vorherrschend der deutschen Siedlung auf dem Boden des Habsburgerreichs. So hat er die Geschichte der Bukowina geschrieben. In seiner Arbeit Österreich, Preußen, Deutschland/1926/ hat er sich anregend, wenn auch mit allzu österreichischer Orientierung, mit der Bismarckschen Reichsgründung beschäftigt. In Basel starb im April der Heidelberger Professor für Mittlere und Neuere Geschichte **Otto Cartellieri**, in seinem 56. Lebensjahr. Er hat sich besonders um die Erforschung der Frühgeschichte der französischen Monarchie verdient gemacht. Er gab eine monumentale Biographie Philipps II /1913/; seine Biographie Heinrich VI /1914/ entsprang dem gleichen Interesse an dem Werden des modernen Frankreichs. Weltgeschichte als Machtgeschichte /1928/ ist eine Geschichte der Staatengründungen der Völkerwanderungszeit und der Karolingischen Epoche; dreht sich also wiederum um die Entstehung Frankreichs, diesmal aus dem Schoß des Karolingerreichs. Die Überakzentuierung des Machtmoments bringt dabei manche Verkenning des historischen Charakters dieses Ereignisses mit sich. Doch besaß Cartellieri ein Talent für zusammenfassendes geschichtliches Sehen. Grundzüge der Weltgeschichte /1927/ und eine Geschichte der neueren Revolutionen /1921/ zeugen davon.

Im Mai starb **Max Maurenbrecher** (siehe die Rundschau Religionswissenschaft und Innenpolitik, 1930 II Seite 502, 578 und folgende). Er wird durch seine wertvolle Arbeit Thomas' von Aquino Stellung zum Wirtschaftsleben seiner Zeit /1898/ einen Platz in der Historie behalten; seine Hohenzollernlegende /1905/ war eine mutige Tat, wenn sie in manchem auch, im politischen Übereifer, ein Fehlgriff geworden ist.

Durch den Tod **Adolf von Harnacks** (siehe die Rundschau Religionswissenschaft und Geistige Bewegung, 1930 II Seite 708 und 794) verlor die historische Theologie Deutschlands ihre führende Persönlichkeit. Harnacks Dogmengeschichte bleibt 'ein Stützpfiler unserer Weltkenntnis, ebenso wie seine Beiträge über die Mission und die Ausbreitung des Christentums in aller Diskussion über die geschichtliche Gestalt des Frühchristentums mitsprechen werden.

**Kurze Chronik** Das Bulletin of the *International Committee of the Historical Sciences* teilt mit, daß das Komitee, das die internationalen Historikerkongresse organisiert, eine Enquete über die Entstehung der modernen Verfassungen, über die Bibliographie der Presse, über den Geschichtsunterricht und über die Verbreitung historischer Werke begonnen hat. Von den Kommissionen des Komitees sind am Werk die über den aufgeklärten Absolutismus, an der Friedrich Meinecke beteiligt ist, und die über die großen historischen Entdeckungen. ◊ Der Vorsitzende der Zentralkommission der *Monumenta Germaniae Historica*, Paul Kehr, legt als Sonderausgabe der Sitzungsberichte der Preußischen Akademie der Wissenschaften den Jahresbericht über die Herausgabe der Monumenta vor. Unter den jüngeren Mitarbeitern hat ein starker Wechsel stattgefunden, aber die Herausgabe der Monumenta schreitet in erfreulichem Tempo vorwärts. ◊ An der Universität *Dorpat* wurde ein Lehrstuhl für Jüdische Wissenschaft geschaffen, dem auch die Pflege Jüdischer Geschichte obliegt. ◊ An der Herderhochschule in *Riga* stiftete die Deutsche Akademie in München eine Lehrkanzel für Neuere Geschichte, auf der in jährlichem Turnus reichsdeutsche Geschichtsforscher lehren sollen. Als erster wird dort Johannes Paul, dessen Spezialgebiet Nordische Geschichte ist, lesen. ◊ In Kiel *habilitierte* sich für Neuere und Mittlere Geschichte **Otto Vehse**; sein Sondergebiet ist die Geschichte des Kirchenstaats im Mittelalter, und er ist bisher durch ein Buch über die amtliche Propaganda in der Staatskunst des Kaisers Friedrich II hervorgetreten. In München *habilitierte* sich für das gleiche Fach **Max Spindler**, dessen Spezialgebiet Bayrische Geschichte ist.

**Literatur** In einer schönen Gedenkrede würdigt Franz Schnabel Werk und Bedeutung **Barthold Georg Niebuhrs**, dessen 100. Todestag wir am 2. Januar 1931 begingen (Niebuhr /Heidelberg, J. Hörning/). Schön und eindringlich setzt Schnabel das zeitgeschichtliche Erlebnis auseinander, das hinter dem Geschichtswerk steht. Den Briefwechsel Niebuhrs geben im Auftrag der Literaturarchivgesellschaft in Berlin Dietrich Gerhard und William Norwin heraus /Berlin, Walter de Gruyter & Co./ Bisher sind 2 Bände der mustergültigen Ausgabe erschienen, von Gerhard schön eingeführt.

Rechtswissenschaft / Karl Steinhoff

**Zerrüttung des Rechtsbewußtseins** Wer die größeren politischen Prozesse in der letzten Zeit und zugleich das Echo, das sie bei einem großen Teil der Öffentlichen Meinung gefunden haben, aufmerksam verfolgt hat, wird nicht verkannt haben, daß sich hier eine breite Verflachung des Rechtsbewußtseins in weiten Kreisen geltend macht. Besonders typisch sind in dieser Beziehung der Bauernnotprozeß und der Prozeß der Ulmer Reichswehroffiziere. Im Bauernnotprozeß handelte es sich um verbotene Verbindung nach § 129 des Straigesetzbuchs sowie um schweren Aufruhr. Die verbotene Verbindung hatte zum Ziel gesetzlich begründete Maßnahmen des Staats mit ungesetzlichen Mitteln zu verhindern. Der Aufruhr hatte eine öffentliche Zusammenrottung während einer Zwangsversteigerung zum Gegenstand, bei der Vollziehungsbeamte mit vereinten Kräften tötlich angegriffen wurden. Das Urteil des Gerichts lautete auf verhältnismäßig geringe Gefängnisstrafen mit Bewährungsfrist bei Erlegung einer kleinen Geldbuße. Im Prozeß der Ulmer Reichswehroffiziere war die Anklage auf gemeinschaftliche Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens nach § 86 des Strafgesetzbuchs gerichtet. Der Inhalt des Prozesses, nach dem junge Reichswehroffiziere Verbindung mit den Nationalsozialisten suchten und durch Propagandareisen und sonstige Bearbeitung andere Reichswehroffiziere für alsbald zu verwirklichende Umsturzpläne zu gewinnen strebten, ist bekannt. Das Urteil lautete auf Festungshaft von 1 Jahr 6 Monaten sowie auf Dienstentlassung. Zunächst tritt in beiden Prozessen bei den Angeklagten selbst eine völlige Verwirrung des Rechtsbewußtseins zutage. Leitmotiv ist die Idee, daß wegen nationalen Interesses, wie sie es auffassen, selbst schwerste Rechtsbrüche gestattet seien. Sobald man diese angeblich höheren Interessen bei Licht betrachtet, zielen sie alle auf den Sturz des gegenwärtigen, ihnen verhaßten Systems hin. Was der Sache gefährliche Symptomatik gibt, ist der Umstand, daß dieses zerrüttete Rechtsbewußtsein in weiten Kreisen der Bevölkerung nicht nur beifällig aufgenommen sondern geradezu verherrlicht wird. Diese Stellungnahme findet man, wie die Presse und die öffentlichen Erklärungen einzelner zeigen, gerade in den Kreisen, die früher an derartige Rechtsbrüche den schärfsten Maßstab angelegt wissen wollten.

Solchen beklagenswerten, aber darum nicht minder gemeingefährlichen Erscheinungen allgemeiner Destruktion des Rechtsbewußtseins muß man mit allen Mitteln und schärfstens entgegentreten. Die Ursachen dieser Erscheinungen reichen bis in die Kriegszeit zurück. Die Nachkriegszeit mit der zerrüttenden Inflation tat das ihre. Dazu kommt die von einem Teil der Presse geübte traditionelle Verherrlichung aller Verbrechen für vermeintlich nationale Zwecke. Es genügt der Hinweis auf die politischen Morde der ersten Nachkriegsjahre sowie die vielfachen Putsche. Auch die Fehlurteile in den meisten politischen Prozessen sowie oft mißverständliche, immer aber zu milde Urteile in jenen Prozessen, deren Gegenstand ein Angriff auf das staatliche Gemeinschaftsleben bildet, haben das ihrige getan. Nicht den unbeträchtlichsten Anteil am Großziehen solcher Gesinnung haben aber auch die vielfachen Amnestieen, von denen die der Fememörder am schwersten wog. Es soll nicht verkannt werden, daß die Zerrüttung des Rechtsbewußtseins heute noch als eine aus der Übergangszeit erklärbare Tatsache angesehen werden kann. Immerhin weisen gerade die genannten letzten Prozesse mit erschreckender Deutlichkeit darauf hin, wie sehr das Bewußtsein des Rechts in der Auflösung begriffen ist. Hier helfen keine schwachen Gesten oder milden Erziehungskünste mehr, hier muß kräftig zugefaßt werden. Regierung und Justiz dürfen sich nicht mehr von falschen Rücksichten leiten lassen. Die Staatsräson, die das Wohl der Allgemeinheit verkörpert, verlangt unbedingtes Hochhalten des allgemeinen Rechtsgewissens. Jedes schwache Nachgeben in diesem Punkt verschlimmert das Übel. Je verworrenener sich in den Köpfen das Rechtsgefühl gestaltet, desto klarer und entschiedener ist der Eingriff der Verwaltung, ist strenges Urteil der Justiz geboten. Gerade in der heutigen Zeit, da die völkische Welle auch in das Gebiet des Rechtsbewußtseins auflösend einzudringen droht, haben die verantwortlichen Instanzen die doppelte Pflicht gegen alle Tendenzen rücksichtslos einzuschreiten, die die staatliche Ordnung und das gesetzmäßige Zusammenleben der Gemeinschaft mißachten. Eine Berufung auf die Freiheit der Überzeugung, auf angeblich höhere Ziele oder übergeordnete Ideen wird absurd, wenn eben diese geistige Freiheit durch Gewaltakte zerstört wird. Die Verwirrung des Rechtsgefühls ist das schlimmste Produkt der

Nachkriegszeit. Mit dem Recht ist aber zugleich als ihrem Träger auch die staatliche Gemeinschaft in Gefahr, sobald das Rechtsbewußtsein eines Volks auf Abwege gerät, wie es die genannten Prozesse und ihre teilweise Beurteilung in der Öffentlichen Meinung gezeigt haben.

#### Mexicanisches Strafrecht

Einen interessanten Versuch zur Neuordnung des Strafrechts stellt das im Dezember 1929 erlassene neue Strafgesetz Mexicos dar. Es zeichnet sich aus durch die Abschaffung der Todesstrafe und durch Straffreiheit für durch Not begründeten Diebstahl, wenn der Täter bisher unbestraft ist. Fahrlässige Automobilisten können für tödliche Unfälle mit Gefängnis bis zu 6 Jahren bestraft werden. Die Strafprozeßordnung bestimmt, daß ein aus 3 Juristen, 1 Soziologen und 1 Arzt bestehender Sozialer Verhütungs- und Verteidigungsrat sämtliche, von mexicanischen Strafgerichten ausgesprochenen Urteile bestätigen muß, ehe sie Rechtsgültigkeit erlangen. Diese Institution dürfte ein absolutes Novum innerhalb der gesamten Weltstrafrechtspflege darstellen. Hier ist zum erstenmal verwirklicht, was in der europäischen Theorie noch hart umkämpft ist. In diesem exotischen Land sind modernste europäische strafrechtliche Ideen über Nacht zum Gesetz erhoben. Die entscheidende Tätigkeit des Gerichts beginnt dort, wo sie bei uns aufhört, nämlich mit der geklärten Tatfrage. Ein aus Spezialisten bestehendes Gericht beschließt alsdann die für den Fall zweckmäßige Behandlungsweise. Aber auch hierin herrscht kein starres System. Das festgesetzte Strafmaß kann in eine Besserungs- oder Sicherungsmaßnahme umgewandelt werden. Strafe im Sinn von Vergeltung ist aus dem Strafgesetz verschwunden, das nur noch Sanktionen kennt, die überdies jederzeit abänderbar sind. Die Abschaffung der Todesstrafe bedeutet, gemessen an den Verhältnissen in Mexico, eine hervorragende Kulturtat. Es wird außerordentlich interessant sein die Wirkungen dieses Gesetzes in Mexico zu studieren. Denn wenn auch die Verhältnisse in einzelnen Staaten nicht gleich liegen, so kann doch aus der grundsätzlichen Praxis eines Landes mancher Anhalt für die Beurteilung der Brauchbarkeit des neuen strafrechtlichen Grundgedankens entnommen werden. Hoffentlich können diese Erfahrungen schon bei dem Entwurf eines Allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuchs mitberücksichtigt werden.

#### Strafrechtsvereinheitlichung

Der 10. Internationale Strafrechts- und Gefängnis Kongreß, der vom 25. bis zum 30. August 1930 in Prag tagte, hatte unter anderem die wichtige Frage zu behandeln, ob, in welchem Umfang und durch welche Mittel eine Vereinheitlichung der grundlegenden Prinzipien des Strafrechts wünschenswert sei. Die Vertreter Frankreichs, Belgiens, Polens, Italiens und Rumäniens traten für die Vereinheitlichung des Strafrechts in der Überzeugung ein, daß auch die praktische Wirklichkeit schon jetzt möglich sei. Demgegenüber verhielten sich die Vertreter Deutschlands, Österreichs, Englands und Amerikas skeptischer, da sie größere praktische Schwierigkeiten auch aus historischen Gründen befürchteten. Also auch hier, auf dieser Zusammenkunft der Wissenschaftler, sehen wir die Gruppierung, die wir aus der Außenpolitik der Nachkriegszeit kennen, und die das Werden des Vereinigten Europäischen Kontinents und damit auch das deutsche Interesse nicht fördert. Immerhin wurde eine Resolution angenommen, wonach im Grundsatz die Vereinigung der Grundprinzipien des Strafrechts wünschenswert sei, mit der Einschränkung, daß die Vereinheitlichungsbestrebungen ihre Grenzen dort zu finden hätten, wo die Gefahr beginne, daß dadurch dem Strafrecht in den verschiedenen Staaten die unumgänglich notwendige Kraft entzogen werde, die es aus der historischen Entwicklung des betreffenden Landes und aus den tiefen Wurzeln erhalte, die es im Herzen des Volkes geschlagen habe. Es ist dringend zu hoffen, daß die Einschränkung nun nicht als Hemmnis für die Inangriffnahme der Vereinheitlichung wirkt, die aus mehr als einem Grund, namentlich aber wegen der Zusammenschließung Kontinentaleuropas, Gebot der Stunde ist.

**Veranstaltungen** Vom 1. bis zum 10. September 1930 tagte in New York der Kongreß der *International Law Association*. Auf diesem Kongreß wurde ein deutscher Antrag abgelehnt, wonach Privatverträge durch Kriegsausbruch zwischen den Nationen, denen die Vertragschließenden angehören, nicht berührt werden sollen. Schweden, Norwegen und Finnland hielten vom 3. bis zum 6. September in Stockholm die *1. Nordische Tagung für Staatsrecht und Staatslehre* ab. Aus den Verhandlungen ist besonders ein Vortrag A. Ross' über Völkerbund und Staatssouveränität hervorzuheben. Seine These nach

Minderung der vollen Gleichstellung und des absoluten Vetos der Kleinstaaten im Völkerbund zur Stärkung des Gesamtbunds wurde in der nordischen Presse nahezu einmütig abgelehnt. Im Herbst tagte die *Kriminalbiologische Gesellschaft* in München. Der Tagungsort wurde gewählt, weil Bayern vor etwa 5 Jahren als erstes deutsches Land die kriminalbiologische Untersuchung seiner Strafgefangenen eingeführt hatte. Es wurde nun über die Erfahrungen berichtet, die man damit gemacht hat, und die Referenten glaubten feststellen zu sollen, daß nur 20% der Gefangenen mit verbrecherischer Neigung »besserungsfähig« erscheinen. Hans von Hentig /Gießen/ wandte sich gegen die Lehren vom geborenen Verbrecher und vom allmächtigen Milieu. Er führte aus, daß es eben außerdem noch eine formale künstliche Kriminalität gebe, die ihre Existenz unrichtigen Maßnahmen des Staats verdanke. Die Tagung zeigte im ganzen, daß die Kriminalbiologie zu einer Hilfswissenschaft des Strafrechts geworden ist. Doch hat sie vorläufig einen richtigen Weg in die Zukunft noch nicht eingeschlagen.

Der *Preußische Richterverein* hielt seine Vertreterversammlung fürs Jahr 1930 am 11. und 12. Oktober in Koblenz ab. Aus den Verhandlungen ist ein Vortrag über die Kleine Justizreform hervorzuheben, sie erstrebt die Entlastung des Richters und Staatsanwalts von allen nicht eigentlich richterlichen Geschäften.

Bei der im Oktober in Paris abgehaltenen Sitzung des *Internationalen Instituts für Öffentliches Recht* wurde unter anderem über die Rolle der parlamentarischen Ausschüsse und über Rechtsreglung und objektives Recht gesprochen.

#### Totenliste

Am 7. Oktober 1930 starb in Berlin der Rechtsanwalt *Hermann Oberneck*, im Alter von 76 Jahren. Es ist das Verdienst Obernecks, wenn es heute in Deutschland ein wissenschaftlich begründetes Notariatsrecht gibt. Sein Reichsgrundbuchrecht machte ihn auch zu einer Autorität im Immobilienrecht.

Ende Oktober starb in Berlin *Ernst Heintz*, der lange Jahre hindurch der Führer der Berliner Anwaltschaft war. Sein grundlegender Kommentar zum preußischen Stempelsteuergesetz zeigt seine wissenschaftliche Bedeutung.

Mitte November starb in Bern der Rechtslehrer *Karl Geiser*, im Alter von 68 Jahren. Er las über Bernisches Staatsrecht und Bernische Rechtsgeschichte.

Kurze Chronik Vom preußischen Unterrichtsministerium wird eine Reform des *juristischen Studiums* eingeleitet, die sich einerseits gegen die Mißstände des Repetitorienwesens richtet, andererseits neben der Forschungsaufgabe der Universität ihre Lehraufgabe entschiedener zur Geltung zu bringen sucht. Die Reform umfaßt im wesentlichen 4 Punkte: Die Vorlesungen sollen in der Stundenzahl beschränkt, dafür durchweg mit Besprechungsstunden verbunden werden. Bei den praktischen Übungen soll durch Parallelübungen unter Heranziehung von Praktikern auf begrenzte Teilnehmerzahl hingewirkt werden. Die Zulassung zu den Übungen für Vorgerückte soll vom Bestehen einer Zwischenprüfung abhängig gemacht werden, um die Studierenden schon in den ersten Semestern zu planmäßiger Arbeit zu veranlassen. In den beiden letzten Semestern sollen für alle Gebiete des Studiums Repetitorien in den offiziellen Universitätslehrgang eingebaut werden. ◊ Der Bonner Privatdozent *Erich Schwinge* wurde beauftragt in der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Kiel die zurzeit unbesetzte Professur für Strafrecht in Vorlesungen und Übungen zu vertreten. Schwinges Habilitationsschrift hatte die teleologische Begriffsbildung im Strafrecht zum Gegenstand. ◊ Auf den Lehrstuhl für Öffentliches Recht an der Universität Münster wurde *Erhard Neuwirth* aus Greifswald berufen. ◊ Am 1. Oktober wurde *Max Hachenberg* in Mannheim 70 Jahre alt. Er hat sich durch eine Reihe instruktiver Kommentare wissenschaftlichen Ruf erworben. In den letzten Jahren leitete er die Kommission des Deutschen Anwaltvereins, die die Fragebogen des Reichsjustizministeriums zur Aktienrechtsreform zu behandeln hatte. Vor einiger Zeit veröffentlichte Hachenberg Lebenserinnerungen, die über das persönliche Moment hinaus dem Leser auch manches sachliche Interesse bieten.

#### Literatur

Die Wochenschrift *Les Nouvelles Littéraires* /Paris, Librairie Larousse/ läßt in einer Serie »15 große Prozesse durch 15 große Dichter« behandeln: eine Neugestaltung von *Gerichtsverhandlungen* unserer Tage, die ein besonderes Interesse beanspruchten. Unter den Autoren befinden sich Jean Cocteau, Pierre Benoit, Georges Duhamel, François Mauriac, André Maurois. Die Reihe eröffnet eine Novelle über den Prozeß Marthe Hanau.

# KUNST

## Bewegungskunst / Ernst Kallai

**Normann** Es mag von Tänzern zu berichten sein, die zu den sogenannten großen Ereignissen einer auf Namen eingeschworenen Öffentlichkeit zählen. Dennoch soll der erste Platz dieser Betrachtungen nicht ihnen sondern Helga Normann gehören. Von ihr wird ungleich weniger gesprochen und geschrieben. Vermutlich deshalb, weil ihr Name kein Programm bedeutet, das jeder Unmusikalität greifbar gymnastisch oder theatralisch vorexerziert werden kann. Gliederbau und Gesicht Helga Normanns sind von einer geradezu mediumistischen Empfindsamkeit für geistige Impulse begnadet. Sie nehmen die feinsten Erregungen auf und schwingen mit, so unmittelbar und so intensiv wie das Licht mit der Flamme, von der es erzeugt wird. Seit dem Auftreten Jodjanas (siehe diese Rundschau, 1930 II Seite 507 und folgende) gab es nichts auf den Berliner Tanzbühnen, das an Faszination sich mit den Tänzen der Helga Normann vergleichen ließe. Dabei gibt es keinen schroffern Gegensatz zu Jodjanas plastischer Tanzrhythmik als das gleichsam schemenhafte, irrlauchende Erzittern und Flackern in den Bewegungen der deutschen Tänzerin, in denen alles Körperliche nur noch als ungreifbares Fluidum zu geistern scheint. Sie tanzt im Raum verloren; auf Fußspitzen, mit erhobenen Armen, schmal, zart, silbern und zerbrechlich wie ein Lichtstrahl. So schwebt sie über das Podium, steil oder von Wirbeln erfaßt, schwankend und kreisend. Um sie der monotone Klangraum schwirrender Geräuschkulisse wie eine abgründige grenzenlose Öde. Was andere, minder begabte, aber ehrgeizige Tänzerinnen durch emsiges Herumlaufen und -hüpfen einfangen möchten: den Raum nämlich, der war hier durch ein zuhöchst intensiviertes Minimum an tänzerischem Geschehen so elementar und gewaltig zu erleben wie in einer verlassenen Wohnung, in der nur das Summen einer einsamen Fliege zu hören ist. Es spricht für die große Kunst Normanns, daß sie diesen vollkommen visionären Eindruck durch einen Tanz erreicht, der in Figuren und Technik an das alte Ballett erinnert, von dem sie überhaupt manches gelernt hat. Diese Mittel sind also keineswegs in Bausch und Bogen abzulehnen. Sie sind auch keineswegs nur als notwendiges Übel, als leidige Vorstufe zum hohen Parnas des ausdrucks-gemä-

Ben Tanzens zu betrachten. Helga Normann weiß sie auf ganz persönliche Weise wiederaufzunehmen, ihrem eigenen Stil organisch einzufügen, sooft sie eben nötig sind. Zumal ihre Tänze sich nicht allein auf Visionäres beschränken. Sie tanzt vieles, das reinste Freude am Körper ist, leichtes Gliederspiel oder leidenschaftliche Steigerung. Sie hat ein Temperament, das auch in der äußersten geistigen Entrücktheit noch intensiv tänzerisch und beschwingend musikalisch bleibt. Und zwar nicht nur im geläufigen Sinn der Parallelität aller tänzerischen Bewegungen mit den Klangbewegungen. Fernher: ein Tanz, der diesen Gleichlauf aufhebt, sich weit von den Klängen entfernt, aber nur, um ihren Gefühlsraum, ihre seelische Landschaft sozusagen, auf eigenen Wegen abzuschreiten, dieser Landschaft eine neue Dimension, ein zweites Gesicht zu geben. Von Bogen zu Bogen spannt der Tanz sein schwebendes Gebilde über die Musik. Frei und ihrem Wesen dennoch tief verbunden. So wie ein Blick oder Ruf von Gipfel zu Gipfel die tragende Spannung, das große Baugesetz der Fülle von Berg und Tal zu seinen Füßen erlebt. Fernher: ein Tanz auf neuen Wegen, der Abstraktion zu. Tanz als konstruktive Schöpfung. Nicht Spielball sondern Gegenspieler der Musik. Ein entscheidender Wendepunkt für die Beziehungen zwischen Tanz und Musik, analog jener neuen Auseinandersetzung zwischen Bild und Objekt, die vom Kubismus bereits vollzogen ist. Man muß die weitere Entwicklung Helga Normanns mit größter Spannung verfolgen.

**Palucca** Musikalisches Empfinden ist nicht immer auch tänzerisch wirksam. Gret Palucca mag Musik ausübend oder anhörend erleben. In ihren Tänzen ist keine Musikalität. Dieses Urteil kommt fast einer Götzenlästerung gleich, denn es widerspricht dem großen Publikumserfolg und dem allgemeinen Presselobkonzert. Es wird jedoch durch genaue Beobachtungen der Grenze belegt, über die hinaus Palucca unweigerlich an bruchlos kreisender Stetigkeit und Beschwingtheit des Rhythmus zu verlieren pflegt. Die Grenze heißt Gymnastik. Palucca kann tänzerische Gymnastik von einer behenden Elastizität treiben. Sie hüpfert wie ein Gummiball, am schönsten auf der gleichen Stelle, im gleichen Takt. Je länger sie so etwas macht, um so elektrisierender ist der Anblick. Oder sie schwingt das Bein in unzähligen Wieder-

holungen fröhlich und harmlos wie ein Schulmädchen beim Seilsprung. Oder sie entzückt durch ein knappes, blitzschnell vor- und zurückschnellendes Spiel ihrer Arme und Hände, ähnlich wie es Kinder zu zweien beim wechselseitigen Zusammenklatschen ihrer Hände üben. Dazu setzt sie eine Miene von verschmitzter Drolierie auf, spitzbübisch, ausgelassen. Das gelingt ihr glänzend. Solche Beispiele ließen sich mehren. Die Bewegungselemente werden zu schwierigeren Kombinationen erweitert. Ihr Wesen bleibt immer gleich. Es sind Bewegungen einer erfrischenden Körperlichkeit, aber ohne Eros. Eben gymnastische Bewegungen, zu mehr oder minder kühnen Abwandlungen entwickelt, doch immer näher zum mechanischen Gleichtakt als zur rhythmischen Phantasiefreiheit. Eher vernünftige Kräftewirtschaft als blutvolles Treiben, eher geschlechtslose Hygiene als gesteigerte und sublimierte Sinnlichkeit. Gewiß ist Seele darin, doch nur als braves Gemüt, ohne Lyrik, ohne Verzückungen, ohne Abgründe. Daher das Unzulängliche des Tanzes, sobald Palucca das Gymnastische endgültig verlassen hat und sich an Klängen und Rhythmen versucht, die ihren Ursprung in dunklen Spannungen oder heißen Verschmelzungen des Bluts tragen. Sie mögen an simplen  $\frac{3}{4}$ -Takt, an spanische Grandezza oder an östliches Barbarentum erinnern: ihr tänzerisches Ausschwingen scheidet an der ernüchternden Hausbackenheit Paluccas, die solcher gelöststen Musikalität förmlich im Weg steht, als hemmungsvolles Stückwerk, massiv, schwer.

**Einzeltanz** Weil sie ein Wesen von persönlicher künstlerischer Eigenart ist, werden an Palucca Grenzen deutlich, die eine unterschiedene kritische Orientierung ermöglichen. Solche Persönlichkeiten regen zur fruchtbaren Auseinandersetzung an. Selbst das, was an ihnen problematisch ist, dient zur Klärung. Nicht nur ihrer eigenen Gestalt sondern auch weiterer Zusammenhänge. Von einer eklektischen Erscheinung wie *Hertha Feist* hingegen trennt man sich mit der Gewißheit geschmackvolle und saubere Arbeit von beachtlichem Können gesehen zu haben und bleibt im Innersten dennoch gänzlich unberührt. Weil Kunst eben keineswegs nur von Können kommt. Allerdings noch weniger von Mangel an Können. Diese Bemerkung wäre an *Tatjana Barbakowa* zu richten. Ihre kostümierte Belanglosigkeit erinnert an das russische Cabaret *Der Blaue Vogel*. Daß schließ-

lich eine tänzerische Null, ein absurder Dilettant wie der Engländer *Drury Channell* sich an die Öffentlichkeit wagt, ist schon etwas wert: Es ist zum Lachen. Neben diesen gleichgültigen eine ungewöhnliche Erscheinung: *Valeska Gert*. Eine vielseitige parodistische Begabung, die neben anderen auch tänzerische Motive ausgezeichnet zu grimassieren weiß, durch groteske Verzerrung und drastische Steigerung. Mit einem Temperament, um das sie manche Kollegin von der reinen Tanzkunst beneiden könnte. Dieses Temperament scheint zunächst nur in saftigen Derbheiten des Fleisches zu leben. Plötzlich steht aber Gert als Schlafwandlerin vor uns, und ihre tastend vorgestreckten Hände lassen die Finger in empfindlichster Nervenspannung spreizen. Oder sie verbeugt sich vor dem applaudierenden Publikum, und diese Bewegung ist von scheuer Anmut, überraschend wie der schüchterne Blick ihrer Augen, die sie beim Tanzen niedergeschlagen hält. Wohl, um den Sprung in das Grobe mit der nötigen Vehemenz wagen zu können. Die Realistik wird manche tiefere Zartheit dieser Tänzerin betäuben müssen, um sich überhaupt entfalten zu können. Sie muß draufgängerisch sein bis zum Exzeß. Ihr wäre nur eine Beschränkung zu wünschen: ein Rahmenprogramm, Cabaret, Revue oder dergleichen. Gert allein kann einen ganzen Abend nicht genug ausfüllen.

**Operntanz** Das Debut Rudolf von Labans als Leiter des Berliner Staatsopernballetts in Borodins *Fürst Igor* ist ein Erfolg, dem man gern zustimmt, auch wenn einem das Gebotene selbst noch keineswegs als Erfüllung aller Forderungen erscheint, die an das Ballett der Staatsoper gestellt werden müssen. Man sah Tänze lebendigster Körperfreude, unbeschwert von aller Doktrin, kombinationsreich in der Entfaltung von Reihen, Gruppen und Massen. In sinnlichem Wohlklang leicht und biegsam gleitend gleich zu Beginn der Mädchentanz. Hinreißende Steigerungen am Ende; das wirbelnde Unisono eines ganzen Waldes von erhobenen Armen und Händen oder das plötzliche vehemente Zubodenschnellen von Tänzermasse und Volk. Unbefriedigend waren die Einzeltänze der Krieger. Sie verloren sich im Raum, im übergewaltigen Umkreis der Szenerie und ihrer Besetzung. Sie kamen auch nicht recht auf gegen das hinreißend barbarische Temperament der Musik und gegen die Erinnerungen an russische Tänzer, die ge-

rade bei diesem Anlaß begreiflicherweise naheliegen. Sehr anzuerkennen sind die Fähigkeiten der Choreographie den Ensembledanz in wechsellöbigen Phasen und Figuren von Stufe zu Stufe zu entfesseln. Sie leiden nur an der Überfülle von Tänzern, die sich zu einem dichten schäumenden Strudel zusammendrängen müssen. In solchen Momenten wird der Eindruck eher chaotisch als gestaltet. Aber auch diese an sich falsche Häufung des Tänzerischen zeugt von einer starken Impulsivität, die noch Wertvolles leisten kann. Das Opernballett scheint bei seinem neuen Leiter nun endlich in guten Händen zu liegen.

**Bewegungsregie** Zunächst eine Enttäuschung: die *japanische* Truppe im Theater des Westens in Berlin (siehe hierzu auch die Rundschau Bühnenkunst, 1930 III Seite 1289 und folgende). Tanz und Bewegungsregie waren von der gleichen entarteten Halbheit zwischen Realismus und hieratischem Zeremoniell wie das ganze Spiel samt Stoff und Bühnenbild. Auch die schönen Momente akrobatischer Gewandtheit haben bei diesem ungünstigen Gesamteindruck nicht viel zu retten.

Um so erlebnisreicher die neuerliche Begegnung mit dem *hebräischen* Theater Habimah. Von der geringsten persönlichen Gebärde bis zum dramatisch gesteigerten Agieren ganzer Gruppen und dem Ensembledanz heftigster Dynamik eine lückenlos und rhythmisch auf und abgleitende einheitliche Skala, ein sinnvoll geschlossener ausdrucksereffüllter Zusammenhang aller Bewegungen. Bei Dybuk in engster Föhlung mit der typischen Gebärdensprache profaner jüdischer Beredsamkeit und dennoch jeden Augenblick zur Suggestion jenseitsergriffener Religiosität oder dämonischer Besessenheit fähig. In Was Ihr wollt beglückend leichtes und heiteres Komödiantenspiel selbst mit dem geringen Zubehör der Bühnenbilder, die somit an der launigen Arabeske tragikomischer Konflikte, Schelmenstreichs und Überraschungen auch ihrerseits beweglich mitflechten. Das ist so sehr Bewegungskunst der Mienen, Gebärden, Glieder und Bühnenbilder, daß auch, wer kein Wort der Sprache versteht, nicht müde wird ihr zuzusehen. Sie grenzt an die Tanzpantomime und wäre filmisch herrlich auszuwerten.

**Filmfederung** Das Verbot des Films Im Westen nichts Neues kennzeichnet die Geisteslage, in die Deutschland bereits hineingeraten ist.

Politisch unliebsame Filme können zugleich auch unerwünschte Geschäftskonkurrenz bedeuten. Also fort mit ihnen. Freie Bahn für Ufafilme: Könige an die Front. Sei es Otto Gebühr schon wieder einmal als Fridericus oder Paul Whiteman als Jazzkönig. Dieser aufdringlich faule Ton- und Farberzauber ist der raffinierteste Schund. Eine Jazzelephantiasis, sieghaft über Musik und Tanz aller Nationalität. Hier ist es Geschäftssache die nationale Empfindsamkeit auf Eis zu legen und parfümierte geistige Abwässer der Filmindustrie auf das Publikum loszulassen. Wer aber zu kritisieren wagt, erregt das Mißfallen der Spitzenorganisation deutscher Filmproduzenten. Die Kritik hat zu allem Ja und Amen zu sagen. Gewiß eine dreiste Zumutung. Aber diese Kritik trägt selbst zur Schwächung ihrer moralischen Position bei, wenn sie einen angeblich "roten" Kitschfilm wie Der blaue Expreß mit hellster Begeisterung begrüßt. Vielleicht gehört auch diese Begeisterung nur zu den bekannten unverbindlichen Sympathiekundgebungen für die Idee der sozialen Revolution. Sie wurde jedenfalls an ein untaugliches Objekt verschwendet. Der blaue Expreß ist ein asiatisches Wildwestabenteurer mit scheinrevolutionären Knalleffekten, Abfallprodukt des Rezepts: Realismus plus klipp und klare Schwarz-Weiß-Tendenz mit heldischen Proletariern und schurkischen Kapitalisten plus effektvolle Montage. Aber so einfach geht es nicht. Auf die Dauer verträgt selbst die ursprünglich genialste und sozial tausendfach legitimierte künstlerische Idee keinen Raubbau.

Die andere Seite bemüht sich erfolgreich den Tiefstand zu behaupten. Man ist schon froh, wenn ihre Tonfilmoperetten und -komödien (Liebesparade, Einbrecher) für den faden Kulissen- und Gefühlsschwindel mit etwas Beweglichkeit und Witz wenigstens einigermaßen entschädigen. Mit 10 Fingern greift man schon zu, wenn in solchem Gefolge ein Buster Keaton erscheint: Die unvollkommene Ehe. Und man ist gespannter Erwartung, wenn die Deutsche Liga für den Unabhängigen Film zu ihrer ersten Veranstaltung ruft. Zunächst läuft alles schön und gut. Man hört ausgezeichnete Worte von Hans Richter: Kampf gegen die geistfeindliche Geschäftspolitik der Filmindustrie, für den künstlerischen Film. Das skandalöse Vorgehen der Filmindustrie bei der Verfilmung der Dreigroschenoper wird gebührend angeprangert. Bravo. Aber dann werden Filme gezeigt, und plötzlich ist es aus mit

der Begeisterung. Man Rays Etoile de mer; ein verschwommenes Spiel mit losen Idee- und Bildverknüpfungen, schlechter Dienst am Surrealismus. Es folgen noch 3 Akte des Dowschenkoschen Films Die Erde. Auch das eine Enttäuschung. Zum großen Teil aus malerisch gestellten und photographierten Motiven zusammengesetzt: herrliche Motive, Menschen, Tiere, Landschaften, herrliche Photographieen. Alles, nur keine filmische Bildkunst. Zwischendurch packende Montagen, aber unoriginell. Die Liga sollte ihre gute Sache mit besseren Programmen vertreten.

Die Ufa läßt einen Tonfilm laufen: Afrika spricht. Abgesehen von der miserablen Photographie steht in diesem Film andauernd die unerträglich aufgespielte falsche Überlegenheit der "Forscher" und "Abenteurer" im Vordergrund. Ununterbrochen muß man billige Belehrungen oder noch billigere Witzeleien über sich ergehen lassen. Ein Eingeborener, ein herrlich rassiges Geschöpf, muß ohne jede ersichtliche Notwendigkeit sein Leben aufs Spiel setzen und wird von einem Löwen zerfleischt. Auch das wird gefilmt, als große Sensation gezeigt, und noch immer und immer wieder muß man die Selbstgefälligkeit dieser Eindringlinge in die Bezirke einer großen Natur hinnehmen. Ihre eigene Haut wissen sie vor dem Löwen zu retten, nicht aber ihren Gepäckträger. Er war ja "nur" ein Schwarzer; von einer geadelten Anmut des Wesens, die das Parvenuhafte der weißen Babbitts peinlich empfinden ließ. Man dürfte weiter kein Wort über diesen Film verlieren, wäre er nicht so bezeichnend für die Art, wie die Herren der europäisch-amerikanischen Zivilisation, auf ihr Geld und auf ihre Technik gestützt, sich überall breit zu machen belieben. Ein typischer Kulturfilm der Kulturlosigkeit, anstandslos freigegeben von einer Zensur, die sozialhygienische Aufklärungsfilme und Filme einer menschlichen Kriegsbetrachtung dem Publikum vorenthält.

#### Variété

Das letzte Vierteljahr der Berliner Scala beschenkte uns mit Grock, Rastelli und den 3 Fratellinis. In der Schilderung dieser genialen Künstler zu schwelgen wäre ein verlockendes, doch bei dem knappen Rahmen einer Rundschau aussichtsloses Beginnen. Es muß bei der bloßen Erwähnung ihrer berühmten Namen bleiben, zumal die Scala eine Fülle von anderen, ebenfalls hervorragenden Leistungen sehen ließ, die zu einem nachdrücklichen Hinweis verpflichten.

Vor allem ist die Amerikanerin Duffin zu nennen. Sie ist kein Mensch mehr sondern eine leibhaftige Puppe aus verhexten Springfedern, mit Gelenken wie Gummischnüre, an denen die Glieder, Hals und Kopf in absonderlichen Verdrehungen und Schwenkungen nur ganz lose baumeln. In den Händen ihres akrobatisch gewandten Partners Drape scheint diese burleske Tänzerin jeder Schwerkraft enthoben. Sie überschlägt, schwingt und stürzt sich von Bewegung zu Bewegung in einem Tempo und mit einer Leichtigkeit, die ans Phantastische grenzen.

Aus dem umfangreichen und reizvollen Programm des Matryballetts ragen die Tänze Katta Sternas durch tadellose Technik und feines Stilgefühl hervor. Man möchte sie auf einem intimern Tanzpodium für einen ganzen Abend allein sehen. (Jetzt ist sie an die Mailänder Scala berufen, und dort wird sie wohl endlich die Möglichkeit einer weitem Entfaltung ihrer Kunst finden.)

Die allmonatlich fälligen Radfahrer zeigten diesmal erfreuliche Abwechslungen: Harvard, Charles und Kendrick trieben Ballsport, mit dünnen Stäbchen in den Händen, die sie zum Jagen, Lenken, Aufhängen, Jonglieren und Werfen des Balls benutzten. George Dormonde kommt auf seinem Einrad scheinbar total betrunken auf die Bühne, taumelt in beängstigend wildem Schwanken Hals über Kopf fast in das Orchester hinab, um haarscharf an der Kippe mit einer plötzlichen und zaubernd eleganten Wendung jedesmal doch wieder hochzukommen. Ein närrisches Kreiselspiel, ein verdrehtes Herumtanzen, spannend und belustigend. Herrliche Narrenspotten treiben auch die beiden exzentrischen Cascadeure Morris und Max. Ihr komischer Ringkampf im Zeitlupentempo ist eine akrobatische und bewegungstechnische Leistung 1. Rangs. Ein Equilibrist und Jongleur von ganz persönlicher Art ist der Amerikaner Paul Kirkland. Er tut alles mit der Gemütsruhe eines jovialen Onkels, der im engsten Familienkreis harmlose Kunststückchen zum besten gibt. Sein beharrlicher Kampf um die Gunst einer tückischen Papiertüte, die ihm durchaus nicht auf der Nasenspitze oder hinter dem Ohr stehen bleiben will, ist von überwältigender Komik.

Wundervolle Bewegungen gab es bei dem jonglierenden Seelöwen Charlie des Kapitäns Huling zu sehen. Eine ausgezeichnete Dressur, die von den natürlichen Veranlagungen des Tiers ausgeht. Empörend dagegen der mechanische Drill, mit dem Pepino seine Hunde und Affen



zu Leistungen zwingt, die ihnen förmliche Masken auferlegen. Die Tiere machen einen vollkommen verprügelten, verschüchterten, todestraunigen Eindruck. Eine abgeschmackte Gefühlsroheit.

Phänomenale Springer, Saltomortale- und Pirouettenschläger sind Williams-Bono, und zu rasenden Wirbeln entfesselt die Araber der Truppe Abdullah Bonamanes. Akrobatische Glanzleistungen mit Ikarischen Spielen kombiniert; die Carlo-Medini-Truppe. Man atmet auf, wenn diese tollkühnen Produktionen ihr glückliches Ende genommen haben. Ähnlich ergeht es einem mit den equilibristischen Kühnheiten der Uessesms.

Equilibristik ist neuerdings großer Variététrumpf. Sie erscheint in jedem Monatsprogramm. Bei Ada und Eddie Daros mit Humor und Gesang kombiniert. Musikalische Einlagen gibt es auch bei dem Leiterakt von Charlie und seinem Partner. Der verblüffendste Leiterakt seit langer Zeit war jedoch im Wintergarten zu sehen und gehört dem Original Medini Trio. Das Trio stetzt auf seinen Leitern so sicher einher, daß ihm noch Nerven zu unerhörten equilibristischen Wagnissen bleiben.

Eine wahre Nervenprobe auch für den Zuschauer ist Catalini, der auf einer mit rasender Geschwindigkeit rotierenden schwankenden Scheibe zu Rad fährt. Als heitere Variante der Radfahrkunst sei Sam Barton genannt, der ein großes artistisches Können ins Treffen führt, um als Radfahrer kunstvoll und urkomisch zu scheitern. Auch der Rollschuhläufer Lindgren präsentiert sich als ein begabter Pechvogel, er stürzt serienweise nach allen Regeln einer verblüffenden Gewandtheit. Weitere, noch glänzendere Beispiele so absichtsvoller Ungeschicklichkeit waren, ebenfalls im Wintergarten, bei den Exzentrikern Carr's und Betty zu sehen; Kraft, Gewandtheit, Eleganz und Humor.

Akrobatische Gymnastik, auch in den schwierigsten Übergängen verhaltenes Tempo und vollendete Form während: die 2 Athenas. Diese ganz allmähliche, gedehnte Art der Evolutionen ist auch für die Trapezkünstlerin Hanni Garden bezeichnend. Und im höchsten Grad der Vollendung für die Karreys, zugleich Akrobaten und Kontorsionisten, die ein sich wandelndes und windendes Körpergeflecht von kompliziertesten Verrenkungen bilden. Diese Reptiliennähe menschlicher Nacktheiten ist bravourös gekonnt. Ein Anblick, der Bewunderung erregt, aber auch Befremden und Abwehr gegen seine groteske Phantastik.

#### Totenliste

Am 26. August 1930 starb in Hollywood *Lon Chaney*, einer der vorzüglichsten Charakterdarsteller des Films. Er wurde allgemein der Mann mit den tausend Gesichtern genannt, weil er über eine seltene Kunst der Maske verfügte.

Am 19. September machte die junge *Elna Lassen*, eine der erfolgreichsten und anmutigsten Solotänzerinnen des Kopenhagener Balletts, ihrem Leben durch einen Revolverschuß ein Ende.

Am 13. Oktober vergiftete sich in Wien die 24jährige Tänzerin *Hella Barkay* durch Leuchtgas. Sie war die Tochter des sozialdemokratischen Präsidenten der Internationalen Artistenorganisation, Arnold Barkay. Ein unheilbares Magenleiden hat sie in den Tod getrieben.

Am 4. Dezember starb in Berlin der Filmregisseur *Manfred Noa*, im Alter von nur 37 Jahren. Er war ursprünglich Maler; auch im Film betätigte er seine malerischen Neigungen.

**Kurze Chronik** Unter dem Namen Comité International pour la Diffusion Artistique et Littéraire par le Cinématographe hat sich in Paris ein internationaler Ausschuß zur Förderung der Völkerverständigung auf dem Weg des Tonfilms gebildet. Der Ausschuß setzt jährlich einen *Filmfriedenspreis* von 150 000 Francs für das beste Manuskript zu einem wissenschaftlichen, sozialen, wirtschaftlichen Spielfilm oder Lehrfilm aus, der geeignet erscheint durch seine Verbreitung in den verschiedenen Ländern das gegenseitige Verständnis und die Annäherung der Völker zu fördern. ◊ Zur deutschen *Filmzensur* diese Feststellungen: Erlaubt ist der Stahlhelmfilm. Verboten ist im Westen nichts Neues. Erlaubt sind serienweise Filme banaler Revue- und Operettenerotik. Verboten und nur nach ganz groben Verstümmelungen freigegeben, von Landes- und Ortspolizeibehörden dennoch immer wieder unterdrückt wurden Zyankali und Frauennot-Frauen-glück, die das sozialhygienische Problem des Abtreibungsparagraphen zum Gegenstand haben. ◊ Die Spitzenorganisation der deutschen Filmindustrie machte auf ihrer letzten Generalversammlung den Versuch für die wachsende Unzufriedenheit des Publikums mit den Tonfilmerzeugnissen nicht etwa die Qualität dieser Erzeugnisse sondern die kritisierende Presse verantwortlich zu machen. Unter dem Vorwand, daß man sich nur gegen die willkürliche und unsachliche Kritik wehren wolle, wurde:

ein Beschluß gegen die unliebsame Wahrheit gefaßt. Als Antwort wurde am 3. November 1930 der Verband der Berliner Filmkritiker gegründet, in dem nun die Filmkritiker Berliner und auswärtiger Tageszeitungen zusammengeschlossen sind. Zweck des Verbands ist die Wahrung der Unabhängigkeit der *Filmkritik* in der Presse und die Wahrung und Förderung der Berufsinteressen gegenüber allen äußeren Beeinflussungen. Hoffentlich gelingt es der Kritik sich gegen die Filminseratenpolitik der Tagespresse durchzusetzen. ◊ Die Deutsche Gesellschaft für Ton und Bild hat die Absicht Besucherorganisationen zu schaffen, um eine gesteigerte Produktion und häufige Vorführung von *Kulturfilmen* zu ermöglichen. ◊ Der frühere Leiter des Berliner Staatsopernballetts *Max Terpis* wurde als Ballettmeister an die Mailänder Scala berufen. Er bewirkte auch das oben erwähnte Engagement Katta Sternas an dieses führende Operninstitut.

#### Literatur

Der Geist des Films nennt sich das neue Buch *Bela Balazs'* /Halle, Wilhelm Knapp/. »7 Jahre sind es her«, schreibt der Verfasser über sein voriges Film-buch, »daß die erste Theorie des stummen Films: Der sichtbare Mensch, erschienen ist. Es war die Theorie einer Kunst, die damals aus der Kintoppkollportage sich eben erst zu entwickeln begonnen hatte. Es war eine Vortheorie Berechnung, Traum, Prophetie und Förderung einer großen Möglichkeit, die jetzt anscheinend aufgehört hat, bevor sie noch ganz verwirklicht werden konnte. Der Tonfilm ist dazwischengekommen. Zeit Bilanz zu machen und eine Nachtheorie zu schreiben.« Balazs scheint in dieser Bilanz den stummen Film allzu leichten Herzens über Bord zu werfen. Er tröstet sich. »Es ist ein neuer Weg, der hier einen alten ver-stellt hat.« Für die Aussichten dieses neuen Wegs hat Balazs einen eminenten Spürsinn. Er kritisiert die bisherigen Ergebnisse und Mängel des Tonfilms, er-späht die besseren Möglichkeiten, ana-lysiert, deutet, spekuliert, prophezeit mit einer ausgesprochen filmischen Be-weglichkeit des Sehens und Denkens. Das Buch ist überreich an scharfsichti-gen und feinen Beobachtungen, glänzen-den Formulierungen. Mitunter wird in aller Schnelligkeit und Eleganz auch daneben gegriffen. Tut nichts. Das Buch ist als Kritik und Wegweiser eine wesentliche, für die Zukunft des Films begeisterte und begeisternde Leistung.

## KULTUR

### Verkehr / Otto Schmidt

**Fernstraßen** Der Verkehr auf den Durchgangsstraßen nimmt von Jahr zu Jahr zu, und zwar in bedeutend stärkerem Maß als auf dem übrigen Straßennetz. Mit dem weitem Vordringen des Automobils als leistungsfähigem und schnellem Personen- und Güterbeförderungsmittel wird sich mit der Zeit auch der Fernverkehr auf den wichtigsten Landstraßen immer mehr entwickeln, und die Verkehrsbelastung dieser Straßen noch beträchtlich erhöhen. Dieser zukünftigen Verkehrsentwicklung muß rechtzeitig durch einen einheitlichen Ausbau der wichtigsten Durchgangsstraßen Rechnung getragen werden. Der Ausbau der großen Durchgangsstraßen stößt in Deutschland jedoch infolge der großen Zahl der verschiedenen Wegeunterhaltungspflichtigen, die in der eigenartigen Organisation unseres Straßenwesens begründet ist, auf gewisse Schwierigkeiten. Die Tatsache, daß sich die deutschen Länder, die preußischen Provinzen und zum Teil auch noch die Gemeinden als Wegeunterhaltungspflichtige in die Verwaltung des deutschen Landstraßennetzes teilen, hat es mit sich gebracht, daß der Ausbau eines verkehrswichtigen Straßenzugs häufig an der Provinz- oder Kreisgrenze aufhört, und daß auf den Durchgangsstraßen nicht selten gut ausgebaute Strecken mit nur provisorisch befestigten oder gar nicht ausgebauten abwechseln. Schon seit Jahren sind daher der Deutsche Straßenbauverband und die Studiengesellschaft für Automobilstraßenbau bemüht gewesen die Grundlagen für einen einheitlichen Ausbau der Durchgangsstraßen zu schaffen, indem sie zunächst einmal diese für den Kraftwagenverkehr wichtigsten Landstraßen aus dem allgemeinen Straßennetz herausgegriffen, zu einem Fernstraßennetz zusammengefügt und hierfür auch bereits Ausbaupläne aufgestellt haben. Unter weitestgehender Verwertung dieser Vorarbeiten hat nunmehr das Reichsverkehrsministerium in Übereinstimmung mit den Länderregierungen eine Karte der Fernverkehrsstraßen Deutschlands ausgearbeitet, die insgesamt 138 Fernverkehrsstraßen enthält. Diese Fernverkehrsstraßen, bei denen es sich sämtlich um bereits bestehende Straßen handelt, erstrecken sich als ein zusammenhängendes Netz über ganz Deutschland und umfassen die für den Durchgangsverkehr wichtigsten und ihrer Linienführung nach

vor allem in Frage kommenden Straßenzüge. So entstehen große Durchgangsstraßen, die Deutschland von Westen nach Osten und von Norden nach Süden durchqueren und sich in den großen Städten kreuzen. Besonderer Wert wurde bei der Ausarbeitung des Netzes, auch im Hinblick auf den internationalen Durchgangsverkehr, auf Anschlüsse an die wichtigsten Durchgangsstraßen der Nachbarländer gelegt.

Zur weitestgehenden Vereinheitlichung des Ausbaus dieser 138 Fernverkehrsstraßen hat das Reichsverkehrsministerium ferner Richtlinien für den Ausbau von Fernverkehrsstraßen aufgestellt, die die technischen Mindestanforderungen umfassen, die an die Ausgestaltung solcher Straßen zu stellen sind. Die Fernstraßen sollen demnach auf 6 Meter Breite befestigt sein; schienengleiche Kreuzungen von Bahn und Straße sollen grundsätzlich vermieden, und verkehrgefährliche Ortsdurchfahrten beseitigt werden usw. Die Auswahl und Numerierung dieses Fernverkehrsstraßennetzes und die technischen Grundsätze der Richtlinien für seinen Ausbau sind vom Reichsverkehrsministerium mit den Regierungen der deutschen Länder vereinbart worden. Diese haben sich bereit erklärt den Ausbau nach Maßgabe des im einzelnen vorliegenden Verkehrsbedürfnisses und der finanziellen Leistungsfähigkeit der Wegeunterhaltungspflichtigen durchzuführen, ohne jedoch hierdurch eine rechtlich bindende Verpflichtung für ein bestimmtes Maß und eine gewisse Frist zur Durchführung des Ausbaus zu übernehmen. Die erheblichen Schwierigkeiten, die gerade gegenwärtig bei der Finanzierung des Straßenbaus in Deutschland bestehen, werden allerdings den Ausbau der Fernverkehrsstraßen nach dem nunmehr vorliegenden Programm nur allmählich möglich machen. Durch die Fernstraßenkarte und die einheitlichen Richtlinien für den Ausbau der Fernstraßen ist jedoch die Grundlage für ein leistungsfähiges deutsches Durchgangsstraßennetz, das zugleich ein wichtiger Bestandteil des europäischen Automobilstraßennetzes sein wird, geschaffen worden.

In welchem Maß sich dieses europäische Straßennetz mit dem fortschreitenden Ausbau der Hauptstraßenzüge in den einzelnen Ländern allmählich herausbildet, ließ uns ein Vortrag des Direktors des Ruhrsiedlungsverbands Robert Schmidt, auf der letztjährigen Hauptversammlung der Studiengesellschaft für Automobilstraßenbau in Danzig, erken-

nen. In den meisten europäischen Ländern sind danach die wichtigsten Durchgangsstraßen schon heute allgemein für das Automobil auch mit höherer Geschwindigkeit gut befahrbar. England und Frankreich besitzen ein Netz vorzüglich ausgebauter Straßen, Italien ist bestrebt die seinen Straßen noch anhaftenden Mängel durch großzügige, zum Teil allerdings durch strategische Rücksichten (oberitalienische Automobilstraßen) bedingte Ausbaumaßnahmen zu beseitigen. Auch Spanien wendet dem Ausbau seiner Straßen zu leistungsfähigen Kraftwagenstraßen größte Aufmerksamkeit zu, zumal sein Eisenbahnnetz nur sehr unzulänglich ist. Österreich und seine Nachfolgestaaten haben umfangreiche Bauprogramme für die Hauptdurchgangsstraßen in Angriff genommen. Gleichfalls ist die Schweiz damit beschäftigt ihr Durchgangsstraßennetz schon allein im Hinblick auf den besonders starken Reiseverkehr ständig zu verbessern. Unter den skandinavischen Ländern zeichnet sich Dänemark durch ein besonders gut ausgebautes Straßennetz aus. Die baltischen Länder besitzen demgegenüber im wesentlichen nur eine durchgehende Ost-West-Straße mit ihren Zubringern. In Polen sind erhebliche Unterschiede im Ausbaugrad und der Unterhaltung des Straßennetzes festzustellen. Am weitesten ist der Landstraßenbau allgemein in den Balkanländern zurück, wo auch das Kraftfahrzeug noch eine durchaus untergeordnete Rolle spielt. In allen Ländern bleibt die Verbesserung des Straßennetzes auf den Ausbau der bestehenden Straßen beschränkt; reine Automobilstraßen sind überall nur auf Ausnahmefälle beschränkt.

Auf dem 6. Internationalen Straßenkongreß, der Anfang Oktober 1930 in Washington abgehalten wurde, an dem Straßenbaufachleute aller Länder der Welt teilnahmen, wurde als Tagungsort für den nächsten, für 1934 vorgesehenen Kongreß einstimmig München gewählt.

**Eisenbahn-** Im Sommer 1930 wurden  
**wesen** in *Deutschland* einige neue  
Bahnlinsen fertiggestellt.

Anfang Juli wurde die Seilbahn auf den 1214 Meter hohen Schauinsland bei Freiburg im Breisgau dem Verkehr übergeben. Die 3,6 Kilometer lange Bahn, die erste Drahtseilbahn im Schwarzwald, überwindet einen Höhenunterschied von 747 Meter. Zu gleicher Zeit kam ein weiterer Abschnitt der Bayrischen Zugspitzbahn, die Zahnradstrecke vom Eib-

see bis zum Zugspitzplatt (2650 Meter), in Betrieb. Anfang August wurde die 31 Kilometer lange Stechlinseebahn, von Gransee nach Neu Globow, eröffnet; sie erschließt eines der landschaftlich schönsten Gebiete Brandenburgs. Eine Nebenstrecke dieser neuen Kleinbahn führt nach Lindow in der Mark.

In *Spanien*, wo bisher das Privatbahnsystem vorherrschte, wird bereits seit einigen Jahren die Verstaatlichung der wichtigsten Eisenbahnen und ihr Zusammenschluß zu einem einheitlichen Netz betrieben. So wurden jetzt 2 größere und 8 kleinere Eisenbahngesellschaften zu einem neuen großen Eisenbahnunternehmen (Ferrocarriles de Oeste de España) zusammengeschlossen, das unter Staatsaufsicht steht. Auch die Nordbahn und die Ferrocarriles de Madrid á Zaragoza á Alicante, sollen dieser neuen Westbahngruppe demnächst angeschlossen werden, so daß dann alle großen spanischen Eisenbahnen in einem unter staatlicher Oberleitung verwalteten Unternehmen vereinigt wären. Der Zusammenschluß der übrigen spanischen Eisenbahngesellschaften macht unter der Initiative der Regierung weiter Fortschritte. So haben die Andalusischen Eisenbahnen das Netz der Südspanischen Eisenbahnen übernommen und wollen von ihrem Gesamtnetz von nunmehr 1644 Kilometer Länge 542 Kilometer elektrifizieren.

Die großen Eisenbahngesellschaften *Englands* gehen in immer größerem Umfang dazu über Automobiltransporte in eigener Regie durchzuführen und unwirtschaftliche Nebenstrecken durch Automobillinien zu ersetzen. So entfielen zum Beispiel bei der Southern Railway von den Gesamteinnahmen des Jahres 1929 in Höhe von 96,3 Millionen Mark über  $\frac{1}{4}$  auf Einnahmen aus dem Automobiltransport. Die London and North Eastern Railway hat bisher fast 2,5 Millionen Pfund Sterling in Automobilunternehmungen investiert.

Ein deutsches Konsortium erhielt von der Regierung *Persiens* den Auftrag den Teil der Eisenbahn vom Kaspischen Meer bis zum Persischen Golf zu bauen.

Die wirtschaftliche Depression in den *Vereinigten Staaten von Amerika* wirkt sich auch ungünstig auf die Verkehrsentwicklung der Eisenbahnen aus. Auf den großen nordamerikanischen Eisenbahngesellschaften (Bahnen 1. Klasse) war der Güterverkehr in den ersten 4 Monaten des Jahres 1930 um fast 10% geringer als im Vorjahr. 31 Bahnen arbeiteten mit Verlust; ihr Reingewinn ging um 32% gegen 1929 zurück.

Berlin

Kurz vor Jahresschluß ist das Berliner Schnellbahnnetz im Osten durch eine wichtige neue Linie wesentlich erweitert worden. Am 21. Dezember 1930 wurde die 7,8 Kilometer lange Linie vom Alexanderplatz durch die Frankfurter Allee nach Friedrichsfelde eröffnet. Sie durchquert ein äußerst dicht besiedeltes Gebiet im Osten Berlins und schließt zugleich neue Siedlungsgebiete an das Berliner Schnellbahnnetz an. Die neue Schnellbahn kreuzt an 3 Stellen die noch immer Stadtbahn genannte Reichsschnellbahn (man sollte jetzt wirklich anfangen alle Berliner Schnellbahnen, ob sie nun von der Stadt oder vom Reich betrieben werden, als ein einheitliches Netz zu betrachten und die Einrichtungen entsprechend zu gestalten), verläuft von Friedrichsfelde fast geradlinig im Zug der Prinzen- und Frankfurter Allee und benutzt dann den im Zug der Großen Frankfurter Straße geschaffenen Straßendurchbruch zum Alexanderplatz, um auf dem westlichen Teil dieses Platzes, in der Königstraße, vorerst zu enden. Später soll die Linie dann ihren weiteren Verlauf ins Innere der Stadt über den Spittelmarkt und durch die Leipziger und Potsdamer Straße als 2. Ost-West-Verbindung nach Steglitz finden. Am Alexanderplatz deckt sich die Trace der neuen Bahn bereits auch mit der für später geplanten, aus Weißensee kommenden und durch die Straße Unter den Linden nach Moabit verlaufenden Linie. Im Osten ist eine spätere Verlängerung über Friedrichsfelde hinaus nach Karlshorst vorgesehen. Von den 10 Bahnhöfen der neuen Schnellbahnlinie (im Gesamtnetz als Linie E bezeichnet) ist der größte und wichtigste Umsteigebahnhof der Alexanderplatz. Hier findet ein Übergangsverkehr zur Reichsschnellbahn sowie zu den Schnellbahnlinien A (Pankow-Wittenbergplatz mit Abzweigungen nach Ruhleben und Dahlem) und D (Gesundbrunnen-Neukölln) statt, die die neue Linie parallel zueinander kreuzen. Der Bahnhof Alexanderplatz der Linie E ist ferner für die geplante Bahn nach Weißensee bereits 4gleisig mit 2 12 Meter breiten Bahnsteigen in Richtungsbetrieb ausgebaut worden, so daß hier nach endgültigem Ausbau des Schnellbahnnetzes 4 Bahnen zusammentreffen werden. Der Bahnhof Alexanderplatz ist schon heute der größte Umsteigebahnhof des Berliner Schnellbahnnetzes. Zur reibungslosen Bewältigung des starken Umsteigeverkehrs zwischen den 3 Schnellbahnlinien

und der Reichsschnellbahn ist hier eine gewaltige, klar gegliederte Bahnhofsanlage mit zahlreichen Verbindungsgängen und Treppen, darunter 8 Fahrtruppen, entstanden, wie sie in dieser technischen Vervollkommnung wohl keine andere Schnellbahn der Welt aufweist. Als verbindendes Verkehrsband zieht sich in der West-Ost-Richtung unabhängig von den Bahnsteigen und von der Straßenoberfläche ein etwa 15 m breiter Verbindungsgang über respektive unter den Bahnhöfen hin, der aus 4 in verschiedener Höhe liegenden Abschnitten besteht, und von dem Treppen zu den verschiedenen Bahnsteigen und zur Reichsschnellbahn führen. Insgesamt haben die 3 Bahnhöfe, in die sich der Umsteigebahnhof am Alexanderplatz gliedert, 11 Zugänge; 2 weitere sind noch geplant. Es ist ein ungemein reizvolles Bild, das sich da jetzt alltäglich unter der Erde entrollt. Die Wanderung beim Umsteigen, die bisher ungeduldig machte, wird nun zu einem Genuß jener neuen Art, die nur aus dem Wesen der Weltstadt kommt: ein eindrucksvolles Zeichen der Gestaltung des modernen Berlin.

Gleichzeitig mit der neuen Linie E wurde die 1,4 Kilometer lange Erweiterung der Nord-Süd-Bahn vom Bahnhof Bergstraße über den Ringbahnhof Neukölln bis zum Bahnhof Grenzallee eröffnet. Insgesamt hat sich nun die Gesamtlänge des Berliner Schnellbahnnetzes von 70,81 auf 80,15 Kilometer erhöht. Eine neue Periode des Schnellbahnbaus wird erst wieder beginnen, wenn vor allem die wirtschaftlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt, und daneben auch manches städtebauliche und verkehrstechnische Problem in der Berliner Innenstadt gelöst ist, vor allem die Nord-Süd-Verbindung der Reichsbahn hergestellt wird (siehe dazu den Artikel Reuters, in diesem Band Seite 16 und folgende).

**Nachrichtenverkehr** Das deutsche Fernkabelnetz hatte im September 1930 bereits eine Gesamtlänge von 10 000 Kilometer erreicht. Im Geschäftsjahr 1929-1930 wurden von der Deutschen Reichspost 7673 Millionen Briefsendungen, darunter 2722 Millionen Drucksachen, befördert, sowie 73,3 Millionen Postanweisungen im Wert von 3,93 Milliarden Mark durchgeführt. Im Telefonverkehr hat die Anzahl der Ortsgespräche von 2147 Millionen im Vorjahr auf 2298 Millionen zugenommen, die Zahl der Sprechstellen von 2,95 auf 3,2 Millionen.

Nach der amtlichen europäischen Fernsprechstatistik vom 1. Januar 1930 entfielen zu diesem Zeitpunkt auf je 100 Einwohner von Dänemark 8,4 Sprechstellen, in Schweden 8,3, in der Schweiz 6,7, in Norwegen 6,6, in Deutschland 5, in Danzig 4,8, in England 4,1, in Frankreich 2,6, in Österreich 2,3, in der Tschechoslowakei 1, in Italien 0,81 und in Polen sogar nur 0,5 Sprechstellen. Die jährliche Zahl der Orts- und Ferngespräche auf 1 Einwohner ist dementsprechend auch in Dänemark am höchsten, dann folgt Schweden; erst an 6. Stelle steht Deutschland, noch tiefer liegen England und Frankreich.

Im deutsch-französischen Telefonverkehr sind jetzt auf Grund eines neuen Abkommens alle Orte beider Länder zum Verkehr mit einander zugelassen. Infolge der ständigen Verbesserung des Telefonverkehrs und besonders des fortschreitenden Ausbaus des Fernspreckweitverkehrs wird der Telegraph vom besser geeigneten Telefon immer mehr verdrängt. Nach einer amerikanischen Statistik führt zum Beispiel in Canada jeder Einwohner jährlich 241 Telefongespräche, gibt aber innerhalb von 3 Jahren nur 2 Telegramme auf; in den Vereinigten Staaten kommen nach der gleichen Quelle auf den Einwohner jährlich 230 Telefongespräche und 1,9 Telegramme, in Deutschland 38,1 Telefongespräche und 0,5 Telegramme. Im Geschäftsjahr 1929-1930 ging der Telegrammverkehr bei der Deutschen Reichspost infolge des beschleunigten Telefonverkehrs noch weiter zurück.

**Totenliste** Am 18. August 1930 starb *Friedrich Lenz* (siehe die Rundschau Außenkolonisation, 1930 III Seite 1071). Er hatte sich seit den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts als einer der ersten Unternehmer auf diesem Gebiet dem Bau von Kleinbahnen gewidmet und im ganzen, vor allem in Norddeutschland, 4600 Kilometer derartiger normal- und schmalspuriger Bahnen gebaut und betrieben. Auch um die Aufschließung der früheren deutschen Kolonien hat sich Lenz große Verdienste erworben. Er führte in der Ära Dernburg zahlreiche Bahnbauten in Ostafrika, Südwestafrika, Togo und Kamerun durch. Der größte Teil der von Lenz in Deutschland gebauten und verwalteten Klein- und Nebenbahnen ist heute in der Aktiengesellschaft für Verkehrswesen zusammengeschlossen, deren Leitung er noch bis vor einigen Jahren innehatte.

Durch die Katastrophe des Luftschiffs R 101 am 5. Oktober ist die englische Luftfahrt ihrer bedeutendsten Führer beraubt worden. Neben dem Konstrukteur des Luftschiffs V. C. Richmond, dem Kommandanten G. H. Scott, einem der erfahrensten englischen Luftschiffer, der bereits 1919 mit einem kleinen Luftschiff als erster 2mal den Atlantischen Ozean überquert hatte, und zahlreichen jüngeren hervorragenden Offizieren der englischen Luftflotte befand sich der Luftfahrtminister *Christopher Lord Thompson* unter den Opfern. Er war ursprünglich Offizier und hatte während des Kriegs leitende Kommandos in Ägypten und Palästina inne. Nach Beendigung des Kriegs schloß er sich der Labour Party an. Schon im 1. Kabinett MacDonald war er Luftfahrtminister.

Mit ihm zusammen kam der Unterstaatssekretär *Sir Shefton Branker* ums Leben. Er ging gleichfalls aus der militärischen Laufbahn hervor, war jedoch bereits vor dem Krieg zur Fliegertruppe übergetreten und dann während des Kriegs einer der Leiter der englischen Luftflotte. Nach Friedensschluß übernahm er die Leitung der englischen Zivilluftfahrt, gründete die englische Luftverkehrsgesellschaft *Imperial* und bereitete vor allem die Organisation des Luftverkehrs nach den englischen Dominions vor. Daneben förderte er eifrig den internationalen Luftverkehr. Er war eine Autorität auf diesem jüngsten Gebiet des modernen Verkehrswesens.

**Kurze Chronik** Der Schiffsverkehr des *Suezkanals* ist im Jahr 1929 weiter gestiegen. Die Tonnage nahm von 31,94 auf 33,5 Millionen Tonnen zu (+ 4,9%), der Passagierverkehr um 2,5%, der Güterverkehr um 5,6%. Gestiegen sind dementsprechend auch die Einnahmen der Suezkanalgesellschaft; sie betragen 1116 Millionen Francs gegenüber nur 311 Millionen Francs Ausgaben. Vom Gesamtverkehr des Suezkanals entfielen im vorigen Jahr 57% auf die englische, 10,6% auf die holländische und 10,3% auf die deutsche Flagge. ◊ Nach Lloyds Schiffsregister betrug Ende September 1930 die zurzeit im Bau befindliche *Welttonnage* 2 579 000 Tonnen, von denen allein 43,5% in England gebaut werden; 213 000 Tonnen liegen zurzeit in den Vereinigten Staaten, 209 300 in Frankreich, 194 200 in Deutschland, 188 400 in Italien und 184 900 in Holland auf Stapel. ◊ Die Deutsche Reichsbahn hat zum erstenmal einen prakti-

schen Versuch mit der *Güterbeförderung in geschlossenen Behältern* unternommen; im Seehafenverkehr nach England werden seit dem 1. Oktober 1930 für die Beförderung von Spielwaren in Behältern gewisse Frachtermäßigungen gewährt. Bei einer Bewährung des Behälterverkehrs, der auf den englischen und nordamerikanischen Bahnen seit Jahren mit Erfolg verwendet wird, beabsichtigt die Reichsbahn seine Ausdehnung auch auf andere Tarife. ◊ Der seewärtige *Güterumschlag* in den wichtigsten europäischen Seehäfen betrug im Jahr 1929: Rotterdam (mit Transitverkehr) 37,86 Millionen Tonnen, Antwerpen 33,75, Hamburg 28,74, Rouen 9,48, Marseille 9,15, Gent 8,7, Genua 7,86, Amsterdam 6,60 und Bremen 6,46 Millionen Tonnen. Bei den Binnenhäfen betrug der Güterumschlag in Duisburg-Ruhrort 22,3 und in Straßburg 4,77 Millionen Tonnen. In Rotterdam belief sich der Binnenverkehr von und nach dem Rhein auf 32,66, in Antwerpen auf 5,07 Millionen Tonnen. ◊ In *Leipzig* ist die Innenstadt nunmehr planmäßig in Einbahnstraßen aufgeteilt worden, um die Verkehrsschwierigkeiten in den engen Straßen einzuschränken. Diese radikale Verkehrsregelung soll sich gut bewähren. ◊ In *Athen* wurde im Juli 1930 die erste Untergrundbahnstrecke eröffnet. Sie ist 2,4 Kilometer lang, besitzt 3 Bahnhöfe und wurde zum größten Teil von deutschen Firmen nach dem Muster der Schnellbahnanlage in Berlin gebaut.

**Literatur** Für eine schnelle Information über alle mit Eisenbahngüterverkehr zusammenhängenden Fragen ist das Buch *Guido Fischers Eisenbahngüterverkehr* sehr zu empfehlen /Berlin, Leopold Weiß/. Es bringt alles Grundsätzliche und enthält auch eine große Anzahl der wichtigsten Gesetze, Vorschriften und Bestimmungen. ◊ Eine interessante Einführung in das Verkehrswesen des Aachener Gebiets in Vergangenheit und Gegenwart gibt *Josef Siméon* als Jubiläumsschrift zum 50jährigen Bestehen der Aachener Kleinbahn, nach ihrer Streckenlänge der fünftgrößten deutschen Straßenbahn /Aachen, Mayersche Buchhandlung/. Die anschauliche Schilderung des Werdegangs eines großstädtischen Nahverkehrsmittels ist mit einer historischen Betrachtung der Verkehrsentwicklung im Aachener Bezirk durch Altertum und Mittelalter sowie einer kurzen Berücksichtigung auch der anderen Verkehrsmittel (Straße, Binnenschifffahrt) geschickt verbunden.